

FDP BAYERN
LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2023

**DAS BESTE
LIEGT VOR UNS.**

**Freie
Demokraten**

Bayern **FDP**

Am 8. Oktober entscheiden die Menschen in Bayern über die Zukunft unseres Landes. Diese Zukunft wird von großen Veränderungen geprägt sein. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Umbrüche erfordern neue Antworten.

Wir glauben an dieses Land und an seine Menschen. Wir sind überzeugt: Das Beste liegt nicht hinter uns, das Beste liegt vor uns. Mit den richtigen Weichenstellungen werden wir die Zukunft und ihre Herausforderungen meistern. Dabei setzen wir Liberale zuallererst auf die Bürgerinnen und Bürger – auf ihre Ideen, ihre Tatkraft, ihren Erfindergeist, ihre Kreativität, ihren Fleiß und ihr Engagement. Dieses Potenzial wollen wir entfesseln, anstatt es durch immer mehr Bürokratie, Überregulierung, Verbote, Steuern und Abgaben einzuengen.

Die FDP tritt an, um beste Bildung für alle zu ermöglichen: von der Kita über die Schule, die Berufsausbildung oder das Hochschulstudium bis zum lebenslangen Lernen. Wir wollen Bayern als Wirtschaftsstandort stärken – dafür braucht es unter anderem mehr Fachkräfte, Forschung und Wissenschaft auf Spitzenniveau und eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Den Klimaschutz verstehen wir gleichsam als technologische Herausforderung und als Chance für unsere innovativen bayerischen Unternehmen. In allen Landesteilen wollen wir bezahlbaren Wohnraum, eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und eine gute medizinische und pflegerische Versorgung sicherstellen. Um die innere Sicherheit zu stärken, setzen wir nicht auf immer schärfere Gesetze und präventive Überwachung, sondern auf eine gut ausgestattete Polizei und Justiz. Die Verwaltung sollte digitaler, bürgernäher und unkomplizierter werden, um es den Bürgerinnen und Bürgern möglichst einfach zu machen. Wir wollen einen schlanken und effizienten Staat, der sorgsam mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler umgeht. Dazu gehört für uns auch eine Reform, die ein weiteres Anwachsen des Landtags verhindert.

Wir stehen für Freiheit, Selbstbestimmung und die urbayerische Maxime vom „leben und leben lassen“. Wenn Sie diese Werte teilen, laden wir Sie herzlich ein: Unterstützen Sie uns bei der Landtagswahl am 8. Oktober und gestalten Sie gemeinsam mit uns die Zukunft Bayerns!

Ihr



Martin Hagen

Spitzenkandidat der FDP Bayern zur Landtagswahl 2023

Weltbeste Bildung für jeden

12

Frühkindliche Bildung fördern	12
Qualitätsoffensive in der frühkindlichen Bildung	12
Mitbestimmung von Kita-Eltern auf Landesebene verbessern	12
Deutsch-Vorkurse ab fünf Jahren anbieten	12
Plätze zur Kinderbetreuung ausbauen	12
Mehr bilinguale Kitaplätze schaffen	13
Flexi-Kitas ermöglichen	13
Fachkräftemangel in den Kitas bekämpfen	13
Schule	13
Beste Lehrkräfte gewinnen und Leistung fördern	13
Freie Schulwahl verwirklichen	13
Die geeignete Schule finden und vergleichen	14
Gerechte Finanzierung durch Bildungsgutscheine	14
Vorschriften halbieren, Vertrauenskultur schaffen	14
Schulen Gestaltungsfreiheit beim Personal geben	14
Schulen Gestaltungsfreiheit beim Budget gewähren	14
Gestaltungsfreiheit in der Pädagogik erhöhen	15
Fairness und Vergleichbarkeit bundesweit schaffen	15
Fairness und Vergleichbarkeit beim Übertritt verwirklichen	15
Fairness und Vergleichbarkeit beim Schulabschluss herstellen	15
Schulen mehr Eigenverantwortung bei digitalen Lernangeboten geben	15
Landesweite 1:1-Ausstattung mit digitalen Endgeräten verwirklichen	16
Systembetreuung an Schulen professionell aufstellen	16
Digitalisierung für neue Lernkultur nutzen	16
KI-Chatmodelle als Chance: Aufklärung statt pauschale Verbote	16
Ganztagsbildung vielfältig ausbauen und trägerneutral finanzieren	17
Bekenntnis zum mehrgliedrigen Schulsystem	17
Durchlässigkeit maximieren	17
Neue Perspektiven für Mittelschulen schaffen	17
Mittelschulen vor Ort stärker verankern	18
Talentschulen-Programm auflegen	18
Niveau der Gymnasialbildung heben – Noteninflation stoppen	18
Fairen Wettbewerb für Schulen in freier Trägerschaft ermöglichen	18
Schulpsychologie und Schulsozialarbeit reformieren	18
Inklusion, die sich nach den Schülerinnen und Schülern richtet	19
Chronisch Kranke integrieren	19
Barrierefreiheit an jeder Schule schaffen	19
Für eine Schulbegleitung, die mehr als eine bloße Begleitung ist	19
Versorgung mit Lehrkräften sicherstellen	20
Mehr Freiheit in der Laufbahn von Lehrern ermöglichen	20
Bachelor-Master-System auf die Lehrerausbildung anwenden	20
Duale Studienmöglichkeiten für den Quereinstieg ins Lehramt aufbauen	20
Unterstützung im Referendariat: mehr Fokus auf Stärken und Schwächen	20
Flexibilität und Leistungsanreize auch für verbeamtete Lehrkräfte	20
Vergabe der Leistungsprämien für Lehrkräfte überarbeiten	21
Zulagensystem für die Gewinnung junger Führungskräfte ausweiten	21
Schulleitungen unterstützen	21
Demokratie einüben – wirksame Schülervertretung jetzt!	21
Religion, Ethik und konfessionsübergreifende Bildung	21
Nicht alles glauben, was im Internet steht – Medienkompetenz stärken	22
Politische Bildung stärken – auf Wahlrecht ab 16 vorbereiten	22
Ökonomische Bildung als Grundlage eines selbstbestimmten Lebens	22
„Lernen zu handeln!“ – Schule braucht Realität	22
Blick über den eigenen Tellerrand: Schüleraustausch erleichtern	23
Präventive Aufklärung gegen Grenzüberschreitungen	23
MINT-Kompetenzschulen ausbauen	23
Fitness der jungen Generation verbessern	23

Erwachsenenbildung weiterentwickeln	23
Schulbeginn auf neun Uhr verschieben	23
Digitale Enrichmentprogramme für Schüler in ländlichen Regionen	24
Mehr Aufklärung an Schulen anbieten	24
Qualitativ hochwertigen Sexualkundeunterricht schaffen	24
Null-Toleranz-Strategie gegen Mobbing an Schulen	24
Wissenschaft und Forschung	24
Wissenschaft braucht Freiräume	24
Freie Budgets für freie Unis einführen	25
Interaktive Landkarte: Aktuelle Forschungstätigkeit visualisieren	25
Wissenschaftskommunikation als Schlüsselaufgabe der Hochschulen	25
Qualität in der akademischen Lehre sichern	25
Studium in Teilzeit verwirklichen	25
Mit Innovationsmanagern an den Hochschulen den Turbo zünden	25
Mitarbeiterbeteiligungen bei Spin-offs vereinfachen	26
Forschungsergebnisse allen Bürgern digital zugänglich machen	26
Hochschulgebundener Investitionsfonds für hochschuleigene Spin-offs	26
Promotionsverfahren professionalisieren	26
Zeitgemäße Hochschul-Wirtschaftsführung: Doppik statt Kameralistik!	26
Praxisnähe in der Hochschullehre stärken	26
Forschungsstandorte in ländlichen Räumen schaffen	26
Kinderbetreuungsangebote an Hochschulen ausbauen	26
Onboarding in Forschung und Lehre verbessern	27
Wissenschaft braucht Stabilität	27
„Studium generale“ zur Orientierung anbieten	27
Gentechnik als bayerische Spitzentechnologie stärken	27
Öffentlich-rechtlichen Programmauftrag konkretisieren	27
Rundfunkauftrag neu definieren	28
Werbung und Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen	28
Zusammenarbeit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk verbessern	28
Rundfunkaufsicht überprüfen und aktualisieren	28
Barrierefreiheit, multilinguale Angebote und Integration ausbauen	29
Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks reformieren	29
Ausbildungen im Medienbereich modernisieren	29
Meinungsvielfalt und Qualitätsjournalismus stärken und modernisieren	29
Bayern für den internationalen Film attraktiver machen	30
Drogenprävention bei Kindern und Jugendlichen stärken	30
Jugendschutzstellen und psychologische Betreuungsstellen ausbauen	30
Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen schützen	30
Aufklärung über Glücksspielsucht verstärken	30
Corona-Maßnahmen aufarbeiten	30
Bildung/Weiterbildung – Prinzip des „lebenslangen Lernens“	31
Kulturelle Vielfalt als Motor für die Bildung	31
Internationalisierung des Kulturstandorts Bayern vorantreiben	31
Kultur- und Kreativwirtschaft stärken	31
Chancen der Digitalisierung für die Kultur nutzen	31
Kulturelle Infrastruktur im ländlichen Bayern stärken	32
Bildungs- und Kultureinrichtungen: Gemeinsam für kulturelle Bildung	32
Das kulturelle Erbe in Bayern schützen	32
Barrierefreie Angebote in staatlichen Kultureinrichtungen ausbauen	33
Sanierungsstau an Kultureinrichtungen beheben	33
Freier Eintritt in Dauerausstellungen staatlicher Museen in Bayern	33
Kunst- und Kulturbetrieb fördern	33
Vorankommen durch eigene Leistung	34
Energienstrategie für Bayern einführen	34
Wärmenetze ausweiten	34
Wärme der Zukunft sichern	34
Strompreise und Speicher in Bayern optimieren	35

Stromnetze weiterentwickeln	35
Strom günstig machen – Steuern und Umlagen reformieren	35
Steuerrechtliche Hürden für die Photovoltaik abbauen	36
Photovoltaikausbau voranbringen	36
Geothermie als Zukunft der bayrischen Energieversorgung	36
Fossile Energieträger in Bayern	36
Energieeffizienz und Ressourcennutzung steigern	37
Digitale Infrastruktur im Energiebereich ermöglichen	37
Markthochlauf der Wasserstoffinfrastruktur unterstützen	37
Biogasstrategie für Bayern entwickeln	37
Energieverfügbarkeit für Bayern sichern	38
Ausbau der Windkraft in Bayern vereinfachen	38
Ausbau der Photovoltaik auf ungenutzten Flächen beschleunigen	38
Ausbau der Energieerzeugung aus Biomasse unterstützen	38
CO ₂ -Effizienz bei Investitionen überprüfen	38
Geothermie und bayerische Wasserkraft stärken	39
Verbrauchernahe Energieerzeugung liberalisieren	39
Energieinfrastruktur für Bayern – Pipelines und Stromtrassen	39
Industrielle Substanz resilienter machen	39
Energieinfrastruktur besser schützen	39
Innovationsinitiative Energieeffizienz	40
Fertigungsstätten für Komponenten der Energietechnik fördern	40
Infrastruktur durch Ausbau der Energiespeicher resilienter machen	40
Sektorenkopplung ausbauen – Stromnetz bei Spitzen entlasten	40
Kombikraftwerke und kommunale Microgrids fördern	41
Sharing-Communitys am Strommarkt schaffen	41
Energie-Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickeln	41
Vorerst kein Rückbau von Kernkraftwerken	41
Neubau von Kernkraftwerken ermöglichen	41
Kernfusion als Chance für die Zukunft nutzen	42
Nuklearen Abfall durch innovative Technologien reduzieren	42
CO ₂ -freie Erzeugung von Wasserstoff voranbringen	42
Zukünftige Energiequellen erforschen	42
Von der Berufsschule zum regionalen Innovationszentrum	42
Meisterbonus weiterentwickeln	43
Die duale Ausbildung – anerkanntes Chancenmodell in der Gesellschaft	43
Stipendien für Azubis öffnen	43
Junge Arbeitnehmer zur Unternehmensnachfolge ermutigen	43
Gründerinnen empowern	43
Menschen mit Behinderung den Weg auf den ersten Arbeitsmarkt ebnen	43
Gehörlosengeld endlich einführen	44
Kapazitäten für Sprachlernkurse und Deutschklassen ausbauen	44
Integration und Spracherwerb an allgemeinbildenden Schulen verbessern	44
Berufsspezifische Sprachförderung an den Berufsschulen intensivieren	44
Willkommenskultur für ausländische Fachkräfte verbessern	45
Öffentliche Ausschreibungen vereinfachen	45
Bürokratieabbau – jetzt und konsequent!	45
Energieeffizientes Bauen und Sanieren für Unternehmen fördern	45
Wochenarbeitszeit statt Tageshöchst Arbeitszeit	45
Ausbildung im Gastgewerbe stärken	46
Digitale Bürgerplattform für Bayern schaffen	46
Once-Only-Prinzip und One-Stop-Shops umsetzen	46
Digitalisierung des Gesundheitswesens – weltbeste Medizin für Bayern	46
Förderprogramme voll digitalisieren	46
Sprunginnovationen nach Bayern holen	47
Digitalisierung des Mittelstands stärken	47
Raumfahrtland Bayern voranbringen	47
Nationales Weltraumgesetz und internationaler Weltraumvertrag	47
Gründerschmieden in der Lehre ausbauen	48

Risikokapital entfesseln	48
Innovationsräume: Hightech als Motor für Innovation und Wachstum	48
Aus der Forschung in die Anwendung: Unser Ausgründungskonzept	48
Kommunen dabei unterstützen, wirtschaftsfreundlicher zu werden	48
Forschungsgebäude auf Spitzenniveau bringen	49
Gründerstipendien für Bayerns innovativste Köpfe schaffen	49
Gründer-Bafög für Bayern einrichten	49
Bavarian Valleys: Freiheitszonen für Unternehmen schaffen	49
Berufliche Selbständigkeit von Frauen am Girls Day fördern	49
Bayerische Social-Entrepreneurship-Initiative	50
Moderne Recyclingmethoden statt Produktverbote	50
Tourismus in Bayern stärken	50

Selbstbestimmt in allen Lebenslagen

51

Bürgerrechte wahren	51
Innere Sicherheit ohne Überwachung ermöglichen	51
Quick Freeze statt Vorratsdatenspeicherung nutzen	51
Palantir-Einsatz im Bayerischen LKA verhindern	51
Volksvertretung stärken, Transparenz erhöhen	52
Korruptionsbekämpfung verbessern	52
Weisungsrecht des Justizministers abschaffen	52
Richterwahlkommission etablieren	53
Mehr Gerechtigkeit und Sicherheit im Jura-Studium schaffen	53
Digitaloffensive für Bayerns Justiz umsetzen	53
Verstetigung des Pakts für den Rechtsstaat: Digitalpakt für die Justiz	53
Gesetze digital bekannt machen	53
Digitale Plattform für Gerichtstermine	54
Elektronische Aktenführung an Gerichten umsetzen	54
Laufbahn zwischen Richter- und Staatsanwaltschaft trennen	54
Laufbahn von innerer Verwaltung und Verwaltungsgerichten trennen	54
Konsequente Trennung von Kirche und Staat umsetzen	54
Kein Tanzverbot an stillen Feiertagen	55
Missbrauchsfälle im Kirchengrund aufarbeiten, Opferhilfe stärken	55
Konsequent gegen Extremismus vorgehen	55
Ehrenamtliche Extremismusbekämpfung fördern	56
Schutz jüdischen Lebens in Bayern stärken	56
Messenger-Kommunikation mit den Behörden ermöglichen	56
Bürgernahe und effiziente Verwaltung durch Digitalisierung	56
Verfahrensbeschleunigung durch Legalplanung	56
Öffnungszeiten von Behörden anpassen	57
Bürgerrechte und Datenschutz im Internet gewährleisten	57
Jugendmedienschutz und Schutz vor Cyberkriminalität verbessern	57
Ehrenamt stärken, Nachwuchsgewinnung unterstützen	57
Parlamentarische Repräsentation zukünftiger Generationen verbessern	58
Altersgrenzen in öffentlichen Ämtern abschaffen	58
Aktives Wahlrecht ab 16 für Kommunal-, Bezirks- und Landtagswahlen	58
Volksbegehren digitaler machen	58
XXL-Landtag verhindern	59
Kampfhundeverordnung überarbeiten	59
Ladenöffnungszeiten flexibilisieren	59
WLAN in Obdachlosenhilfe, Frauenhäusern und Clearing-Häusern	59
Schnelle Hilfe bei Wohnungs- und Obdachlosigkeit	59
Asylverfahren beschleunigen	60
Abschiebungen nur auf Grundlage von Recht und Gesetz	60
Queere Vertretung in Rundfunk- und Medienrat einführen	60
Diversität in den Lehrplänen berücksichtigen	60
LGBTIQ*-Geflüchtete besser schützen	60
Bayerischer Aktionsplan für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt	61
LGBTIQ*-Beratungsangebote ausbauen und weiterentwickeln	61

Kinderwunschbehandlungen und Adoptionen bei allen Familienmodellen	61
Erweiterten Familienbegriff in die Verfassung aufnehmen	61
Diskriminierung beim Umgang mit öffentlichen Stellen verhindern	61
Queerfeindliche Hasskriminalität sichtbar machen und bekämpfen	61
Vertrauen in Lehrer und Polizei durch Fortbildung stärken	62
LGBTIQ* am Arbeitsplatz integrieren	62
Prostituierte brauchen Schutz statt Gängelung	62
Diversität in den Lehrplänen erhöhen	62
Mehr Demokratie in den Bezirken schaffen	62
Kommunales politisches Engagement flexibler machen	62
Aktive Mitgestaltungsmöglichkeiten für junge Menschen schaffen	62
Alle Kinder können schwimmen!	63
Fankultur unterstützen	63
Spitzensportförderung ausbauen	63
Sport inklusiv gestalten	63
Sportanlagen fördern	63
Kampagne für mehr Zivilcourage entwickeln	64
Kinderschutz muss oberste Priorität haben	64
Warnung der Bevölkerung bei Katastrophen verbessern	64
Notfall- und Katastrophenschutz stärken	64
Innere Sicherheit, Gefahrenabwehr und Katastrophenschutz optimieren	64
Sicherheit und Freiheit in Balance bringen	65
Polizeibeamten in geschlossenen Einheiten anonymisiert kennzeichnen	65
Verlagerung von Kompetenzen auf die Sicherheitswacht verhindern	65
Polizeiinspektionen in ganz Bayern funktionsfähig halten	65
Polizistinnen und Polizisten unterstützen	66
Rettungsdienste und Polizei besser schützen	66
Personal- und Sachausstattung der Polizei weiter verbessern	66
Rechtssicherheit durch den Einsatz von Bodycams verbessern	66
Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes	66
E-Sport ist Realität	67
Subsidiarität und Eigenverantwortung stärken	67
Alternative Wohnformen fördern, bayerischen Demenzfonds stärken	67
Einer modernen Senioren generation gerecht werden	68
Altersarmut / wirtschaftliche Absicherung	68
Altersdiskriminierung abbauen	68
Trendwende in der Sucht- und Drogenpolitik einleiten	68
Finanzierung der Drogenhilfe für Jugendliche sichern	68
Geburtshilfe flächendeckend erhalten und stärken	68
Frauengesundheit / geschlechtsspezifische Gesundheit	69
Zugang zum Schwangerschaftsabbruch verbessern	69
Gewaltschutzambulanzen bedarfsgerecht ausbauen	69
Geschlechtsspezifischen Krankheiten durch Schul-Aufklärung vorbeugen	69
Medizinische Therapien und Selbsthilfe bei Endometriose unterstützen	70
Gestaffelter Mutterschutz nach Fehlgeburten	70
Gleiche Rechte im Mutterschutz für selbstständige Schwangere	70
Keine Karenzzeiten für Schwangere in der Krankenversicherung	70
Schutzeinrichtungen ausbauen	70
Second-Stage-Betreuung in Schutzeinrichtungen verbessern	71
Ärztmangel in Bayern therapieren	71
Digitalisierungsbudgets für Gesundheitseinrichtungen einführen	71
Flächendeckende Notfallversorgung sicherstellen	71
Flying Intervention Teams für Bayern etablieren	71
Geschlechtermedizin in Forschung und Lehre ausbauen	72
Standards für die Pflegeberatung einführen und flächendeckend ausbauen	72
Entlassungsmanagement der Kliniken verbessern	72
Blut- und Organspenden attraktiver machen	72
Gesundheitskompetenzen der Bevölkerung stärken	73
Bürgerkommunen besser fördern	73

Cannabis-Legalisierung umsetzen	73
Chancen der Medizinischen Versorgungszentren nutzen	73
Digitalisierung des Gesundheitswesens: E-Health in Bayern ausbauen	73
Drogenkonsumräume und Drugchecking-Modelle einführen	74
Enquete-Kommission zur Pflege in Bayern einsetzen	74
Entlastungsbetrag leichter zugänglich machen	74
Fachkräftemangel in der Pflege und der Eingliederungshilfe therapieren	74
Fachkraftquote in Pflegeheimen und Eingliederungshilfe reformieren	75
Förderprogramme für Landpsychotherapeuten schaffen	75
Heimaufsicht reformieren	75
Investitionskosten für stationäre Einrichtungen fördern	75
Kampf gegen multiresistente Keime: „One Health“-Beirat für Bayern	76
Krankenhaus- und Bedarfsplanung reformieren	76
Landespflegegeld umwidmen	76
Liberales Pflegebudget einführen	76
Nachbarschaftspflege „Buurtzorg“ in Bayern ermöglichen	76
Medikamentenversorgung sichern	77
Medizinstudienplätze in Bayern weiter ausbauen	77
Geschlechtermedizin in Forschung und Lehre ausbauen	77
Mehr Zeit für Menschlichkeit: Medizin und Pflege entbürokratisieren	77
Zielgruppenspezifische Aufklärung und Prävention stärken	78
Neue Wohnformen und innovative Arbeitsplätze begünstigen	78
Studienplätze für Psychotherapie schaffen	78
Tages- und Kurzzeitpflege ausbauen	78
Unterstützungsangebote an Schulen verbessern	78
Update für den Öffentlichen Gesundheitsdienst realisieren	79
Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Pflege fördern	79
Ausbildung zur Pflegefachhelferin / zum Pflegefachhelfer finanzieren	79
Wartezeiten auf einen Therapieplatz reduzieren	79
Keine Stigmatisierung von psychisch Kranken	80
„Vereinigung der Pflegenden in Bayern“ weiterentwickeln	80

Freiheit und Menschenrechte weltweit

81

Bayern für die Welt öffnen	81
Bayerns Vertretungen in der Welt stärken	81
Englisch als zweite Verwaltungssprache einführen	82
Bayern als guten Nachbarn stärken	82
Grenzschutz ist Bundessache	82
Bayern als Exportland stärken	82
Dahoam in Bayern, Europa im Herzen	83
Die FDP als Garant für Subsidiarität	83
Starke Stimme im Ausschuss der Regionen	83
Bayern resilienter gegen Cyberangriffe machen	83
Agile Cybersicherheitsstrategie implementieren	84
Bundeswehr und NATO in Bayern attraktiver machen	84
Sichtbarkeit der Bundeswehr in Bayern erhöhen	84
Freiheit und Menschenrechte weltweit schützen	85
Solidarität mit der Ukraine	85
Chinesische Spionage auf bayerischen Diensthandys verhindern	85
Chinesischen Einfluss an Universitäten begrenzen	85

Politik, die rechnen kann

86

Abschlussprüfer öfter wechseln	86
Zeitenwende im Haushaltsrecht einleiten	86
Investitionen auf ihre CO ₂ -Effizienz überprüfen	86
Vereinfachung, Verschlinkung und Entbürokratisierung des Steuerrechts	86
Generationengerechte Haushaltspolitik einführen	87
Gewerbesteuerreform – für verlässliche Steuereinnahmen der Kommunen	87

Prinzip „Zielorientierte Ausgaben mit Wirkung“ im Haushalt einführen	87
Staatsausgaben einer Kosten-Nutzen-Analyse unterziehen	87
Jährlichen Bericht zu Förderprogrammen einführen	87
Mittel für wenig genutzte Förderprogramme kürzen	87
Implizite Schulden transparent machen	87
Pensionsfonds zukunftsfähig machen	88
Effizienz verbessern, Verwaltung verschlanken	88
Gesamtkonzept zum Bürokratieabbau vorlegen	88
Staatliche Beteiligungen reduzieren	88
Grunderwerbsteuer für erste selbst genutzte Immobilie abschaffen	88
Regierungsbeauftragte abschaffen	88
Länderfinanzausgleich reformieren	88
Leistungen der Finanzverwaltung bis Ende 2026 voll digitalisieren	89
Bayerische Grundsteuer zukunftsfähig gestalten	89
Freiheitszonen für die Finanzverwaltung einführen	89
Erbschaftssteuer grundlegend reformieren	89
Elementarschäden-Pflichtversicherung einführen	90

Nachhaltigkeit durch Innovation

91

Mobilität voranbringen	91
Smart Cities in ganz Bayern ermöglichen	91
Infrastrukturgroßprojekte in Zeit- und Kostenrahmen realisieren	91
Verkehrsträger Straße zukunftsfest machen	92
Verkehrsfluss mit intelligenten Maßnahmen verbessern	92
Verkehr in Kommunen neu denken	92
Countdown-Anzeigen für Ampeln einführen	92
Zukunft des Autos sichern	92
Infrastruktur für Elektromobilität ausbauen	92
Innovative Mobilitätskonzepte fördern	93
Autonomes Fahren voranbringen	93
Verkehrsmittel Fahrrad stärken	93
Bike-Sharing und E-Scooter nutzen	93
Transparente Fahrplandaten und intermodale Mobilitätsplattform	93
ÖPNV für junge Menschen günstiger machen	94
Mobilität in ländlichen Räumen stärken	94
Mobilität/Barrierefreiheit verbessern	94
Barrierefreiheit im ÖPNV verwirklichen	94
Chancen des autonomen ÖPNV nutzen	94
Taxi-Markt deregulieren und mehr Wettbewerb zulassen	94
Förderrichtlinien für einen zukunftsfähigen Nahverkehr reformieren	95
Ausschreibungen der Bayerischen Eisenbahngesellschaft reformieren	95
Ausbau des Schienennetzes voranbringen	95
Bau und Erweiterung der Umschlagsterminals umsetzen	95
Bahnstrecken reaktivieren	95
Sicherheit und Kapazitäten der Bahn stärken	95
Zweite S-Bahn-Stammstrecke München	96
Elektrifizierung von Bahnstrecken anpacken	96
Zweigleisigen Ausbau im Schienenverkehr vorantreiben	96
Cleveres Kolonnenparken: LKW-Parkplätze telematisch steuern	96
Münchner Flughafen effizient an die Schiene anbinden	96
Luftverkehrsstandort Bayern nachhaltig sichern	97
Mobilitätsplattformen verbinden	97
Urbane Seilbahnen in Bayerns Städten ermöglichen	97
Lebenswerte öffentliche Räume schaffen	98
Dekarbonisierung im Gebäudesektor unterstützen	98
Baukosten senken, überbordende Standards reduzieren	98
Landesbauordnungen harmonisieren	98
Staatliche Bauverwaltung und Baumanagement effizienter machen	99
Arbeitszimmer besser fördern	99

Nachverdichtung durch Aufstockung und Nutzung von Baulücken	99
Digitalisierung des Bauantrags voranbringen	99
Digitales Planen und Bauen weiterentwickeln	99
Zeitlimits für Bauantragsüberprüfungen einführen	100
Smarte Bauplanung ist digitale Bauplanung	100
Weg mit unnötigen Vorschriften!	100
Genehmigungsfiktion einfacher anwenden	100
Fachexpertisepool für Prüfungen und Vorgaben schaffen	100
Transparenz bei öffentlichen Bauvorhaben stärken	100
Staatlichen Hochbau in Bayern reformieren	101
Modulares Bauen fördern	101
Einfacher und experimenteller bauen: Gebäudetyp „E“	101
Quartier vor Einzelbauwerk betrachten	101
Zusätzlichen Wohnraum schaffen	101
Ausreichend bezahlbaren Wohnraum schaffen	102
Richtig städtebaulich nachverdichten	102
Innovative Baustoffe schnell auf den Markt bringen	102
Kommunen mehr Eigenverantwortung beim Parkangebot ermöglichen	102
Mittelgroße Städte stärken	102
Nachhaltige urbane Flächennutzung ermöglichen	103
Auch beim Denkmalschutz an die Zukunft denken	103
Denkmalschutz-Kompetenzen auf regionale Ebene verlagern	103
Denkmalschutzaufgaben entschlacken	103
„Räume mit besonderem Handlungsbedarf“ reformieren	103
Förderprogramme fokussieren	103
Sinnvolle Behördenverlagerungen fortführen	103
Kommunale Initiativen für das Projekt „Wohnen für Hilfe“ stärken	103
Wohnungsbau mit Blick auf die Bedürfnisse der älteren Generation	104
Zentrales-Orte-System reformieren	104
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	104
Bekennnis zur heimischen Tierhaltung	104
Emissionen in der Tierhaltung besser steuern	104
Einheitliche Lebensmittelstandards für mehr Verlässlichkeit	105
Qualitativer Umweltschutz als Leitbild bei Agrarumweltmaßnahmen	105
Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft	105
Lebensmittelsicherheit mit vernünftiger Biodiversität verbinden	105
DüngeVO und EU-Nitratrichtlinie: Fairer Wettbewerb in Europa	105
Ökologie durch moderne Technologien und Züchtungsmethoden verbessern	106
Pionierbäume für den Wald von morgen pflanzen	106
Das Wild gehört zum Wald	106
Direkte Markteingriffe in den Holzhandel vermeiden	106
Erfahrungswerte im Bayerischen Jagdgesetz berücksichtigen	106
Umgang mit Biber und Co.: Ökologie und Ökonomie verbinden	107
Aktive Regulierung der Wolfspopulation ermöglichen	107
Kenntnisse über Ernährung und Landwirtschaft vermitteln	107
Cannabis für den Gartenbau und Eigenanbau freigeben	107
Liberales Kulturlandschaftsprogramm umsetzen	107
Planungssicherheit für aufwändige landwirtschaftliche Investitionen	108
Stilllegungsflächen nach neuesten Erkenntnissen behandeln	108
Büsche und Hecken für Artenvielfalt und Windschutz nutzen	108
Zentrales Öko-Konto – digital und effektiv	108
Umwelt und Klima schützen	108
Flächenverbrauch durch qualitativen Umweltschutz senken	109
Bayerisches Klimaschutzgesetz verbessern	109
Klimapartnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern eingehen	109
Technologien zur CO ₂ -Speicherung (CCUS) in Bayern etablieren	109
Kommunen bei der Erstellung von Hitzeaktionsplänen unterstützen	110
Gewässerschutz zur Priorität im Umweltministerium machen	110
Renaturierung von Auen und natürlicher Hochwasserschutz stärken	110

Ökovielfalt der bayerischen Gewässer bewahren	110
Konkreten Schutz der Gewässer umsetzen	110
Update für den Wasserschutzplan entwickeln	111
Hochwasserschutz verbessern	111
Revitalisierung und Renaturierung von Brachflächen und Altstandorten	111
Alpinen Tourismus neu ausrichten	112
Tourismus in Bayern entfesseln	112
Alternative Anreisekonzepte stärken	112
Begrünung von Dach- und Fassadenflächen für ein besseres Stadtklima	112
Frischluftschneisen und Grünflächen im städtischen Raum ausbauen	112
Neuen bayerischen Nationalpark im Steigerwald ausweisen	113
Maßnahmen zum Artenschutz besser verfolgen	113
Lücken im Grünen Band endlich schließen	113
Mehr Recycling-Beton bei öffentlichen Bauvorhaben einsetzen	113
Digitales und Netzpolitik	113
Zuständigkeiten für die digitale Transformation bündeln	114
Behördendigitalisierung – vom Bürger aus denken	114
Bayerischen Antragsturbo zünden	114
Behörden für die Digitalisierung ertüchtigen	114
Opferentschädigung in Bayern verbessern	115
Digitalisierungsbooster in den Kommunen mit dem Baukastenprinzip	115
Potenzial der Privatwirtschaft nutzen	115
Potenziale von Start-ups nutzen	115
Digitalbonus erweitern	115
Kein eigener bayerischer digitaler Personalausweis	115
Onlinezahlung auch bei Behörden ermöglichen	116
Datenscockpit für Bürgerinnen und Bürger einführen	116
Offenen Quellcode für Behördensoftware nutzen	116
Bayerische Open-Data-Initiative starten	116
Behördendigitalisierung solide finanzieren	116
Breitbandausbau vorantreiben	116
Gigabit-Gutscheine einführen	117
Schmalbandvernetzung ausbauen	117
Regulatorische „Sandbox“ für digitale Innovationen einführen	117
Öffentliche Netzzugänge in Gemeinden schaffen	117

Weltbeste Bildung für jeden

Frühkindliche Bildung fördern

Frühe Persönlichkeitsentwicklung und Sprachförderung sind der Schlüssel zur Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Die Bildungsforschung ist sich einig, dass ein Kita-Besuch die Aussicht auf einen erfolgreichen Schulstart und weitere Bildungsperspektiven deutlich verbessert. Voraussetzung ist, dass die Qualität stimmt. Wenn Eltern jedoch weiterhin um Kita-Plätze kämpfen müssen, droht die Gefahr, dass ausgerechnet Kinder aus bildungsfernen Familien keinen Platz bekommen – obwohl sie besonders vom Kita-Besuch profitieren würden. Wie in Frankreich, Österreich oder der Schweiz sollten alle Kinder in Bayern mit einem altersgerechten Vorschulprogramm spielerisch fit für die Schule gemacht werden. Eine Befreiung ist auf Antrag möglich. Besonders Kinder mit Förderbedarf brauchen die notwendige Unterstützung. Bereits im Kindergarten muss die altersgerechte Vorschul-Förderung in Kooperation mit einer Grundschule umgesetzt werden, um eine verbindliche Schulvorbereitung zu gewährleisten.

Qualitätsoffensive in der frühkindlichen Bildung

Wir fordern eine echte Qualitätsoffensive in der frühkindlichen Bildung. Dazu zählen eine bessere Fachkraft-Kind-Relation an Kitas, mehr Fachberatung, begrenzte Gruppengrößen und mehr Medienkompetenz. Erzieherinnen und Erzieher brauchen mehr Zeit für die Kinder statt für Bürokratie.

Mitbestimmung von Kita-Eltern auf Landesebene verbessern

Wir fordern die Einrichtung einer Landeselternvertretung für Eltern von Kita-Kindern. Sie soll ein fest verankertes Anhörungs- und Beteiligungsrecht erhalten und Mitglied in allen einschlägigen Arbeitsgruppen werden, die die Zukunft der frühkindlichen Bildung diskutieren.

Deutsch-Vorkurse ab fünf Jahren anbieten

Für Kinder ab fünf Jahren fordern wir flächendeckend Deutsch-Vorkurse, die bei Bedarf auch verpflichtend stattfinden. Für Kinder unter fünf Jahren brauchen wir ein freiwilliges flächendeckendes Angebot an Eltern-Kind-Deutschkursen. Bisher hat nicht jedes Kind, das zu Hause kein Deutsch spricht, die Chance auf eine Teilnahme an einem Deutsch-Vorkurs. Aber gerade für diese Kinder ist eine verbindliche, strukturierte Förderung der Deutschkenntnisse die Voraussetzung für einen erfolgreichen Schulstart: Je früher die Sprachförderung beginnt, umso leichter tun sich die Kinder. Mit Blick auf gestiegene Flüchtlingszahlen und die notwendige Zuwanderung von Fachkräften brauchen wir daher auch für kleine Kinder und ihre Familien passende Angebote.

Plätze zur Kinderbetreuung ausbauen

Wir wollen die Plätze in Kinderkrippen, Kindergärten, Horten, Häusern für Kinder, Mini-Kitas und Kindertagespflege bedarfsgerecht ausbauen. Jedes Kind braucht altersgerechte Förderung, die Familien brauchen Wahlfreiheiten bei der Betreuungsform. Aktuell fehlt in Bayern eine große Anzahl an Betreuungsplätzen – dabei ist erwiesen, wie wichtig frühkindliche Bildung ist. Kein Kind darf bei der Frühförderung leer ausgehen. Familien dürfen nicht gezwungen sein, den einzigen Platz zu nehmen, den sie für ihr Kind bekommen können. Vielmehr sollten sie wählen können, in welche Einrichtung sie ihr Kind geben möchten. Eine solche Wahlfreiheit führt auch zu einer höheren Qualität der Angebote. Für die Eltern bedeuten mehr Kinderbetreuungsplätze eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, was wiederum die Teilhabe am Arbeitsmarkt in Zeiten des Fachkräftemangels verbessert. Aus liberaler Sicht brauchen wir deshalb Investitionsprogramme für die Kommunen und eine Fachkräfte-Offensive in der Kinderbetreuung.

Mehr bilinguale Kitaplätze schaffen

Wir wollen mehr bilinguale Kitaplätze schaffen. Fremdsprachenkenntnisse werden in einer globalisierten Welt immer wichtiger – im Kindergarten können dafür wichtige Grundlagen gelegt werden. Für eine hohe Qualität brauchen wir ein wissenschaftlich begleitetes Konzept für bilinguale frühkindliche Bildung. Zudem muss ein Programm zur gezielten Anwerbung von pädagogischem Personal, vor allem aus dem englisch-, französisch- und spanischsprachigen Ausland, geschaffen werden.

Flexi-Kitas ermöglichen

Wir wollen Flexi-Kitas ermöglichen, die je nach Bedarf unterschiedliche Öffnungszeiten anbieten. Solche Angebote unterstützen zum Beispiel Eltern, die im Schichtbetrieb arbeiten. Unabhängig von den Arbeitszeiten können Familien dann sicher sein, dass ihre Kinder gut aufwachsen und in ihrer Entwicklung adäquat gefördert werden. Derzeit ist die nächtliche Betreuung von einer Förderung nach dem bayerischen Kita-Gesetz (BayKiBiG) ausgeschlossen. Das wollen wir ändern.

Fachkräftemangel in den Kitas bekämpfen

Wir fordern eine Strategie im Kampf gegen den Kita-Fachkräftemangel. Dazu wollen wir alle Ausbildungen zur Fachkraft in einer Kita angemessen vergüten und multiprofessionelle Teams aufbauen. Ausländische Abschlüsse müssen schneller anerkannt werden, zudem brauchen wir eine Anwerbeaktion im Ausland.

Schule

Wecken wir die natürliche Freude am Lernen und Lehren! Unser Ziel ist ein liberales Schulsystem, das Freiraum für individuelle Entwicklung und gezielte Förderung lässt – damit jedes Kind seine Talente frei entfalten kann. Aufgabe der Schule ist es, junge Menschen auf eine sich immer schneller verändernde Welt vorzubereiten. Das geht nicht mit den Konzepten von vorgestern. Deshalb müssen wir in Bayern verkrustete Strukturen endlich aufbrechen. Die Basis für innovative Schulen schaffen wir durch mehr Gestaltungsfreiheit vor Ort und klare Verantwortlichkeiten. Der Schlüssel für hohe Bildungsqualität liegt dabei neben motiviertem Personal und guter Ausstattung insbesondere in der Möglichkeit, Bildungsangebote besser zu vergleichen und frei auswählen zu können. Wenn wir in den Fokus rücken, wer unsere Kinder wirklich voranbringt, und uns von bürokratischen Vorgaben lösen, entsteht eine neue Dynamik für weltbeste Bildung.

Beste Lehrkräfte gewinnen und Leistung fördern

Wunschschule und Wunschlehrer sollen sich in Zukunft frei finden können. Anstelle einer bayernweiten Lehrerzuteilung nach Examensnote sollen Schulen das zu ihnen passende Lehrpersonal selbst zusammenstellen können. Aus liberaler Sicht sollen direkte Bewerbungen die Regel werden, wie es in anderen Berufen üblich ist. Andere Auswahlkriterien – wie zum Beispiel Zusatzqualifikationen – sollten eine stärkere Rolle spielen. Schulen brauchen zudem die Möglichkeit, gute Lehrerleistungen auch individuell gezielt zu fördern – denn wer unsere Schülerinnen und Schüler voranbringt, muss auch selbst vorankommen. Lehrkräfte müssen daher endlich zu leistungsorientierten Konditionen angestellt werden können. Um das zu erreichen, sollen Schulen das Personalbudget einer unbesetzten Beamtenstelle in gleicher Höhe für ein attraktives Angestelltenverhältnis einsetzen können. Gleichzeitig wollen wir den beamtenrechtlichen Rahmen zur leistungsbezogenen Bezahlung weiterentwickeln und zusätzliche Anreize schaffen.

Freie Schulwahl verwirklichen

Aus liberaler Sicht soll die jeweilige Wunschschule möglichst frei wählbar sein, damit Schulen ihre Schülerinnen und Schüler vor allem mit der Qualität ihrer Bildungsangebote anziehen. Die Auswahl soll nach Eignung und Leistung erfolgen. Einengende Steuerungsinstrumente wie der Schulsprengel oder Gängelungen bei der Schulwegkostenerstattung sollen wegfallen. Bei Grundschulen wollen wir nach dem Grundsatz „kurze Wege für kurze Beine“ aber weiter die vorrangige Zugangsmöglichkeit zu einer

wohnnahen Schule sicherstellen. Gerade in ländlichen Räumen ist es notwendig, dass auch kleine Grundschulen erhalten bleiben. Sie tragen stark zur Attraktivität eines Wohnorts für junge Familien bei. Die neuen Potenziale des Deutschlandtickets wollen wir zur Stärkung der Wahlfreiheit in der Schülerbeförderung nutzen.

Die geeignete Schule finden und vergleichen

Wir fordern transparente Qualitätsrankings jeder Schule, um Eltern und Schüler bei der Schulwahl zu unterstützen. Diese Rankings sollen unter wissenschaftlicher Begleitung entwickelt werden. Sie müssen die vielfältigen Dimensionen des Bildungserfolgs einer Schule darstellen und fair die jeweiligen Startvoraussetzungen berücksichtigen. Wir wollen die besten Schulen eines Bereichs ermuntern und darin fördern, Entwicklungspartnerschaften mit anderen Schulen einzugehen, um diese auf ein neues Qualitätsniveau zu heben. Wenn wir uns Stärken und Schwächen von Bildungseinrichtungen bewusst machen, entsteht die nötige Dynamik zur Verbesserung. Das gilt für die Gebäudeausstattung genauso wie für pädagogische Konzepte – und auch für die Rahmenbedingungen, die durch den Freistaat vorgegeben werden.

Gerechte Finanzierung durch Bildungsgutscheine

Mit dem international bewährten Instrument der Bildungsgutscheine wollen wir den Anreiz setzen, für jedes Kind individuell überzeugende Bildungsangebote bereitzustellen. Schulen erhalten dabei je Schüler einen pauschalierten Betrag, um sich zu finanzieren. Dieser kann über bestimmte Gewichtungsfaktoren erhöht werden, wie das bei der Kita-Finanzierung schon üblich ist. Dadurch erhalten Schulen die Möglichkeit, flexibel auf soziale und pädagogische Herausforderungen zu reagieren. Gleichzeitig schaffen wir damit einen Anreiz für hochwertige und vielfältige Bildungsangebote und stellen ein höheres Maß an Chancengerechtigkeit sicher. Die Bereitstellung eines schülerspezifischen Budgets schafft die Basis für mehr Gestaltungsfreiheit, zum Beispiel beim Aufbau multiprofessioneller Teams. Damit sind passgenaue Lösungen für alle Schüler möglich.

Vorschriften halbieren, Vertrauenskultur schaffen

Wir fordern eine Generalüberprüfung der staatlichen Vorschriften für Schulen in Bayern, mit dem Ziel, deren Umfang mindestens zu halbieren und so mehr Gestaltungsfreiräume vor Ort zu schaffen. Alle Vorgaben sollen von einer unabhängigen Stelle auf deren unbedingte Notwendigkeit überprüft werden. Wir wollen das Modell der eigenverantwortlichen Schule wiederbeleben und dafür eine neue Vertrauenskultur schaffen. Das Kultusministerium soll sich künftig vor allem auf die Setzung von Leitplanken und Standards konzentrieren. Abschlüsse, Rahmenlehrpläne, Kerncurricula, das Finanzierungssystem und grundsätzliche rechtliche Fragestellungen sollten bayernweit geregelt werden. In allen anderen Belangen wollen wir den Schulen große Gestaltungsfreiheiten einräumen.

Schulen Gestaltungsfreiheit beim Personal geben

Schulen brauchen mehr Freiheit, um individuelle Lösungen und neue Ideen zu entwickeln. Sie brauchen die Möglichkeit, selbstständig Personalmanagement zu betreiben und sollen die nötigen Mittel dafür über die Bildungsgutscheinfinanzierung erhalten. So sollen Schulen zum Beispiel selbst entscheiden können, ob eine Lehrerin vor einer kleinen Klasse unterrichtet oder ob sie zusammen mit einem pädagogischen Assistenten eine größere Klasse übernimmt. Dieses ganzheitliche Finanzierungssystem ist viel flexibler als Klassenteilverfahren, Stundenzuteilungen oder bürokratische Sonderprogramme. Personalentscheidungen sollten nicht Politiker in München treffen, sondern die Schulen vor Ort – auf pädagogisch-praktischer Basis und bei persönlicher Kenntnis aller Betroffenen.

Schulen Gestaltungsfreiheit beim Budget gewähren

Aus liberaler Sicht sollen Schulen Budgethoheit über die per Bildungsgutschein zugewiesenen staatlichen Mittel erhalten. Das beinhaltet auch die Möglichkeit der Führung von Schulkonten zur Bewirtschaftung

dieser Haushaltsmittel, um Geld für Investitionen ansparen zu können. Anreize für teils unnötige Anschaffungen zur Budgetausschöpfung kurz vor Jahresende können auf diese Weise reduziert werden. Insbesondere im Digitalbereich sollen die Schulen schneller ohne große Ausschreibungen investieren können. Das Schulforum erlässt dazu in öffentlicher Sitzung Richtlinien zur Mittelverwendung.

Gestaltungsfreiheit in der Pädagogik erhöhen

Wir wollen mehr pädagogische Freiheiten schaffen, indem wir die flexiblen Anteile in der Stundentafel erhöhen. In der Praxis soll das zum Beispiel durch mehr Profilstunden sowie die Ausweitung des Wahlpflichtbereichs erfolgen. Schulen können auf diese Art stärker Schwerpunkte setzen, als das bislang zum Beispiel durch die Ausbildungsrichtungen möglich war. Im Unterricht wollen wir es einfacher machen, passgenau auf die Bedürfnisse der Schülerschaft einzugehen: Die Lehrpläne sollen entschlackt werden und den Lehrkräften mehr Auswahloptionen im Lehrstoff bieten. Es soll künftig nur noch einen klar definierten Kernbestandteil geben, der sich so weit wie möglich an den nationalen Bildungsstandards orientiert. Dieser Kernbestandteil muss zur besseren Vergleichbarkeit verbindlich umgesetzt und zentral abgeprüft werden.

Fairness und Vergleichbarkeit bundesweit schaffen

Wir fordern eine höhere Chancenfairness über Landesgrenzen hinaus. Um das zu erreichen, wollen wir bundesweit einheitliche und zentral bereitgestellte Kernbestandteile der Abschlussprüfungen einführen, deren Standards sich an den Ländern mit dem höchsten Bildungserfolg orientieren. Sie sollen um länderspezifische Prüfungskomponenten ergänzt werden können, die auch Raum für landespolitische Besonderheiten lassen. Um das Umziehen zwischen Bundesländern und den damit verbundenen Schulwechsel zu erleichtern, wollen wir spezielle Förderstellen in jedem Bezirk einrichten. Diese sollen bei der Erfassung des Lernstands und des entsprechenden Nachholbedarfs sowie bei der Schul- und Klassenwahl frühzeitig Unterstützung anbieten. Unter Einbeziehung aller Beteiligten sollen sie die Schüler zudem vor einem Schulwechsel und in den ersten Monaten danach aktiv begleiten und durchgehend Förderangebote und -kurse bereitstellen, die auch außerhalb der Schulzeit digital oder in Präsenz besucht werden können.

Fairness und Vergleichbarkeit beim Übertritt verwirklichen

Beim Übertritt in weiterführende Schulen braucht es mehr Vergleichbarkeit und Chancenfairness zwischen den Grundschulen. Deshalb wollen wir beim Übertrittsverfahren die in der Grundschulordnung vorgeschriebene Zahl der aktuell 18 Probearbeiten in Deutsch, Mathematik und Heimat-/Sachkunde reduzieren. Im Gegenzug soll es jeweils eine zentral gestellte und unabhängig ausgewertete Vergleichsarbeit geben, die als Maßstab zum Vergleich dienen, aber nur einen Teil der Übertrittsnote ausmachen soll. Darüber hinaus soll der Leistungsbegriff beim Übertritt erweitert werden. Besondere Talente sollen außerhalb dieser Fächer eine stärkere Rolle spielen können.

Fairness und Vergleichbarkeit beim Schulabschluss herstellen

Wir fordern, dass schriftliche Abschlussprüfungen zukünftig nicht nur landesweit zentral (und möglichst bundesweit vergleichbar) gestellt, sondern auch einer externen Zweitkorrektur unterzogen werden. Diese soll digitalisiert und anonymisiert stattfinden und dokumentiert werden. Bei Abweichungen sollen die gefundenen Einigungen über die finale Bewertung ebenfalls dokumentiert und begründet werden.

Schulen mehr Eigenverantwortung bei digitalen Lernangeboten geben

Wir fordern faire Wettbewerbsbedingungen beim Einsatz von digitalen Lernangeboten. Es darf keinen Zwang dazu geben, staatliche Monopolorangeboten wie etwa die Lernplattform Mebis zu nutzen. Staatliche Eingriffe beim Aufbau und Einsatz der digitalen Infrastruktur müssen auf das rechtlich Notwendige reduziert werden. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Mittlerweile gibt es viele Unternehmen, die das Know-how an Technik, aber auch an Lerninhalten in einem Gesamtpaket bereitstellen können. Der

Staat soll nicht länger mit seinem „Kostenlos-Versprechen“ als Mitbewerber auf dem Markt auftreten und den Wettbewerb um die besten Lösungen vor Ort verhindern. Auf diesem Weg wollen wir auch staatliche Doppelstrukturen abbauen.

Landesweite 1:1-Ausstattung mit digitalen Endgeräten verwirklichen

Wir fordern einen Rechtsanspruch auf landesweite Ausstattung jeder Schülerin und jedes Schülers mit einem digitalen Endgerät. Wie sie dieses Ziel umsetzen, lassen wir den Schulen offen. So können sie bestmöglich auf die Anforderungen vor Ort reagieren. Die Finanzierung erfolgt über den Bildungsgutschein: Pro Person und Schuljahr zahlt der Freistaat einen festen Betrag zum Schulbudget. Diese Summe soll nicht nur die Anschaffungskosten abdecken, sondern auch die Wartung und Pflege. Auf die analoge Lernmittelfreiheit folgt somit auch die digitale Lernmittelfreiheit. Unser Modell verbindet die eigenverantwortliche Schule mit der Nutzung digitaler Möglichkeiten, denn die Zukunft des Alltags der neuen Generation liegt in der Nutzung des digitalen Raums. Auf diese Weise stellen wir sicher, dass Kinder Zugang zu digitalen Lerninhalten bekommen – unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Systembetreuung an Schulen professionell aufstellen

Technik folgt der Pädagogik, nicht umgekehrt. Wir fordern deshalb eine klare Abgrenzung zwischen den Vorgaben für pädagogische Systembetreuer und der technischen Systembetreuung. Lehrkräfte sollen sich um die Gestaltung des Unterrichts kümmern und nicht nebenbei noch die IT der Schule pflegen und administrieren müssen. Für uns ist es entscheidend, dass Lehrkräfte so viel Hilfe bekommen, wie sie benötigen, sich aber ansonsten auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren können. Deshalb muss die Administration und technische Betreuung der IT auf Ebene des Landkreises, der Stadt oder der Kommune durch professionelle Strukturen und bedarfsdeckend erfolgen. Wir wollen außerdem prüfen, wie die Unterstützungsangebote vor Ort sinnvoll mit einem bayernweiten Helpdesk für digitale Endgeräte, digitale Lehre und Plattformen unterstützt werden können.

Digitalisierung für neue Lernkultur nutzen

Aus liberaler Sicht ist es nötig, Digitalisierung nicht einfach auf das alte System aufzusetzen, sondern das ganze Schulsystem von Grund auf digital zu denken. Dazu muss geeignete Lernsoftware bereitgestellt werden – es reicht nicht, Schulbuchinhalte eins zu eins digital zu übernehmen. Die Nutzung geeigneter Computerspiele mit Lerninhalten und Lernplattformen (Learning Management Systeme) soll Einzug in den Unterricht halten. Es ist erwiesen, dass der Lerneffekt bei der Nutzung von Lernplattformen höher ist als bei konventionellen Lehrmethoden. Erfahrungen, etwa aus Neuseeland, verdeutlichen: Elektronische Medien können viel Struktur und Ordnung in den Lernalltag bringen und zu erledigende Aufgaben und Wiederholungen anzeigen. Pädagogisch-didaktische Videospiele können zu mehr Motivation und Abwechslung beitragen, wenn sie in den Unterricht einbezogen werden. Zudem fordern wir den schnellstmöglichen Ausbau von leistungsfähigem WLAN und Breitband an allen Schulen. Bis zum vollständigen Breitbandausbau ist auch eine Versorgung über das LTE-Netz denkbar.

KI-Chatmodelle als Chance: Aufklärung statt pauschale Verbote

Aus liberaler Sicht sollen KI-Chatmodelle als Katalysator genutzt werden, um die Lehr-, Lern- und Prüfungskultur zu verbessern. In der Schulbildung sind Fortbildungen für Lehrkräfte zu KI-Systemen nötig. KI-Chatmodelle wie ChatGPT können mit künstlicher Intelligenz anhand von Fragestellungen Aufsätze und Texte generieren. Die Entwicklung dieser Systeme steht erst am Anfang und wird mit jeder Version leistungsstärker. Schülerinnen und Schüler brauchen Kompetenz im Umgang mit solchen Plattformen und Softwarelösungen. Bayern sollte deshalb den Einsatz von KI als Hilfsmittel offen mitgestalten und die Weiterentwicklung digitaler Unterrichtskonzepte in ganz Bayern durch eine neue Innovationskultur fördern. Nur auf das Ergebnis von Schulversuchen zu warten, ist im Digitalzeitalter zu langsam.

Ganztagsbildung vielfältig ausbauen und trägerneutral finanzieren

Wir fordern einen bayerischen Rechtsanspruch auf ein bedarfsdeckendes und hochwertiges Ganztagsangebot bis zur sechsten Klasse mit kindgerechten und individuellen Bildungsangeboten. Dazu gehört zum Beispiel die verstärkte Einbindung von Vereinen mit Sportangeboten im Rahmen eines rhythmisierten Unterrichts. Die Ganztagsbildung ist eine schulische Aufgabe, für die der Freistaat verantwortlich ist. Dementsprechend soll die Finanzierung zusammengeführt werden. Sie soll sich nicht nur an Betreuungszeiten und dem individuellen Förderbedarf der Kinder orientieren, sondern auch erzielte Bildungsleistungen honorieren. Bayern muss endlich die rote Laterne beim Ganztagsausbau abgeben. Nötig ist eine große Personaloffensive mit Verbesserungen sowohl bei der pädagogischen Ausbildung als auch bei der Arbeitsplatzattraktivität. Die Ganztagsbildung an freien Schulen muss endlich gleichermaßen finanziert werden wie an staatlichen Schulen.

Bekenntnis zum mehrgliedrigen Schulsystem

Wir fordern ein leistungsgerechtes Bildungssystem, das auf die individuellen Leistungsunterschiede der Schülerinnen und Schüler optimal eingeht. Dies kann durch das bisherige mehrgliedrige Schulsystem erfolgen und/oder perspektivisch durch eine stärkere Differenzierung über Leistungs- und Grundkurse. Förderschulen wollen wir auch als Kompetenzzentren zur Unterstützung der Inklusion an Regelschulen erhalten. Familien müssen die Freiheit haben, eine Schule auszuwählen, die zu ihrem Kind und dessen Bedürfnissen, zur Familie und deren Wünschen und Werten passt. Zentrales Entscheidungskriterium müssen dabei aber die persönlichen Schulleistungen bleiben. Das mehrgliedrige bayerische Schulsystem bietet die Möglichkeit einer inklusiven Beschulung. Die Förderschulen ermöglichen eine differenzierte und individuelle Unterstützung, die Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf (körperlich, kognitiv, emotional/seelisch) zugänglich ist. Beide Wege ermöglichen eine qualitativ hochwertige Förderung, die auf individuelle Bedürfnisse und Entwicklungschancen eingehen kann.

Durchlässigkeit maximieren

Aus liberaler Sicht muss unser bayerisches Schulsystem durchlässiger werden. Wir wollen die einseitige Fokussierung auf die Durchschnittsnote beim Übertritt von der Mittelschule auf die Realschule oder aufs Gymnasium ergänzen – durch vielfältige, jahrgangsstufenunabhängige Evaluierungsmethoden wie Aufnahmeprüfungen, Probeunterricht oder persönliche Gespräche. Aktuell ist für den Übertritt aus der fünften Klasse der Mittelschule aufs Gymnasium eine Durchschnittsnote von 2,0, für die Realschule von 2,33 notwendig. Die Durchschnittsnote kann aber nicht das einzige Kriterium sein, mit dem die Eignung eines Kindes für eine andere Schulform festgestellt wird – nach unserer Auffassung müssen vielfältigere Methoden wie Schnupper- oder Probeunterricht und Aufnahmeprüfungen eingesetzt werden.

Neue Perspektiven für Mittelschulen schaffen

Wir wollen Mittelschulen als Ort der individuellen Förderung weiterentwickeln und sie durch eine schülerorientierte Finanzierung mit Bildungsgutscheinen dort stärken, wo sie die größten sozialen Herausforderungen bewältigen müssen. Mit dem Klassenlehrerprinzip haben Mittelschulen hierfür beste Voraussetzungen. Diese sollten aber gleichwertig bezahlt und bedarfsorientiert durch den Einsatz multiprofessioneller Teams unterstützt werden. Um das zu verwirklichen, wollen wir Mittelschulen autonomer machen. Insbesondere für größere Schulen soll die übergeordnete Schulverwaltung auf die Rolle der reinen Schulaufsicht verschlankt werden. Durch mehr Freiheiten in Pädagogik, Budget und Personal sollen Mittelschulen interessante Schulprofile herausbilden können, die sie im Wettbewerb mit anderen Schulen und Schularten attraktiver machen. Fachlehrkräfte sollen die Möglichkeit zur akademischen Weiterbildung erhalten. Durch die Streichung der Sprengelpflicht und die Einführung eines Rechts auf Besuch einer wohnortnahen Schule entsteht eine neue Dynamik, die es nötig macht, Schulgebäude und deren Ausstattung konkurrenzfähig zu halten.

Mittelschulen vor Ort stärker verankern

Wir setzen uns dafür ein, dass Mittelschulen lokal wieder als Mehrwert wahrgenommen werden und die Kommunen sie hierbei aktiv unterstützen. Das gelingt über eine verstärkte Kooperation mit Akteuren vor Ort wie Ausbildungsbetrieben, Jugendhilfen und pädagogischen Einrichtungen. Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern wie Hilfsorganisationen und Vereinen soll verstärkt werden. Dies gilt insbesondere für die Berufsorientierung. Darüber hinaus wollen wir Mentoringprogramme für Mittelschülerinnen und Mittelschüler nach dem Vorbild der Bildungsinitiative „Rock Your Life!“ fördern und bayernweit etablieren.

Talentschulen-Programm auflegen

Wir wollen ein Talentschulen-Programm etablieren, das besondere Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern besser unterstützt und fördert. Diese Schulen sollen eine besondere personelle Ausstattung sowie einen finanziellen „German Dream“-Zuschuss erhalten. Das Talentschul-Programm trägt unter anderem dazu bei, Disparitäten in sozial benachteiligten Stadtvierteln abzubauen, indem Schulen in sogenannten „Brennpunktvierteln“ besondere Zuschüsse und Ausstattung erhalten. Dieses Konzept wollen wir in Bayern ebenfalls etablieren – denn es bietet sich als Chance an, Disparitäten auch in strukturschwachen ländlichen Räumen abzubauen und neue Perspektiven für junge Menschen zu schaffen.

Niveau der Gymnasialbildung heben – Noteninflation stoppen

Aus liberaler Sicht muss das Niveau der gymnasialen Schulbildung in Bayern wieder angehoben werden. Dafür müssen alle Angebote und Anforderungen des Gymnasiums überprüft und deren Qualität optimiert werden – vom Übertritt bis zum Abitur. Mit der Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums wollen wir auch künftig zwei Leistungsfächer in der Oberstufe anbieten, statt einem, wie es das Kultusministerium aktuell vorsieht. Außerdem muss die Noteninflation der vergangenen Jahre beendet werden, die durch die spürbar verbesserten Abiturnotendurchschnitte im Verhältnis zu Vergleichstests sichtbar geworden ist. Wir möchten außerdem die Einführung eines Kurssystems schon vor der Oberstufe in einem Schulversuch prüfen. Die Möglichkeit einer individuellen Lernzeitverkürzung für besonders leistungsbereite Schülerinnen und Schüler soll künftig stärker beworben und möglichst an allen Gymnasien Bayerns etabliert werden. Bereits jetzt muss zudem aktiv und mit attraktiven Einstellungsangeboten um qualifiziertes Personal geworben werden, um dem zusätzlichen Schülerjahrgang gerecht zu werden, für den mit der G9-Einführung ab 2025 abrupt über 1000 zusätzliche Lehrkräfte benötigt werden.

Fairen Wettbewerb für Schulen in freier Trägerschaft ermöglichen

Wir als FDP Bayern fordern gleiche Wettbewerbsbedingungen und faire Marktbedingungen auch für Schulen in freier Trägerschaft. Sie beleben den Schulwettbewerb und bringen durch besondere Herangehensweisen der freien Träger weitere Innovationen. Letztlich profitieren davon alle Schularten, weil sie Innovationen und neue Ideen aufgreifen können. Die FDP setzt sich dafür ein, den besonderen Charakter der Schulen in freier Trägerschaft zu erhalten: ihre Eigenständigkeit, ihre Innovationsfähigkeit und ihre Position im konstruktiven Wettbewerb mit öffentlichen Schulen. Ziel muss es sein, die staatlichen Zuschüsse für private allgemeinbildende und auch für berufliche Schulen spürbar anzuheben – hin zu einem echten Bildungsgutschein, bei dem die Trägerschaft für Eltern keine Rolle mehr spielt. Außerdem muss eine gesetzliche Regelung zur Übernahme von Gastschulbeiträgen bei privaten Trägern auf den Weg gebracht werden.

Schulpsychologie und Schulsozialarbeit reformieren

Wir fordern den Ausbau und die Weiterentwicklung der vom Freistaat finanzierten Schulsozialarbeit sowie der psychologischen und pädagogischen Beratung und Betreuung. Besonders nach den Jahren der Pandemie ist die psychische Gesundheit an Schulen eines der wichtigsten bildungspolitischen Themen. Schulische Beratungsangebote sollten deshalb stärker vernetzt und die Zuständigkeiten in der

Schulsozialarbeit klar zugeordnet werden. Sinnvoll ist auch die Förderung niedrigschwelliger Hilfsangebote, die jederzeit und auch über Messenger-Dienste erreichbar und mit professionell geschultem Personal ausgestattet sind, um psychisch belasteten oder bedrohten Schüler eine einfach erreichbare Anlaufstelle zu bieten. So werden auch stille Hilferufe möglich. Der Bedarf ist etwa durch den großen Erfolg des Beratungsangebots „Krisenchat“ deutlich geworden. Diese Anlaufstellen können und sollen mit bereits bestehenden Strukturen wie den Krisen-Hotlines, dem staatlichen Schulberatungswesen (Schulpsychologen, Beratungslehrer, Sozialpädagogen etc.) und weiteren professionellen Hilfsangeboten eng vernetzt werden.

Inklusion, die sich nach den Schülerinnen und Schülern richtet

Wir wollen die Unterstützung von Kindern mit Inklusionsbedarf in der Schule erweitern, indem wir die Schulbegleitung ausbauen und unser Bildungsgutscheinmodell integrieren. Die Schulen sollen mehr Personalhoheit erhalten, um Schulbegleitungen längerfristig in ihren multiprofessionellen Teams verankern zu können. Mit diesem Schritt können auch mehr individuell zugeschnittene Fortbildungsmöglichkeiten angeboten werden, um Kindern die Teilhabe am Schulalltag zu erleichtern. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist es, für gutes und in ausreichender Zahl vorhandenes sonderpädagogisches Personal zu sorgen. Kindern und Jugendlichen wird der Besuch in einer Regelschule ermöglicht oder erleichtert, indem ihnen eine Schulbegleitung im (Schul-)Alltag zur Seite steht. Klassen- und Fachlehrkräfte werden durch Teamteaching und Schulbegleitung unterstützt. Auf diesem Weg lassen sich gleichwertige Lernbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler schaffen.

Chronisch Kranke integrieren

Wir fordern eine verbesserte Integration von chronisch Kranken in die Bildungslandschaft. Dazu möchten wir die sogenannten „Schulen für Kranke“ ausbauen, die bei Bedarf die Beschulung im Krankenhaus oder über Videokonferenzen erlauben. In Härtefällen wollen wir die hybride Teilnahme am Regelunterricht ermöglichen. Insbesondere in Oberfranken und der Oberpfalz gibt es kaum Schulen für chronisch Kranke, was für die Schülerinnen und Schüler und deren Familien eine hohe Belastung ist. Ziel der FDP Bayern ist Bildung für alle – deshalb soll auch die digitale Zuschaltung für langfristig Erkrankte zum Regelunterricht möglich werden, um gerade in ländlichen Räumen eine Alternative zu sehr langen Schulwegen zu bieten.

Barrierefreiheit an jeder Schule schaffen

Wir verlangen zumindest mittelfristig Barrierefreiheit in jeder staatlichen Schule. Wo es erforderlich ist, sollen Nachrüstungen bei anstehenden Sanierungen, Baumaßnahmen oder Neubauten durchgeführt werden. Darüber hinaus müssen Schulen qualitativ und quantitativ ausreichend sonderpädagogisches Personal zur Verfügung gestellt bekommen. Unser Anspruch ist: Schule für alle. Deshalb dürfen körperlich oder geistig eingeschränkte Schülerinnen und Schüler nicht ausgeschlossen werden! Barrierefreiheit entspricht unserer Vorstellung von Chancengerechtigkeit.

Für eine Schulbegleitung, die mehr als eine bloße Begleitung ist

Wir fordern, dass Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter vor ihrem Einsatz eine grundlegende Qualifizierung erhalten können. Diese Qualifikation soll sie über Behinderungsbilder und spezifische Unterstützungsoptionen informieren. Zudem soll bereits ab Ankunft des Kindes an der Schule abgerechnet werden können. Aktuell sind Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter in Bayern Mangelware. Für ihre Tätigkeit müssen sie keine Qualifikationen nachweisen, häufig erhalten sie keine Einweisungen. Das ist sowohl für das unterstützungsbedürftige Kind als auch für die Schulbegleitung und das Kita- bzw. Schulpersonal nachteilig, da das nötige Wissen erst während der Tätigkeit erlernt werden muss – zum Beispiel mit Hilfe der Lehrkraft des Kindes. Für das betreffende Kind kann die Begleitung durch ungeschultes Personal zum Sicherheitsrisiko werden – etwa, wenn das Kind falsch getragen oder der Kopf nicht gestützt wird.

Versorgung mit Lehrkräften sicherstellen

Die FDP fordert, eine 110-prozentige Lehrerversorgung an Schulen zu schaffen. Dazu braucht es mehr mobile und integrierte Lehrerreserven, um kurzfristig auf Ausfälle reagieren zu können. Das Modell der integrierten Lehrerreserve wurde insbesondere an den Realschulen in den vergangenen Jahren erfolgreich ausgebaut. Diesen Weg wollen wir weitergehen und im Rahmen der Bildungsgutscheinfinanzierung der eigenverantwortlichen Schule berücksichtigen.

Mehr Freiheit in der Laufbahn von Lehrern ermöglichen

Wir fordern ein neues Aufstiegsversprechen für den Lehrerberuf. Wie in Singapur wollen wir unterschiedliche Laufbahnmodelle klarer herausstellen und mit Fortbildungskonzepten und -zeiten verbinden – beispielsweise in Richtung Leitungsposition oder auch in Richtung Expertenposition. Lehrkräfte sollten nicht auf die Regelbeförderung warten müssen, sondern selbst zu Gestaltern ihres Berufswegs werden.

Bachelor-Master-System auf die Lehrerausbildung anwenden

Wir fordern die Umstellung des Lehramtsstudiums an den Universitäten auf das Bachelor-Master-System, um jungen Menschen vielfältige Wege zu ermöglichen und einen Wechsel in andere Bundesländer zu vereinfachen. Anders als das erste Staatsexamen bieten Bachelor und Master den Studierenden einen berufsqualifizierenden Abschluss. So werden Wege in den Lehrerberuf hinein und auch wieder heraus möglich. Das Niveau des Abschlusses muss dabei jedoch erhalten bleiben und über Akkreditierung sichergestellt werden. Der Einstieg in einen Pädagogik-Master nach einem Fachbachelor soll dann ebenso möglich sein wie Lehramtsstudiengänge, die einen schulartübergreifenden Pädagogik-Bachelor mit der späteren Vertiefung in Fächer und Schulformen im Master verbinden. Das erste Staatsexamen halten wir nach dieser Reform, wie in anderen Bundesländern, für verzichtbar und wollen dessen Abschaffung prüfen. Bis dahin sollen die bisher vorgegebenen Fächerkombinationen abgeschafft werden, um mehr Freiheit für die angehenden Lehrkräfte zu schaffen. Den Quereinstieg in den Lehrerberuf wollen wir mit Hilfe umfassender pädagogischer Fortbildung erleichtern. Vorbild sind die Erfahrungen mit der einjährigen pädagogischen Ausbildung von Fachlehrerinnen und -lehrern an beruflichen Schulen.

Duale Studienmöglichkeiten für den Quereinstieg ins Lehramt aufbauen

Wir als FDP Bayern fordern mehr duale Studienmöglichkeiten für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger. Eine sinnvolle Lösung können hier komplementäre pädagogische Studiengänge sein, die einerseits digital und auf Distanz erfolgen können und andererseits das Absolvieren eines (vergüteten) Mentorenprogramms an der Schule beinhalten. Dazu muss ein an Kriterien und Qualifikationen orientiertes Auswahlverfahren aufgestellt werden, an das sich in allen Schularten eine berufsbegleitende Qualifizierung für Quereinsteigerinnen und -einsteiger über Mentorenprogramme anschließt. Zudem sollte an der jeweiligen Schule vor Ort ein zentraler Ansprechpartner für diese Lehrkräfte etabliert werden, der schulübergreifende Netzwerke bilden kann.

Unterstützung im Referendariat: mehr Fokus auf Stärken und Schwächen

Aus liberaler Sicht brauchen wir im Referendariat/Vorbereitungsdienst individuelle Unterstützungsangebote und auf spezifische Bedürfnisse ausgerichtete Vertiefungen wie beispielsweise zu Rhetorik, Stimmbildung oder Unterricht mit digitalen Medien. Die Referendarinnen und Referendare sollen zudem die Angebote der regionalen und zentralen Lehrerfortbildung nutzen dürfen.

Flexibilität und Leistungsanreize auch für verbeamtete Lehrkräfte

Wir fordern, dass Aufstiegschancen und die leistungsbezogene Bezahlung von Lehrkräften deutlich ausgebaut werden. Einerseits muss die Tätigkeit im Angestelltenverhältnis attraktiver werden. In der Regel sollte sie mindestens gleichwertig zu Beamtenstellen gestaltet und finanziert werden. Andererseits müssen aber auch mehr Leistungsanreize für verbeamtete Lehrkräfte geschaffen und das Beamtenrecht

in Bezug auf die Dienstliche Beurteilung reformiert werden. In Bayern haben wir mit der Dienstlichen Beurteilung (DBU) ein sehr starres Personalentwicklungsinstrument, das insbesondere jüngeren Lehrkräften wenig Spielraum für eine differenzierte Abbildung der individuellen Leistung bietet. Dadurch wird weder Leistungsbereitschaft belohnt, noch kann die Eignung für weiterführende Entwicklungen abgebildet werden. Mit einer Reform soll die Leistungsbereitschaft im Lehramt honoriert werden und die Motivation bei den Lehrkräften steigen. Weitere Leistungsanreize können durch eine Vergrößerung des Zeitraumes der periodischen Beurteilung mit einer Erweiterung der Möglichkeit anlassbezogener Beurteilungen sowie einer jährlichen Kurzbeurteilung gesetzt werden. Die sieben Bewertungsstufen sollen außerdem innerhalb einer Besoldungsstufe immer in ganzer Bandbreite (IUHQ) vergeben werden können.

Vergabe der Leistungsprämien für Lehrkräfte überarbeiten

Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Leistungsprämien und mehr Transparenz bei deren Vergabe durch die Einführung klarer Kriterien. Aktuell sind die Budgets für Leistungsprämien zu gering, um wirksame Anreize für Leistungsbereitschaft zu setzen. Die starke Streuung innerhalb eines Kollegiums führt zu einem Reihum-Prinzip in der Vergabe der Prämien und ist somit wenig geeignet, Lehrkräfte zu Hochleistungen zu motivieren. Daher müssen weitere Möglichkeiten der Herstellung von Transparenz entwickelt werden, zum Beispiel durch einen Kriterienkatalog. Zu diesem Zweck wollen wir das Bayerische Besoldungsgesetz modifizieren.

Zulagensystem für die Gewinnung junger Führungskräfte ausweiten

Wir wollen Schulleitung attraktiver machen und fordern daher die Ausweitung der Lehrerfunktionszulage. Die derzeitige Nachwuchsproblematik zeigt sich nicht nur bei der Einstellung von Lehrkräften, sondern auch in den Schulleitungen – insbesondere an Grund- und Mittelschulen. Die gestiegenen Anforderungen im Aufgabenfeld der Schulleitungen senken leider deren Attraktivität. Die Besoldung bildet den Mehraufwand längst nicht mehr ab. Diese Problematik wird zukünftig auch in die weiterführenden Schulen ausstrahlen. Daher ist es wichtig, frühzeitig Signale zu geben, dass auch besonders leistungsbereite Lehrkräfte im Lehramt gewünscht sind und dass sie für ihr Engagement belohnt werden. So können diese Stellen leichter durch geeignete Bewerberinnen und Bewerber besetzt und Führungsnachwuchs im System gehalten werden.

Schulleitungen unterstützen

Wir fordern die Entlastung der Schulleitungen in ihrer Verwaltungstätigkeit und die Einstellung von qualifiziertem Verwaltungspersonal an den Schulen. Gerade im System der eigenverantwortlichen Schule sollen Schulleitungen außerdem um betriebswirtschaftlich geschultes Personal ergänzt werden oder Fortbildungsangebote erhalten. Außerdem wollen wir das Maß der Unterrichtsverpflichtungen der Schulleitung auch im Vergleich zwischen den Schularten überprüfen.

Demokratie einüben – wirksame Schülervvertretung jetzt!

Aus unserer Sicht repräsentieren Schülersprecherinnen und Schülersprecher die gesamte Schülerschaft. Deshalb sollen sie von allen Schülerinnen und Schülern – also basisdemokratisch und nicht etwa von der Klassensprecherversammlung – gewählt werden, um eine echte Auswahl durch Wettbewerb zu ermöglichen. Damit Schülersprecherinnen und Schülersprecher ihre Aufgaben mit bestmöglichem Know-how wahrnehmen und die Interessen der Schülerschaft innerhalb der Schulgemeinschaft in vollem Umfang vertreten können, sollen sie in Seminaren des Landesschülerrats Bayern auf ihr Amt vorbereitet und regelmäßig geschult werden.

Religion, Ethik und konfessionsübergreifende Bildung

Aus unserer Sicht hat das bisherige Modell der getrennten Religions- und Ethikunterrichtsklassen in Bayern ausgedient. Im Sinne des gesellschaftlichen Miteinanders soll stattdessen ein gemeinsamer Dialogunterricht zu Religions- und Weltanschauungsfragen in angemessenem Umfang geschaffen werden.

Hierzu wollen wir nochmals den Dialog mit den Kirchen und Glaubensgemeinschaften suchen und anschließend nach einem breit angelegten Schulversuch die rechtlichen Grundlagen schaffen, um unsere Bayerische Verfassung an dieser Stelle zu modernisieren. Im Sinne des Grundgesetzes wollen wir in Bayern die Einrichtung öffentlicher, bekenntnisfreier Schulen zur Regel machen. Im Zuge dieser Umstellung ist auch eine Reform der Ausbildung des Lehrpersonals und dessen Vergütung nötig, unabhängig von der direkten Einflussnahme der Kirchen. Außerdem fordern wir die Überprüfung und Anpassung der bestehenden schulrechtlichen Regelungen hinsichtlich der religiösen und weltanschaulichen Vielfalt.

Nicht alles glauben, was im Internet steht – Medienkompetenz stärken

Um unsere Kinder zu mündigen, kritischen Staatsbürgern zu erziehen, wollen wir als FDP Bayern die Medienkompetenz ab der Grundschule stärken. Denn die Welt wandelt sich – und immer öfter wird versucht, Menschen mit Falschinformationen zu beeinflussen und demokratische Systeme zu delegitimieren und zu destabilisieren. Im Schulunterricht muss deshalb ein Verständnis für die Funktionsweise von Algorithmen, Desinformation, Deepfakes, der Manipulation von Statistiken, kognitiven Verzerrungen, Propaganda und Werbung geschaffen werden.

Politische Bildung stärken – auf Wahlrecht ab 16 vorbereiten

Wir als FDP Bayern möchten die politische Bildung an Schulen insgesamt deutlich ausbauen, um unsere Demokratie zu stärken. Insbesondere durch die Senkung des Mindestalters für das aktive Wahlrecht bei der Europawahl auf 16 Jahre sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Wir wollen daher schon im neuen Schuljahr mit einer Sonderinitiative die politische Bildung stärken und damit alle Erstwählerinnen und Erstwähler im Schulalter erreichen. Mittelfristig wollen wir durch eine Anpassung der Stundentafel sicherstellen, dass in den Schuljahren bis zur neunten Klasse mindestens zwei Stunden im Fach „Politik und Gesellschaft“ vorgesehen sind.

Ökonomische Bildung als Grundlage eines selbstbestimmten Lebens

Wir setzen uns dafür ein, die ökonomische Bildung in Schulen deutlich zu stärken und den Wirtschaftsunterricht praxisorientierter zu gestalten, indem er um Planspiele, Praktika, Unternehmertage und Vorträge durch fachkundige Personen ergänzt wird. Um junge Menschen besser auf das Leben vorzubereiten, wollen wir sie mit praktischen Inhalten zu Finanzen und Steuern unterstützen. Außerdem fordern wir die Möglichkeit eines Wahlfachs Unternehmertum an allen weiterführenden Schulen. Wirtschaftskenntnisse sind unerlässlich bei vielen Entscheidungen in Alltag und Berufsleben. Ökonomische Bildung bildet die Grundlage eines selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Lebens der Bürgerinnen und Bürger und ermöglicht Teilhabe an der Gesellschaft. Erfolgreiches Wirtschaften bildet zudem die existentielle Grundlage für den Wohlstand des Einzelnen und die Basis für gesellschaftlichen und sozialen Wohlstand. Inhalte der ökonomischen Bildung sollen neben dem Unterricht auch vermehrt in fächerübergreifenden Projekten, bei Schulwettbewerben und beim Besuch von außerschulischen Lernorten zum Tragen kommen. Die Schulleitungen sind aufgefordert, sich eng mit der regionalen Wirtschaft zu vernetzen. Parallel dazu müssen die vorhandenen Arbeitskreise Schule-Wirtschaft intensiviert werden. Auch der Ansatz des Unternehmergeymnasiums soll gestärkt und auch auf andere Schularten übertragen werden.

„Lernen zu handeln!“ – Schule braucht Realität

Wir fordern die praxisnahe Integration von „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) im vollen Umfang der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in den Schulunterricht. Schülerinnen und Schüler werden so in die Lage versetzt, schon während ihrer Schulzeit aktuellen Herausforderungen wie der Klima- und Energiekrise mit innovativen Lösungen und praxisnahem Handeln zu begegnen. Dabei sollen lokale Kooperationen gefördert werden, damit die Lernenden die Auswirkungen von nachhaltigem Handeln in ihrem unmittelbaren Umfeld erleben können. Darüber hinaus bedeutet BNE auch, nachhaltige Schulentwicklung zu betreiben und die schulischen Inhalte mit bürgerschaftlichem Engagement zu verbinden. So lernen Schülerinnen und Schüler, dass es sich lohnt, sich in die Gesellschaft einzubringen

und diese mitzugestalten. Wir wollen, dass das Thema BNE aus allen Perspektiven betrachtet wird und auch die Risiken und Chancen des digitalen Wandels in Bezug auf BNE einbezogen werden.

Blick über den eigenen Tellerrand: Schüleraustausch erleichtern

Wir stehen für den Ausbau des Schüleraustauschgebots. Wir wollen die Schulen deshalb beim Aufbau weiterer Schulpartnerschaften unterstützen – und dabei verstärkt auch die Schularten neben dem Gymnasium in den Fokus nehmen. Darauf aufbauend sollen insbesondere europäische Gruppenaustauschprogramme in den Jahrgangsstufen 7 bis 10 ausgeweitet werden. Unser Ziel ist es, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler einer Klasse in diesem Rahmen die Chance einer Teilnahme erhalten. Die Vermögensverhältnisse des Elternhauses dürfen dabei keine unüberwindbare Hürde darstellen. Insgesamt soll die staatliche Schüleraustauschförderung von Erasmus+ bis hin zu Austauschprogrammen des Bayerischen Jugendrings und der neuen Stiftung Jugendaustausch Bayern evaluiert und besser verzahnt werden. Die Möglichkeit der individuellen Lernzeitverkürzung am Gymnasium im neuen G9, die auch für ein individuelles Auslandsjahr genutzt werden kann, soll intensiver beworben werden.

Präventive Aufklärung gegen Grenzüberschreitungen

Besonders wichtig ist uns als FDP Bayern eine intensive Aufklärung über sexuelle Grenzüberschreitungen, übergriffiges Verhalten und die Bedeutung von Sexual Consent (einvernehmlichem sexuellen Kontakt). Jede dritte Frau erlebt sexualisierte Gewalt. Trotzdem fehlt im Lehrplan von Aufklärung über sexuelle Übergriffigkeit oder Sexual Consent jede Spur. Unserer Meinung nach sollten alle jungen Menschen im schulischen Umfeld über Grenzen und Grenzüberschreitungen aufgeklärt werden!

MINT-Kompetenzschulen ausbauen

Wir fordern mehr MINT-Kompetenzschulen im Rahmen des Wahlpflichtsystems, in denen die MINT-Fächer eine besondere Berücksichtigung erhalten. Als schnell umsetzbare Flexibilisierungsmaßnahme sollen Schüler in der sechsten Klasse statt der zweiten Fremdsprache das Fach Informatik wählen können.

Fitness der jungen Generation verbessern

Bewegung und Sport dürfen aus liberaler Sicht nicht nur Anhängsel der Bildungs- und Jugendpolitik sein. Sie müssen ein zentraler Baustein der Angebote unserer Gesellschaft an junge Menschen werden. Egal ob in der Schule oder in den zahlreichen Vereinen: Fitness ist eine Zukunftsressource. Ziel sollte es vor allem sein, beim Ausbau der Ganztagsangebote – gegebenenfalls in Kooperation mit den Vereinen – dem Sport einen seiner Bedeutung entsprechenden Platz einzuräumen. In der täglichen Praxis darf Sport in der Schule nicht zu den Fächern gehören, die bei Bedarf als erste ausfallen.

Erwachsenenbildung weiterentwickeln

Wir wollen das Angebot der Volkshochschulen und anderer Erwachsenenbildungsträger flächendeckend unterstützen. Hierbei soll aber nicht mehr das Kriterium der landesweiten Zentralorganisation im Mittelpunkt stehen. Stattdessen soll in einer übergreifenden Betrachtung auf eine gute Angebotsdichte in ganz Bayern hingearbeitet werden. Wir wollen deshalb für neue Träger die Einstiegshürden des Bayerischen Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes senken und gleichzeitig auf eine aktive Qualitätskontrolle achten. Zukünftig möchten wir digitale Angebote noch besser fördern und keinen Mindestanteil analoger Veranstaltungen mehr vorschreiben.

Schulbeginn auf neun Uhr verschieben

Wir setzen uns dafür ein, den Unterrichtsbeginn an allen bayerischen Schulen auf neun Uhr zu verschieben. In Abhängigkeit von den lokalen ÖPNV-Fahrplänen soll dieser entsprechend auch geringfügig abweichen können. Zudem muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf garantiert sein, sodass eine Betreuung ab 7:30 Uhr möglich ist. Der Schulbeginn ab neun Uhr spiegelt eine biologische Veränderung

im Schlafrhythmus von Jugendlichen während der Pubertät wider. Studien legen nahe, dass sich dabei hormonell bedingt die „innere Uhr“ – und somit der Tagesrhythmus – nach hinten verschiebt. Dem wollen wir mit einer Anpassung des Schulbeginns gerecht werden. Andere Schulen (vor allem in den USA), die dieses Projekt bereits umgesetzt haben, verzeichnen eine Zunahme der Lernbereitschaft und des Lernerfolgs.

Digitale Enrichmentprogramme für Schüler in ländlichen Regionen

Wir setzen uns dafür ein, dass Schüler insbesondere in ländlichen Räumen durch digitale Angebote die Möglichkeit erhalten, ihren Talenten – zum Beispiel im sportlichen, musisch-künstlerischen, mathematisch-(natur-)wissenschaftlichen oder sprachlichen Bereich – auch dort nachgehen zu können, wo es vor Ort keine entsprechenden Angebote gibt.

Mehr Aufklärung an Schulen anbieten

Wir fordern mehr Aufklärung an Schulen – insbesondere über die Gefahren von Realitätsverlust durch Pornografie, über sexuell übertragbare Krankheiten neben HIV, über Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch und Verhütungsmethoden. Der Sexualkundeunterricht an bayerischen Schulen ist in seiner jetzigen Form lückenhaft und greift wichtige Themenfelder überhaupt nicht auf. In unseren Augen gehört insbesondere Aufklärung über sexuell übertragbare Krankheiten oder Schwangerschaftsabbruch zum Basiswissen von Jugendlichen, damit sie selbstbestimmt über Verhütungsmethoden entscheiden können.

Qualitativ hochwertigen Sexualkundeunterricht schaffen

Wir fordern eine verstärkte Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen und Schulen sowie die Weiterbildung der entsprechenden Lehrkräfte, um einen qualitativ hochwertigen Sexualkundeunterricht zu ermöglichen. Ein Blick auf den aktuellen, nicht zeitgemäßen Lehrplan zeigt, wie wichtig regelmäßige Aktualisierungen sind – das gilt besonders im Bereich des Sexualkundeunterrichts. Eine Anpassung an neueste wissenschaftliche Erkenntnisse ermöglichen wir zum Beispiel durch die Zusammenarbeit mit medizin- und sozialpädagogischer Forschung.

Null-Toleranz-Strategie gegen Mobbing an Schulen

Niemand darf die Augen vor Mobbing verschließen. In Zusammenarbeit mit den Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern muss das Gespräch mit den Mobberinnen und Mobbern gesucht werden. In schweren Fällen ist ein Verweis zu erwägen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Lehrkräfte gezielt und regelmäßig in der aktiven Erkennung und Bekämpfung von Mobbing sowie im Umgang mit Täterinnen/Tätern und Opfern geschult werden. Regelmäßige Aufklärungsveranstaltungen an Schulen sind nötig, in denen gegen Mobbing vorgebeugt wird.

Wissenschaft und Forschung

Wir setzen uns dafür ein, dass die bayerischen Universitäten und Hochschulen den größtmöglichen Freiraum bekommen und eigenverantwortlich agieren können. Die besten und klügsten Köpfe der Welt sollen an unsere bayerischen Universitäten und Hochschulen kommen, um hier zu arbeiten oder zu studieren. Wir wollen die bayerischen Universitäten und Hochschulen so unterstützen, dass sie mit internationalen Spitzenuniversitäten konkurrieren können, um Innovationen voranzutreiben und junge Menschen auf die Arbeitswelt von morgen vorzubereiten. Insgesamt muss sich eine stärkere Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft entwickeln, um wieder zur Weltspitze aufschließen zu können.

Wissenschaft braucht Freiräume

Wir als FDP Bayern verteidigen die individuelle und institutionelle Freiheit der Wissenschaft. Wissenschaftsfreiheit ist für eine freiheitliche und plurale Gesellschaft von existenzieller Bedeutung. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, dass sich die Vergabe von Forschungsmitteln und die Besetzung von

Professuren ausschließlich an der Kompetenz der jeweiligen Person oder Einrichtung orientiert, ohne dabei andere Kriterien heranzuziehen. Wir wollen Forschungsförderung neutral gestalten und setzen uns für eine plurale Forschungslandschaft ein. Die im Grundgesetz verankerte Wissenschaftsfreiheit soll auch im Bayerischen Hochschulgesetz stärker verankert werden. Wir wollen, dass Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen dem Schutz der individuellen Wissenschaftsfreiheit verpflichtet sind. Hierunter fällt für uns auch die Abschaffung von Zivilklauseln an bayerischen Hochschulen, mit denen sich wissenschaftliche Einrichtungen verpflichten, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen. Diese Klauseln verhindern wichtige Forschung, die auch militärisch genutzt werden könnte, und behindern die freie Forschung. In konkreten Fällen soll der Ethikrat der entsprechenden Universität herangezogen werden.

Freie Budgets für freie Unis einführen

Wir fordern die Möglichkeit zur Einführung von Globalhaushalten durch die Hochschulen. Diese Haushalte sollen den Hochschulen weitgehend zur freien Verfügung stehen und über eine Mittelverteilung intern – unter Einbeziehung der Studierendenvertretungen – frei geregelt werden. Die Höhe des jeweiligen Budgets richtet sich nach der Absolventenzahl und weiteren Kriterien.

Interaktive Landkarte: Aktuelle Forschungstätigkeit visualisieren

Wir als FDP Bayern wollen eine webbasierte Forschungslandkarte zur Visualisierung der bestehenden Forschungstätigkeiten einrichten. Über dieses interaktiv zu bedienende Portal sollen sich die Forscherinnen und Forscher sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger hochschulübergreifend über aktuelle Forschungsprojekte der jeweiligen Hochschulen informieren und niederschwellig miteinander in Kontakt treten können. Die digitale Landkarte eröffnet ihnen eine einfache Möglichkeit, nach Querschnittszusammenhängen zu suchen und schnellstmöglich Synergieoptionen ausfindig zu machen.

Wissenschaftskommunikation als Schlüsselaufgabe der Hochschulen

Für uns als FDP Bayern nimmt die Wissenschaftskommunikation an unseren Hochschulen eine prioritäre Stellung ein. Um tragfähige Strukturen für die Wissenschaftskommunikation innerhalb der Hochschulen zu verankern, wollen wir moderne Anreiz- und Anerkennungssystematiken für diejenigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schaffen, die engagiert Wissenschaftskommunikation im Forschungs- und Lehralltag betreiben.

Qualität in der akademischen Lehre sichern

Qualität in der Lehre an den Hochschulen trägt essenziell zu weltbesten Bildung in Bayern bei. Deshalb setzen wir uns für bayernweit einsehbare, transparente Lehrevaluationen für alle Lehrveranstaltungen ein, an deren Ausarbeitung die Studierendenvertretungen beteiligt werden. Außerdem fordern wir verpflichtende und regelmäßige didaktische Schulungen aller Dozentinnen und Dozenten.

Studium in Teilzeit verwirklichen

Wir fordern die Realisierung von Teilzeitstudiengängen für so viele Studiengänge wie möglich. Auf Bundesebene soll sich der Freistaat für eine Berücksichtigung solcher Studiengänge im BAföG einsetzen.

Mit Innovationsmanagern an den Hochschulen den Turbo zünden

Mit Innovationsmanagerinnen und -managern an unseren Hochschulen wollen wir als FDP Bayern künftig dazu beitragen, dass die zukunftssträchtesten Innovationen noch schneller verwirklicht werden können. Wie im Unternehmenskontext, so spielt auch an den Hochschulen das Innovationsmanagement eine immer wichtigere Rolle. Um die Erfolgchancen bei der Umsetzung von neuen Impulsen zu erhöhen, ist eine systematische Planung, Steuerung und Kontrolle der Innovationen nötig.

Mitarbeiterbeteiligungen bei Spin-offs vereinfachen

Wir fordern den Abbau bestehender Hürden bei der Mitarbeiterbeteiligung an Spin-offs. Bislang scheitern solche Mitarbeiterbeteiligungen allzu oft an zu strengen Regularien. Bei Ausgründungen aus der Wissenschaft sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anhand moderner Beteiligungsmodelle künftig einfacher am Unternehmenserfolg teilhaben können.

Forschungsergebnisse allen Bürgern digital zugänglich machen

Aus unserer Sicht müssen die Ergebnisse direkt staatlich geförderter Forschung für alle Bürger in Bayern verfügbar sein. Wir wollen daher eine digitale Plattform ins Leben rufen, auf der zentrale Forschungsergebnisse sowie dazugehöriges Datenmaterial für alle frei und einfach zugänglich sind (open access). Hierdurch wird nicht nur die wissenschaftliche Praxis gestärkt, sondern auch einer breiten Öffentlichkeit der Zugang zu den Ergebnissen erleichtert.

Hochschulgebundener Investitionsfonds für hochschuleigene Spin-offs

Wir wollen unsere Hochschulen dabei unterstützen, eigene hochschulgebundene Investitionsfonds einzurichten. Die einzelnen Hochschulen sollen über ihren eigenen Fonds frei verfügen können, um in hochschuleigene Spin-offs zu investieren und sich hierdurch an deren Erfolgen beteiligen zu können.

Promotionsverfahren professionalisieren

Um die Abbruchquoten zu senken und die Promotionsverfahren zu beschleunigen, treten wir als FDP Bayern dafür ein, die Promotionen straffer und professioneller zu organisieren. Indem wir Graduiertenkollegien stärken, vernetzen wir die Doktoranden interdisziplinär und helfen ihnen zugleich, ihre Promotionen schneller abzuschließen.

Zeitgemäße Hochschul-Wirtschaftsführung: Doppik statt Kameralistik!

Wir setzen uns dafür ein, dass alle unsere Hochschulen bis 2025 in Wirtschaftsführung und Rechnungswesen den Regeln der doppelten Hochschulrechnungslegung folgen. Das macht sie handlungsfähiger und lässt sie leichter planen. Wir fordern Vorfahrt für die Eigenverantwortung der Hochschulen über ihre eigenen Finanzen!

Praxisnähe in der Hochschullehre stärken

Wir wollen die Hochschulen deutlicher als bisher dabei unterstützen, Lehraufträge an Personen aus der freien Wirtschaft zu vergeben: Personen, die vielleicht nicht über den klassischen wissenschaftlichen Hintergrund, dafür aber über ein langjähriges, praxisorientiertes Expertenwissen verfügen, das sie kompetenzorientiert an die Studierenden vermitteln können. Durch den direkten persönlichen Kontakt können praxisnahe Lernpotenziale für zukünftige Fach- und Führungskräfte gehoben werden.

Forschungsstandorte in ländlichen Räumen schaffen

Wir fordern, neue Forschungsprojekte des Freistaats Bayern nach Möglichkeit in strukturschwachen Regionen oder Innovationsclustern anzusiedeln. Dabei sollen sowohl Forschungsinitiativen in Kooperation mit Universitäten oder Fachhochschulen als auch die privatwirtschaftliche Forschung unterstützt werden.

Kinderbetreuungsangebote an Hochschulen ausbauen

Wir als FDP Bayern fordern den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten für Studierende, Lehrende und andere Beschäftigte der Universitäten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Forschung und Lehre sicherzustellen. Hierbei setzen wir auch auf bilinguale Angebote, damit Bayern als Standort für den internationalen Forschungs-Nachwuchs attraktiver wird.

Onboarding in Forschung und Lehre verbessern

Wir wollen an der Stufe zur Professur einen reibungslosen Berufseinstieg („Onboarding“) ermöglichen. Hochschulen sollen dabei gestärkt werden, Neuberufenen und ihren Familien im Bedarfsfall Informationen rund um die Themen Wohnen, Kinderbetreuung, Schulen, Einreise und Aufenthalt sowie Freizeitgestaltung zur Verfügung zu stellen und ihnen bei der Suche nach einem geeigneten Wohnraum zu helfen (Relocation Service). Die Hochschulen sollen auch in die Lage versetzt werden, im Falle einer Berufung den Partner oder die Partnerin von Neuberufenen bei der Suche nach Karrieremöglichkeiten am neuen Arbeits- und Wohnort zu unterstützen (Dual Career Service).

Wissenschaft braucht Stabilität

Wir lehnen eine sachfremde gesetzliche Begrenzung der Höchstbeschäftigungsdauer auf zwölf beziehungsweise fünfzehn Jahre im Universitäts- und Hochschulbereich ab. Wir setzen uns zudem für eine nachhaltige Infrastruktur bei Universitäten und Hochschulen ein. Eine verlässliche Infrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung für qualitativ hochwertige Forschung und Lehre – sie umfasst auch stabile Personalstrukturen beim wissenschaftlichen Personal. Derzeit begrenzen Bundes- und Landesgesetze die Höchstbeschäftigungsdauer von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an Universitäten und Forschungseinrichtungen. Das behindert nicht nur deren Beschäftigungsperspektiven, sondern auch die Personalentscheidungen von Universitäten und Hochschulen. Stattdessen setzen wir uns für langfristige und unbefristete Arbeitsverhältnisse zwischen Promotion und Professur ein (zum Beispiel „Lecturer“ oder „Reader“). Eine Befristung der Arbeitsverhältnisse von promovierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern darf nur aus sachlichen Gründen (insbesondere Finanzierungsvorbehalten) erfolgen.

„Studium generale“ zur Orientierung anbieten

Wir fordern die Einführung der Möglichkeit eines „Studium generale“ zur Orientierung im ersten Semester, bei dem auch geistes- und naturwissenschaftliche Veranstaltungen gemischt werden können. Diese Möglichkeit bietet den Erstsemester-Studierenden Einblicke in verschiedene Disziplinen. So können sie hautnah erfahren, in welchen Bereichen sie sich weiter vertiefen möchten. Dieses Angebot soll dazu beitragen, die Studienabbruchquoten zu senken.

Gentechnik als bayerische Spitzentechnologie stärken

Wir als FDP Bayern wollen die Grundlagenforschung sowie die angewandte Forschung auf dem Gebiet der Gentechnik voranbringen. Deshalb fordern wir das Vorantreiben der Erforschung aller Felder der Gentechnik, wobei auch Feldforschung auf Testfeldern unter kontrollierten Bedingungen möglich sein soll. Gentechnisch veränderte Produkte sollen, sofern sie alle gesetzlichen Auflagen erfüllen, mit nicht-modifizierten Produkten gleichgestellt sein. Weiterhin streben wir eine gesicherte Forschungsfinanzierung für rote Gentechnik, die gezielt in die Erbinformationen eingreift, und Stammzellenforschung an. Dabei ist die Einbeziehung ethischer Aspekte von essenzieller Bedeutung.

Öffentlich-rechtlichen Programmauftrag konkretisieren

Wir fordern eine Fokussierung des Programmauftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf die Themenkomplexe Information, Bildung und Kultur (die zugleich auch unterhaltenden Charakter haben können). Durch die Konzentration auf diese Themenbereiche wollen wir den Qualitätsjournalismus als Markenzeichen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stärken. Unterhaltung ist Teil des öffentlich-rechtlichen Programms, darf aber nicht zu einem kostspieligen Wettbewerb um Einschaltquoten mit privaten Anbietern führen. Ziel ist die Schaffung eines hochwertigen Angebots an Information, Bildung und Kultur mit breiter Meinungs- und Themenvielfalt für alle Bevölkerungsgruppen in Deutschland – sowohl in den Haupt- und Regionalprogrammen, als auch bei nichtlinearen Angeboten ohne festes Programm und im Hörfunk. Erforderlich sind Angebote, die nicht nur den Mainstream wiedergeben, sondern auch entsprechenden Raum für innovative Positionen und Nischen lassen.

Rundfunkauftrag neu definieren

Wir wollen den Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf die Themenkomplexe Information, Bildung und Kultur fokussieren. Durch diese Neudefinition wollen wir den Qualitätsjournalismus als Markenzeichen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stärken. Auch die Anzahl der Sender mit festem Programmablauf (lineare Sender) und der Produktionstöchter muss reduziert werden. Teure Sportübertragungen und reine Unterhaltungsformate können genauso gut von Privaten übernommen werden und sollten deshalb stark reduziert werden. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges Angebot an Information und Bildung mit breiter Meinungs- und Themenvielfalt für alle Bevölkerungsgruppen in Deutschland entwickeln – sowohl in den Haupt- und Regionalprogrammen als auch bei nichtlinearen Angeboten und im Hörfunk.

Werbung und Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen

Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk frei von Werbung und Sponsoring machen. Im Gegensatz zu privaten Anbietern ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk durch seine Beitragsfinanzierung unabhängig von Faktoren wie Quotendruck, Sponsoring und Werbeeinnahmen. Wir setzen uns daher für ein vollständiges Werbe- und Sponsoringverbot im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein. Sollten Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks über Drittplattformen verbreitet werden, müssen die erzielbaren Einnahmen bedarfsmindernd verwendet werden.

Zusammenarbeit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk verbessern

Wir als FDP Bayern fordern eine stärkere Kooperation der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Technik und Verwaltung. So lassen sich Mehrfachstrukturen und Redundanzen vermeiden und Synergiepotenziale heben. Gemeinsame Strukturen und eine intensive Zusammenarbeit sind nicht bloße Option, sondern eigentlich eine Pflichtaufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Kleine Landesrundfunkanstalten wie der Saarländische Rundfunk und Radio Bremen sollen in größeren Einheiten aufgehen, ohne die Programmvietfalt und regionale Vielfalt zu schmälern. Die zukünftige Kooperation soll gemeinsame Verwaltungs- und Produktionseinrichtungen möglich machen. Sowohl die Anzahl der linearen Sender mit festem Programm als auch die Zahl der Produktionstöchter muss überprüft und reduziert werden. Beim Radio ist eine grundlegende Neuaufstellung notwendig, um die Regionalität zu stärken. Das bedeutet auch, dass im Wesentlichen gleiche Inhalte nicht von vielen Wellen separat behandelt werden, zumal alle Sender online empfangen werden können. Die Anzahl der Sender soll den neuen Strukturvorgaben und dem konkretisierten Programmauftrag entsprechend reduziert werden.

Rundfunkaufsicht überprüfen und aktualisieren

Wir fordern, dass die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks regelmäßig überprüft und aktualisiert wird. Parteipolitische Einflussnahmen sowie Doppelbesetzungen müssen verhindert und junge Zielgruppen besser eingebunden werden. Wir wollen die Anzahl möglicher Amtsperioden der Rundfunkräte begrenzen. Auch die Zahl der Rundfunkräte muss aus unserer Sicht reduziert werden, um die Arbeitsfähigkeit der Aufsichtsgremien zu gewährleisten. Der Rundfunkrat ist das oberste für die Programmkontrolle zuständige Aufsichtsgremium. Zur Sicherung von Qualität und Pluralismus muss er den Querschnitt der gesellschaftlichen Vielfalt realistisch abbilden. Staatsferne ist für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk konstitutiv. Dementsprechend müssen auch die Aufsichtsgremien staatsfern und weltanschaulich ausgewogen sowie politisch neutral sein. Die Rundfunkräte müssen personell und fachlich zudem in der Lage sein, Maßnahmen und geplante Maßnahmen auf die Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu prüfen. Nötig sind daher ein eigenes Budget sowie unabhängige Expertise und Zuarbeit. Bei strittigen Personalfragen muss die Rundfunkaufsicht Einsicht in Verträge nehmen dürfen. Zur Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz der Aufsichtsgremien fordert die FDP Bayern zudem eine offensivere Öffentlichkeitspolitik: Sitzungen sollen öffentlich abgehalten und online übertragen werden sowie über einen längeren Zeitraum auf- und abrufbar sein.

Barrierefreiheit, multilinguale Angebote und Integration ausbauen

Wir fordern den Ausbau und die Weiterentwicklung von multilingualen und integrativen Angeboten sowie der Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Langfristig relevante, bereits vorhandene Inhalte müssen sukzessive barrierefrei nachbearbeitet werden. Bei der Produktion von neuen Inhalten muss Barrierefreiheit von Beginn an mitgedacht werden. Der Erfolg dieser Maßnahmen muss regelmäßig evaluiert werden. Barrierefreie Angebote ermöglichen eine gleichberechtigte Teilhabe am audiovisuellen Informations- und Unterhaltungsangebot. Barrierefreiheit nutzt allen: Schwerbehinderten Menschen, Senioren, Kindern und Menschen mit geringen Deutschkenntnissen. Sie ist nicht nur ein wichtiges gesellschaftliches Ziel, sondern erschließt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch neue Reichweitenpotenziale. Medien spielen eine wichtige Rolle bei der gesellschaftlichen Integration, die weit über mehrsprachige Spezialangebote während größerer Fluchtbewegungen hinausgeht. Gerade Menschen, die nicht gut Deutsch sprechen, greifen oft auf (staatliche) Angebote aus den jeweiligen Heimatländern zurück, denen es aber teils an Objektivität und Pluralität mangelt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sieht es daher als Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Anstalten, gezielt multilinguale und integrative Angebote zu schaffen.

Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks reformieren

Angesichts des von uns geforderten präziseren und schmaleren Profils des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hält die FDP Bayern eine weitere Erhöhung der Rundfunkbeiträge für unnötig. Stattdessen sollen Beitragssenkungen erfolgen. Die externe Prüfung der Landesrundfunkanstalten durch die Landesrechnungshöfe muss fortgeführt und intensiviert werden. Die Ermittlung des Finanzbedarfs der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten soll sich am präzisierten Auftrag, den neuen Strukturen und den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit orientieren. Die Überprüfung soll weiterhin regelmäßig durch eine unabhängige Kommission (KEF) erfolgen.

Ausbildungen im Medienbereich modernisieren

Aus liberaler Sicht müssen die Lehrpläne der bestehenden Ausbildungsberufe im Medienbereich erneuert und um neue Berufsfelder ergänzt werden. Wir fordern zudem eine regelmäßige Überprüfung der Ausbildungsinhalte. Auch das wirtschaftliche Arbeiten als Freiberuflerin und Freiberufler muss Eingang in den Lehrplan finden. Für mehr Chancengleichheit müssen unsere Ausbildungsberufe auf den neuesten Stand der Zeit gehoben werden. Daraus ergibt sich neben der Ergänzung des Lehrstoffes um neue Berufe auch die Pflicht, den Lehrstoff in regelmäßigen Abständen zu modernisieren und zu ergänzen. Da viele der Berufsbilder im öffentlich-rechtlichen Rundfunk in keine Festanstellung führen, macht es die Komplexität unseres Steuer- und Sozialsystems zwingend erforderlich, in der Ausbildung auch ein großes Augenmerk auf freiberufliches Arbeiten zu legen.

Meinungsvielfalt und Qualitätsjournalismus stärken und modernisieren

Aus unserer Sicht gehört zur Modernisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch eine Modernisierung der Quotenerfassung. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssen ihrem Bildungs-, Informations- und Kulturauftrag nachkommen, sich auf diesen konzentrieren und ihn auch an ein nonlinear (Medien ohne festes Programm) konsumierendes Publikum anpassen. Wir streben eine Entpolitisierung und Modernisierung im Gremium des Bayerischen Landesrats für Medien an und fordern ein dementsprechend neutrales, entpolitisiertes Spektrum an Mitgliedern. In der Praxis bedeutet das die Ergänzung des Gremiums durch Vertreterinnen und Vertreter der Verbände von anderen Medienberufen, die bislang nicht vertreten sind. Zudem sprechen wir uns für die Zusammenlegung des Rundfunk- und des Medienrats aus. Durch die angestrebte Entpolitisierung des Medienrats wollen wir eine neutrale und hochwertige Berichterstattung garantieren. Eine zeitgemäße und modernisierte Erfassung und Messung der Einschaltquoten stellt in diesem Zusammenhang ein wichtiges Element dar. Aktuell werden hochwertige Produktionen, Reportagen oder Sendungen, die sich im digitalen Raum abspielen, nicht richtig abgebildet und leiden in der Folge unter einer Fehlfinanzierung. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich im Rahmen seines Auftrags auch der nonlinearen Ausstrahlungsmöglichkeiten bedienen und

sich die Frage stellen, welche Zielgruppen er erreichen will und wie dies zeitgemäß geschehen soll. Denn häufig werden hochwertige Produktionen mangels einer modernen Reichweitenerfassung auf Spartensender abgeschoben oder gleich gänzlich eingestellt.

Bayern für den internationalen Film attraktiver machen

Wir fordern den Abbau bürokratischer Hürden in der Filmfinanzierung und die Schaffung zeitgemäßer Rahmenbedingungen für die Vergabe von Fördermitteln für Großprojekte. Aus liberaler Sicht muss Bayern wieder ein attraktiver Standort für internationale Filmproduktionen werden. Wir wollen dabei alle Aspekte der Filmwirtschaft stärken, da große internationale Produktionen auch den Bedarf für neue Stellen schaffen und auf diese Weise Innovation und Wirtschaft im gesamten Kreativ- und Dienstleistungssektor antreiben.

Drogenprävention bei Kindern und Jugendlichen stärken

Wir fordern den Ausbau der Drogenprävention bei Kindern und Jugendlichen unter stärkerer Einbeziehung der Eltern. In den vergangenen Jahren ist der Drogenkonsum von Kindern und Jugendlichen in Bayern weiter gestiegen. Trotz aller bisher ergriffenen Maßnahmen der Landesregierung finden Kinder und Jugendliche immer neue Möglichkeiten, Drogen zu konsumieren. Doch nicht über die Gefahr illegaler Substanzen, auch über die Folgen legaler und gesellschaftlich akzeptierter Drogen wie etwa Alkohol und elektrische Einwegzigaretten müssen wir Kinder und Jugendliche stärker aufklären – denn sie haben gravierende Folgen für ihr weiteres Leben. Aus liberaler Sicht ist es daher zwingend erforderlich, nicht nur den Kindern und Jugendlichen die Folgen von Drogenkonsum aufzuzeigen, sondern auch die Eltern verstärkt darüber aufzuklären, wie sie ihre Kinder schützen können und wo Gefahren lauern. Diese Aufgabe kann durch externe Anbieter, Onlineschulungen und Vortragsreihen für Eltern umgesetzt werden.

Jugendschutzstellen und psychologische Betreuungsstellen ausbauen

Wir fordern den Ausbau von Jugendschutzstellen und psychologischen Betreuungsstellen in Bayern. Der Bedarf an derlei Angeboten ist – auch bedingt durch die Corona-Krise – in den letzten Jahren außerordentlich stark gestiegen. Mit der bisherigen Zahl an Einrichtungen lässt sich dieser Bedarf nicht mehr decken. Bayern hat den verfassungsmäßigen Auftrag, Kinder und Jugendliche in Krisensituationen zu schützen und zu unterstützen. Daher ist es zwingend erforderlich, entsprechende Stellen neu zu schaffen und mehr Personal in diesem Bereich einzustellen.

Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen schützen

Zum Schutz der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen wollen wir alle Hebel in Bewegung setzen. Wir brauchen mehr ambulante und stationäre Therapieplätze, aber auch bessere Prävention: gute Bedingungen in Kitas, Schulen und der Jugendarbeit, fundierte Aufklärung und mehr schulpädagogisches Fachpersonal.

Aufklärung über Glücksspielsucht verstärken

Wir wollen die Aufklärung über den schnellen Weg in die Glücksspielsucht, die Prävention und den richtigen Umgang mit Glücksspielen verstärken. Bereits in frühesten Jahren kommen Kinder und Jugendliche durch Streamer und Computerspiele mit entsprechenden Strukturen in Kontakt mit Glücksspielen. Durch Lootboxen oder Slotstreams (Onlinecasinos) mit zehntausenden Zuschauern wird das Thema der Glücksspielsucht stark relativiert. Wir wollen die nötige Aufklärung anbieten, um ein Abgleiten ins Suchtverhalten möglichst zu verhindern.

Corona-Maßnahmen aufarbeiten

Wir fordern Unterstützung für Kinder und Jugendliche, die aufgrund der Corona-Pandemie mentale und soziale Krisen erfahren mussten. Die Pandemie hatte besonders bei Kindern und Jugendlichen teils immense Auswirkungen auf deren psychologische und soziale Stabilität. Diese Folgen müssen

aufgearbeitet werden. Möglich wird dies durch den Ausbau der aktuell meist unterbesetzten Jugendämter und den Ausbau von unabhängigen Inobhutnahmestellen der Kinder- und Jugendhilfe als erste Anlaufpunkte – um Kindern und Jugendlichen den Schutzraum zu schaffen, der ihnen zusteht. Darüber hinaus muss das Aufholen von Lernlücken endlich eine klare Struktur erhalten: von der Lernstandserhebung bis zur gezielten Unterstützung und Bereitstellung von nötigem Personal. Digitale Instrumente und Erfahrungen aus der Krise sollen hierfür künftig stärker eingesetzt werden.

Bildung/Weiterbildung – Prinzip des „lebenslangen Lernens“

Aus unserer Sicht ist das Lernen ein lebenslanger Prozess, der auch im Alter nicht enden sollte. Das Prinzip der Weiterbildung für die ältere Generation muss auch solche Bereiche erfassen, die für ältere Menschen eine Herausforderung darstellen. Der Bildungsbereich als originäre Aufgabe der Bundesländer ist stets Veränderungen unterworfen und bedarf ständiger Korrekturen. Die ältere Generation ist eher geneigt, Bildung unter Aspekten wie „Fortbildung/Weiterbildung“ und „lebenslangem Lernen“ zu sehen. Auch wenn es für diese Bereiche ein dichtes Netz von Einrichtungen und Angeboten im Freistaat Bayern gibt, nimmt der Bedarf kontinuierlich zu und muss daher weiter ausgebaut werden.

Kulturelle Vielfalt als Motor für die Bildung

Die FDP Bayern setzt sich für den Erhalt und den Ausbau der bayerischen Kulturlandschaft in all ihren Ausprägungen, für neue Freiräume für die Kultur sowie für die Planungssicherheit unserer kulturellen Einrichtungen ein. Bayerns Kultur ist reich und vielfältig: Sie reicht von der Laien- und Soziokultur über eine vielgestaltige freie Szene bis hin zu unseren Kulturinstitutionen – und von den bayerischen Metropolen bis in die ländlichen Räume. Wie wichtig die Kultur für Demokratie, Zusammenhalt, Lebensqualität und Innovation ist, hat die Corona-Pandemie gezeigt. Kreativität und Kunst sind nicht nur ein Motor für Innovationen, die stetig boomende Kultur- und Kreativwirtschaft oder Bayerns umfangreiche Tourismusbranche: Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur bedeutet Selbstreflexion und Reflexion der eigenen Wurzeln, der eigenen Werte und der Werte anderer Menschen. Kultur belebt Traditionen und wirkt identitätsstiftend. Kultur und Kunst bereiten den Raum für Toleranz und bürgerschaftliche Gemeinsamkeit, da sie die Begegnung, die Wahrnehmung und den Austausch mit anderen Kulturen und Menschen befördert.

Internationalisierung des Kulturstandorts Bayern vorantreiben

Bayern beheimatet Institutionen von Weltruf, deshalb stehen wir zu unserer Verantwortung für die staatlichen und staatlich geförderten Kulturinstitutionen in den Metropolen München und Nürnberg, ebenso wie in den ländlichen Räumen.

Kultur- und Kreativwirtschaft stärken

Die FDP in Bayern setzt sich dafür ein, die Rahmenbedingungen und die Infrastruktur für die Kultur- und Kreativwirtschaft am Kreativstandort Bayern zu stärken. Die Kultur- und Kreativwirtschaft in Bayern ist nicht nur Innovationsmotor, Treiber für neue Technologien und Standortfaktor, sondern auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.

Chancen der Digitalisierung für die Kultur nutzen

Um das Antragsverfahren für staatliche Förderungen im Bereich Kunst und Kultur zeitgemäß, transparent und effizient zu gestalten und zu verwalten, setzen wir uns für die Entwicklung eines zentralen Online-Antragsportals ein. Die Digitalisierung bietet der Kultur innovative Möglichkeiten, vor allem in Hinsicht auf Marketing, Finanzierung, Teilhabe und Transparenz. Mit einer bayernweiten Crowdfunding-Plattform für Kulturprojekte wollen wir nicht nur eine zusätzliche Finanzierungsmöglichkeit schaffen, sondern das bürgerschaftliche Engagement für die Kultur und die Partizipation am Kulturstaat Bayern stärken. Darüber hinaus fordern wir ein zentrales Online-Ticket-System, über das die Eintritte in sämtliche staatliche Museen des Freistaats Bayern online gebucht werden können.

Kulturelle Infrastruktur im ländlichen Bayern stärken

Wir wollen die ländlichen Regionen Bayerns durch den Ausbau von Strukturen attraktiver für ein lebendiges, vielfältiges Kulturangebot machen. Die identitätsstiftende Bedeutung von Kultur und Kunst begreifen wir als Grundlage und Chance für eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts mit besseren Integrations- und Teilhabemöglichkeiten. Wir setzen uns dafür ein, die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Bayern zu stärken und Orte der Begegnung zu schaffen. Besonders in den aktuell von Abwanderung betroffenen Gegenden treten wir für den Erhalt und die Stärkung des kulturellen Lebens ein. In den Ferienregionen wollen wir uns für ein besseres Zusammenspiel von Gastronomie- und Tourismuswirtschaft mit einer lebendigen Kultur- und Kreativwirtschaft einsetzen, um wirtschaftliche Potenziale zu entfesseln. Um das zu erreichen, fordern wir eine optimale finanzielle Ausstattung der Kommunen zum Erhalt und zur Verbesserung des Kulturbetriebes in ländlichen Räumen und eine Professionalisierung der Strukturen in der kommunalen Verwaltung. Hier wollen wir insbesondere der Unterstützung durch ehrenamtliche Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Kulturplanung und -verantwortung Rechnung tragen. Aussichtsreiche Gründungsvorhaben und neue Ansätze im Kunst- und Kulturbetrieb sollen durch staatliche Förderung großzügiger berücksichtigt werden. Ziel ist die Schaffung eines vielseitigen und modernen kulturellen Lebens und die Förderung des kulturellen Bewusstseins in ländlichen Regionen und Projektstädten. Hierbei soll auch der Ausbau von Angeboten der Abendunterhaltung für eine Stärkung des Gemeinwesens zum Tragen kommen. Nachtbeauftragte oder „Nachtbürgermeister“ sollen auch in ländlichen Räumen eingesetzt werden. Sie sollen helfen, ein interessantes kulturelles Abendangebot beziehungsweise Nachtleben aufzubauen und nachhaltig zu verankern, und als Organisator und Bindeglied zwischen allen Beteiligten wirken. Wir wollen ÖPVN-Angebote verbessern oder privatwirtschaftliche Mobilitätsangebote fördern und ausbauen, um beispielsweise mit Nachtbussen oder flexiblen Fahrangeboten zu Abendveranstaltungen und Kultureinrichtungen eine bessere Teilhabe am Kunst- und Kulturbetrieb zu ermöglichen.

Bildungs- und Kultureinrichtungen: Gemeinsam für kulturelle Bildung

Für uns als FDP Bayern ist es ein Herzensanliegen, allen Menschen – ob jung oder alt und unabhängig von ihrer Herkunft – einen Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen und kultureller Bildung ihren so wichtigen Stellenwert einzuräumen. In Anbetracht des demographischen Wandels ist auch eine Ausweitung des Angebotes für ältere Menschen unabdingbar, um auch in höherem Alter noch eine aktive geistige und körperliche Beteiligung am Gesellschaftsleben zu ermöglichen. Angesichts einer steigenden Zahl von Menschen in Deutschland, die aus anderen Kulturkreisen stammen, wollen wir auf breiter Ebene interkulturelle Kompetenzen zu fördern. Wir sehen kulturellen Austausch und entsprechende Angebote in Kulturinstitutionen als wichtige Bausteine zu einer gelungenen Integration. Das Engagement staatlicher und staatlich geförderter Kultureinrichtungen in der kulturellen Bildung ist für uns ebenso wichtig wie die Stärkung der Nachwuchsförderung. Um ein vielfältiges kulturelles Bildungsangebot zu schaffen, sind abwechslungsreiche Angebote kulturpädagogischer Einrichtungen von wesentlicher Bedeutung. Wir wollen hier den Bildungswert für alle Altersgruppen erhöhen und dabei auf die Potenziale wissenschaftlicher und pädagogischer Fachkräfte in den Kultureinrichtungen zurückzugreifen. Wir wollen den Kunst- und Musikunterricht in den Schulen stärken und flankierend Kooperationsverträge zwischen Kindertagesstätten und Schulen auf der einen und Kunst- und Kultureinrichtungen, Kunst- und Musikschulen und Vereinen auf der anderen Seite fördern. Innerhalb Bayerns ist eine Zusammenarbeit verschiedener Kultureinrichtungen, etwa bei Kulturprojekten vor Ort oder bei der Entwicklung digitaler Angebote, sinnvoll. Dementsprechend müssen die Kulturinstitutionen weiter mit modernsten Medien ausgestattet werden.

Das kulturelle Erbe in Bayern schützen

Wir als FDP Bayern fordern, den Erhalt von historischer Bausubstanz nicht nur unter Aspekten des Denkmalschutzes zu fördern, sondern diesen besser in den Kunst- und Kulturbetrieb einzubinden. Über staatliche Zuschüsse müssen der Erhalt, der Ausbau und die öffentliche Zugänglichmachung historischer

Bauwerke beispielsweise zu Museums-, Ausstellungs- und Veranstaltungszwecken stärker unterstützt werden. Der Schutz, der Erhalt und die Pflege von Denkmälern der Kunst, der Geschichte und der Natur, der Landschaft sowie kennzeichnender Orts- und Landschaftsbilder sind in der bayerischen Verfassung verankert. Wirken und Einwirken des Menschen haben über die Jahrhunderte hinweg in der bayerischen Landschaft nachhaltig Spuren hinterlassen. Moderne Informations- und Kommunikationskonzepte sollen neue Möglichkeiten der natur- und kulturgeschichtlichen Bildung eröffnen, um die Landesgeschichte auch unter freiem Himmel zu vermitteln und erlebbar zu machen. Um den Denkmalschutz in Bayern auch für die Zukunft zu sichern, soll in der Handwerks- und Hochschulausbildung eine bessere interdisziplinäre Komponente zum Tragen kommen. Ausbildungen müssen miteinander vernetzt werden, um Handwerksberufe im Bau- und Kunsthandwerk wieder attraktiver zu machen und Nachwuchskräfte zu gewinnen.

Barrierefreie Angebote in staatlichen Kultureinrichtungen ausbauen

Wir setzen uns dafür ein, die barrierefreien Angebote unserer Kultureinrichtungen auszubauen – auch im digitalen Raum. Barrierefreie Angebote ermöglichen eine gleichberechtigte Teilhabe am Angebot der bayerischen Kultureinrichtungen. Barrierefreiheit nutzt allen: schwerbehinderten Menschen, Senioren, Kindern und Menschen, die wenig Deutsch sprechen. Barrierefreiheit ist nicht nur ein wichtiges gesellschaftliches Ziel, sie erschließt unseren Kultureinrichtungen auch neue Kundenpotenziale.

Sanierungsstau an Kultureinrichtungen beheben

Wir als FDP Bayern wollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Kulturstandorts Bayern mithilfe zeitgemäßer Sanierungskonzepte ausbauen. An vielen bayerischen Kultureinrichtungen nagt der Zahn der Zeit. Anstatt durch kurzfristige Sanierungen den Status quo zu erhalten, brauchen wir zukunftssichere Sanierungskonzepte.

Freier Eintritt in Dauerausstellungen staatlicher Museen in Bayern

Wir wollen einer möglichst großen Öffentlichkeit Zugang zur Kultur, Kulturvermittlung und kultureller Bildung ermöglichen, indem wir Barrieren abbauen und einen kostenfreien Eintritt in die Dauerausstellungen staatlicher Museen und Sammlungen in Bayern einführen. Dies soll insbesondere durch die Ausweitung der kostenfreien Tageseintritte erfolgen. Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende sollen generell kostenlosen Zugang erhalten. Vergünstigte Abendtarife oder Kombiangebote mit Wechselausstellungen und punktuell verlängerte Besuchszeiten sollen Museums- und Sammlungsbesuche insbesondere in den Abendstunden attraktiver machen. Ein finanzieller Ausgleich soll durch gezielte Werbe- und Zusatzangebote, etwa in Form neuer Gastronomieangebote, Merchandising und durch vermehrtes Einwerben von Spenden erreicht werden.

Kunst- und Kulturbetrieb fördern

Wir als FDP Bayern wollen den staatlichen Kulturinstitutionen Budgethoheit geben, damit sie ihre Eintrittspreise frei gestalten und Ressourcen effektiv einsetzen können. Wir sind überzeugt: Die Verantwortlichen vor Ort können das am besten. Darüber hinaus muss das für Kunst zuständige Ministerium die Zuständigkeit für die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen erhalten. Gleichzeitig wollen wir bürgerschaftliche Kulturprojekte und Kleinkunstprojekte aus allen Bereichen der Kunst stärken.

Vorankommen durch eigene Leistung

Wir als FDP Bayern wollen den Freistaat zur innovativsten und dynamischsten Wirtschaftsregion Europas entwickeln. Unser wirtschaftliches Fundament aus solidem Mittelstand und globalen Großunternehmen, innovativen Technologieunternehmen und Start-ups, Top-Universitäten und Forschungsinstituten wollen wir durch Entbürokratisierung, Digitalisierung, bessere Vernetzung und Flexibilisierung entfesseln. So kann Bayern Herausforderungen wie Nachhaltigkeit, Klimaschutz und demografischen Wandel meistern. Wir wollen die Bedingungen für Technologien und Innovationen als zentrale Treiber wirtschaftlicher Entwicklung verbessern. Wie für die gesamte bayerische Wirtschaft bilden auch hier kleine und mittlere Betriebe das Rückgrat. Die wachsenden Nachwuchs- und Nachfolgeprobleme erfordern ein gesellschaftliches Umdenken und innovative Instrumente. Wir müssen sicherstellen, dass sich Leistung wieder lohnt: Der Sozialstaat ist für uns keine Hängematte, sondern das Sprungbrett für ein besseres Leben. Unser Ziel ist es, die unübersichtliche und überbürokratische Leistungslandschaft neu zu strukturieren, um Menschen zu befähigen, ihr Leben eigenverantwortlich zu meistern. Staatliche Leistungen müssen für Bedürftige schnell und einfach zugänglich gemacht werden. Bayerns Energieversorgung ist derzeit von der Solidarität unserer Nachbarn abhängig. Wir brauchen deshalb ein schlüssiges Konzept, mit dem wir unsere Energieversorgung breiter aufstellen und einseitige Abhängigkeiten vermeiden.

Energiestrategie für Bayern einführen

Wir fordern eine bayerische Strategie für eine perspektivisch klimaneutrale Energieversorgung. Dabei setzen wir auf das Engagement aller Mitbürgerinnen und Mitbürger, den Ideenreichtum der Fachleute und die Innovationsfreudigkeit der heimischen Industrie. Die Bürgerinnen und Bürger sollen wissen, auf welchem Weg und mit welchen Technologien die bayerische Energieversorgung abgesichert, verbessert und auf Klimaneutralität ausgerichtet wird. Hierbei sollen die klassischen Methoden genauso wertfrei berücksichtigt werden wie moderne, besonders effiziente Methoden, die zum Teil noch Entwicklungszeit und unter Umständen besondere Anreize benötigen. Dabei müssen Nachhaltigkeit, Bezahlbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit gleichermaßen angestrebt und in Balance gebracht werden.

Wärmenetze ausweiten

Wir setzen uns für einen Ausbau des Fernwärmenetzes und die Stärkung von kommunalen Heizverbänden ein. Die zentrale Bereitstellung von Wärme ist meist effizienter und nachhaltiger als individuelle Wärmeerzeugungsanlagen in Privathaushalten, während gleichzeitig kommunale Besonderheiten berücksichtigt werden können. Bisher besteht jedoch teils das Problem, dass Mehrfamilienhäuser aufgrund der hohen Fixkosten erst bei einer Mindestnachfrage oder nur im Zuge anderer Straßenbauarbeiten an das Fernwärmenetz angeschlossen werden. Dabei ist ein Fernwärme-Anschluss oft bereits bei Renovierungen einzelner Haushalte und einer erst zeitlich verzögerten Nutzung durch die übrigen Haushalte sinnvoll. Wir wollen daher private und kommunale Wärmeversorger gleichberechtigt bei entsprechenden öffentlichen Investitionsvorhaben durch Fördermittel unterstützen. Wir streben eine verbesserte Verteilung und Vermarktung von Abwärme für die lokale Wärmeversorgung an. Gerade bei industriellen Prozessen fällt Wärme oftmals als Nebenprodukt an. Deren Nutzung wird durch unklare Genehmigungsprozesse aber teils erschwert. Wir wollen behördliche Zuständigkeiten und Versorgungsstandards klar definieren, die bürokratischen Anforderungen vereinfachen und einen automatisierten, marktbasieren Abrechnungsmechanismus für private Kleinwärmeerzeuger etablieren.

Wärme der Zukunft sichern

Wir fordern die Ausweitung des CO₂-Zertifikatehandels auf den Sektor Wärme. Dadurch wird die Regulierung einzelner fossiler Wärmeerzeugungsanlagen überflüssig. Daher lehnen wir auch ein Einbauverbot von Öl- und Gasheizungen ab und bekennen uns klar zu Technologieoffenheit und Innovationen. Denn auch fossile Heizsysteme könnten perspektivisch mit klimaneutralen, synthetischen

Energieträgern betrieben werden. Wir wollen die gesamte Förderkulisse – insbesondere die Programme der KfW, aber auch staatliche Subventionen – überprüfen und anhand entstehender Kosten, Ausrichtung auf den CO₂-Preis und Einsparpotenzial anpassen. Leitender Faktor muss die CO₂-Einsparung im Gesamtsystem sein. Hierbei werden auch Quartierslösungen eine wichtige Rolle übernehmen. Wir sehen die Sektorenkopplung, also die Vernetzung der Sektoren der Energiewirtschaft sowie der Industrie, und insbesondere die Wärmeversorgung durch Strom aus erneuerbaren Energien als zukunftsweisendes Gebiet für eine nachhaltige Energienutzung an. Der Einsatz von Power-to-Heat, das heißt die Erzeugung von Wärme durch Strom, hat einen hohen Wirkungsgrad. Saisonale oder dauerhafte Stromüberschüsse können so sinnvoll genutzt und die Effizienz von erneuerbaren Energien weiter gesteigert werden. Wärmepumpen, wie zum Beispiel Blockheizkraftwerke, tragen in Kombination mit Wärmespeichern zu einer erhöhten Auslastung des Nah- und Fernwärmenetzes bei. Sie sparen Erdgas als fossilen Brennstoff ein und reduzieren die Must-Run-Kapazitäten (die für die verschiedenen Systemdienstleistungen grundsätzlich erforderliche Erzeugungsleistung) von fossilen Kraftwerken bei der Stromerzeugung. Die Kraft-Wärme-Kopplung ist eine effiziente, versorgungssichere und wirtschaftliche Form der Energienutzung, was sich auch durch ihren hohen Anteil an der bayerischen Nettowärmeerzeugung ausdrückt. Sie ergänzt vor allem in sonnen- und windarmen Zeiten sinnvoll die Wärmegewinnung durch erneuerbare Energien und leistet so einen wichtigen Beitrag zur Wärmewende. Wir unterstützen den weiteren Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, sofern dies ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist.

Strompreise und Speicher in Bayern optimieren

Der Strompreis muss künftig auch die räumliche Dimension abbilden. Langfristig ist daher der Übergang von einheitlichen Strompreiszonen hin zu einem nodalen Preissystem notwendig, bei dem der Strompreis im gesamten EU-Binnenmarkt nach Netzknotenpunkten gebildet wird. Auf dem Weg dorthin halten wir an einer einheitlichen Strompreiszone fest. Neben dem beschleunigten Netzausbau müssen wir aber zunächst die Netzentgeltsystematik so weiterentwickeln, dass auslastungsorientierte Netzentgelte die räumlichen Engpässe signalisieren. Für eine gerechtere Verteilung wollen wir neben den Letztverbrauchern auch die Einspeiser von Strom an den Netzentgelten beteiligen. Gleichzeitig brauchen wir eine effizientere Strom-Infrastruktur durch mehr Speicherkapazitäten und die Erleichterung des Eigenverbrauchs. Beides darf nicht durch ungerechtfertigte oder mehrfache Abgaben erschwert werden. Deshalb brauchen wir eine eigenständige Speicherstrategie in Bayern.

Stromnetze weiterentwickeln

Wir unterstützen den Bau der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen (HGÜ) SuedLink und SuedOstLink. Die HGÜ sind ein integraler Bestandteil der deutschen Energiewende. Sie sind für die Vernetzung der Stromerzeugungszentren in Norddeutschland mit den Verbrauchszentren in Bayern von entscheidender Bedeutung. Mit ihnen lassen sich separierte Strompreiszonen mit höheren Kosten für bayerische Verbraucherinnen und Verbraucher vermeiden. Das neue Aufseilen bei bestehenden Trassen wollen wir einheitlich außerhalb von Planfestellungsverfahren und Raumordnungsplanungen ermöglichen. Dezentral strukturierte und versorgte Netze sind eine Grundvoraussetzung für die Dekarbonisierung der Energieversorgung. Daher müssen insbesondere auch die Niederspannungsnetze in ganz Bayern für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ertüchtigt werden, um die Stromversorgung und -speicherung durch lokale Erzeuger und privat finanzierte Netze zu ermöglichen.

Strom günstig machen – Steuern und Umlagen reformieren

Auf dem Weg zum Energiemarkt der Zukunft wollen wir als FDP Bayern die staatlich regulierten Umlagen, Abgaben und Steuern auf Energie grundlegend reformieren. Beim Strom machen diese Faktoren heute mehr als die Hälfte des Haushaltsstrompreises aus. Das macht den Strom teuer, ist sozial ungerecht und verzerrt die Preissignale am Markt. In Zukunft muss der Strompreis daher aus unserer Sicht weitestgehend frei von staatlichen Umlagen, Abgaben und Steuern sein. Die EEG-Umlage und die Stromsteuer wollen wir abschaffen und alle staatlichen Kostenbestandteile der Energiepreise, wie beispielsweise die Kraftwärmekopplungsumlage, auf den CO₂-Gehalt ausrichten – im Zentrum soll ein ausgeweiteter

europäischer Emissionshandel für alle Wirtschaftsbereiche stehen. Zudem wollen wir die Energiesteuer auf Superbenzin, Diesel, Gasöl, Kerosin, Flüssiggas, Erdgas und Heizöl auf das von der entsprechenden EU-Richtlinie zugelassene Minimalniveau senken. Das entlastet private und gewerbliche Verbraucher, ermöglicht innovative Geschäftsmodelle im Bereich der Sektorenkopplung (die Vernetzung der Sektoren der Energiewirtschaft und der Industrie) und setzt mehr Anreize für Flexibilität.

Steuerrechtliche Hürden für die Photovoltaik abbauen

Wir wollen steuerrechtliche Hürden überprüfen, die einem Ausbau der erneuerbaren Energien im Wege stehen. Landwirte, die ihre ohnehin schon knappen Flächen gewerblichen Pächtern zur Verfügung stellen, dürfen nicht in eine Steuerfalle gelockt werden. Speziell die Erbschaftssteuer bei einer Hofübergabe kann die Pachteinahmen von zwei Jahrzehnten übersteigen. Trotz hoher Pachtpreise im Photovoltaik-Bereich sind viele Projekte dadurch in ihrer Wirtschaftlichkeit bedroht. Die Energiewende kann nur mit den Landwirten gelingen – und nicht gegen sie. Steuerliche Diskriminierungen müssen daher abgebaut werden.

Photovoltaikausbau voranbringen

Wir fordern eine effizientere Nutzung verfügbarer Flächen, um den Ausbau der Photovoltaik-Infrastruktur voranzubringen. Wir setzen uns für schwimmende Photovoltaikanlagen auf Stauseen und anderen Oberflächengewässern ein. Bei bestehenden und neuen Gebäudevorhaben muss es neben der Photovoltaik-Dachnutzung auch einen verstärkten Einsatz von Photovoltaik-Fassadenintegration zur Nutzung von Seitenwänden geben. Diese Technologie ist schon jetzt bei vielen Bauvorhaben kostenmäßig konkurrenzfähig. Wir fordern eine Vereinfachung der Bauvorschriften, um den Ausbau der Photovoltaik-Fassadenintegration nicht durch Bürokratie zu behindern. Wir wollen, wo es möglich ist, den Bau großflächiger Photovoltaikanlagen bei bestehenden öffentlichen Infrastruktureinrichtungen in Bayern (wie Autobahnen, Stromtrassen oder Wildbrücken) sinnvoll vorantreiben. Dabei müssen neben der Wirtschaftlichkeit vor allem baurechtliche Vorschriften überprüft werden. Wir sehen in der Agro-Photovoltaik, bei der Flächen gleichzeitig für die Pflanzen- und die Stromproduktion genutzt werden können, eine Chance: Sie kann den wachsenden Bedarf an erneuerbaren Energien mit einem geringeren Flächenverbrauch in Einklang bringen. Deshalb unterstützen wir alle Pläne, dieses Verfahren voranzubringen.

Geothermie als Zukunft der bayrischen Energieversorgung

Wir wollen den Anteil der Tiefengeothermie an der Energieerzeugung in Bayern deutlich steigern. Aktuell liegt dieser im Freistaat bei weniger als einem Prozent des Primärenergieverbrauchs. Bayern hat jedoch deutschlandweit einzigartige Voraussetzungen für die Nutzung von Tiefengeothermie zur regionalen Wärme- und Stromversorgung. Für einzelne Gemeinden kann der Ausbau der Tiefengeothermie aufgrund der Investitionskosten und des Erfolgsrisikos von Probebohrungen prohibitiv hoch sein. Die Wirtschaftlichkeit der Tiefengeothermie-Energiegewinnung ist aber – auch unter Berücksichtigung von Misserfolgen bei Probebohrungen – im Durchschnitt über alle geeigneten Gebiete in Bayern langfristig gegeben. Wir schlagen daher in geeigneten Regierungsbezirken die Vergabe von Tiefengeothermie-Bohrrechten an Privatunternehmen und finanzkräftige Kommunen und Landkreise vor. Für den Fall einer erfolgreichen Bohrung erhalten die Kommunen oder Landkreise, in denen eine Tiefengeothermie-Anlage errichtet wird, vom Betreiber der Anlage reduzierte Anschluss- und Verbrauchsgebühren für die Anschlussinhaber.

Fossile Energieträger in Bayern

Wir als FDP Bayern setzen auf den Bau neuer Gaskraftwerke. Das Ziel müssen zusätzlich zum aktuellen Stand mindestens 12 GW an Gaskraftwerkskapazitäten in Bayern sein. Diese müssen aber von Anfang an so gebaut werden, dass sie auf den Betrieb mit Wasserstoff umgestellt werden können. Gaskraftwerke sind unverzichtbar für die sichere Versorgung mit Strom und Wärme, wenn Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Um die Versorgung mit fossilem Gas bis zur Umstellung auf grünen oder blauen Wasserstoff

sicherzustellen und von einzelnen großen Lieferanten unabhängiger zu werden, sind umgehend Maßnahmen zur Etablierung und Nutzung von Liquefied Natural Gas (LNG) zu ergreifen. Neben langfristigen Lieferverträgen und dem Bau von mehr als nur zwei LNG-Terminals in Deutschland unterstützen wir den Ausbau eines gesamteuropäischen Pipeline-Netzes.

Energieeffizienz und Ressourcennutzung steigern

Wir als FDP Bayern wollen die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen aufrechterhalten. Für eine moderne Energiepolitik ist der Einsatz energieeffizienter Technologien unerlässlich – denn nicht verbrauchte Energie ist die günstigste Energie und entlastet Netze und Bereiche, in denen Bedarf besteht. Die bestehenden Förderprogramme für Privatpersonen und Unternehmen müssen allerdings ausgedünnt, zurechtgestutzt und vereinfacht werden. Stärker als bisher müssen dabei effiziente Energie- und Ressourcennutzungskonzepte wie Kältegewinnung durch Abwärme (KWKK), Stromerzeugung durch Abwärme (OTC) sowie stoffliche Recyclingverfahren zur Reduktion des Bedarfs an Primärrohstoffen berücksichtigt werden.

Digitale Infrastruktur im Energiebereich ermöglichen

Wir wollen eine unternehmerfreundlichere Reform der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) umsetzen, um Start-ups im Energiebereich die Geschäftstätigkeit zu ermöglichen. Der Schutz von personenbezogenen, nichtanonymisierten Daten muss dabei stets gewährleistet sein. Smarte Lösungen auch für die dezentrale Energieversorgung bieten ein riesiges Potenzial für die Zukunft des Energiemarkts. Dazu gehört die Nutzung von zusammengeschalteten, dezentralen Stromerzeugungs- („virtuelle Kraftwerke“) und Stromspeichereinheiten sowie die Unterstützung bei privaten Mieterstrom-Modellen. Aber auch hier müssen die rechtliche Umsetzung und die Umlagensystematik neu gestaltet werden.

Markthochlauf der Wasserstoffinfrastruktur unterstützen

Wir als FDP Bayern wollen die Nutzung von Wasserstoff unterstützen. Für den Markthochlauf fördern wir zunächst staatlich integrierte Wasserstoffpilotprojekte von der Erzeugung über den Transport bis zum Einsatz, zum Beispiel in Industrieprozessen. Daraus darf jedoch kein dauerhaftes Subventionsregime wie beim EEG erwachsen. Die Wasserstoffinfrastruktur sollte schnellstmöglich in den Regulierungsrahmen für Gasnetze überführt werden, um gestrandete Investitionen in Infrastruktur zu verhindern und einen diskriminierungsfreien Zugang und Wettbewerb zu ermöglichen. Dabei dürfen weder bestimmte Herstellungsverfahren (grüner, blauer, türkiser Wasserstoff) ausgeschlossen, noch bestimmte Anwendungsfelder priorisiert werden. Eine EU-weite Zertifizierung klimaneutraler Gase muss den Standard für einen weltweiten Wasserstoffmarkt setzen. In einer europäischen Wasserstoffunion bündeln die Mitgliedstaaten ihre Strategien zur heimischen Erzeugung und zum Import klimaneutralen Wasserstoffs und seiner Derivate. Dazu wollen wir das IPCEI Wasserstoff, ein europäisches Projekt zur Verzahnung nationaler Wasserstoffprojekte, schnell umsetzen und Investitionen in den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur finanziell fördern.

Biogasstrategie für Bayern entwickeln

Wir wollen eine nachhaltige Biomassestrategie für Bayern erarbeiten. Die Potenziale von Biomasse und dem Anbau von Energiepflanzen sind begrenzt. Die Stromerzeugung aus Biomasse und Biogas ist jedoch steuerbar und kann in Zeiten ohne Sonne und Wind flexibel eingesetzt werden. Gleichzeitig hat Biomasse großes Potenzial für die stoffliche Nutzung in der Industrie und kann dort fossile Rohstoffe ersetzen. Hierbei sollen auch agrotechnische Verfahren zur Ertragssteigerung genutzt werden. Außerdem setzen wir auf BECCS (Bioenergy with Carbon Capture and Storage, das Einfangen von CO₂ und die Speicherung im Boden) als wesentliche Voraussetzung für Klimaneutralität. Dabei bekennen wir uns auch weiterhin zur Verstromung, solange diese ökologisch sinnvoll und förderfrei erfolgt. Bestehende Anlagen mit einer zugesagten Förderung genießen Bestandsschutz. Für die ländlichen Räume spielen Holzpellets und Hackschnitzel als Heizstoffe auch in Zukunft eine wichtige Rolle. Eine Ungleichbehandlung mit anderen Heizträgern lehnen wir ab. Wir wollen die gesetzlichen Regelungen in der Abfallwirtschaft dahingehend

ändern, dass Biomüll und Grüngut der öffentlichen Abfallentsorgung zur Verstromung genutzt werden kann. Zudem sollten landwirtschaftliche Abfallprodukte (etwa Hackschnitzelreste) restlos eingespeist werden dürfen.

Energieverfügbarkeit für Bayern sichern

Wir als FDP Bayern setzen uns für ausreichende Kapazitäten der Energieerzeugung und Energiespeicherung ein. Dabei wollen wir möglichst auf heimische Energieressourcen setzen, um Abhängigkeiten und einen unnötigen Aufwand für Transport zu vermeiden. In der Zukunft wird der bayerische Energiemix vermehrt aus volatilen regenerativen Energien bestehen und dabei die klassischen, fossilen Grundlasttechnologien zurückdrängen. Konsequenz ist die Notwendigkeit hochdynamischer Energieerzeugung auf Basis gespeicherter nachhaltiger Energien wie Holz, Wasser, Biomasse und zunehmend Wasserstoff. Hindernisse und Verzögerungen bei der Errichtung solcher Kraftwerke sollen ausgeräumt werden.

Ausbau der Windkraft in Bayern vereinfachen

Wir fordern vereinfachte und beschleunigte Genehmigungen für den Bau, den Betrieb und die Modernisierung von Windkraftanlagen. Das gilt auch für überzogene Reglementierungen wie etwa die 10-H-Regel, die den Mindestabstand von Windenergieanlagen zu Siedlungen festlegt. Naturschutzbelange sollen neu bewertet und zu starre Regelungen verändert werden. Der Rückgang der Anträge für den Neubau und die Modernisierung von Windkraftanlagen zwingt zum Umsteuern und zur Anpassung der Rahmenbedingungen – zumal geltende Kriterien (Höhenregel, Infraschall, Vogelgefährdung) zum Teil nicht mehr relevant sind oder anders ausgelegt werden müssen. Überall, wo Bürgerinnen und Bürger im Einvernehmen mit der Gemeinschaft und der Natur eigenverantwortlich Lösungen planen und umsetzen wollen, soll der Staat in seinen hoheitlichen Kontrollaufgaben pragmatisch und zielorientiert entscheiden können.

Ausbau der Photovoltaik auf ungenutzten Flächen beschleunigen

Wir fordern einen beschleunigten Ausbau von Photovoltaikanlagen auf ungenutzten Flächen. Ob an Autobahnen, Schnellstraßen, Bahnstrecken, in Industriegebieten, auf privaten und öffentlichen Gebäuden oder geeigneten Brachen: Es gibt viele ungenutzte Flächen, die ohne Einschnitte für die Natur für eine schadensfreie Nutzung freigegeben werden können. Überall dort bietet sich der Bau von Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung an. Die Technologie ist ausgereift, skaliert über Größenordnungen und amortisiert sich in überschaubarer Zeit finanziell sowie auch in der Ökobilanz. Der Rückbau ist einfach und die Kosten für die Entsorgung sind überschaubar.

Ausbau der Energieerzeugung aus Biomasse unterstützen

Wir als FDP Bayern wollen die Deckelung der Biogasanlagen (Höchstbemessungsleistung) aufheben. Die Nutzung von Gülle, Reststoffen und anderen natürlichen Brennstoffen soll gefördert werden. Jede verfügbare Menge an regenerativem Erdgasersatz ist willkommen. Diese Stoffe sorgen dafür, dass vorhandene Speicherkapazitäten, die Infrastruktur zur Verteilung und Energiewandler für die Erzeugung von Biostrom an anderer Stelle verwendet werden können. Biogasanlagen müssen aus unserer Sicht planungsrechtlich bevorzugt werden.

CO₂-Effizienz bei Investitionen überprüfen

Wir fordern eine CO₂-Bilanz für Baumaßnahmen auf Staats- und Kommunalebene. Bei der Abwägung von Projekten sollte die höhere Netto-CO₂-Ersparnis bevorzugt werden. Ebenso ist die Amortisationsdauer zu beachten: Sie sollte möglichst zehn Jahre nicht überschreiten. Nicht jede Investition zur Reduzierung von CO₂ ist automatisch CO₂-effizient.

Geothermie und bayerische Wasserkraft stärken

Wir fordern mehr Einsatz von Geothermie und Wasserkraft in Bayern. Der Ausbau der Geothermie zu Wärmeversorgungs- und Stromerzeugungszwecken benötigt aus liberaler Sicht verstärkt staatliche Anschubfinanzierungen. Wir machen uns zudem für die Modernisierung vorhandener Wasserkraftwerke stark. Wo es sinnvoll ist, möchten wir einen umweltverträglichen Zubau neuer Anlagen ermöglichen und von allen Hürden befreien. Stillgelegte Anlagen sollen gegebenenfalls wieder in Betrieb gesetzt werden. Die Wasserkraft ist grundlast- und schwarzstartfähig – das heißt, sie steht ohne zusätzliche Hilfsenergien kurzfristig und eigenständig zur Verfügung. Diese Merkmale sind wichtig zur Abwehr und Beherrschung von Blackouts, wenn mögliche Flauten von Sonne und Wind relevanter werden. Die Wasserkraft ist eine bewährte Technologie und in Form von Schachtkraftwerken besonders umweltverträglich. Pumpspeicherkraftwerke sind heute bereits ein unverzichtbarer Bestandteil der bayerischen Energieversorgung. Chancen zur weiteren Nutzung dieser nachhaltigen Energiequelle sollen ergriffen werden. Kleinwasserkraftwerke können zudem einen Beitrag zur regionalen Energiewende leisten. Hierfür muss der Freistaat endlich die Rahmenbedingungen festlegen.

Verbrauchernahe Energieerzeugung liberalisieren

Wir wollen die Erzeugung von Energie direkt beim Verbraucher unterstützen und die Verwendung von Überschüssen in unmittelbarer Nähe vereinfachen. Dabei sollen die Interessen der kommunalen Energieversorger berücksichtigt und deren Bereithaltungskosten für Spitzenleistung kompensiert werden. Um Motivation und Ressourcen der Bürgerinnen und Bürger besser zu nutzen, müssen die Regularien zur Verwendung von erzeugter Energie vereinfacht und liberalisiert werden. Mieterinnen und Mieter sollen Strom vom Dach eines Mehrfamilienhauses entgeltlich verwenden dürfen. Speicherkapazitäten in der Nachbarschaft sollen gemeinsam genutzt und die Kosten unkompliziert aufgeteilt werden können. Den Verteilnetzbetreibern soll ein pauschaliertes Entgelt zugestanden werden. Die Umsatzsteuer soll im Kontext der Energieerzeugung entfallen, eine Gewerbebeanmeldung vermieden werden. Der Einsatz von Förderungen muss erwogen werden.

Energieinfrastruktur für Bayern – Pipelines und Stromtrassen

Wir fordern den schnellstmöglichen Ausbau der Transportsysteme für Erdgas und Strom zum Bezug von Energie aus der Ferne sowie zum Transfer in andere Regionen. Selbst wenn Bayern die regenerativen Energien engagiert ausbaut, wird immer eine Notwendigkeit zum Bezug von Primärenergie aus der Ferne bestehen bleiben. Aus diesem Grund soll die Infrastruktur zum Transport und zur Lagerung von Energie auf das erforderliche Maß ausgebaut und resilient betrieben werden. Hierzu gehören Pipelines für Erdgas (sowie perspektivisch Wasserstoff) über den Balkan und von Häfen am Mittelmeer genauso wie die Hochspannungsleitungen aus dem Norden, wo die Winderträge besser sind.

Industrielle Substanz resilienter machen

Wir als FDP Bayern wollen die Resilienz der industriellen Substanz und der Infrastruktur in Bayern stärken. Hierfür werden wir in der Staatsregierung Sicherheitsrelevanz und Risiken der Industrie im Freistaat systematisch erfassen und konkrete Maßnahmen zur Gefahrenabwehr entwickeln. Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine drohen Terror- und Hacker-Angriffe auf unsere Industrie und Infrastruktur. Um diesen bestmöglich entgegenwirken zu können, brauchen wir einen Überblick über Risiken, Verwundbarkeit und denkbare Folgewirkungen von Schäden und Ausfällen. Die Staatsregierung soll diese Erkenntnisse gemeinsam mit Wirtschaft und Verbänden möglichst vollständig erfassen und Gegenmaßnahmen entwickeln, damit Abwehrmaßnahmen bei Bedarf schnell umgesetzt werden können. Diese Informationen werden streng vertraulich behandelt und sind für die Öffentlichkeit nicht einsehbar.

Energieinfrastruktur besser schützen

Wir setzen uns für eine besser geschützte und widerstandsfähigere Infrastruktur der Energieversorgung ein. Hierzu gehören nicht nur die Leitungen, sondern auch Kraft-, Pump- und Umspannwerke, Speicher sowie die Informationstechnik und Installationen zur Netzstabilisierung. Die Anschläge auf North Stream

II und Datenkabel der Deutschen Bahn weisen auf eine veränderte Sicherheitslage hin und erzwingen Maßnahmen zur Verbesserung der Resilienz der kritischen Infrastrukturen. Eine Verteilung der Installationen über das Land und die Redundierung der Leitungen dazwischen ist aus unserer Sicht unverzichtbar. Gleiches gilt für die Modernisierung der Informationstechnik und die Installation von Überwachungssystemen. Hierzu müssen Pflichten der Wirtschaft geregelt und Standards sowie die nötige Finanzierung bereitgestellt werden. Notfallkonzepte müssen erarbeitet und geübt werden.

Innovationsinitiative Energieeffizienz

Wir wollen Innovationen im Bereich der Energieeffizienz einen Schub verleihen. Förderanträge etwa für Forschungszulagen oder im zentralen Innovationsprogramm Mittelstand sollen bevorzugt und beschleunigt behandelt werden, wenn sie die Entwicklung von Technologien, Produkten und Verfahren im Bereich der Energieeffizienz betreffen. Aufgrund der aktuellen Energiekrise brauchen wir mehr Tempo bei allen technologischen Lösungen zur Erhöhung der Energieeffizienz. Je früher wir solche Technologien entwickeln, desto länger können sie wirken. Daher sollten wir entsprechenden Entwicklungsprojekten Priorität einräumen und sie beschleunigen. Eine vorrangige Behandlung von Förderanträgen baut Bürokratie ab und verkürzt den Entwicklungsprozess ganz am Anfang.

Fertigungsstätten für Komponenten der Energietechnik fördern

Wir wollen die Standortfaktoren für die Ansiedlung von Fertigungsstätten für Standard- und Massenprodukte der Energietechnik fördern und unterstützen – gleiches gilt für die damit verbundenen Technologien. Abhängigkeiten von singulären Erzeugermärkten sind ökonomisch unvorteilhaft. Sie verursachen hohe Kosten und sind aufgrund des Transports wenig nachhaltig. Daher ist es sinnvoll, die Rahmenbedingungen für die Produktion von Standard- und Massenprodukten der Energietechnik (Solarmodule, Stromwandler, Batterien, Wärmepumpen, Wallboxen, Messtechnik) zu verbessern. Neben positiven Effekten auf den Arbeitsmarkt folgen hieraus auch Innovationschancen und Qualifizierungsfelder, die wir mit Bildungseinrichtungen flankieren wollen.

Infrastruktur durch Ausbau der Energiespeicher resilienter machen

Wir fordern einen schnellen Ausbau von Energiespeichern in Bayern sowie eine eigene bayerische Speicherstrategie. Zur Unterstützung der schwindenden Netzstabilität und zur Erfüllung weiterer Anforderungen der Resilienz wollen wir neue Methoden zur Speicherung der Energieüberschüsse für Zeiten geringer Erträge fördern. Forschung, Finanzierung und Genehmigungsverfahren müssen so angepasst werden, dass in Bayern zu jeder Zeit eine ausreichende Energieversorgung sichergestellt ist. Regenerative Energien sind oft volatil und wenig grundlastfähig. Deshalb werden neue Speichertechnologien benötigt, die gleichzeitig helfen, die Angreifbarkeit unserer Infrastruktur zu verringern. Angriffe auf Pipelines, Hochspannungsleitungen oder gar Kraftwerke können zwar nicht kompensiert, aber durch dezentrale und diversifizierte Pufferung in der Nähe der Verbraucher entschärft werden. Alle Ideen und Möglichkeiten, den Verbraucherinnen und Verbrauchern angesichts der Angst vor Blackouts der Gas-, Fernwärme- und Stromversorgung Zuversicht zu geben, müssen genutzt werden.

Sektorenkopplung ausbauen – Stromnetz bei Spitzen entlasten

Wir fordern den Ausbau von Technologien zur Sektorenkopplung (die Vernetzung der Sektoren der Energiewirtschaft und der Industrie) und zur Speicherung von Stromüberschüssen in Zeiten eines Überangebots (Power-to-X). Diese Technologien tragen dazu bei, das Stromnetz in Spitzenangebotszeiten zu entlasten und über den erneuerbaren Strom andere Sektoren wie Wärme/Kälte und Mobilität zu dekarbonisieren. Damit beschleunigen wir die Energiewende und sichern gleichzeitig die Stromerzeugung für die Verbraucher.

Kombikraftwerke und kommunale Microgrids fördern

Wir unterstützen dezentrale Energieproduktionsanlagen und sogenannte „Microgrids“ – kleine, autarke Energieversorgungsnetze mit verschiedenen Energiequellen und Speichern. Auf kommunaler Ebene müssen die Verteilnetze in eigenständige, aber nicht unabhängige Microgrids weiterentwickelt werden. Durch die digitale Vernetzung mit einem sogenannten „virtuellen Kraftwerk“, das die Microgrids steuert, können Lasten flexibel gemanagt und Effizienzen angehoben werden. Diese Möglichkeit zur Flexibilisierung und Effizienzsteigerung der Netze besitzt aus unserer Sicht ein hohes Potenzial, Energie in Bayern sicher und günstig zu verteilen.

Sharing-Communitys am Strommarkt schaffen

Wir als FDP Bayern wollen die Selbstbestimmtheit und Unabhängigkeit aller Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. Indem wir dafür sorgen, dass möglichst viele Haushalte ihren Strom selbst produzieren und speichern können, gehen wir einen großen Schritt in Richtung Zukunft. Außerdem möchten wir sogenannte Sharing-Communitys fördern. Diese Modelle machen es möglich, den selbst produzierten und nicht verbrauchten Strom mit anderen Mitgliedern der Community zu teilen. Die Mittel- und Niederspannungskosten müssen dabei auf alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer neu verteilt werden. Damit ermöglichen wir allen die Unabhängigkeit von Preisschwankungen und Stromausfällen auf dem Energiemarkt.

Energie-Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickeln

Wir wollen eine Strategie für den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickeln, um kontroverse Themen im Kontext der Energieversorgung und die damit verbundenen Konsequenzen gemeinsam zu diskutieren und voranzubringen. Wichtige Vorhaben können nur mit entsprechender gesellschaftlicher Akzeptanz zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. Aus diesem Grund sollen die Inhalte und Vorhaben, die für eine nachhaltige Energieversorgung relevant sind, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt und umgesetzt werden. Es geht dabei auch darum, die notwendigen Veränderungen zu begründen und die damit verbundenen Herausforderungen für das Grundverständnis der Partei sowie die Lebensplanungen der Menschen aufzuzeigen. Die Zeit ist reif, Relevantes in die Hand zu nehmen und zum Besseren zu wenden.

Vorerst kein Rückbau von Kernkraftwerken

Den Ausstieg aus der Kernkraft halten wir zum jetzigen Zeitpunkt für falsch. Bis Bayern über ausreichend Erzeugungskapazitäten, Netze und Speicher verfügt, um seinen Strombedarf aus erneuerbaren Energien zu decken, sind wir auf konventionelle Kraftwerke angewiesen. Anders als Kohle- oder Gaskraftwerke stoßen Kernkraftwerke kein CO₂ aus. Um eine Wiederinbetriebnahme der bayerischen Kernkraftwerke zu ermöglichen, soll – solange notwendig – auf einen Rückbau verzichtet werden. Alle verfügbaren Kraftwerke müssen schnellstmöglich ans Netz, um eine weitere Verteuerung der elektrischen Energie für Privatleute und Unternehmen wirkungsvoll zu verhindern. Dafür müssen neue Brennelemente bestellt werden. Besonders Bayern ist als Standort von Automobil- und Chemieindustrie sowie Maschinenbau abhängig von bezahlbarer und vor allem permanent in den erforderlichen Mengen verfügbarer Energie.

Neubau von Kernkraftwerken ermöglichen

Da der Süden Deutschlands besonders von Energieknappheit bedroht ist, fordern wir die Ermöglichung des Neubaus von Kernkraftwerken der neuesten Generation in Bayern. Schon jetzt ist klar: Der Energiebedarf unserer Gesellschaft wird weiter wachsen. Mit erneuerbaren Energien und Speichern allein wird sich dieser Bedarf nicht wirtschaftlich decken lassen. Der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit droht. Kernkraftwerke der neuesten Generation sind eine saubere, sichere und grundlastfähige Alternative, bis neue Technologien wie die Kernfusion bereitstehen. Der Freistaat soll sich deshalb dafür einsetzen, dass die Errichtung und der Betrieb von Kernkraftwerken möglich bleiben.

Kernfusion als Chance für die Zukunft nutzen

Wir wollen Bayern zu einem Kernfusionsstandort machen. Forschungsprojekte zur Kernfusion sind samt ihren möglichen positiven Folgen für Umwelt und Gesellschaft von beispiellosem Potenzial. Diese Forschung muss weiter vorangetrieben und ihre Finanzierung langfristig sichergestellt werden. Die Forschung an Technologien zum schnelleren Abbau besonders langlebiger Nuklide im radioaktiven Abfall, wie zum Beispiel die sogenannte Transmutation, ist zu fördern. Transmutation könnte sich aus unserer Sicht gegen andere Technologien zur Reduktion der Zerfallszeiten von radioaktivem Abfall als die beste durchsetzen.

Nuklearen Abfall durch innovative Technologien reduzieren

Wir unterstützen innovative Technologien zur Verringerung des nuklearen Abfalls. Aus unserer Sicht muss jede Möglichkeit, die zu einer Reduktion von nuklearem Abfall beiträgt, als Chance für Umwelt und Wirtschaft wahrgenommen werden. Wir wollen Hochschulen, Wirtschaft und Umweltschutz in diesen Prozess einbeziehen. Das Nuklearrecht soll unter anderem in Bezug auf die Endlagerung modernisiert werden. Das politische Verbot der Wiederaufbereitung lehnen wir ab. Darüber hinaus müssen Reaktorkonzepte mit alternativen Brennstoffen sowie die Bruttechnologie verstärkt in die Forschungs- und Entwicklungsarbeit einbezogen werden. Nukleare Wiederaufbereitung darf jedoch ausschließlich zu friedlichen Zwecken, beispielsweise in der Forschung, eingesetzt werden.

CO₂-freie Erzeugung von Wasserstoff voranbringen

Wir als FDP Bayern wollen die CO₂-freie Erzeugung von Wasserstoff in allen Aspekten unterstützen. Dies gilt sowohl bei der Regulierung als auch in der Forschung und Förderung. Die CO₂-freie Erzeugung von Wasserstoff kann nur unter Einsatz von grünem Strom (Elektrolyse) oder durch Abspaltung des Kohlenstoffs vom Methan (Pyrolyse) erfolgen. Wegen der überwiegend schwankenden Verfügbarkeit von grünem Strom kann die Elektrolyse großtechnisch aber nur selten im kostensparenden und wartungsarmen Strichbetrieb der Anlagen effektiv realisiert werden. Daher rückt die zweite Methode der Methanpyrolyse ins Blickfeld: Methan ist grundsätzlich in fast unbegrenzten Mengen einfach verfügbar und darüber hinaus ein vielfach schädlicheres Treibhausgas als CO₂. Aus unserer Sicht erscheint die geordnete Verwertung von natürlichen sowie technischen Methanvorkommen für die Umwandlung in Wasserstoff und Graphit daher prädestiniert und geboten.

Zukünftige Energiequellen erforschen

Wir als FDP Bayern möchten die Erforschung von klimaneutralen Energiequellen zur Grundlastsicherung weiter vorantreiben. Mit dem zunehmenden Anteil an erneuerbaren, schwankungsstarken Energiequellen müssen in Deutschland wirtschaftliche alternative Grundlast-Energieerzeugungskonzepte erforscht und umgesetzt werden.

Von der Berufsschule zum regionalen Innovationszentrum

Wir fordern den Ausbau regionaler Ausbildungs- und Berufsinnovationszentren (ABI-Zentren) mit technologischem Zukunfts-Know-how. Zweck der Ausbildungszentren ist die Berufsschulbildung verwandter Berufsgruppen sowie die berufliche Weiterbildung an einem Ort im Blockunterricht. Die ABI-Zentren sollen modernstes Wissen und Technologien auf interaktive, praxisorientierte und erlebnisreiche Weise vermitteln. So wird die Berufsschule zum Zukunftspartner der dualen Ausbildung. Dafür müssen Lehrinhalte kontinuierlich auf ihre Zukunftsrelevanz geprüft werden, Digital- und Wirtschaftskompetenzen sind feste Bestandteile. Durch Ausbildungszentren werden Fahrtzeiten für Auszubildende reduziert, Expertisen gebündelt und ein Campus-Gefühl ermöglicht. So gelingen die individuelle und praxisbezogene Nachwuchsförderung und das Talent-Scouting.

Meisterbonus weiterentwickeln

Wir als FDP Bayern wollen den Meisterbonus weiterentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Meister und jede Meisterin und analog dazu alle Berufstätigen mit einem gleichwertigen Berufsabschluss nach bestandener Prüfung die vollen Kosten für die berufliche Weiterbildung erstattet bekommt. Der sich weiter verschärfende Fachkräftemangel ist eine große Gefahr für den Wohlstand in Bayern. Zahlreiche Betriebe – insbesondere Handwerksbetriebe im Mittelstand – finden bereits jetzt nicht mehr ausreichende Fachkräfte. Dadurch geht ein hohes Maß an Wertschöpfung verloren. Für viele Gesellinnen und Gesellen sind die hohen Kosten der Meisterfortbildung das entscheidende Hindernis, sich fortzubilden. Der Freistaat muss hier Anreize setzen, um – analog zur kostenfreien Hochschulbildung – dem Handwerk und anderen Ausbildungsberufen ohne Kostenhürde die Möglichkeit zur beruflichen Weiterentwicklung zu bieten.

Die duale Ausbildung – anerkanntes Chancenmodell in der Gesellschaft

Wir wollen die Begeisterung des Nachwuchses für Berufswege in Mittelstand und Handwerk fördern. Daher setzen wir uns für die konsequente Verankerung der Berufsorientierung an den Schulen ein. Dazu zählen Mechanismen wie die ausführliche Behandlung von Berufschancen, differenzierte Ausbildungswege und -ziele. Praktische Erlebnisse in Unternehmen vor Ort oder mit den Unternehmen in den Schulen müssen selbstverständlich werden. Neue Formate wie „Parents Days“, Unternehmenstage für Schülerinnen und Schüler oder die Einführung von Zukunfts-Coaches an den Schulen können die Berufsvielfalt aufzeigen. So sorgen wir für einen Image-Wandel und steigern die Wertschätzung von Ausbildungsberufen bei Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften. Die inhaltliche und finanzielle Attraktivität, Innovationskraft sowie die gesellschaftliche Relevanz von Ausbildungsberufen muss Teil der Wahrnehmung als Zukunftsperspektive sein. Vorhandene Körperschaften, wie etwa die IHK und HWK, sollen aktiver in den Schulalltag integriert werden.

Stipendien für Azubis öffnen

Wir fordern die Öffnung von Stipendien der politischen Begabtenförderungswerke auch für Auszubildende. Zudem setzen wir uns für eine verstärkte Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den politischen Begabtenförderungswerken im Bereich der politischen Weiterbildungsangebote ein.

Junge Arbeitnehmer zur Unternehmensnachfolge ermutigen

Wir als FDP Bayern möchten mit gezielten Maßnahmen junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Nachfolge in bestehenden Betrieben ermutigen. Dazu gehören steuerliche Begünstigung von Übernahmemaßnahmen (zum Beispiel Coaching) und Zukunftsinvestitionen in den ersten drei Jahren ebenso wie günstige Kredite für die Betriebsübernahme. Ferner sollen Azubis in einem neuen Fach „Unternehmensnachfolge“ an der Berufsschule die Chancen von Unternehmensübernahmen und Unternehmertum kennenlernen und Kompetenzen für den Prozess einer Betriebsübernahme erwerben. In Bayern stehen in den kommenden vier Jahren knapp 11.000 inhabergeführte, rentable Betriebe ohne Nachfolge aus der Familie vor dieser Aufgabe. Hier liegt eine große Chance für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Schritt in die Selbstständigkeit. Leider bleibt dieses Potenzial aus Scheu vor dem Risiko zu oft ungenutzt.

Gründerinnen empowern

Wir wollen ein bayerisches Netzwerk für Investorinnen und Investoren koordinieren, das Frauen bei Gründungsvorhaben gezielt unterstützt. Dazu wollen wir etwa über den Investor Bayern-Kapital einen Venture-Capital-Fonds in Form einer öffentlich-privaten Partnerschaft gründen.

Menschen mit Behinderung den Weg auf den ersten Arbeitsmarkt ebnen

Wir fordern eine bessere Beteiligung von Menschen mit Behinderung am ersten Arbeitsmarkt. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir finanzielle Anreize für Werkstätten, Inklusionsbetriebe und andere

Arbeitgeber erhöhen, um Menschen mit Behinderung den Übergang aus einer Werkstatt auf den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern. Wir setzen uns zudem für die Stärkung der aktiven Arbeitsvermittlung ein.

Gehörlosengeld endlich einführen

Für alle gehörlosen oder schwer hörgeschädigten Menschen fordern wir einen pauschalen Nachteilsausgleich in Form eines Gehörlosengeldes. Dieses soll 50 Prozent des bereits existierenden Blindengeldes betragen und soll nicht mit dem Einkommen verrechnet werden.

Kapazitäten für Sprachlernkurse und Deutschklassen ausbauen

Wir fordern den Ausbau von Sprachkursen für Geflüchtete. Alle Geflüchteten sollen schnellstmöglich entsprechend den individuellen Vorkenntnissen an Sprachkursen teilnehmen können. Sprache ist der Schlüssel für die gesellschaftliche Integration und den Aufbau eines erfüllenden Soziallebens. Mit dem ersten Migrationspakt der Bundesregierung steht allen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern der Zugang zu Integrationskursen und Berufssprachkursen offen. Deren Kapazitäten müssen nun dem Bedarf entsprechend angepasst werden. Ziel der unmittelbaren Sprachvermittlung ist die schnellstmögliche Integration der Menschen in die Arbeitswelt und die Gesellschaft. Handwerk, Gastronomie und viele weitere Branchen in Bayern würden ohne Arbeitskräfte aus dem Ausland schon lange nicht mehr funktionieren. Im Umgang mit Kolleginnen, Kollegen und Kundschaft sowie für die berufliche Weiterbildung ist Sprache essenziell. Um am sozialen Leben teilhaben zu können, brauchen viele Geflüchtete zudem psychosoziale Unterstützung. Die Erlebnisse im Herkunftsland und auf der Flucht sind für sie und ihre Angehörigen oft sehr belastend. Wie einschränkend dieser Zustand für die Betroffenen ist, äußert sich oftmals erst nach der Ankunft in Deutschland. Eine flächendeckende Betreuung ist deshalb unabdingbar.

Integration und Spracherwerb an allgemeinbildenden Schulen verbessern

Wir wollen das Modell der Deutschklassen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund weiterentwickeln. Hierbei sollte insbesondere der Anteil von Lehrkräften mit fachspezifischer Qualifikation (zum Beispiel Erweiterungsfach „Deutsch als Zweitsprache“) erhöht werden. Die Integrationsangebote an Schulen wollen wir außerdem flächendeckend mit Mentoring-Programmen ergänzen. Auch an Schulen mit einem geringen Migrationsanteil muss es zusätzliche Ressourcen für individuelle Förderangebote zum Beispiel für Schülerinnen und Schüler mit sprachlichen Rückständen geben, die wir über Gewichtungsfaktoren in der Bildungsfinanzierung bereitstellen wollen. Dies gilt insbesondere auch für ukrainischstämmige Flüchtlinge, die kein Angebot im Rahmen der aktuell eingerichteten Brückenklassen erhalten. Diese besonders auf Spracherwerb ausgerichtete Unterrichtsform soll in Zukunft den Übergang in das schulische Regelangebot stärker in den Blick nehmen. Brückenklassen dürfen nicht zu einem dauerhaften „Verwahrsystem“ werden.

Berufsspezifische Sprachförderung an den Berufsschulen intensivieren

Wir fordern den Ausbau der berufsspezifischen Sprachförderung fremdsprachiger Azubis an den Berufsschulen. Ziel dabei ist es, dass Auszubildende nach der Ausbildung neben der beruflichen Qualifikation auch über ein nachhaltiges Sprachniveau verfügen. Sprachkompetenzen müssen daher Teil der beruflichen Ausbildung sein. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sollen bei der Aufnahme oder Fortsetzung einer beruflichen Ausbildung in Bayern unterstützt werden. Hierzu soll das Modell der Berufsintegrationsklassen und der Deutschklassen an Berufsschulen evaluiert und zu einem ganzheitlichen Fördersystem weiterentwickelt werden. Diese Angebote sollen mit zusätzlichen Ressourcen und Mitteln ausgestattet werden. Hierbei muss insbesondere die Finanzierung der Kooperationspartner für sozialpädagogische Fachkräfte überprüft werden. Außerdem sollen grundlegende Fragen wie die Anrechnung bisheriger Ausbildungen mit den Kammern nachvollziehbar geklärt werden.

Willkommenskultur für ausländische Fachkräfte verbessern

Wir möchten für eine positive Willkommenskultur sorgen und die Rahmenbedingungen für einen gelungenen Start im Freistaat gestalten. Dazu muss zum einen das Angebot an bilingualen Kindertagesstätten und internationalen Schulen ausgebaut werden, zum anderen muss die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse vereinfacht und beschleunigt werden. Auch die Senkung der Bürokratielast ist hier essenziell. Steuersenkungen für alle würden Deutschland auch als Einwanderungsland attraktiver machen.

Öffentliche Ausschreibungen vereinfachen

Wir fordern die Vereinfachung öffentlicher Ausschreibungen. Dazu gehören die Standardisierung von Ausschreibungsunterlagen, die Überarbeitung von Anforderungskriterien an Unternehmen sowie die Anhebung der Schwellenwerte für nötige europaweite Ausschreibungen. Öffentliche Auftraggeber dürfen Aufträge aus unserer Sicht nur im Zuge eines Vergabeverfahrens vergeben. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) scheuen aufgrund des damit verbundenen Aufwands oft die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen – obwohl sie eigentlich in der Lage wären, wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen anzubieten. Die geforderten Maßnahmen führen auch zu einer Entlastung der öffentlichen Auftraggeber, da der Aufwand für die Erstellung und Prüfung von Ausschreibungen deutlich reduziert wird. Das bedeutet eine unmittelbare Einsparung von Steuergeldern.

Bürokratieabbau – jetzt und konsequent!

Als FDP Bayern verlangen wir einen sofortigen und konsequenten Bürokratieabbau. Bayerische Betriebe ersticken aktuell im Bürokratiewust. Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften regeln alles bis ins letzte Detail. Für die Wirtschaft entstehen dadurch Kosten in Milliardenhöhe. Die Zeit ist überreif für einen radikalen Bürokratieabbau für Unternehmen – die Rezepte dafür liegen schon lange auf dem Tisch. Die FDP Bayern setzt sich mit einem 10-Punkte-Plan dafür ein, dass diese endlich umgesetzt werden. Wir fordern eine Befristung von Gesetzen und Rechtsverordnungen (Sunset-Klausel), eine One-in-one-out-Regel, die Abschaffung überflüssiger Regelungen, einen „Bürokratiekosten-TÜV“ bereits im Gesetzgebungsverfahren, den Probelauf neuer Vorschriften, die Zulassung von Modellregionen, kürzere Aufbewahrungsfristen, eine geringere Frequenz von Sozialversicherungs- und Betriebsprüfungen, einen forcierten direkten Datenaustausch zwischen Behörden und ein Ende redundanter Datenabfragen und kein „Draufsatteln“, sondern die 1:1-Umsetzung von EU-Normen.

Energieeffizientes Bauen und Sanieren für Unternehmen fördern

Wir wollen Betrieben im Freistaat wieder Planungssicherheit verschaffen. Wir fordern daher eine schnellstmögliche Weiterentwicklung der Förderprogramme der „Bundesförderung für effiziente Gebäude“ (BEG) für Wohn- und Nichtwohngebäude. Im Sommer 2022 wurde die BEG überraschend angepasst. Die plötzliche Abkehr von den bestehenden Regelungen hat die bayerischen Betriebe vor große Herausforderungen gestellt. Langfristige Finanz- und Finanzierungsplanungen verloren ad hoc ihre Gültigkeit. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, bedarf es daher einer zeitnahen Weiterentwicklung der Bundesförderung, die sich technologieoffen an der jeweils eingesparten Tonne CO₂ ausrichtet. Die Förderprogramme für Gebäudeenergie auf Landesebene müssen entsprechend ausgerichtet werden.

Wochenarbeitszeit statt Tageshöchstleistungszeit

Wir setzen uns für eine klare gesetzliche Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes ein. Die in der EU-Arbeitszeitrichtlinie vorgesehene wöchentliche Höchstleistungszeit soll die tägliche Höchstleistungszeit ablösen und zu mehr Flexibilität ermöglichen. Die aktuelle Regelung begründet sich historisch und wird den aktuellen Gegebenheiten etwa im Gastgewerbe nicht gerecht. Mehr Ruhetage und verkürzte Öffnungszeiten sind die Folge. Dies ist weder im Sinne der Gäste noch der Betriebe – und auch nicht im Interesse der Angestellten.

Ausbildung im Gastgewerbe stärken

Wir wollen die Ausbildung im Gastgewerbe stärken. Besonders im Ausbildungsmarkt der Tourismuswirtschaft sehen wir eine große Chance für die Integration von Geflüchteten. Hier sind klare und ausbildungsfreundliche Vorgaben und Verwaltungsentscheidungen nötig. Wer in seinem Betrieb ausbildet, muss dabei so gut wie nur möglich unterstützt werden. Außerdem fordern wir eine Stärkung der Berufsfelder in der Tourismuswirtschaft durch besseres Marketing und verbesserte Maßnahmen zur Berufsorientierung. Wir wollen die duale Ausbildung weiter fördern und eine pragmatische Unterstützung durch Arbeitsagenturen und Jobcenter gewährleisten. Aktuell arbeiten zehn Prozent aller Auszubildenden in Bayern im Gastgewerbe. Das sind rund 10.000 Auszubildende und 2000 Schülerinnen und Schüler und Studenten. Aus unserer Sicht tragen die genannten Maßnahmen dazu bei, die personelle Basis langfristig zu sichern, den weiter steigenden Anforderungen zu begegnen und die Attraktivität der Berufe in der Tourismuswirtschaft weiter zu erhöhen.

Digitale Bürgerplattform für Bayern schaffen

Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern eine schnelle und effiziente Kommunikation mit der Verwaltung ermöglichen. Daher wollen wir basierend auf dem Onlinezugangsgesetz und dem Datencockpit eine Digitale Bürgerplattform entwickeln. Mit diesem Instrument behalten Bürgerinnen und Bürger die Souveränität über die eigenen Daten und können diese unkompliziert in neue Verfahren integrieren. Die Digitalisierung macht Verwaltungsverfahren einfacher und transparenter. Eine Digitale Bürgerplattform integriert den gesamten Prozess von der Initiative über die Bearbeitung der einzelnen Komponenten bis hin zur Behördenentscheidung. Alle Beteiligten arbeiten auf einer gemeinsamen Plattform, und der Fortschritt des Prozesses ist für jeden transparent einsehbar. Wir denken Verwaltungsverfahren neu – aus der Perspektive der Bürgerschaft und der Unternehmen. Das gilt für die Beantragung eines neuen Personalausweises ebenso wie für Baugenehmigungen. Die Kommunikation soll über verschiedene Wege wie Portale, Apps und Messenger möglich sein.

Once-Only-Prinzip und One-Stop-Shops umsetzen

Wir fordern, das „Once-Only“-Prinzip umzusetzen, dem zufolge die Bürgerinnen und Bürger ihre Daten im Umgang mit Behörden nur einmal digital erfassen müssen. Diese Daten können sie immer wieder verwenden und die Weiterleitung zwischen Behörden zulassen. Damit wollen wir Verwaltungsverfahren nach den Anliegen der Antragstellenden strukturieren, statt wie bisher nach der Zuständigkeit der Ämter. Bürgerinnen und Bürger sollen künftig nur noch zu einer Anlaufstelle gehen müssen (One-Stop-Shop). Die digitale Bürgerplattform koordiniert die Befassung der zuständigen Behörden dann automatisch. Eine bessere Vernetzung von Behörden ermöglicht flüssigere Verwaltungsabläufe.

Digitalisierung des Gesundheitswesens – weltbeste Medizin für Bayern

Wir fordern die weltbeste medizinische Versorgung für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Mit digitalen Lösungen schaffen wir eine bessere Versorgungsqualität, gleichzeitig wird die Effizienz gesteigert und die Kosten werden reduziert. Ein digitales Gesundheitssystem umfasst den gesamten Behandlungsprozess und beginnt bei der Terminbuchung über Onlineportale, ermöglicht telemedizinische Konsultationen, digitale Patientenbeobachtungen und -behandlungen sowie die One-Click-Abrechnung mittels E-Rezept. Wir stellen die Selbstbestimmung von Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt. In einem digitalen und vernetzten Gesundheitssystem haben sie selbst die Hoheit über die eigenen Gesundheitsdaten in der elektronischen Patientenakte und können zu jeder Zeit entscheiden, was mit den Daten geschieht.

Förderprogramme voll digitalisieren

Wir wollen Bayerns Förderprogramme vollständig digitalisieren. Der integrierte digitale Prozess muss den Antrag, die Bearbeitung und den Bescheid ebenso umfassen wie die Erstellung und Auswertung von Verwendungsnachweisen, die Auszahlung von Darlehen oder Zuschüssen sowie die Ausweisung von Bürgschaften. Förderprogramme sollen kleine und mittlere Unternehmen in ihrer technischen

Geschäftsmodellentwicklung mit Darlehen, Zuschüssen und Bürgschaften stärken. In der Praxis dauert die Bearbeitung von Förderanträgen aber oft zu lange. Dadurch können den Antragstellern Chancen entgehen. Digitale Verfahren sind kürzer und transparenter. Bei der Prüfung können Künstliche Intelligenz und semantisch-linguistische Algorithmen eingesetzt werden. Ziel ist es, Bescheide sofort nach Eingabe der erforderlichen Angaben zu erteilen. Dann können Antragsteller ohne Zeitverzögerung mit ihren Vorhaben beginnen.

Sprunginnovationen nach Bayern holen

Wir wollen radikale und disruptive Innovationen – bahnbrechende Ideen, die einen Markt grundlegend verändern – in Bayern fördern. Um das zu erreichen, wollen wir die Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIN-D) durch ein bayerisches Investitionsprogramm im Volumen von mindestens 50 Millionen Euro unterstützen. Der Freistaat Bayern wird die Mittel aus dem Investitionsprogramm gemeinsam mit der SPRIN-D in disruptive innovative Ideen aus Bayern investieren. Die Förderung gilt sowohl für Frühphasen-Innovationen als auch für solche, für die eine abgeschlossene Testphase (Proof of Concept) vorliegt. Sie richtet sich an Erfinderinnen und Erfinder und Startup-Unternehmen. Sie soll auch gezielt private Wagniskapital-Investoren einbinden. Um dies zu ermöglichen, werden sich die bayerische FDP und die Bayerische Staatsregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, der SPRIN-D solche Direktinvestitionen zu ermöglichen. Ein besonderer Fokus soll dabei auf einem vereinfachten Finanzierungsprogramm zur Validierung unorthodoxer technischer Ideen mit hohem Realisierungsrisiko abseits vom Mainstream (sogenannte „durchgeknallte Ideen“) liegen. Diese müssen so aufbereitet werden, dass sie für eine Förderung durch die SPRIN-D in Frage kommen.

Digitalisierung des Mittelstands stärken

Wir möchten kleine und mittlere Unternehmen (KMU) darin bestärken, die Innovationskraft ihrer Betriebe zu digitalisieren und ihre Produkte, Dienstleistungen und Produktionsverfahren digital weiterzuentwickeln. Unser Mittelstand kann langfristig nur dann wettbewerbsfähig bleiben und weiter den Wohlstand unseres Freistaats sichern, wenn er digital und innovativ bleibt.

Raumfahrtland Bayern voranbringen

Wir als FDP Bayern machen uns für einen weiteren Ausbau der Raumfahrt-Cluster im Freistaat stark. Dafür müssen wir zum einen den Forschungscampus der TU München zu einem Innovationscampus weiterentwickeln. Gleichzeitig braucht es – basierend auf der Idee der Freiheitszonen – spezielle Weltraumfreiheitszonen in Bayern. Wir dürfen den Trend der New Space Economy (der Kommerzialisierung des Weltraumflugs) gerade in Bayern nicht verpassen. Echte Weltraumpolitik für Bayern ist dabei mehr als der „Bavaria One“-PR-Stunt. Mit innovativen Unternehmen für Micro-Launcher (leichte Trägerraketen für Kleinsatelliten) und dem TUM Campus haben wir gute Voraussetzungen. Diese müssen wir jetzt aber auch nutzen. Deswegen müssen die Investitionen des Freistaats in Forschung und Wirtschaftsförderung für diese Industrie an die Bedeutung dieser Branche für die Zukunft angepasst werden.

Nationales Weltraumgesetz und internationaler Weltraumvertrag

Aus unserer Sicht muss sich der Freistaat Bayern im Bundesrat für ein nationales Weltraumgesetz einsetzen. Gleichzeitig muss sich er sich auf Bundesebene und bilateral mit anderen Staaten für einen neuen internationalen Weltraumvertrag stark machen. Ein nationales Weltraumgesetz muss insbesondere Haftungshöchstgrenzen regeln. So könnte man das volle Potenzial von Micro-Launchern (leichten Trägerraketen für Kleinsatelliten) in Deutschland – gerade aus Bayern – entfesseln. Gleichzeitig könnte es Regeln für Weltraumbergbau und ähnliches enthalten. Klar für uns ist dabei auch: Der Internationale Weltraumvertrag von 1967 ist heute nicht mehr zeitgemäß. Ein Freistaat, der seine New-Space-Unternehmen unterstützen möchte, muss seine Möglichkeiten ausschöpfen, um auch einen neuen internationalen Weltraumvertrag zu schaffen.

Gründerschmieden in der Lehre ausbauen

Wir wollen Start-ups aus den Hochschulen stärker unterstützen. Allein aus dem interdisziplinären „Center for Digital Technology and Management“ (CDTM) der Technischen Universität München und der Ludwig-Maximilians-Universität sind über 240 Start-ups hervorgegangen. Darunter waren sieben „Unicorns“ – Start-ups mit einer Bewertung von über einer Milliarde Euro. Langfristig streben wir pro Regierungsbezirk mindestens ein derartiges Programm an, das als Bindeglied zwischen verschiedenen Fachrichtungen kluge Köpfe vernetzt und sie zu den Innovatoren der zukünftigen Wirtschaft macht.

Risikokapital entfesseln

Wir als FDP Bayern wollen noch mehr Risikokapital in den Freistaat holen. Wir begrüßen daher Initiativen wie „Invest in Bavaria“ oder das Netzwerk „BayStartUP“, die Kontaktpunkte zwischen Kapitalgebern und Gründern bieten. Hier möchten wir anknüpfen und die Rahmenbedingungen für Accelerators, Business Angels und Wagniskapital-Fonds weiter verbessern. Zwar lag Bayern im Jahr 2021 mit rund 4,4 Milliarden Euro Risikokapital auf Platz zwei im Bundesvergleich. Um das Potenzial der Gründerszene aber wirklich auszuschöpfen, müssen wir hier noch mehr Kapitalfluss ermöglichen.

Innovationsräume: Hightech als Motor für Innovation und Wachstum

Wir wollen die Innovationsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft in Kooperation mit der Wissenschaft stärken. Um die Umsetzung von forschungsintensiven Entwicklungen in innovative Geschäftsmodelle, Produkte, Dienstleistungen und Verfahren zu beschleunigen, richten wir in räumlicher Nähe von innovativen Forschungsclustern Innovationsräume ein. So wird Innovation insbesondere in der Digitalisierung (Künstliche Intelligenz, Internet of Things, Robotics), der Biotechnologie, der Luft- und Raumfahrt sowie bei Climate- and Clean-Tech gestärkt. Durch die Verdichtung von Forschung, Unternehmen und Wagniskapital erhöhen wir die Innovationsgeschwindigkeit. Durch steuerliche und regulatorische Ausnahmeregelungen schaffen wir Reallabore, in denen Forschende gemeinsam mit Unternehmerinnen und Unternehmern neue Technologien testen und zu Produkten weiterentwickeln können.

Aus der Forschung in die Anwendung: Unser Ausgründungskonzept

Wir wollen Innovationen stärken, indem wir Erfinderinnen und Erfindern Ausgründungen erleichtern. Sie sollen das Recht erhalten, ihre neue Technologie in ein Start-up einzubringen, an dessen Erfolg die Forschungseinrichtung später teilhat. Wenn in Verhandlungen kein rechtlicher Rahmen für diese Beteiligung gefunden wird, gibt es einen Baukasten, mit dem Entwicklerinnen und Entwickler einer Idee ihre Ausgründung durchsetzen können. Innovation ist für Bayern als rohstoffarmes Land die einzige Quelle wirtschaftlicher Entwicklung. Wir wollen den Technologie- und Wissenstransfer aus bayerischen Forschungseinrichtungen in die wirtschaftliche Anwendung mit unserem Ausgründungskonzept verbessern und beschleunigen. So werden aus erfinderischen Köpfen Gründerinnen und Gründer, die wir stärken wollen, damit Innovationen nicht an der Bürokratie scheitern. Aus Technologie entstehen so schneller kommerzielle Produkte, Dienstleistungen und Verfahren. Das sichert Wachstum, Dynamik und Arbeitsplätze in Bayern.

Kommunen dabei unterstützen, wirtschaftsfreundlicher zu werden

Wir als FDP Bayern wollen Kommunen wirtschaftsfreundlicher machen. Dazu soll der Freistaat im Dialog mit den Kommunen prüfen, wie konkrete Zielvorgaben die Standortqualität in den Kommunen erhöhen können. Es soll insbesondere geprüft werden, ob in Bayern die Standards des RAL-Gütezeichens „wirtschaftsfreundliche Kommune“ flächendeckend umgesetzt werden können und wie der Freistaat die Kommunen bei der Umsetzung unterstützen kann.

Forschungsgebäude auf Spitzenniveau bringen

Wir als FDP Bayern fordern ein „Sonderprogramm Bau“ für Forschungsgebäude im Freistaat. Um die schlauesten Köpfe anzuziehen, brauchen wir auch mehr Forschungsgebäude auf Spitzenniveau – bröckelnde Decken zählen für uns nicht dazu. Bei Sanierungsmaßnahmen und Neubauten im Hochschulbereich sollen moderne Raumnutzungskonzepte für die hochschuleigenen Räumlichkeiten (zum Beispiel multiterritoriales Arbeiten, skalierbare Co-Working-Szenarien, activity-based working und digitale Kollaborationsmöglichkeiten) stärker berücksichtigt werden. Sie ermöglichen eine flexiblere Nutzung von Räumen und eine einfache Anpassung an unterschiedliche Bedürfnisse.

Gründerstipendien für Bayerns innovativste Köpfe schaffen

Wir wollen den Weg in die Selbstständigkeit erleichtern und ein Gründerstipendium einführen. Über ein Begabtenförderwerk speziell für Gründerinnen und Gründer sollen pro Jahr mindestens 1000 junge Menschen mit zukunftsfähigen Ideen gefördert und auf dem Weg in Richtung Wirtschaftlichkeit aktiv begleitet werden. Im Gegensatz zu bestehenden Programmen wie dem Gründungsstipendium EXIST soll diese Förderung breit angelegt sein und vor allem das erste, oft kritische Jahr einer Gründungsphase absichern.

Gründer-Bafög für Bayern einrichten

Wir wollen im Freistaat ein Gründer-BAföG einführen. Dieses Instrument soll jungen Menschen im Stil eines Stipendiums unbürokratisch die Chance eröffnen, ihre innovative Geschäftsidee auf den Weg zu bringen und in die Gründerszene Bayerns einzusteigen. Der Freistaat unterstützt dazu Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer, die am Anfang einer Existenzgründung stehen, mit einem monatlichen Betrag von 1000 Euro für maximal ein Jahr, um den Start in die Selbstständigkeit zu erleichtern. Gefördert werden Gründerinnen und Gründer, die ihren Wohnsitz und Lebensmittelpunkt in Bayern haben. Im Freistaat wagen derzeit immer weniger Menschen den Schritt in die Selbstständigkeit. Diesen Trend müssen wir umkehren, damit wieder mehr den Mut zur Selbstständigkeit finden und der Gründergeist in Bayern revitalisiert wird.

Bavarian Valleys: Freiheitszonen für Unternehmen schaffen

Wir wollen in Bayern Freiheitszonen für Unternehmen einrichten. In diesen Bereichen sollen günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen gelten, um die Gründung und Ansiedlung junger, forschungsintensiver Unternehmen zu erleichtern. Dazu gehört insbesondere eine möglichst niedrige Steuerbelastung, aber auch eine schnelle, digitale, englischsprachige Verwaltung. Entscheidend ist zudem eine gute Infrastruktur – zum Beispiel in Bezug auf die Verkehrsanbindung, Breitbandinternet, Wohnraum, Kinderbetreuung und Freizeiteinrichtungen. Die Unternehmen in Bayern benötigen grundsätzlich günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Für Unternehmensgründungen gilt das in verstärktem Maße. Um die Gründung und Ansiedlung junger, forschungsintensiver Unternehmen zu erleichtern, braucht es noch größere Anstrengungen. Diese Unternehmen müssen in Bayern optimale Rahmenbedingungen erhalten, um international wettbewerbsfähig zu sein. Umgekehrt könnten so auch außerhalb der Zentren großer Städte attraktive Hubs für ein innovatives, internationales Publikum entstehen, das unsere Kommunen wiederbelebt.

Berufliche Selbstständigkeit von Frauen am Girls Day fördern

Wir fordern, den Fokus beim jährlichen Girls Day stärker auf Selbstständigkeit und Unternehmertum zu legen. Schulen und Eltern sollen effizient und praxisbezogen unterstützt werden. Der Girls Day ist ein Aktionstag zur Berufsorientierung in Branchen und Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Er findet in allen Schulformen statt und richtet sich an Mädchen ab der fünften Jahrgangsstufe. Ziel ist es, Mädchen schon früh die Potenziale für Frauen in einer selbstständigen Karriere aufzuzeigen. Aus unserer Sicht muss die berufliche Selbstständigkeit von Frauen insgesamt mehr in den Fokus rücken. Das Aufbrechen von traditionellen Rollenbildern ist ein wichtiger Baustein für eine zukunftssichernde, gleichberechtigte

Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt. Dadurch wirken wir dem Fachkräftemangel und dem Gender-Pay-Gap entgegen.

Bayerische Social-Entrepreneurship-Initiative

Wir wollen die Potenziale von Social Startups heben. Um das zu erreichen, wollen wir digitale Gründerzentren vermehrt für Social Startups öffnen.

Moderne Recyclingmethoden statt Produktverbote

Wir werden ein technologieoffenes Recycling ermöglichen und Abfälle zu neuen Rohstoffen machen, um eine EU-weite Kreislaufwirtschaft aufzubauen. Ressourcenschonung bedeutet nicht zwangsläufig Verzicht: Es geht nicht nur darum, weniger zu verbrauchen, sondern intelligenter zu gebrauchen. Ressourcen effizient und im Sinne einer Kreislaufwirtschaft zu nutzen, erfordert technologische Innovationen und intelligente Nutzungskonzepte. Kreislaufwirtschaft ist ein wichtiges Instrument, um CO₂-Emissionen zu senken und die sozialen und ökologischen Auswirkungen des Abbaus und der Verarbeitung von Primärmaterial deutlich zu vermindern. Die Schaffung solcher Kreisläufe erfordert ein ganzheitliches strategisches Vorgehen. Sie muss Design, Herstellung, Nutzung und Entsorgung von Produkten gleichermaßen berücksichtigen.

Tourismus in Bayern stärken

Als FDP Bayern setzen wir uns für die Stärkung von Tourismusverbänden und -vereinen vor Ort ein. Die Entstehung neuer Vereine in Regionen mit besonderem touristischem Potenzial wollen wir unterstützen. Lokale Angebote werden unter Einbeziehung der lokalen Expertise vor Ort gefördert. Außerdem wollen wir touristische Angebote stärker digitalisieren. Wir befürworten daher die Vernetzung kommunaler Internet- und Social-Media-Auftritte in den Zielregionen.

Selbstbestimmt in allen Lebenslagen

Für uns als FDP Bayern gibt es keine Freiheit ohne Selbstbestimmung. Voraussetzung hierfür ist gerade in Zeiten des digitalen Wandels der Schutz der Bürgerrechte, der Gesundheitsschutz, der Schutz der Privatsphäre und ein funktionierender Rechtsstaat. Aus unserer Sicht ist der Sinn aller Politik die Freiheit. Die spürbarste Form der Freiheit ist ein selbstbestimmtes Leben. Das gilt auch für eine Welt, in der sich viele Lebenssituationen ändern – durch Technik, den demografischen Wandel oder moderne Medizin. Heute haben viele Menschen den Eindruck, dass die Politik sie eher erziehen und bevormunden will, als einen Rahmen für selbstbestimmte Entscheidungen bereitzustellen. Sie haben die Sorge, dass es immer mehr unbegründete Überwachung gibt, die ihre Privatsphäre gefährdet – sei es in der digitalen oder in der analogen Welt. Sicherheitsbehörden dürfen aus unserer Sicht nur dann neue Befugnisse erhalten, wenn nachgewiesen ist, dass die bestehenden nicht ausreichen, um die nötige Sicherheit im Freistaat zu garantieren. Wir wollen nicht länger zuschauen, sondern dafür sorgen, dass die Menschen selbstbestimmt in allen Lebenslagen handeln können.

Bürgerrechte wahren

Wir als FDP Bayern machen uns für die Wahrung der Bürgerrechte stark. Die Corona-Krise hat in einem Ausmaß Eingriffe in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger mit sich gebracht, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht erlebt haben. Bayern war Vorreiter, was die Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen angeht. Verschiedene Maßnahmen wurden zwischenzeitlich von Gerichten aufgehoben, wie zum Beispiel die Ausgangsbeschränkungen. Wir haben uns von Anfang an dafür eingesetzt, dass Maßnahmen zu jedem Zeitpunkt auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin überprüft werden müssen. Dafür werden wir auch in Zukunft eintreten – Grundrechte gelten auch in Krisenzeiten!

Innere Sicherheit ohne Überwachung ermöglichen

Wir lehnen den Einsatz verfassungswidriger Verfahren zur anlasslosen Überwachung ab. Dies betrifft insbesondere Themen wie Vorratsdatenspeicherung, Chatkontrolle und Hintertüren in geschützte Programme. Die Aufklärungsquote im Bereich Cyberkriminalität ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Ausstattung und Ausbildung der Strafverfolgungsbehörden sind besser geworden. Auch deshalb sprechen wir uns gegen unzulässige zusätzliche Überwachungsmethoden aus. Das Bundesverfassungsgericht und der EuGH haben die Vorratsdatenspeicherung schon mehrmals als unzulässig eingestuft. Staatstrojaner, die meist auf Hintertüren (Backdoors/Exploits) basieren, sind nicht umsetzbar, ohne die Sicherheit der Programme für alle anderen unbeteiligten Benutzerinnen und Benutzer zu beschädigen. Sie greifen außerdem – ebenso wie die Chatkontrolle – empfindlich in Grundrechte wie das Brief- und Fernmeldegeheimnis oder das Recht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme ein. Auch der Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung ist hier nicht ausreichend gewährleistet. Daher lehnen wir beides ab und werden den Einsatz solcher Verfahren in Bayern durch entsprechende Gesetzesänderungen verhindern.

Quick Freeze statt Vorratsdatenspeicherung nutzen

Wir lehnen die anlasslose Speicherung personenbezogener Daten ab. Dies gilt insbesondere für die anlasslose Speicherung aller Telekommunikationsverbindungsdaten auf Vorrat. Eine Vorratsdatenspeicherung stellt alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht. Stattdessen schlagen wir Quick-Freeze-Verfahren als grundrechtsschonende Alternative vor. Bei diesem Verfahren können Ermittlungsbehörden relevante Telekommunikationsdaten umgehend bei den Providern einfrieren lassen, wenn der Verdacht auf eine Straftat von erheblicher Bedeutung besteht.

Palantir-Einsatz im Bayerischen LKA verhindern

Aus unserer Sicht darf das Recherche- und Analysesystem „VeRA“ von Palantir durch das bayerische Landeskriminalamt (LKA) nicht genutzt werden, solange nicht alle Fragen dazu geklärt sind: Bisher wurden

die Details des Vergabeverfahrens inklusive der für das System anfallenden Kosten nicht offengelegt. Auch die datenschutzrechtlichen Bedenken in Bezug auf die Nutzung der Software konnten nicht ausgeräumt werden. „Palantir“ ist ein US-amerikanisches Software-Unternehmen, das für Sicherheitskräfte in der ganzen Welt Daten aufbereitet. Dessen Dienste sollen nun auch vom bayerischen Landeskriminalamt in Anspruch genommen werden. Das „Verfahrensübergreifende Recherche- und Analysesystem“ (VeRA) soll vorhandene Daten aus verschiedenen Datenbanken verknüpfen und der Polizei zur Verfügung stellen. Neben den grundsätzlichen Bedenken gegen dieses Verfahren – durch die Verknüpfung wird der Eingriff durch Datensammlung umso intensiver – bestehen bei Datenschützern, einschließlich des bayerischen Landesdatenschutzbeauftragten, auch Bedenken gegen das ausführende Unternehmen: Palantir steht im Verdacht, eng mit den US-amerikanischen Geheimdiensten zusammenzuarbeiten. Erst im Februar 2023 hat das Bundesverfassungsgericht einen ähnlichen Software-Einsatz in Hessen und Hamburg für verfassungswidrig erklärt.

Volkvertretung stärken, Transparenz erhöhen

Nach den Krisen und Skandalen der vergangenen Jahre wollen wir den Bayerischen Landtag als Herz unserer Demokratie wieder stärken. Statt einer immer größeren Machtkonzentration in der Staatskanzlei wollen wir alle wichtigen Entscheidungen zurück ins Parlament holen. Ein offener und transparenter parlamentarischer Prozess verhindert Fehlentscheidungen und sorgt dafür, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt stehen. Dazu gehört auch eine Verbesserung parlamentarischer Kontrollrechte gegenüber der Staatsregierung – bis hin zur Akteneinsicht. Regierungsmitglieder sollen sich einer regelmäßigen, direkten Befragung durch die Abgeordneten stellen müssen, wie das im Bundestag schon etabliert ist. Auch die Debatten in den Landtagsausschüssen wollen wir grundsätzlich digital per Video übertragen und als Aufzeichnung öffentlich bereitstellen. Das schafft mehr Transparenz und Teilhabemöglichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger im Flächenland Bayern. Der aktuelle Zustand, dass zwar beispielsweise eine Videoübertragung an die Ministerien stattfindet, der ohne Weiteres mögliche Onlinezugang für die breite Öffentlichkeit aber gekappt ist, ist weder erklär- noch haltbar.

Korruptionsbekämpfung verbessern

Wir wollen Korruption und Vorteilsnahme entschieden entgegentreten. Während wir uns auf Bundesebene nach den Erfahrungen der Masken-Deals für eine Ausweitung des Strafrechts einsetzen, wollen wir in Bayern insbesondere die Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen effektiver einsetzen. Die Innenrevisionen der Ministerien müssen endlich mit ausreichend Personal für eine effektive Kontrollarbeit besetzt werden. Dem Landtag sollen jährlich die Zahl der durchgeführten Kontrollen, deren Ergebnisse und der Zustand der Korruptionsbekämpfungslisten, die zum Beispiel über „freihändige“ Vergaben geführt werden müssen, vorgelegt werden. Darüber hinaus wollen wir in Aus- und Fortbildungen der Verwaltung die Sensibilität für die Problematik erhöhen und eine vertrauenswürdige Anlaufstelle für Whistleblower schaffen.

Weisungsrecht des Justizministers abschaffen

Wir fordern die Abschaffung des Weisungsrechts des Justizministers gegenüber den Staatsanwaltschaften. Aktuell haben die Justizminister der Länder dieses Recht – auch im Einzelfall. Selbstverständlich muss sich in einem demokratischen Rechtsstaat jedes staatliche Handeln durch eine Legitimationskette auf eine demokratische Entscheidung berufen können. Das muss aber nicht eine Weisung im Einzelfall erfassen. Bayern soll daher eine Bundesratsinitiative zur Veränderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Abschaffung des Weisungsrechts im Einzelfall starten. Unsere Staatsanwaltschaften müssen weisungsfrei und unabhängig von externer Einflussnahme arbeiten können. Die Einmischung der politischen Ebene in einen einzelnen Fall ist dabei ein Hindernis. Mit der Abschaffung des Weisungsrechts gegenüber den Staatsanwaltschaften würde auch den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs Rechnung getragen, vor allem bei der Vollstreckung Europäischer Haftbefehle.

Richterwahlkommission etablieren

Wir fordern die Einrichtung von jeweils einem Richterwahlausschuss in jedem Oberlandesgerichtsbezirk. Richterinnen und Richter sollen nicht mehr wie bisher durch das Justizministerium, sondern durch den Wahlausschuss benannt werden. Wir wollen die Richterwahl auf diese Weise von der politischen Ebene im Justizministerium – und damit von der Staatsregierung – unabhängiger machen. Die Richterwahlausschüsse sollen aus Vertretern der Richterschaft und den Fraktionen des Landtags gebildet werden. Durch die Beteiligung der Landtagsfraktionen wird die demokratische Legitimation der Richterinnen und Richter erhöht, die Ernennung erfolgt in einem für die Bürgerschaft transparenten Prozess. Anders als in vielen anderen Bundesländern werden Richterinnen und Richter in Bayern bisher (außer für den Verfassungsgerichtshof) nicht durch einen Richterwahlausschuss gewählt, sondern durch eine Kommission im Justizministerium bestimmt und dann durch den Justizminister ernannt.

Mehr Gerechtigkeit und Sicherheit im Jura-Studium schaffen

Wir fordern die Einführung des „Bachelor of Laws“ (LL.B.) in Bayern. Nach dem Bestehen aller Fortgeschrittenenscheine und des zusätzlichen Schwerpunkts muss im Jurastudium die Möglichkeit einer universitären Zwischenprüfung eingeführt werden. Mit deren Bestehen wird ein „Bachelor of Laws“ verliehen, der einen eingeschränkten Zugang zu juristischen Berufsfeldern erlaubt. Das vorhandene System mit zwei Staatsprüfungen hat sich bewährt und soll beibehalten werden. Für die Studierenden ist diese Praxis aber mit großen Risiken verbunden: Bei einem Scheitern im Examen verlässt die Studentin oder der Student die Universität ohne Abschluss. Solchen Fällen wollen wir mit dem anerkannten Abschluss des LL.B. vorbeugen.

Digitaloffensive für Bayerns Justiz umsetzen

Wir fordern eine flächendeckende Ausstattung aller Gerichte in Bayern mit Videotechnik. Parallel dazu muss es regelmäßige technische Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen für Richter und Richterinnen sowie Mitarbeitende der Justizverwaltung geben. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Durchführung von Online-Verhandlungen im Zivilrecht durch Nutzung der Videotechnologie Kosten reduzieren und Verfahren beschleunigen kann. Aufgrund unzureichender technischer Ausstattung sind viele Gerichte aber immer noch nicht in der Lage, diese Möglichkeit in einer Verhandlung zu nutzen. Mit vorhandener Videotechnik können auch vereinzelt Zeugenbefragungen von entfernt wohnenden oder ausländischen Zeugen durchgeführt werden. Neben der besseren flächendeckenden Ausstattung von Gerichten müssen sowohl die Richterinnen und Richter als auch die Justizangestellten in den Geschäftsstellen geschult werden, um die Möglichkeiten der neuen IT-Technik auch schnell und effektiv nutzen zu können. Die Gerichte sollen zudem schnellstmöglich verpflichtet werden, für elektronische Kommunikation das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA) zu nutzen. Diese Technik ist in allen Gerichten bereits vorhanden.

Verstetigung des Pakts für den Rechtsstaat: Digitalpakt für die Justiz

Wir fordern, dass die politische Vereinbarung „Pakt für den Rechtsstaat“ verstetigt wird und der Bund so auch dauerhaft Richterstellen sichert. Gleichzeitig brauchen wir einen Digitalpakt für die Justiz, um die Anforderungen des Bundes an die Justiz auch im Freistaat erfüllen zu können. Das heißt nicht, dass sich der Freistaat aus seiner eigenen Verantwortung stehlen darf: Justiz ist Ländersache. Daher muss der Freistaat eine ausreichende Finanzierung seiner Gerichte selbst gewährleisten. Nichtsdestoweniger muss der Bund die Länder angesichts steigender Anforderungen – auch durch die Kompetenzen, die der Bund den Gerichten zuweist – unterstützen.

Gesetze digital bekannt machen

Wir setzen uns dafür ein, dass neue Gesetze künftig ausschließlich digital bekannt gemacht werden. Derzeit erfolgt dies in Papierform im Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt. Das ist weder zeitgemäß noch sinnvoll und verbraucht unnötig Ressourcen. Daher setzen wir auf eine rein digitale Veröffentlichung – wie es auf Bundesebene bereits der Fall ist.

Digitale Plattform für Gerichtstermine

Wir fordern die grundsätzliche digitale Veröffentlichung öffentlicher Gerichtstermine auf einer Justizplattform. Eine Verhandlung vor Gericht ist grundsätzlich öffentlich. Die Gerichtsöffentlichkeit dient der Kontrolle der Rechtsprechung, insbesondere auch durch die Presse. Bürgerinnen und Bürger, die Interesse an der Teilnahme an einer Gerichtsverhandlung haben, müssen bisher an der Informationsstelle/Pforte des entsprechenden Gerichts persönlich nachfragen, wann, wo und zu welcher Sache eine Verhandlung stattfindet. Diese Form der Bekanntmachung halten wir für nicht mehr zeitgemäß. Der Grundsatz der Öffentlichkeit erfordert es, sämtliche öffentlich zu verhandelnden Termine auf einem Portal zu veröffentlichen, sodass Bürgerinnen und Bürger sich vorab online über kommende Termine informieren können. Diese Maßnahme führt auch zu einer größeren Bürgernähe.

Elektronische Aktenführung an Gerichten umsetzen

Wir fordern die beschleunigte Einführung beziehungsweise die Erweiterung der elektronischen Aktenführung für sämtliche Gerichtsbarkeiten. Auch wenn die bayerische Justiz die flächendeckende Einführung der elektronischen Akte bereits beschlossen hat, wird dieses Vorhaben noch nicht effektiv umgesetzt. Bisher wurden nur vereinzelt Pilotprojekte gestartet, der Großteil der Verfahren wird weiterhin ausschließlich mit Papierakten erledigt. Die elektronische Akte würde die Verfahrensbearbeitung deutlich effektiver machen. Auf diese Akten kann von überall – etwa aus dem Home-Office – zugegriffen werden, zudem können mehrere Personen parallel Akten bearbeiten.

Laufbahn zwischen Richter- und Staatsanwaltschaft trennen

Wir fordern eine stärkere Trennung der Laufbahnen von Richter- und Staatsanwaltschaft. Der Freistaat soll sich von der bisherigen Praxis des mehrfachen Laufbahnwechsels verabschieden und die Anzahl der Wechsel auf das notwendige Minimum reduzieren. Damit steigern wir die Attraktivität des Justizdienstes für Bewerberinnen und Bewerber, die zwar Karriere in der Justiz machen wollen, für die aber nur eine der Laufbahnen in Frage kommt. So wirken wir einem weiteren Absinken der Einstellungsnoten entgegen. Weiterhin sehen wir die unbedingte Notwendigkeit einer möglichst flexiblen Einsetzbarkeit der Bediensteten nicht als gegeben an. Wir setzen hier vielmehr auf langfristige Personal- und Stellenplanung. Grundsätzlich ist die Trennung der Laufbahnen aus unserer Sicht auch eine Frage der notwendigen Distanz zwischen Staatsanwaltschaften und Gerichten, die das Prinzip der Gewaltenteilung gebietet.

Laufbahn von innerer Verwaltung und Verwaltungsgerichten trennen

Aus unserer Sicht müssen die Laufbahnen von Verwaltungsrichterschaft und allgemeiner innerer Verwaltung stärker getrennt werden. Das bisherige Vorgehen mit mehrfachen Laufbahnwechseln sollte aufgegeben und die Anzahl der Wechsel auf das absolut notwendige Maß reduziert werden. Einerseits machen wir den Verwaltungsdienst so für Bewerberinnen und Bewerber attraktiver, für die bei einer Karriere in der Verwaltung nur eine der beiden Laufbahnen in Frage kommt. Andererseits lässt sich mit diesem Schritt ein weiteres Absinken der Einstellungsnoten verhindern. Auch die bisher geforderte äußerst flexible Einsetzbarkeit der Bediensteten halten wir nicht unbedingt für erforderlich. Wir setzen stattdessen auf eine langfristige Personal- und Stellenplanung. Auch hier gilt: Wir brauchen eine Trennung der Laufbahnen zur Herstellung der notwendigen Distanz zwischen allgemeiner innerer Verwaltung und Verwaltungsgerichten. Damit tragen wir auch dem Prinzip der Gewaltenteilung Rechnung.

Konsequente Trennung von Kirche und Staat umsetzen

Wir als FDP Bayern fordern eine konsequente Trennung von Kirche und Staat. Unser Ziel ist es, die im Grundgesetz verankerte Bekenntnis- und Glaubensfreiheit in einem weltanschaulich neutralen Staat ohne Bevorteilung einzelner Religionsgemeinschaften zu verwirklichen. Die historisch gewachsene Bevorzugung der katholischen und evangelischen Kirchen, die auch durch die Verteilung der Haushaltsmittel deutlich wird, muss beendet werden. Die Staatskirchenverträge halten wir für nicht mehr

zeitgemäß. Sie sollen in Übereinkunft mit den Kirchen aufgehoben oder im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten so weit wie möglich aufgekündigt werden. Heute noch berechnete Rahmensetzungen sollten in für alle geltende Gesetze überführt werden. Die Staatskirchenleistungen sind baldmöglichst abzulösen. Hierbei sollte Bayern den Bund bei der Gesetzgebung zum im Koalitionsvertrag der Ampel festgeschriebenen Grundsatzgesetz konstruktiv begleiten. Die Höhe aller Zuwendungen muss insbesondere mit Blick auf die freiwilligen Leistungen für Seelsorgegeistliche hinterfragt werden. Besondere Schwerpunktsetzungen auf kirchliche Einrichtungen bei staatlichen Förderungen und beispielsweise bei Projekten von Landesstiftungen müssen geprüft und vermieden werden. Aus unserer Sicht muss auch der Körperschaftsstatus von Religionsgemeinschaften vor dem Hintergrund der Gleichberechtigung grundlegend auf den Prüfstand gestellt werden. Kirchenein- und -austritte sollen einfach und gebührenfrei möglich sein. Sonderstellungen der Kirchen im Arbeits- und im Medienrecht sollen ebenso überarbeitet werden wie religiös einseitige Formulierungen in Gesetzen und in der Verfassung. Feiertagsregelungen wollen wir liberalisieren. Mit religiösen Symbolen und Religionsausübungen soll aus unserer Sicht ein toleranter Umgang gepflegt werden. In staatlichen Institutionen sollten sie im Spannungsfeld zwischen weltanschaulicher Neutralität und individueller Bekenntnisfreiheit auf ein vertretbares Maß reduziert und nicht institutionalisiert werden. Den Kreuzerlass für bayerische Behörden wollen wir aufheben.

Kein Tanzverbot an stillen Feiertagen

Wir als FDP Bayern wollen das Tanzverbot an den sogenannten „stillen Feiertagen“ im Freistaat abschaffen. Derzeit sind öffentliche Unterhaltungsveranstaltungen mit fröhlichem Charakter an neun Tagen im Jahr untersagt. Diese Regelung halten wir für nicht mehr zeitgemäß.

Missbrauchsfälle im Kirchemfeld aufarbeiten, Opferhilfe stärken

Aus unserer Sicht darf die Aufarbeitung der Missbrauchsfälle im Kirchemfeld nicht allein den Kirchen überlassen werden. Insbesondere bei der Strafverfolgung darf es keine falsche Rücksichtnahme geben. Versäumnisse der staatlichen Institutionen von Staatsanwaltschaften bis zu den Jugendämtern in diesem Kontext müssen einer unabhängigen, externen Überprüfung unterzogen und konsequent aufgeklärt werden. Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung einer unabhängigen Anlaufstelle für Missbrauchsoffer. Diese Stellen sollen den Opfern Hilfe in Krisen anbieten und sie zu wohnortnahen Therapie- und Selbsthilfeangeboten informieren und beraten. Sie sollen zudem über mögliche rechtliche Schritte aufklären – insbesondere in Bezug auf die Erstattung einer Strafanzeige, aber auch über die Möglichkeit einer Nebenklage oder der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen. Diese Stellen können außerdem bei der Beantragung der Opferentschädigung, etwa nach dem Opferentschädigungsgesetz, unterstützen. Die Staatsregierung sollte darüber hinaus bestehende Präventivmaßnahmen evaluieren und ein Gesamtkonzept zur Prävention und Früherkennung erarbeiten. Insbesondere Sensibilisierungsprogramme wie das Projekt „Trau Dich“ an Schulen sollten konsequent ausgeweitet werden, um Kinder und Jugendliche in Bezug auf mögliche Grenzüberschreitungen zu sensibilisieren und Hilfsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Konsequent gegen Extremismus vorgehen

Als wehrhafte freiheitliche Demokratie stellen wir uns entschieden gegen jeden Extremismus – ob von rechter, linker oder islamistischer Seite. Wir fordern daher eine engmaschige Überwachung und ein zeitnahe Verbot extremistischer Strukturen. Dazu gehören auch scheinbare „Hilfsvereine“ sowie fundamentalistische religiöse Organisationen und Gebetshäuser. Gegebenenfalls muss hier auch der ausländische Einfluss eingedämmt werden. Eine Radikalisierung in Gefängnissen soll verhindert werden, indem Extremisten von anderen Gefangenen ferngehalten, Vollzugsbeamte geschult sowie Aussteigerprogramme forciert werden. Straftäter ohne Aufenthaltsrecht müssen soweit möglich konsequent abgeschoben werden. Für uns gilt aber: Debatten um die Verschärfung von Sicherheitsgesetzen nach Anschlägen leisten keinen Beitrag zu einem starken und wehrhaften Rechtsstaat.

Vielmehr müssen wir die bestehenden Befugnisse ausschöpfen, die Institutionen befähigen, sich durchzusetzen und insbesondere den Informationsaustausch der Behörden ausbauen.

Ehrenamtliche Extremismusbekämpfung fördern

Wir als FDP Bayern setzen uns für die Bekämpfung aller Arten von extremistischer Gesinnung ein. Wir wollen – neben Vereinen, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen – auch die Gründung von Vereinen stärker unterstützen, die sich speziell mit linksgerichtetem und religiösem Extremismus beschäftigen. Zudem möchten wir Kooperationen solcher Organisationen mit Schulen verstärken, um einen lebendigen Austausch zwischen klassischer Bildungsprävention und Praxis zu fördern.

Schutz jüdischen Lebens in Bayern stärken

Wir als FDP Bayern setzen uns gegen jede Form von Antisemitismus ein. Wir befürworten den Vorschlag des Antisemitismusbeauftragten, den Schutz jüdischen Lebens als Staatszielbestimmung in die Bayerische Verfassung aufzunehmen – denn Antisemitismus bleibt bis heute traurige Realität im Freistaat. Den Schutz von jüdischen Einrichtungen und Synagogen wollen wir ausbauen. Neben einer konsequenten Bekämpfung antisemitisch motivierter Straftaten möchten wir einen besonderen Fokus auf die Sichtbarkeit und die Aufklärung über das lebendige jüdische Leben in Bayern legen. Wir wollen zudem das Gedenken an den Holocaust verstärken, indem unter anderem eine jährliche landesweite Gedenkminute (etwa am 27. Januar oder 29. April, dem Tag der Befreiung des KZ Dachau) eingeführt wird. Jede Schülerin und jeder Schüler in Bayern muss einmal ein ehemaliges Konzentrationslager besucht haben.

Messenger-Kommunikation mit den Behörden ermöglichen

Wir setzen uns für eine zügige Modernisierung der technischen Ausstattung bayerischer Behörden ein. Daher fordern wir den Aufbau einer digitalen Plattform für einen sicheren und effizienten Austausch von Unternehmensdaten und -informationen zwischen Unternehmen und Behörden sowie zwischen den Behörden untereinander. Bürokratie ist für bayerische Betriebe eine große Belastung. Die dabei aktuell meist notwendigen, dem Unternehmensalltag fernen Wege über Fax oder Post sind für die Unternehmen ein zusätzliches Ärgernis. Sie binden unnötig Ressourcen. Der Rückgriff auf die veraltete Faxtechnik liegt meist an der unzureichenden technischen Ausstattung der Behörden: Zentral eingehende Faxe werden ausgedruckt und analog an die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter verteilt. Das ist zeitaufwendig und bindet Kosten und Ressourcen. Es hemmt den Austausch zwischen Behörden und schmälert die Attraktivität einer Verwaltungskarriere. Unser Ziel ist es, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst in Bayern über ein digitales Endgerät verfügen. So können sie problemlos mobil oder im Home-Office arbeiten. Um künftig noch einfacher und direkter für die Bürgerinnen und Bürger erreichbar zu sein, soll für alle Behörden – sowohl intern als auch nach außen – die Kommunikation per Messenger ermöglicht werden. Über sie sollen Informationen angeboten werden. Zugleich soll damit direkte Service-Kommunikation bei Bürgeranfragen stattfinden.

Bürgernahe und effiziente Verwaltung durch Digitalisierung

Wir fordern eine umfassende E-Government-Strategie in Bayern. Die Digitalisierung unserer Behörden muss für die Regierung eine hohe Priorität einnehmen. Die aktuellen Ziele der Staatsregierung sind dafür nicht ausreichend. Für uns als FDP Bayern ist Digitalisierung kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Wir möchten eine einfache, unbürokratische und schnelle Verwaltung des Freistaats. Für all das kann und muss Digitalisierung einen wichtigen Beitrag leisten. Die Modernisierung der Register und der Onlinezugang zu Behördenvorgängen sind hierfür wichtige Eckpfeiler.

Verfahrensbeschleunigung durch Legalplanung

Wir fordern eine stärkere Nutzung des Instruments der Legalplanung. Neben dem bisherigen Einsatz in Fällen von Planfeststellungsverfahren soll es auch in Bayern für Projekte von überragendem Gemeinwohlinteresse im Einzelfall öfter zum Einsatz kommen. Dafür muss aber auch der Rechtsweg zum

Bundesverwaltungsgericht geschaffen werden, der diese Entscheidungen überprüft. Legalplanung bezeichnet die Genehmigung eines konkreten Vorhabens unmittelbar durch Gesetz, statt wie im Regelfall durch einen Verwaltungsakt. Verfahren können so beschleunigt werden. Dies halten wir in Ausnahmefällen für zulässig, wenn es ein überragendes Gemeinwohlinteresse gibt. Die Legalplanung kann auch vorläufige Baugenehmigungen mit staatlicher Haftungsübernahme vorsehen. Legalplanung darf aber nicht zum Dauerzustand werden und nicht dazu führen, dass die dringend nötige Beschleunigung regulärer Verfahren vernachlässigt wird. Auch bei der Legalplanung sollte zudem der Rechtsweg zum Bundesverwaltungsgericht offenstehen. Dort fordern wir die Einrichtung eines neuen Senats, der sich ausschließlich mit Planungsentscheidungen beschäftigt.

Öffnungszeiten von Behörden anpassen

Wir fordern flexiblere Öffnungszeiten bei allen bayerischen Behörden mit Bürgerkontakt –zumindest so lange, bis alle Verwaltungsanträge auch digital erledigt werden können. Aus unserer Sicht sollen mindestens zwei Tage mit früheren und längeren Öffnungszeiten angeboten werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen ihre Behördengänge erledigen können, ohne freinehmen zu müssen. Wir setzen uns für eine bürgernahe Verwaltung ein. Dazu gehört es auch, dass eine Verwaltung für verschiedene Lebensgestaltungen Angebote machen kann. Das Mindeste ist aber, dass berufstätige Menschen einen Verwaltungsgang vornehmen können, ohne einen Urlaubstag dafür opfern zu müssen.

Bürgerrechte und Datenschutz im Internet gewährleisten

Wir fordern mehr Transparenz der Behörden und besseren Datenschutz für die Bürgerschaft. Mit einem bayerischen Informationsfreiheitsgesetz wollen wir für Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch auf Einsicht in staatliche Prozesse schaffen. Vorbild dafür ist das seit 2006 bestehende Bundesinformationsfreiheitsgesetz. Ein entsprechendes Gegenstück auf Landesebene fehlt bislang. Das Auskunftsrecht im Bayerischen Datenschutzgesetz führt aktuell nicht zur Informationsfreiheit und der notwendigen Transparenz, da es ein „berechtigtes Interesse“ voraussetzt. Ein moderner, demokratischer Rechtsstaat muss nach unserer Überzeugung gläserner sein als seine Bürger. Er muss sein Handeln offenlegen können. Daher braucht Bayern – wie der Bund und viele andere Bundesländer auch – ein eigenes Informationsfreiheitsgesetz. Aufgeschlossenheit und Optimismus mit Blick auf neue digitale Möglichkeiten und Geschäftsmodelle müssen mit einem umfassenden Datenschutz und dem Schutz der Bürgerrechte im Internet einhergehen. Eine „Überwachungs-Gesamtschau“ oder „Überwachungs-Gesamtrechnung“ ist aufgrund der Zunahme der Überwachungsmöglichkeiten dringender denn je. Wir stehen ohne Wenn und Aber für die informationelle Selbstbestimmung.

Jugendmedienschutz und Schutz vor Cyberkriminalität verbessern

Wir wollen Kinder und Jugendliche vor Cyberkriminalität schützen. Dazu wollen wir die Spezialeinheit gegen Kinderpornografie (ZKI) stärken und die Aufklärung an Schulen vor allem durch Medien-Scouts verbessern.

Ehrenamt stärken, Nachwuchsgewinnung unterstützen

Wir als FDP Bayern wollen das Ehrenamt im Freistaat unterstützen und ihm Rückendeckung geben. Der Freistaat kann zum Beispiel im Rahmen der Versicherung unterstützend eingreifen und damit den vielen ehrenamtlich Tätigen die notwendige Sicherheit geben. Zudem wollen wir unter anderem eine Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche in der öffentlichen Daseinsvorsorge auszahlen. Ihr Engagement wollen wir durch Rentenversicherungspunkte anerkennen. Uns bayerischen Liberalen geht es auch um das Ehrenamt im Freizeitbereich: Freizeitaktivitäten sind ein essenzieller Teil des Lebens in einer Gemeinde. Vereine fördern das Sozialleben und die Verbindung zum Wohnort. Im Rahmen der freiwilligen Aufgaben können Kommunen dabei die Infrastruktur zur Vereinsarbeit bereitstellen – sie sollen jedoch nicht aktiv in die Vereinsarbeit eingreifen. Daher wollen wir Kommunen, wo nötig, dabei helfen, reduzierte Nutzungsgebühren von Sportanlagen und Hallen für ehrenamtliche Arbeit oder Jugendarbeit anzubieten. Damit wir uns auch in Zukunft auf den erforderlichen Katastrophenschutz

verlassen können, ist es zudem wichtig, die Nachwuchsgewinnung bei den Hilfsorganisationen zu unterstützen. Dazu gehört aus unserer Sicht auch eine Stärkung der Anerkennung, die Hilfskräfte für ihre Arbeit erfahren. Bei der Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt müssen dringend Erleichterungen geschaffen werden, damit sich der Frauenanteil bei den Hilfsorganisationen erhöht. Auf Menschen mit Migrationshintergrund sollte gezielt zugegangen werden. Aufgrund negativer Erfahrungen können bei diesen Ängste oder sonstige Ressentiments bestehen, die sie davon abhalten, sich bei den Hilfsorganisationen einzubringen: In vielen Ländern sind Feuerwehren und andere Hilfsorganisationen durch die Regierung oder die Armee organisiert. Weil die Menschen vor eben diesen Institutionen geflohen sind, haben sie diesen gegenüber oft eine ablehnende Haltung. Hier gilt es Aufklärungsarbeit zu leisten und Chancen zu nutzen. Ein Verein bringt zudem jede Menge organisatorische und administrative Arbeit mit sich. In vielen Vereinen wird diese immer noch mit viel ehrenamtlichem Engagement und Serienbriefen erledigt – obwohl für Mitgliederverwaltung, Beitrags- und Spendenabrechnung oder die Mitgliederkommunikation eigentlich digitale Lösungen zur Verfügung stehen. Wenn wir das Ehrenamt stärken wollen, müssen wir Vereine bei der Suche nach neuen unbürokratischen Lösungen unterstützen. Wir wollen Hindernisse abbauen, die sich aus allzu bürokratischen gesetzlichen Regelungen oder einem unvertretbar strengen Verwaltungsvollzug ergeben. Wir werden den Vereinen und Ehrenamtlichen helfen, die Chancen der Digitalisierung für eine unbürokratische und einfachere Vereinsführung zu nutzen.

Parlamentarische Repräsentation zukünftiger Generationen verbessern

Wir als FDP Bayern wollen zukünftigen Generationen eine stärkere Stimme im Parlament geben. Wir fordern daher die Einführung einer Ombudsperson für künftige Generationen auf Landesebene. Sie soll bewerten, ob ein Gesetz künftigen Generationen hilft, und mögliche Probleme öffentlich machen. Zudem soll sie als Ideengeberin für weitere Gesetzesinitiativen fungieren. Denn Gesetze, die wir heute beschließen, betreffen die kommenden Generationen am meisten. Diese sind aber heute noch nicht durch Wahlen in den Parlamenten vertreten. Daher ist es aus Sicht der FDP Bayern wichtig, den künftigen Generationen durch Ombudspersonen Gehör zu verschaffen. Die Ombudspersonen brauchen für ihre Arbeit auch umfassende Informationsrechte, um die Folgen für künftige Generationen wirklich sachgerecht abschätzen zu können. Wir unterstützen darüber hinaus die Schaffung von Jugendparlamenten in allen bayerischen Landkreisen. Wir wollen auch auf Landesebene eine gewählte Repräsentation für Kinder einrichten.

Altersgrenzen in öffentlichen Ämtern abschaffen

Wir verlangen die Abschaffung der willkürlichen Altersbegrenzung von 67 Jahren für erste Bürgermeister und Landräte in Bayern – ebenso wie das Mindestalter von 40 Jahren für Ministerpräsidenten. Auch die Altersbegrenzung für ein Schöffenamts halten wir für nicht mehr zeitgemäß. Für uns ist nicht das Alter einer Person entscheidend, sondern ihre Leistungsfähigkeit und Gesundheit. So können wir uns durchaus jüngere Ministerpräsidenten und ältere Bürgermeister vorstellen, die gut für ihre Kommune oder den Freistaat arbeiten. Daher gehören die willkürlichen Altersbegrenzungen abgeschafft. Gleichzeitig wollen wir die politische Bildung und Demokratieerziehung stärken.

Aktives Wahlrecht ab 16 für Kommunal-, Bezirks- und Landtagswahlen

Wir streben in Bayern das aktive Wahlrecht für Kommunal-, Bezirkstags- und Landtagswahlen bereits ab 16 Jahren an. In einer immer älter werdenden Gesellschaft ist es umso wichtiger, auch die politischen Interessen junger Menschen zu berücksichtigen. Nur so lässt sich eine angemessene und ausgewogene Repräsentation gewährleisten. In Zukunft wird es auch keinem 16- und 17-Jährigen mehr zu erklären sein, warum er bei Europawahlen mitwählen darf – bei der Gemeinderatswahl vor Ort aber nicht.

Volksbegehren digitaler machen

Aus unserer Sicht müssen Volksentscheide digitaler werden. Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger – hierfür sind Volksbegehren und Volksentscheide eine großartige Möglichkeit. Leider sind auch heute noch alle damit verbundenen Prozesse und bürokratischen Hürden vollständig

analog. Aus unserer Sicht muss sowohl die Sammlung der notwendigen 25.000 Unterschriften für die Initiierung eines Volksbegehrens als auch die Eintragung in die Listen für einen Volksentscheid digital erfolgen können. Um die Sicherheit und Integrität des Prozesses zu gewährleisten und Manipulation zu verhindern, wollen wir hierzu die bereits etablierten Systeme in Verbindung mit dem elektronischen Personalausweis nutzen.

XXL-Landtag verhindern

Unser Ziel ist ein schlankes und effizientes Parlament. Wir wollen die Zahl der Stimmkreise in Bayern von 91 auf 81 reduzieren und so ein weiteres Anwachsen des Landtags verhindern. Bereits heute hat unser Landesparlament aufgrund von Ausgleichs- und Überhangmandaten 25 Sitze mehr, als es in der Verfassung vorgesehen ist. Diese Zahl könnte nach der Landtagswahl noch weiter steigen. Mehr Abgeordnete machen den Politikbetrieb aber nicht besser, sondern nur teurer.

Kampfhundeverordnung überarbeiten

Wir als FDP Bayern fordern die Überarbeitung der veralteten und wissenschaftlich widerlegten Kampfhundeverordnung. Das Verhalten von Hunden ist nahezu unabhängig von Rasse und Genetik. Die Kampfhundeverordnung stellt aber eine unwiderlegliche Vermutung der Aggressivität für bestimmte Rassen auf. Wir orientieren uns an Wissenschaft und Freiheit und möchten diese Verordnung daher überarbeiten- nach dem Grundsatz: „Halte den Hund, den du willst.“

Ladenöffnungszeiten flexibilisieren

Wir fordern ein eigenes bayerisches Ladenschlussgesetz, das Händlern wie Kundschaft größtmögliche Freiräume bietet. Wir wollen neue Wege gehen und die Ladenöffnungszeiten an sieben Tagen in der Woche in die Entscheidungsfreiheit des Einzelhandels geben. Die Regelungen zu verkaufsoffenen Sonntagen wollen wir ebenfalls anpassen. Ziel ist es, die Möglichkeiten für den Verkauf von Reisebedarf zu erweitern. Verkaufsstellen ohne Personal sollen generell vom sonntäglichen Ladenschluss ausgenommen sein. Darüber hinausgehende Öffnungen an Sonntagen sollen die Kommunen eigenständig bestimmen dürfen. Bayern hat mit die strengsten Ladenschlusszeiten in Europa. Im Zeitalter der Digitalisierung, des Online-Handels und des Wunsches nach mehr Flexibilität im eigenen Leben sind die geltenden Regelungen aus unserer Sicht nicht mehr zeitgemäß: Sie schaffen Wettbewerbsnachteile für den stationären Handel, sie schränken Händler in ihrer Wettbewerbsfähigkeit und Kundinnen und Kunden in ihrer Zeitplanung ein. Weil die gesetzlichen Regelungen zur Höchstarbeitszeit nicht ausgeweitet werden, muss bei einem modernen Ladenschlussgesetz keine Arbeitnehmerin und kein Arbeitnehmer längere Arbeitszeiten befürchten. Stattdessen erhalten Beschäftigte neue Verdienstmöglichkeiten durch Nacht- und Feiertagszuschläge.

WLAN in Obdachlosenhilfe, Frauenhäusern und Clearing-Häusern

Wir setzen uns für kostenloses WLAN in allen Häusern ein, in denen Menschen Schutz suchen. Der Zugang zum Internet ist heute ein wichtiger Bestandteil der Selbstbestimmung. Leicht zugängliche Internetzugänge ermöglichen es Menschen in Not, in Ruhe und ohne Hürden zu recherchieren, Bewerbungen und Anträge zu schreiben und mit Freunden und Familie in Kontakt zu bleiben. Öffentliche Hotspots ermöglichen zwar einen vorübergehenden Internetzugang, sind für eine vertiefte oder ungestörte Internetnutzung allerdings häufig ungeeignet. Daher setzen wir uns für die WLAN-Versorgung in Einrichtungen der Obdachlosenhilfe, Frauenhäusern und Clearing-Häusern für Obdachlose ein, die Menschen ohne Wohnsitz bei der Rückkehr in ein geregeltes Leben unterstützen.

Schnelle Hilfe bei Wohnungs- und Obdachlosigkeit

Wir fordern eine schnelle Wohnungsvermittlung für Menschen ohne Obdach nach dem Prinzip „Housing First“, das Obdachlosen als erste Maßnahme den Einzug in eine Wohnung ermöglicht. Hierzu sollen entsprechende Projekte gestartet werden. Darüber hinaus fordern wir eine niedrighschwellige, kostenlose

medizinische Versorgung für Betroffene. Obdachlosigkeit ist oft mit vielen weiteren Problemen wie etwa Sucht oder Schulden verbunden. Mit einer festen Bleibe kann die Bewältigung aller weiteren Probleme deutlich besser angegangen werden, denn dann ist eine Sorge weniger vorhanden. Obdachlose Menschen haben zudem oft keine Krankenversicherung, die eine Gesundheitsversorgung ermöglichen würde. Niedrigschwellige und kostenlose Gesundheitsversorgung würde die bestehenden Lücken schließen und allen einen Zugang zu Gesundheitsleistungen eröffnen.

Asylverfahren beschleunigen

Wir als FDP Bayern wollen schnellere Asylverfahren. Langwierige Verfahren müssen ein Ende haben – sie sind eine Belastung für alle Beteiligten und auch für die Verwaltung. Zudem müssen in Bayern endlich wieder vom Staat unabhängige Verfahrens- und Rechtsberatungen vor Ort möglich sein. Klar ist auch: Jene, die kein Bleiberecht haben, müssen Deutschland wieder verlassen. Denn Asylverfahren richten sich an Schutzbedürftige. Für alle anderen gilt das deutsche Einwanderungsrecht. Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die sich legal in Deutschland aufhalten, sollen schnellstmöglich die Aufnahmeeinrichtungen verlassen dürfen und sich in den Alltag integrieren, um selbstbestimmt für sich sorgen zu können. Das zum 1. Januar 2023 in Kraft getretene Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren der Bundesregierung ermöglicht erste Schritte in diese Richtung. Bayern muss dieses Vorhaben begleiten und umsetzen. Davon profitieren besonders die Schutzsuchenden selbst, da sie schneller Gewissheit über die Frage erhalten, ob ihnen ein Bleiberecht zusteht oder nicht.

Abschiebungen nur auf Grundlage von Recht und Gesetz

Wir fordern, dass alle Abschiebungen nach Recht und Gesetz erfolgen. Asylbewerber dürfen nicht unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in die Behörden bestellt werden, um dann in Abschiebehaft genommen werden. Dies entspricht nicht dem Bild eines Rechtsstaats. Die Rückführung von Menschen ohne Bleiberecht soll aber konsequenter als bisher durchgesetzt werden. Das gilt insbesondere für Personen, die sich nicht an Recht und Gesetz halten. Mit der Ernennung des Sonderbevollmächtigten für Migration auf Bundesebene wird die Rückkehr abgelehnter Asylsuchender vorangetrieben. Besondere Integrationsleistungen von Asylsuchenden und Geduldeten sollen gewürdigt und diesen ein Bleiberecht ermöglicht werden. Die Praxis, in der hart arbeitende, gut integrierte Geflüchtete abgeschoben werden, muss in Bayern ein Ende haben.

Queere Vertretung in Rundfunk- und Medienrat einführen

Die wollen der LGBTIQ*-Community eine Stimme und Vertretung in Rundfunkrat und Medienrat geben. Die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien unserer Rundfunkanstalten muss die gesellschaftliche Realität besser abbilden. Mehr Sichtbarkeit der LGBTIQ*-Community bedeutet mehr Anerkennung und Teilhabe.

Diversität in den Lehrplänen berücksichtigen

Wir unterstützen die sexuelle Vielfalt in den bayerischen Lehrplänen. Die Vermittlung von Informationen über die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten muss ein selbstverständlicher Bestandteil der Lehrinhalte werden. Moderne Schulpolitik muss junge Menschen in einer vorurteilsfreien Entwicklung ihrer Persönlichkeit unterstützen. Lehrkräfte brauchen in der Aus- und Fortbildung entsprechende Angebote.

LGBTIQ*-Geflüchtete besser schützen

Wir wollen den Schutz für LGBTIQ*-Geflüchtete verbessern. Aufgrund von Verfolgung fliehen viele LGBTIQ*-Personen nach Deutschland. Diese Menschen dürfen bei uns nicht denselben Vorurteilen und Diskriminierungen ausgesetzt werden, als in den Herkunftsländern. Wir setzen uns dafür ein, dass LGBTIQ*- Geflüchtete als besonders vulnerable Gruppe zusätzlichen Schutz in Flüchtlingsunterkünften erhalten oder ihnen die Möglichkeit zur Unterbringung in gesonderten Unterkünften angeboten wird.

Beratungs- und Integrationsangebote müssen ausgebaut werden. Besonderes Augenmerk gilt trans* Personen, deren Personenstand noch nicht angepasst ist.

Bayerischer Aktionsplan für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt

Wir fordern einen Aktionsplan gegen Homo-, Bi- und Transphobie in Bayern. Bayern ist das einzige Bundesland, das keinen Aktionsplan für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt hat. Wir unterstützen die Schaffung von Aufklärungs- und Toleranzprojekten in Schulen und der Jugendarbeit, Projekten für homo-, bi- und transsexuelle Senioren, Regenbogenfamilien und gegen queerfeindliche Diskriminierung und Gewalt.

LGBTIQ*-Beratungsangebote ausbauen und weiterentwickeln

Wir wollen die Finanzierung queerer Infrastruktur verstetigen. Dabei muss auch die beratende Infrastruktur für LGBTIQ*-Personen gesichert und ausgebaut werden – das gilt für niedrigschwellige Angebote vor Ort ebenso wie für passende digitale Projekte. Das Gefälle in der Beratungsinfrastruktur zwischen Stadt und Land wollen wir abbauen.

Kinderwunschbehandlungen und Adoptionen bei allen Familienmodellen

Wir fordern einen offenen Umgang mit der Reproduktionsmedizin. Allen Menschen muss der Zugang zu reproduktionsmedizinischen Angeboten gegeben werden, unabhängig vom Familienstand. Das Kindeswohl hängt von der Liebe der Eltern ab, nicht von der Art der Zeugung.

Erweiterten Familienbegriff in die Verfassung aufnehmen

Wir fordern die Aufnahme von Diskriminierungsschutz und einem erweiterten Familienbegriff in die Bayerische Verfassung. Um den Schutz der sexuellen Identität verfassungsrechtlich zu sichern, setzen wir uns dafür ein, Artikel 3 Absatz 3 im Grundgesetz um das Merkmal der sexuellen Identität zu ergänzen. Zudem sollen der Diskriminierungsschutz und ein zeitgemäßer Familienbegriff Einzug in die Bayerische Verfassung halten.

Diskriminierung beim Umgang mit öffentlichen Stellen verhindern

Wir setzen uns für die Sensibilisierung aller staatlichen Akteure für die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ein. Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben ohne Diskriminierung. Öffentliche Stellen müssen beim Schutz vor Diskriminierung Vorbild sein. Vor allem in Situationen, die den intimsten Lebensbereich betreffen (Arztbesuch, Pflegefall) muss ein diskriminierungsfreier Umgang gesichert werden.

Queerfeindliche Hasskriminalität sichtbar machen und bekämpfen

Wir fordern eine Reform der polizeilichen Erfassungssysteme, damit queerfeindliche Hasskriminalität in ihren realen Ausmaßen sichtbar und in Polizeiberichten öffentlich gemacht wird. Die polizeilichen Erfassungssysteme und Statistiken wollen wir daher um die Fälle von LGBTIQ*-bedingter Hassgewalt zu ergänzen. Aktuell wird nur ein Bruchteil LGBTIQ*-feindlicher Hasskriminalität angemessen registriert und klassifiziert. Außerdem sollen innerhalb von Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften Ansprechpersonen bestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Bayern endlich einen Aktionsplan gegen Queerfeindlichkeit erhält. Durch gezielte Maßnahmen vor allem in der Bildung sollen Respekt und Akzeptanz in der breiten Gesellschaft gestärkt werden. Dabei sollen entsprechende Initiativen und Verbände aus der Bürgerschaft aktiv miteinbezogen werden. Homo-, Bi- und Transphobie sind genauso wenig akzeptabel wie Rassismus. Sie sind der Boden, auf dem Gewalt und Diskriminierung gedeihen. Es ist an der Zeit, dass Bayern als letztes Bundesland einen eigenen Aktionsplan aufstellt, um gegen Ausgrenzung klar Stellung zu beziehen und mehr Akzeptanz in der Breite der Gesellschaft voranzutreiben.

Vertrauen in Lehrer und Polizei durch Fortbildung stärken

Wir fordern die Sensibilisierung staatlicher Entscheidungsträger für die besondere Schutzbedürftigkeit von LGBTIQ*. Das betrifft insbesondere Lehrkräfte, aber auch die Polizei und Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung. Gerade in der Schule oder bei der Verfolgung von Gewalttaten gegen LGBTIQ* fehlt oft das notwendige Wissen zum sensiblen Umgang mit den Betroffenen. Spezielle Schulungen schaffen dieses Wissen und fördern zugleich das Vertrauen, etwa von jugendlichen trans* Personen in ihre Lehrkräfte.

LGBTIQ* am Arbeitsplatz integrieren

Wir fordern eine stärkere Integration von queeren Menschen, insbesondere trans- und intergeschlechtlichen Personen, am Arbeitsplatz durch gezielte Maßnahmen wie Sensibilisierungskurse für Führungskräfte und Belegschaft. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen ein, um Diskriminierung und Benachteiligungen zu verhindern. Dies trägt zu einem respektvollen Miteinander und einem besseren Arbeitsklima bei und fördert die psychische und physische Gesundheit. Durch die Unterstützung von Vielfalt und Inklusion wird Bayern als attraktiver und moderner Wirtschaftsstandort gestärkt. So ermöglichen wir eine Gesellschaft, in der jeder Mensch, unabhängig von der sexuellen oder Geschlechtsidentität, seine Potenziale entfalten kann.

Prostituierte brauchen Schutz statt Gängelung

Wir kämpfen für eine Entstigmatisierung der Sexarbeit. Daher fordern wir Beratungsstellen für Prostituierte in allen Regierungsbezirken. Diese Stellen sollen sowohl Einstiegsberatung als auch berufliche Neuorientierung anbieten. Die Prävention vor sexueller Ausbeutung sowie Opferschutz muss ausgebaut werden.

Diversität in den Lehrplänen erhöhen

Aus Sicht der FDP muss Diversität auch in die Lehrpläne der Schulen Einzug halten. Sie müssen Ehen zwischen zwei Männern oder zwei Frauen als gleichwertig mit der Ehe zwischen Mann und Frau darstellen. Auch verschiedene Formen von nichtehelichen Partnerschaften und Familien sollen vorurteilsfrei im Unterricht behandelt werden, genauso selbstverständlich wie Trans*-Themen im Aufklärungsunterricht. Moderne Schulpolitik sollte junge Menschen in einer vorurteilsfreien Entwicklung ihrer Persönlichkeit unterstützen. Die Vielfalt der Gesellschaft muss sich daher auch in den Lehrplänen widerspiegeln.

Mehr Demokratie in den Bezirken schaffen

Wir fordern die Direktwahl des Bezirkstagspräsidenten, um demokratische Strukturen auch in den Bezirken zu verbessern. Wie auf allen anderen kommunalen Ebenen muss aus unserer Sicht auch der Verwaltungschef direkt vom Volk gewählt sein. Zudem wollen wir das Amt des Bezirkstagspräsidenten in eine hauptamtliche Tätigkeit überführen. Die Vielschichtigkeit der Aufgaben, die durch die Bezirke erledigt werden, rechtfertigen diesen Schritt. Durch die Hauptamtlichkeit kann zudem sichergestellt werden, dass die erforderliche Konzentration für die Erfüllung der Aufgaben nicht durch weitere kommunale Ämter verwischt wird. Eine Doppelfunktion darf daher nicht erlaubt sein.

Kommunales politisches Engagement flexibler machen

Um das Engagement von kommunalen Mandatsträgern zu flexibilisieren, möchten wir flächendeckend hybride Sitzungen durch eine Verankerung in der Bezirksordnung ermöglichen und zudem mehr Transparenz durch Livestreams schaffen.

Aktive Mitgestaltungsmöglichkeiten für junge Menschen schaffen

Wir als FDP Bayern wollen Landkreise, kreisfreie Städte und Kommunen mit mindestens 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern dazu verpflichten, ein Beteiligungsgremium für Jugendliche zu

etablieren. Um jungen Menschen demokratische Entscheidungsprozesse näherzubringen und ihnen aktive Teilhabe zu ermöglichen, braucht es auf regionaler Ebene niederschwellige Beteiligungsgremien.

Alle Kinder können schwimmen!

Aus unserer Sicht muss jedes Kind zum Ende seiner Grundschulzeit sicher schwimmen können. Deshalb wollen wir die dazu nötige Infrastruktur stärken. Wir setzen uns gegen weitere Bäderschließungen und Umbauten zu reinen Erlebnisbädern ein, damit flächendeckend Schwimmsportunterricht stattfinden kann. Durch den anhaltenden Lehrkräftemangel im Freistaat fehlen auch zahlreiche Sportlehrerinnen und Sportlehrer. In der Folge fällt über alle Schularten hinweg häufig das einzige Bewegungsfach im Stundenplan aus. Dieser Trend wird sich durch einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung vermutlich noch verstärken. Kinder und Jugendliche wurden durch die Beschränkungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ohnehin schon stark belastet. Schwimmunterricht ist flächendeckend ausgefallen und hat die mangelnde Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen noch verstärkt. Sicheres Schwimmen ist aber unerlässlich, wenn es um die Teilhabe an Bewegungs-, Spiel-, und Sportkultur geht. Im Notfall rettet sicheres Schwimmen Leben.

Fankultur unterstützen

Wir wollen die Fankultur in Bayern unterstützen. Eine pauschale Diskriminierung und Überwachung von Sportfans durch dauerhaft personalisierte Tickets lehnen wir grundsätzlich ab. Gleiches gilt für automatisierte Gesichtserkennung oder einen Verkehrsmittelzwang. Stattdessen setzen wir auf die Unterstützung von Dialog, Integration und Fanprojekten. Der Sport lebt von einer lebendigen Fankultur im Fußballsport und anderen Sportarten. Fans dürfen nicht pauschal diskriminiert werden. Bei Gewalttäterinnen und Gewalttätern müssen Vergehen allerdings mit klaren Sanktionen geahndet werden: Es muss deutlich sein, dass Gewalt, Rassismus und Hass im Sport nichts zu suchen haben. Wir wenden uns aber gegen Versuche, Vereine für Schäden finanziell haftbar machen, wenn deren Fans über die Stränge schlagen, wie das in einigen Bundesländern gehandhabt wird oder angedacht ist.

Spitzensportförderung ausbauen

Neben dem Amateur- und Freizeitsport hat für uns auch die Förderung des Leistungssports eine wichtige Bedeutung. Insbesondere bei Sportarten ohne großes kommerzielles Potenzial muss der Freistaat Bayern die Förderung des Nachwuchses und der aktiven Sportlerinnen und Sportler weiter gewährleisten und gegebenenfalls noch ausbauen. In Bereichen wie zum Beispiel den Wintersportarten ist erfolgreicher Leistungssport ohne staatliche Förderung nicht nachhaltig möglich. Insbesondere für den Unterhalt der Sportstätten und die Nachwuchsförderung wollen wir eine angemessene und nachhaltige Finanzierung schaffen.

Sport inklusiv gestalten

Neben der Förderung des Leistungs- und Breitensports setzen wir uns auch für eine angemessene Förderung des Behindertensports ein. Wir wollen dessen wachsender Bedeutung Rechnung tragen und dieser Entwicklung mit besserer Unterstützung gerecht werden. Um Talente angemessen zu fördern, sollen Trainingszentren für Sportlerinnen und Sportler mit Behinderungen ausgebaut werden. Die Förderung des Behindertensports beginnt aber bereits in der Schule: Schülerinnen und Schüler mit geistigen oder körperlichen Behinderungen müssen im Unterricht eingebunden und individuell gefördert werden.

Sportanlagen fördern

Wir fordern deutlich höhere Investitionen in die Sanierung von Sportstätten – insbesondere von öffentlichen Schwimmbädern. Moderne Sportstätten müssen etwa mit der Schaffung barrierefreier Zugänge, gesenktem Energieverbrauch und attraktiven Bewegungsangeboten verstärkt gefördert werden. Sport ist ein zentraler Faktor bei der Persönlichkeitsentwicklung und hat zugleich eine hohe Relevanz für

die Gesundheit jedes Einzelnen. Die aktuellen Bemühungen vieler Kommunen zur Energieeinsparung führen häufig zur Schließung von Schul- und anderen Schwimmbädern, die noch dazu oft schon mehrere Jahrzehnte alt sind. Gleichzeitig werden Sporthallen zur Flüchtlingsunterbringung genutzt und stehen damit dem Breiten- und Leistungssport nicht mehr zur Verfügung.

Kampagne für mehr Zivilcourage entwickeln

Wir fordern für eine umfassende Kampagne für mehr Empathie, Rücksicht und Zivilcourage in allen gesellschaftlichen Bereichen. Rücksichtslosigkeit, Beleidigungen, Bedrohungen, Gewalttätigkeit, sexualisierte Gewalt, rassistische Übergriffe sowie Mobbing nehmen sowohl im realen Leben als auch in den sozialen Medien besorgniserregend zu. Manchmal scheint es, als seien grundsätzliche Spielregeln des Zusammenlebens verschwunden. Das macht den Umgang miteinander schwer und hat auch Auswirkungen auf das individuelle Wohlbefinden. Aus diesem Grund werben wir für eine umfassende Kampagne für mehr Empathie, Rücksicht und Zivilcourage in allen Gesellschaftsbereichen. Diese soll schon den Kleinsten aus unserer Mitte die grundsätzlichen gesellschaftlichen Spielregeln aufzeigen. Sie soll sie dazu befähigen, zu empathischen, rücksichtsvollen Bürgerinnen und Bürgern heranzuwachsen – die nicht nur sich selbst im Blick haben, sondern auch wahrnehmen, was mit ihren Mitmenschen geschieht. Aber auch jungen und älteren Erwachsenen soll die Bedeutung einer Gesellschaft, die zusammenhält, statt sich zu bekämpfen, wieder mehr vor Augen geführt werden. Jedem Einzelnen in unserer Gesellschaft muss klar sein, dass Hass und Gewalt aufs Äußerste abgelehnt und auch konsequent geahndet werden.

Kinderschutz muss oberste Priorität haben

Wir fordern eine Expertenkommission Kinderschutz, die den Landtag und die Staatsregierung regelmäßig über ihre Arbeit informiert. Außerdem setzen wir uns für eine Ausweitung der Programme „Trau Dich“ (ein Informationsportal zum Thema sexueller Missbrauch für Kinder und Jugendliche) und „Kein Täter werden“ (Hilfsangebot für Menschen, die sich sexuell zu Kindern hingezogen fühlen) ein. Die „Nummer gegen Kummer“, eine Telefonberatung für Kinder, Jugendliche und Eltern, soll täglich 24 Stunden erreichbar sein.

Warnung der Bevölkerung bei Katastrophen verbessern

Aus unserer Sicht muss der Staat seine Verantwortung angesichts vergangener Katastrophenereignisse ernst nehmen: Wir setzen uns für eine rechtzeitige, leicht verfügbare Warnung aller Betroffenen von Großschadenslagen ein – auch nachts (Weckfunktion). Neben bestehenden Warn-Apps und dem neuen Cell-Broadcasting wollen wir daher auch die Reaktivierung von Sirennetzen vorantreiben.

Notfall- und Katastrophenschutz stärken

Aus unserer Sicht muss der Notfall- und Katastrophenschutz in Bayern dringend gestärkt werden. In Bayern brauchen wir Strukturen, die eine permanente Fortbildung und vor allem ein regelmäßiges Üben aller relevanten Akteure ermöglicht – insbesondere auf Landkreisebene. Auf Ebene der Bezirke und des Landes müssen Strukturen gestärkt beziehungsweise geschaffen werden, die ein qualifiziertes Handeln in entsprechenden überregionalen Lagen ermöglichen machen. So muss beispielsweise auch bei landkreisüberschreitenden Hochwasserlagen zwingend eine professionelle bezirks- beziehungsweise landesweite Einsatzkoordinierung gewährleistet sein. Dazu sollten entsprechende Einsatzstäbe vorgehalten werden, die auch regelmäßig Übungen abhalten.

Innere Sicherheit, Gefahrenabwehr und Katastrophenschutz optimieren

Als FDP Bayern stehen wir hinter der Arbeit aller Organisationen, die sich in der Gefahrenabwehr engagieren. Egal ob haupt- oder ehrenamtlich: Die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der „Blaulichtorganisationen“ leisten hervorragende Arbeit. Sie sorgen dafür, dass die Menschen in Bayern sicher leben können und im Schadensfall so schnell wie möglich Hilfe und Unterstützung bekommen. Bayern ist in jeder Hinsicht ein sicheres Bundesland. Unsere Blaulichtorganisationen und unsere

Sicherheitsbehörden arbeiten professionell und erfolgreich. Trotzdem hinterlassen Unfälle, Straftaten, große Schadensereignisse und Katastrophen immer wieder Opfer, Leid und Schmerz. Es ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, Straftaten und Schadensereignisse zu verhindern oder zumindest deren Ausmaß und deren Folgen zu minimieren. Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen, um Gefahrenabwehr in Bayern optimal zu organisieren, geeignete Strukturen zu schaffen und die verantwortlichen Behörden und Organisation so gut wie möglich auszustatten.

Sicherheit und Freiheit in Balance bringen

Wir wollen, dass Bayern auch in Zukunft ein sicheres Land ist. Die Bayerische Polizei leistet eine wichtige und gute Arbeit. Dieses Bild wollen wir auch in Zukunft gestärkt wissen. Es ist uns ein Anliegen, dass die polizeilichen Befugnisse eine wirksame Arbeit ermöglichen und Rechtssicherheit für die Polizei im Dienst bieten – gleichzeitig aber auch den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügen und Bürgerrechte schützen. Wir als FDP Bayern wollen deshalb eine erneute Reform des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes durchführen. Insgesamt wollen wir die Befugnisse der Polizei auf ihre Notwendigkeit, sinnhafte Ausgestaltung und Angemessenheit überprüfen – dazu gehören auch die Befugnisse bei Personenkontrollen sowie beim Unmittelbaren Zwang. Maßnahmen wie einen verdeckten Einsatz von Drohnen in Wohnungen halten wir für unverhältnismäßig und lehnen sie daher ab. Wir wollen die maximale Dauer des Präventivgewahrsams auf 14 Tage reduzieren. Darüber hinaus sollen die polizeilichen Maßnahmen, die aufgrund einer drohenden Gefahr ergriffen werden, auf solche beschränkt werden, die der Gefahrenforschung dienen. Die Nutzung der molekulargenetischen Analyse zu Gefahrenabwehrzwecken lehnen wir ebenfalls ab. Der Bürokratieaufwand für Polizeibeamtinnen und -beamte muss reduziert und die Verwaltungsarbeit in den Verwaltungsdienst verlagern werden. So erhalten sie mehr Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben. Bürokratie bindet mit Verwaltungs- und Schreibearbeiten wertvolle Arbeitszeit. Wir wollen sicherstellen, dass sich die bayerischen Polizeibeamtinnen und -beamten auf ihre originären Aufgaben konzentrieren können. Deshalb muss Bürokratie überall dort, wo es möglich ist, reduziert werden.

Polizeibeamten in geschlossenen Einheiten anonymisiert kennzeichnen

Wir fordern die Einführung einer Kennzeichnung für bayerische Polizistinnen und Polizisten vor allem beim Einsatz in geschlossenen Einheiten. Mit einer anonymisierten, aber individuellen Kennzeichnung kann im Falle eines möglichen Fehlverhaltens einer Polizistin oder eines Polizisten deren Identität festgestellt werden. Das schafft für alle Seiten mehr Rechtssicherheit: Die Klärung eines Sachverhalts wird dadurch erleichtert. Gleichzeitig können Polizeibeamtinnen und -beamte einfacher von ungerechtfertigten Vorwürfen entlastet werden.

Verlagerung von Kompetenzen auf die Sicherheitswacht verhindern

Aus Sicht der FDP Bayern soll die Ausübung polizeilicher Befugnisse der Polizei vorbehalten sein und bleiben. Das gilt nach unserer Überzeugung für Befragungen und Identitätsfeststellungen von Personen genauso wie für die Übermittlung von personenbezogenen Daten an Polizei und Gemeinden und das Erteilen von Platzverweisen. Eine Verlagerung dieser Kompetenzen auf ehrenamtliche Mitglieder der Sicherheitswacht, wie es das Gesetz über die Sicherheitswacht in Bayern aktuell vorsieht, lehnen wir daher ab. Statt in Sicherheitsangelegenheiten auf Ehrenamtliche zu setzen, wäre es aus unserer Sicht sinnvoller, die Organisationsstrukturen zu verbessern: Polizistinnen und Polizisten muss es wieder möglich sein, sich mehr auf ihre eigentliche Arbeit zu konzentrieren.

Polizeiinspektionen in ganz Bayern funktionsfähig halten

Wir fordern den Erhalt und die Stärkung von funktionsfähigen Polizeiinspektionen – besonders auch in ländlichen Räumen. Aus unserer Sicht sind sie eine Voraussetzung dafür, dass sich die Menschen in Bayern überall und zu jeder Zeit sicher fühlen können.

Polizistinnen und Polizisten unterstützen

Wir als FDP Bayern wollen Polizistinnen und Polizisten im Freistaat besser unterstützen. Ihnen verdanken wir es zuallererst, dass Bayern das sicherste Bundesland ist. Vernünftige, bürgerrechtsorientierte Sicherheitspolitik darf sich nicht in erster Linie auf das ständige Absenken von Eingriffsschwellen im Polizeirecht oder die Ausweitung von Befugnisnormen konzentrieren. Stattdessen müssen wir für eine bedarfsgerechte finanzielle und personelle Ausstattung der Polizei sorgen. Insbesondere der Ausbau der Ausbildungskapazitäten ist wichtig. Allein im Jahr 2021 wurden insgesamt mehr als 2,4 Millionen Überstunden angehäuft – das muss der Vergangenheit angehören. Ziel muss es sein, 1000 neue Stellen für die bayerische Polizei zu schaffen und zu besetzen. Polizistinnen und Polizisten im Schichtdienst sollten in der Regel nur noch 32 Wochenstunden im Dienst sein. Nur so lassen sich auch langfristig Gesundheitsschäden bei den Schichtbeamtinnen und -beamten verhindern.

Rettungsdienste und Polizei besser schützen

Wir als FDP Bayern verurteilen jede Art von Angriffen auf Angehörige von Polizei, Feuerwehren und Rettungsdiensten. Solche Fälle müssen konsequent geahndet werden. Darüber hinaus muss geprüft werden, wie insbesondere die persönliche Schutzausstattung weiter verbessert werden kann.

Personal- und Sachausstattung der Polizei weiter verbessern

Gerade in ländlichen Räumen setzen wir uns für den Erhalt von funktionsfähigen Polizeiinspektionen ein. Die Polizei muss für die Bevölkerung auch in der Fläche sichtbar sein. Alle Dienststellen müssen mit ausreichendem Personal für den Einsatz rund um die Uhr ausgestattet sein. Große Dienststellen sind nicht nur in Bezug auf die Dienstplanung und den Personaleinsatz viel flexibler, sie können auch den Verwaltungsaufwand deutlich reduzieren. Aus unserer Sicht sollten geeignete Dienststellen daher zusammengelegt werden. Für Polizistinnen und Polizisten muss vor allem in den Metropolregionen eine angemessene Bezahlung gewährleistet werden, die das Wohnen und Leben in der Nähe des Dienstortes ermöglicht.

Rechtssicherheit durch den Einsatz von Bodycams verbessern

Wir befürworten den Einsatz von Bodycams. Voraussetzung ist aber, dass dafür ein angemessener Rechtsrahmen gegeben ist, der effiziente Polizeiarbeit und Bürgerrechte in Einklang bringt. Wir fordern die flächendeckende Ausstattung der bayerischen Polizei mit Elektroschockpistolen (Tasern). Der Einsatz soll an die gleichen Voraussetzungen geknüpft werden wie der Schusswaffengebrauch – so geben wir den Polizistinnen und Polizisten ein milderes Mittel an die Hand.

Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes

Zur Stärkung der Bürgerrechte fordern wir ein Informationsfreiheitsgesetz, das allen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber den Behörden des Freistaats einen voraussetzungslosen Anspruch auf Zugang zu Informationen ermöglicht. Zudem soll die Kennzeichnung amtlicher Informationen als Verschlussache regelmäßig von einer unabhängigen Instanz kontrolliert und bestätigt werden. Diese Kennzeichnung muss generell – nicht nur in der Stufe „Nur für den Dienstgebrauch“ (NfD) – spätestens nach 30 Jahren entfallen. Transparenz ist in Zeiten „alternativer Fakten“ wichtiger denn je. Landtagsabgeordnete sollen im Sinne der parlamentarischen Regierungskontrolle grundsätzlich alle, auch geheime Dokumente der Exekutive einsehen dürfen. In besonders sicherheitsrelevanten Fällen kann dies auf die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums beschränkt werden.

Unklarheit über die Arbeitsweise und die Entscheidungen in der öffentlichen Verwaltung schafft Misstrauen und beschädigt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Ein moderner Staat, der die Freiheitsrechte aller Menschen achtet, muss daher vom Prinzip der Geheimhaltung zum Prinzip der Öffentlichkeit übergehen. Die Daten der Verwaltung sind Allgemeingut, deren Offenlegung eine Diskussion zwischen Bürgerschaft und Verwaltung auf Augenhöhe vorantreibt. Während ein gläserner Staat gut ist, ist es der gläserne Bürger nicht. Daher wollen wir den Datenschutz für Individuen erhöhen, indem etwa

auch einfache Melderegisterauskünfte nur noch nach Glaubhaftmachung eines berechtigten Interesses erteilt werden. Die Anforderungen zur Gewährung einer Auskunftssperre wollen wir herabsetzen.

E-Sport ist Realität

Neben der Digitalisierung im Sport fordern wir auch die bessere Anerkennung des E-Sports, also des sportlichen Wettkampfs mit Computerspielen. Die hohe Nachfrage der E-Sportlerinnen und E-Sportler zeigt, dass sich dieser Trend als Bestandteil der Jugendkultur in Bayern etabliert hat. Wir unterstützen damit neue Wege im Sport und fördern die Integration und Vernetzung von analogem und digitalem Sport. Der Freistaat soll die Trainerausbildung (C-Lizenz) im E-Sport durch die Akademie des eSport-Bunds Deutschland (ESBD) fördern, damit möglichst niedrigschwellig neue Kompetenzen erworben werden können. Fundierte Ausbildungen sind besonders wichtig, um die Strukturen hin zu einem organisierten E-Sport mit Zertifizierungssystem auszubauen. Zudem wollen wir Fördermittel für E-Sport-Projekte bereitstellen. Als Beispiel für solch eine Förderung können das Land Schleswig-Holstein und die Stadt Kiel dienen. Das Landeszentrum für E-Sport und Digitalisierung Schleswig-Holstein stellt Räumlichkeiten zur Verfügung und realisiert Projekte wie etwa eine Schulliga.

Subsidiarität und Eigenverantwortung stärken

Wir als FDP Bayern setzen uns für die Prinzipien der Subsidiarität und der Eigenverantwortung ein, weil wir die so erreichten Lösungen für die besten halten. Der Fokus in der Regionalpolitik ist in den vergangenen Jahren viel zu sehr auf die Ausgestaltung zentral geplanter staatlicher Fördertöpfe und staatlich organisierter Regionalinitiativen abgedriftet. Kommunalpolitiker und -politiker haben sich daran gewöhnt, bei Investitionsbedarf die Förderdatenbanken des Bundes und des Freistaates zu durchforsten. Gemeinden mit erfahrenen Antragstellerinnen und Antragstellern sind bei solchen Maßnahmen oft im Vorteil. Aus unserer Sicht wird dabei aber verkannt, dass die Gemeinden viel besser selbst einschätzen können, was sie brauchen, als es staatliche Förderprogramme jemals könnten. Wir wollen daher einen Sinneswandel erreichen: Wir wollen überall in Bayern Gemeinden in die Lage versetzen, sich eigenverantwortlich auf die Aufgaben zu konzentrieren, die die Menschen vor Ort am meisten bewegen. Wir sind uns bewusst, dass so erlangte Freiheiten auch mit Verantwortung verbunden sind. Deshalb sehen wir den Staat in einer Doppelfunktion: Er soll einerseits die Gemeinden befähigen, sich frei und passgenau um die Herausforderungen vor Ort zu kümmern. Andererseits muss er gleichzeitig klare Erwartungshaltungen formulieren, welchen Beitrag die Gemeinden dabei für gesamtpolitische Ziele leisten müssen. Freiheit setzt auch voraus, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen weiter gestärkt wird. Beispielsweise durch die Einführung eines Regionalbudgets könnte sichergestellt werden, dass die zunehmenden Aufgaben von der Kinderbetreuung bis hin zur Ganztagsbeschulung bayernweit hochwertig sichergestellt werden.

Alternative Wohnformen fördern, bayerischen Demenzfonds stärken

Wir fordern den Bayerischen Demenzfonds, der alternative Wohnformen für Betroffene finanziell unterstützt und fördert, in einen Demenz- und Innovationsfonds weiterentwickeln. Geförderte Projekte sollen im Rahmen eines Forschungsauftrags wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden. Speziell die Versorgung von Menschen mit Demenz wird eine der größten Herausforderungen der näheren Zukunft. Aktuell sind für den Bayerischen Demenzfonds circa 800.000 Euro pro Jahr eingestellt – in Anbetracht der rapide steigenden Anzahl von Betroffenen ist das viel zu wenig. Wir fordern deshalb, dass der Bayerische Demenzfonds in einen Bayerischen Demenz- und Innovationsfonds überführt wird. Aktuell werden nur kleinere Projekte aus dem Demenzfonds gefördert. Mit der steigenden Zahl an Demenzerkrankten haben wir aber eine riesige Herausforderung vor uns. Schon jetzt gibt es kaum Pflegeeinrichtungen für diese Menschen. Innovative Wohnformen scheitern am Zuständigkeitsdschungel zwischen Leistungs- und Ordnungsrecht. Innovative Ansätze wie Demenzdörfer werden durch die Bürokratie der Kostenträger verhindert. Bayern braucht einen wuchtigen Förderfonds, der neben Investitions- auch Betriebsmittel für solche Einrichtungen dauerhaft zur Verfügung stellt.

Einer modernen Senioren generation gerecht werden

Wir wollen die Teilhabe von Seniorinnen und Senioren stärken und fordern daher ein Recht auf lebenslange Bildung – gerade auch in Verbindung mit einem flexiblen Renteneintritt. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen frei entscheiden, wie lange sie ihr Potenzial und Können in Wirtschaft und Gesellschaft einbringen möchten.

Altersarmut / wirtschaftliche Absicherung

Aus liberaler Sicht muss der Eintritt in die Rente weiter flexibilisiert werden. Dabei ist den Bedürfnissen der Person, die vor dem Renteneintritt steht, Rechnung zu tragen. Zuverdienstgrenzen dürfen keinen Einschränkungen unterliegen. Bei staatlichen Zuwendungen müssen ältere Menschen und Personen, die im aktiven Berufsleben stehen, gleichbehandelt werden. Menschen, die noch nicht das Rentenalter erreicht haben, müssen frühzeitig Beratungen zur Alterssicherung in Anspruch nehmen können. Für uns bedeutet Generationengerechtigkeit, dass jede Generation aus eigener Kraft ihre Aufgaben bewältigen kann. Die ältere Generation ist in sehr vielen Fällen mit dem Thema Altersarmut konfrontiert. Dieses Problem wird sich verschärfen, wenn sich Energiepreise erhöhen und staatliche Zuschüsse nicht in vollem Maße greifen.

Altersdiskriminierung abbauen

Wir als FDP Bayern fordern ein klares Vorgehen gegen Altersdiskriminierung. Wir wollen alle Gesetze und Rechtsverordnungen im Freistaat Bayern dahingehend prüfen, ob Altersbegrenzungen noch vertretbar und verhältnismäßig sind. Nicht zeitgemäße Altersbegrenzungen wollen wir durch Novellierungen abschaffen oder durch neuere Rahmenbedingungen angleichen. Trotz einiger Fortschritte in den vergangenen Jahren ist Altersdiskriminierung immer noch alltägliche Praxis und in vielen Bereichen nach wie vor Realität. Was Lebenserwartung und Gesundheit angeht, orientieren sich die in den aktuellen Gesetzen und Normen verankerten Altersgrenzen teilweise bis heute an Maßstäben der 60er und 70er Jahre.

Trendwende in der Sucht- und Drogenpolitik einleiten

Wir fordern eine moderne, funktionierende Sucht- und Drogenpolitik. Im Freistaat sterben immer noch mehr Menschen an den Folgen von Drogenkonsum als in jedem anderen Bundesland. Wir als FDP Bayern sehen die repressive Drogenpolitik der bayerischen Staatsregierung deshalb als gescheitert an. Sie bindet Ressourcen von Polizei und Justiz und kriminalisiert Menschen, anstatt ihnen zu helfen. Unsere Sucht- und Drogenpolitik orientiert sich an selbstbestimmten, mündigen Konsumentinnen und Konsumenten – und an der Lebenswelt der Menschen. Maßnahmen der „Harm Reduction“, also der Verringerung der unter anderem mit Drogenkonsum verbundenen Risiken und Gesundheitsgefährdungen, wollen wir fördern. Damit entlasten wir unser Gesundheitssystem nachhaltig. Ein generelles Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen lehnen wir ab.

Finanzierung der Drogenhilfe für Jugendliche sichern

Wir wollen die Finanzierung der Sucht- und Drogenhilfe für Konsumierende unter 18 Jahren sicherstellen und für ein ausreichendes Angebot an Entgiftungs- und Entzugseinrichtungen sorgen.

Geburtshilfe flächendeckend erhalten und stärken

Wir fordern eine flächendeckende Geburtshilfe in Bayern. Aus unserer Sicht muss hierfür das Förderprogramm für unwirtschaftliche Geburtstationen im Freistaat nachhaltig weiterentwickelt werden. Die Vergütung von Hebammen wollen wir nach oben hin anpassen – auch schon während der Ausbildung. Die Einrichtung und den Betrieb von Geburtshäusern sowie hebammengeführten Kreißsälen in Bayern möchten wir fördern. Der Hebammenbonus und die Niederlassungsprämie für Hebammen muss kritisch evaluiert werden. Selbstständigen Hebammen möchten wir den Rücken stärken. Wir fordern außerdem eine Ausbildungs offensive für Hebammen. Wir sehen eine gute und erreichbare Geburtshilfe

in Bayern als Teil der existenziellen Grundversorgung an, die die Gesellschaft auch im ländlichen Bereich gewährleisten muss. Die Vergütung gerade von freiberuflichen Hebammen und Frauenärztinnen und -ärzten hält jedoch seit vielen Jahren mit den rapide steigenden Haftpflichtkosten und den Anforderungen an die Geburtshilfe nicht Schritt. In der Folge sehen sich immer weniger Fachkräfte in der Lage, diese für die Zukunft unseres Landes so wichtigen Berufe auszuüben. Die Konsequenz daraus ist eine fortschreitende Schließung geburtshilflicher Abteilungen in ganz Bayern. werdende Eltern werden so dazu gezwungen, unzumutbare Entfernungen zum Entbinden zurückzulegen – mit einem entsprechend hohen Gefährdungspotenzial für Mutter und Kind. Durch eine bessere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen wollen wir zudem auch ausländischen Hebammen den Weg nach Deutschland erleichtern.

Frauengesundheit / geschlechtsspezifische Gesundheit

Wir fordern eine geschlechtsspezifische Medizin für Frauen und Männer. Die medizinische Geschlechterforschung muss gefördert und die Ergebnisse müssen in der medizinischen Praxis und der Prävention umgesetzt werden. In Bayern gibt es bisher keine geschlechtsspezifische Medizin. Forschung, Medikation und Behandlungsmethoden laufen nach dem „Unisex-Schema“ ab. In der geschlechtsspezifischen Medizin finden die biologischen Unterschiede von Mann und Frau hingegen besondere Beachtung und ermöglichen eine geschlechtsspezifische Erforschung und Behandlung von Krankheiten. Mit Hilfe der Forschungsergebnisse können Therapien verbessert und neue Methoden (zum Beispiel in der Diagnostik und Medikation) entwickelt werden. Auch soziale und physiologische Aspekte müssen künftig stärker in den Fokus rücken: Frauen und Männer weisen unterschiedliche Risikofaktoren für die Krankheitsentstehung, den Krankheitsverlauf und die Risiken innerhalb der Behandlung auf. Daher ist eine Herausstellung der geschlechtsspezifischen Unterschiede sinnvoll. Ergebnisse aus Studien zum Gender Health Gap (dem Ungleichgewicht in der medizinischen Behandlung von Frauen und Männern) sollen künftig umgesetzt und transparent gemacht werden. Die Öffentlichkeit muss einen einfachen und unkomplizierten Zugriff auf diese Daten haben und im nächsten Schritt zielführend an der Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse arbeiten.

Zugang zum Schwangerschaftsabbruch verbessern

Wir als FDP Bayern sehen den Freistaat in der Pflicht, in unterversorgten Gebieten die Ansiedlung von Ärzten, die Schwangerschaftsabbrüche anbieten, zu fördern. Dadurch wollen wir die Situation vor Ort signifikant verbessern.

Gewaltschutzambulanzen bedarfsgerecht ausbauen

Wir fordern den Ausbau von Gewaltschutzambulanzen, in denen Opfer häuslicher oder sexualisierter Gewalt bei der Dokumentation von Verletzungen und sonstigen Spuren unterstützt werden. Langfristig wollen wir eine Einrichtung pro Regierungsbezirk etablieren. Kurzfristig möchten wir Fortbildungsangebote für niedergelassene Ärzte zum Thema Gewaltschutz ausbauen. Die Gewaltschutzambulanz in München soll rund um die Uhr geöffnet sein.

Geschlechtsspezifischen Krankheiten durch Schul-Aufklärung vorbeugen

Wir fordern eine Aktualisierung und Anpassung des Aufklärungsunterrichtes an Schulen. Bereits dort müssen Frauenkrankheiten wie etwa Endometriose und PCO thematisiert werden. Die Menstruation muss enttabuisiert werden. Schulen können dabei wichtige, adäquate Aufklärung leisten und Jungen und Mädchen ebenso über geschlechtsspezifische Erkrankungen, die Menstruation, Schwangerschaft und andere Themen aufklären. An den Schulen beginnt die effektive Vorsorge und der Abbau von Vorurteilen, die durch mangelnde Aufklärung und Gesundheitsprävention für Mädchen und junge Frauen entstanden sind. Eine Sensibilisierung von Beginn an ermöglicht die Früherkennung von diversen Erkrankungen. Die Menstruation und verschiedene geschlechtsspezifische Krankheitsbilder müssen verstärkt Beachtung finden.

Medizinische Therapien und Selbsthilfe bei Endometriose unterstützen

Wir setzen uns dafür ein, dass unterstützende Therapien für Krankheiten erforscht und die Kosten für die Therapien übernommen werden. Stellvertretend für diverse andere Krankheiten kann hier das Beispiel Endometriose dienen: Endometriose ist weit verbreitet und unheilbar, aber dennoch eine in der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbekannte Erkrankung. Die Behandlung von Endometriose ist umfangreich, komplex und kostenintensiv – die Krankheit wird auch als das Chamäleon der Gynäkologie bezeichnet. Um Endometriose richtig zu diagnostizieren, benötigen die Patientinnen „sprechende Medizin“ – also eine gute Kommunikation mit Fachärztinnen und Fachärzten sowie Spezialuntersuchungen. Die Forschung im Bereich solcher unheilbaren Krankheiten steht jedoch oft in Abhängigkeit von der Pharmaindustrie und deren finanziellen Mitteln. Dies geht zu Lasten der Patientinnen. Gerade bei unheilbaren Erkrankungen benötigen die Patientinnen helfende Therapien und deren Kostenübernahme durch die Krankenkasse.

Gestaffelter Mutterschutz nach Fehlgeburten

Wir fordern einen gestaffelten Mutterschutz für Frauen, die vor der 24. Schwangerschaftswoche eine Fehlgeburt erleiden. Momentan steht Frauen nach Fehlgeburten – also Geburten, bei denen Babys keine Lebensmerkmale gezeigt haben, deren Gewicht weniger als 500 Gramm betrug oder bei Geburten vor der 24. Schwangerschaftswoche – kein Mutterschutz zu. Der aktuelle Änderungsvorschlag, der die 20. Schwangerschaftswoche als Grenze vorsieht, ist unzureichend. Die aktuelle Regelung ist nicht nachvollziehbar und ungerecht. Das Mittel der – oft kurzfristig erfolgenden – Krankschreibung ist kein Ersatz für den Mutterschutz. Aktuell liegt es allein im Ermessen der Ärztin oder des Arztes, ob eine Frau überhaupt krankgeschrieben wird. Hier muss es eine logisch nachvollziehbare und faire Regelung geben. Die Psyche der Frau findet bei der aktuellen Regelung keinerlei Beachtung. Dabei benötigen Frauen Zeit, um den Verlust des Kindes zu verkraften und zu verarbeiten. Auch Hilfsangebote sollten verstärkt angeboten werden. Es braucht zudem mehr Aufklärungsarbeit beim medizinischen Personal und in der ärzteausbildung. Der gestaffelte Mutterschutz soll ein schützendes Angebot des Staates, aber nicht verpflichtend sein.

Gleiche Rechte im Mutterschutz für selbstständige Schwangere

Wir fordern, dass selbstständige Schwangere den gleichen gesetzlichen Mutterschutz genießen wie Angestellte. Dazu muss die EU-Regelung zum Mutterschutz Selbstständiger umgesetzt werden. Der Schutz schwangerer Selbstständiger bedeutet auch den Schutz des ungeborenen Lebens und das Verhindern von Kinderarmut.

Keine Karenzzeiten für Schwangere in der Krankenversicherung

In der Krankenversicherung darf es keine Karenzzeiten für Schwangere mehr geben. Erfolgt die Krankschreibung aufgrund von Schwangerschaftsbeschwerden oder Beschäftigungsverbot wegen beruflicher Risikofaktoren, muss unmittelbar Krankengeld gezahlt werden. Die Berechnung des Krankengeldes muss auf Grundlage der gezahlten Beiträge erfolgen und nicht auf Grundlage des ausgefallenen Einkommens. Selbstständige müssen Anspruch auf voll bezahlten gesetzlichen Mutterschutz haben. Die aktuelle Regelung ist überholt und nicht geeignet, die laufenden privaten und betrieblichen Kosten zu decken. Eine Verrechnung mit dem Krankengeld muss ausgeschlossen werden.

Schutzeinrichtungen ausbauen

Wir fordern den Ausbau von Frauen- und Männerhäusern in Bayern und die dauerhafte Sicherung der Finanzierung. Derzeit gibt es in Bayern nicht genügend Einrichtungen, in denen Frauen und Männer mit ihren Kindern Schutz vor Partnerschaftsgewalt finden. Sowohl die Istanbul-Konvention als auch empirische Studien empfehlen einen Frauenhausplatz pro circa 10.000 Einwohner. Bei derzeit rund 13 Millionen Einwohnern in Bayern müssten folglich 1300 Frauenhausplätze zur Verfügung stehen. Anfang Januar 2020 waren es jedoch nur circa 360 Plätze. Laut Bundesfach- und Koordinierungsstelle Männergewaltschutz widerfährt 20 Prozent der Partnerschaftsgewalt in Deutschland Männern. In Bayern gibt es derzeit lediglich in Augsburg und Nürnberg sogenannte Männerschutzwohnungen.

Second-Stage-Betreuung in Schutzeinrichtungen verbessern

Wir fordern, die Second-Stage-Betreuung auszubauen und in jedem Frauen- und Männerhaus bayernweit anzubieten. Second-Stage-Betreuung ist der zweite Schritt in ein Leben ohne Gewalt und unterstützt Frauen und Männer in Schutzeinrichtungen beim Übergang hin zu einem selbstbestimmten und gewaltfreien Leben in einer neuen, eigenen Wohnung.

Ärztmangel in Bayern therapieren

Wir fordern wieder bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen für Ärztinnen und Ärzte im Freistaat. Im ambulanten Sektor wollen wir neben bestehenden Förderprogrammen auf eine entbudgetierte und sachgerechte Vergütung, Bürokratieabbau und verbesserte Digitalisierung hinwirken. Im stationären Bereich muss eine bedarfsgerechte Personaldecke mit adäquatem Weiterbildungsangebot eingeführt und finanziert werden. Wir verzeichnen in Bayern einen erheblichen Ärztemangel im ambulanten fach- und hausärztlichen Bereich. Diese Entwicklung gefährdet die Gesundheitsversorgung vor allem auf dem Land zunehmend. Wir setzen uns für eine angemessene, leistungsgerechte Honorierung der in der Heilkunde tätigen Freiberuflerinnen und Freiberufler ein und stehen für den Erhalt der Freiberuflichkeit. Im stationären Sektor werden wir den Personalmangel unter anderem durch eine Verbesserung des Arbeitsumfelds angehen. Deshalb wollen wir die Investitionen für die bayerischen Krankenhäuser bedarfsgerecht erhöhen. Zusätzlich setzen wir uns für die Erhöhung der Attraktivität des Klinikarztberufes durch bedarfsangepasste Personalplanung mit sachgerechter Vergütung ein.

Digitalisierungsbudgets für Gesundheitseinrichtungen einführen

Wir möchten Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser dabei unterstützen, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen. Durch den flächendeckenden Einsatz von digitalen Dokumentationsmethoden und Assistenzsystemen schaffen wir insbesondere in der Pflege mehr Freiraum und entlasten die Fachkräfte zeitlich und körperlich. Hierfür wollen wir die Bundesförderprogramme mit eigenen bayerischen Digitalisierungsbudgets ergänzen. Bei der Beschaffung muss auf bundesweite Interoperabilität und schulungsunabhängige Bedienbarkeit geachtet werden.

Flächendeckende Notfallversorgung sicherstellen

Wir als FDP Bayern wollen im Freistaat eine flächendeckende und bedarfsgerechte Notfallversorgung in Stadt und Land sicherstellen. Hierzu werden wir Notärztinnen und -ärzte besser vergüten und die Kliniken im Freistaat dazu verpflichten, an der Notarztversorgung teilzunehmen. Das System der Gemeinde-Notfallsanitäter wollen wir auch in Bayern einführen. Wir fordern die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes zur Stationierung von Rettungsfahrzeugen und -hubschraubern an weiteren Standorten, damit Patientinnen und Patienten rasch in die stationären Zentren transportiert werden können. Auch Nachtflüge müssen flächendeckend geschaffen werden. Schon heute ist die Notfallversorgung im Freistaat nicht überall zu jeder Zeit gesichert. Diese Situation wird sich durch den Ärztemangel in den nächsten Jahren verschärfen, wenn wir nicht schnell gegensteuern. Eine bessere Vergütung von Notärztinnen und -ärzten und eine verpflichtende Mitwirkung der Kliniken an der Notfallversorgung kann dazu beitragen, diesen aufzuhalten. Darüber hinaus kann das System der Gemeinde-Notfallsanitäter, das bereits in einigen anderen Bundesländern mit Erfolg erprobt wurde, dabei helfen, den Bedarf zu decken. Wir wollen zudem eine bessere Abstimmung zwischen Gesundheits- und Innenministerium in Bezug auf die Notfallversorgung erreichen.

Flying Intervention Teams für Bayern etablieren

Wir fordern einen schnellen und sicheren Transport in eine Spezialklinik, wenn ein medizinischer Eingriff dort besser erfolgen kann. Dazu müssen in Bayern neben dem Christoph München und dem Christoph Nürnberg je ein weiterer Intensivtransporthubschrauber (ITH) für Sekundäreinsätze in Nord- und Südbayern eingerichtet werden. In einigen Fällen kann es jedoch sinnvoller und schneller sein, die

spezialisierten Ärztinnen und Ärzte zum Patienten zu bringen. Genau diesen Ansatz verfolgt das Projekt „Flying Intervention Teams“ am Klinikum Harlaching. Solche Ansätze wollen wir stärken und auf andere Regionen in Bayern ausweiten.

Geschlechtermedizin in Forschung und Lehre ausbauen

Wir fordern eine verstärkte Thematisierung geschlechtermedizinischer Aspekte in medizinischen Studiengängen und Ausbildungen. Zudem muss dieses Thema aus unserer Sicht (vermehrt) in der Forschung berücksichtigt werden – insbesondere bei der Zusammenstellung der Probandinnen und Probanden bei klinischen Studien. Symptomatik, Diagnostik und Behandlung unterscheiden sich zwischen Patientinnen und Patienten teils stark. Aktuell werden diese Unterschiede aber in der Praxis weder im Gesundheitswesen noch in Forschung und Lehre ausreichend berücksichtigt. Das hat schwerwiegende Folgen für die Versorgungsqualität. Eine geschlechtersensible Lehre, eine höhere Repräsentation in klinischen Studien sowie öffentlichkeitswirksame Aufklärungskampagnen sind zur Verbesserung der Versorgungsqualität unabdingbar. Daher wollen wir einen geschlechtermedizinischen Lehrstuhl an einer Bayerischen Universität schaffen. Zudem sollen geschlechterspezifische Symptomunterschiede bei öffentlichen Aufklärungskampagnen stärker einbezogen werden.

Standards für die Pflegeberatung einführen und flächendeckend ausbauen

Wir fordern einheitliche Standards für die Pflegeberatung. Außerdem setzen wir uns für den flächendeckenden Ausbau der Pflegeberatungsinfrastruktur ein, zum Beispiel an Pflegestützpunkten. Hier wollen wir auch die Telepflege stärker einbeziehen. Aktuell gibt es keine einheitlichen Standards bezüglich der Pflegeberatung – weder im Freistaat noch auf Bundesebene. Um dies zu ändern und eine hohe Qualität der Beratung unabhängig vom Wohnort zu gewährleisten, fordern wir die Festlegung von verpflichtenden Standards für die Pflegeberatung. Damit in Bayern flächendeckend Pflegeberatungsangebote zur Verfügung stehen, wollen wir Anbieter wie Pflegestützpunkte noch besser fördern. Online-Beratungen zu Fragen rund um die Pflege sowie ein Notruftelefon mit Video-Option für pflegende Angehörige wären eine sinnvolle Ergänzung der Unterstützungsangebote für Angehörige und Betroffene.

Entlassungsmanagement der Kliniken verbessern

Wir fordern eine bessere Unterstützung von entlassenen Patientinnen und Patienten bei der Suche nach einem ambulanten Psychotherapieplatz oder einem Platz in Einrichtungen für betreutes Wohnen, in Tageskliniken und in Tagesstätten. Aus unserer Sicht müssen Modellprojekte vorangetrieben werden, die einen für die Patientinnen und Patienten möglichst schonenden und nachhaltigen Übergang von stationärer zu ambulanter Behandlung erproben. Gutes Entlassmanagement ist der Schlüssel zur Aufrechterhaltung von stationär erreichten Behandlungserfolgen. Ohne Unterstützung bei diesem Übergang droht häufig ein schneller Rückfall und ein erneuter stationärer Aufenthalt.

Blut- und Organspenden attraktiver machen

Wir wollen die Blutspende flexibilisieren und das Problem des Mangels an Blutkonserven aktiv angehen. Zudem wollen wir die Plasma-, Stammzellen- und Organspende attraktiver und niederschwelliger machen. Operativ wollen wir eine Landeszentrale für gesundheitliche Aufklärung auf den Weg bringen. In Bayern herrscht teilweise ein erheblicher Mangel an Blutkonserven. Wir setzen uns für eine verbesserte Versorgungslage in diesem Bereich ein, beispielsweise über eine Flexibilisierung der Spendetermine. Zudem fordern wir eine Aufklärungskampagne zu Blut-, Plasma-, Stammzellen- und Organspenden. Die Registrierung zur Stammzellenspende möchten wir niedrigschwelliger gestalten. Wir verlangen die Einrichtung einer Landeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die dem Gesundheitsministerium unterstellt ist. Zudem wollen wir die Refinanzierung für die Stammzell-Typisierung gewährleisten.

Gesundheitskompetenzen der Bevölkerung stärken

Als FDP Bayern wollen wir die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung stärken. Aus unserer Sicht sind dafür zielgruppen- und themenspezifische Angebote von der Kita bis zum Erwachsenenalter nötig. Wir wollen das Thema Gesundheit daher auch im Lehrplan der bayerischen Schulen verankern. Bildung ist mehr als das einfache Wiedergeben von Wissen: In der Schule sollten wichtige Alltagskompetenzen wie gesunde Ernährung und gesundheitsförderndes Verhalten behandelt und erlernt werden. Gerade in Hinblick auf das zunehmende Risiko von Zivilisationskrankheiten wie Adipositas wäre Präventionsarbeit in Form eines verpflichtenden Schulfachs extrem wichtig. Künftig sollten auch stoffliche und nichtstoffliche Abhängigkeiten sowie die psychische Gesundheit einen zentralen Stellenwert bekommen.

Bürgerkommunen besser fördern

Wir wollen der Förderung von Bürgerkommunen in Bayern stärkeres Gewicht verleihen. Aus unserer Sicht muss das Förderprogramm SeLA (Selbstbestimmt Leben im Alter) hinsichtlich Förderdauer und -höhe evaluiert und weiterentwickelt werden. Der Sozialraum stellt in Hinblick auf die (pflegerische) Versorgung der Bevölkerung eine weitgehend ungenutzte Ressource dar. Durch den Aufbau von Nachbarschaftshilfen oder Begegnungsräumen lassen sich ganz neue Formen der sozialen Infrastruktur aufbauen, die jedoch – zum Beispiel durch ein Quartiersmanagement – professionell moderiert werden müssten. Der Ausbau und die Entbürokratisierung von Förderprogramm wie SeLA ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Cannabis-Legalisierung umsetzen

Mit Inkrafttreten der Cannabis-Legalisierung wollen wir die kontrollierte Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken für Erwachsene in vollem Umfang umsetzen. Die bisherige Cannabispolitik des Freistaats ist gescheitert. Wir wollen eine kontrollierte Abgabe von Cannabis in lizenzierten Geschäften, die den Jugend-, Gesundheits- und Verbraucherschutz gewährleisten. Neben der Abgabe in Geschäften und Apotheken sowie der Einführung von praxisnahen Regelungen für den Online- und Versandhandel setzen wir uns auch für den Eigenanbau und für „Cannabis-Social-Clubs“ (nichtkommerzielle Vereine, die den kollektiven Anbau von Cannabis in limitierten Mengen organisieren) ein. Zudem muss es höhere Grenzwerte beim Anbau von Nutzhanf geben.

Chancen der Medizinischen Versorgungszentren nutzen

Wir stehen zum Konzept der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) als nachhaltige und ergänzende Versorgungsform im ambulanten Bereich. Wir möchten arztgeführte MVZ fördern und die Chancen von investorenbetriebenen MVZ (iMVZ) besser nutzen. Hierzu müssen ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen geschaffen und die Transparenz der MVZ für Patientinnen und Patienten verbessert werden. Privates Kapital im Gesundheitswesen ist per se nichts Schlechtes, es bietet Chancen für innovative Versorgungsformen. Wichtig ist jedoch, dass die richtigen Anreize für hohe Versorgungsqualität und bedarfsgerechte Versorgung geschaffen werden. Die freie Arztwahl muss gewährleistet sein. Patientinnen und Patienten sollen wissen, wer der Eigentümer des MVZs ist. Hierzu soll eine Schilderpflicht eingeführt und die Eintragung im Arztregister für MVZ spezifiziert werden. MVZ in kommunaler Trägerschaft sollen dabei nicht zu Wettbewerbern niedergelassener Facharztpraxen werden. Sie sollen sich vielmehr auf fachärztliche Kompetenzen fokussieren, die in den jeweiligen Kommunen und Landkreisen zu wenig angeboten werden.

Digitalisierung des Gesundheitswesens: E-Health in Bayern ausbauen

Wir als FDP Bayern wollen die Digitalisierung des Gesundheitswesens voranbringen. Wir unterstützen die Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) und weiterer digitaler Gesundheitsanwendungen – solange sie funktionell und unbürokratisch die Versorgungsqualität verbessern. Bei der Digitalisierung der Pflege wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern. Ein digitales Gesundheitssystem umfasst aus unserer Sicht den gesamten Prozess der Behandlung. Es beginnt bei der Terminbuchung über Onlineportale, ermöglicht telemedizinische Konsultationen, digitale Patientenbeobachtungen und -behandlungen sowie die Ein-Klick-Abrechnung mittels E-Rezept. Dabei stellen wir den

selbstbestimmten Patienten in den Mittelpunkt: Patientinnen und Patienten haben in einem digitalen und vernetzten Gesundheitssystem selbst die Hoheit über ihre Gesundheitsdaten in der elektronischen Patientenakte. Sie entscheiden zu jeder Zeit, was mit ihren Daten geschieht. Auch die Pflege braucht dringend einen Digitalbooster. Wir setzen uns dafür ein, dass die Digitalisierung bei den Pflegesatzverhandlungen zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern konsequent mitbedacht wird. Die Digitalisierung muss zudem stärker in die Pflegeausbildung einbezogen werden. Institutionen wie das Bayerische Forschungszentrum Pflege Digital oder das Netzwerk Pflege Digital- CARE REGIO wollen wir weiter fördern. Zudem muss die Bayerische Online-Pflegeplatzbörse zeitnah ans Netz gehen. Wir wollen Pflegeroboter, Smart Home, Wearables und weitere technische Unterstützung für die Pflege als Schwerpunkt bayerischer Politik strategisch vorantreiben und die Forschung deutlich intensivieren. Damit soll die Selbständigkeit gestärkt und das Pflegepersonal entlastet werden.

Drogenkonsumräume und Drugchecking-Modelle einführen

Wir fordern die Einrichtung von Drogenkonsumräumen. Mit Modellen zum Drugchecking wollen wir Möglichkeiten schaffen, die Zusammensetzung von Substanzen prüfen zu lassen. Maßnahmen zur Schadensminderung wie Drogenkonsumräume und Angebote zu Drugchecking helfen bei der Unterstützung, Therapie und Prävention. Die diamorphingestützte Substitutionstherapie in Spezialambulanzen wollen wir ausbauen.

Enquete-Kommission zur Pflege in Bayern einsetzen

Wir fordern die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Sicherung der pflegerischen Versorgung in Bayern. Der Landtag soll eine solche Kommission nach §§ 31 ff. der Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags einrichten. Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg, Nordrhein- Westfalen, Sachsen oder Sachsen-Anhalt sind diesen Weg bereits mit Erfolg gegangen. Die einzusetzende Enquete-Kommission „Pflege in Bayern“ soll politische Maßnahmen erarbeiten, welche die pflegerische Versorgung in Bayern über die nächsten Jahrzehnte hinweg sicherstellen soll. Sie kann helfen, die drohende Pflegekatastrophe im Freistaat abzuwenden. Unser Ziel ist die Einsetzung zu Anfang der kommenden Legislaturperiode.

Entlastungsbetrag leichter zugänglich machen

Aus unserer Sicht muss die Unterstützung im Alltag leichter zugänglich werden. Wir fordern daher die Vereinfachung der landesrechtlichen Anerkennungsverfahren für Anbieter von Angeboten zur Unterstützung im Alltag nach § 45 a SGB XI. Zudem verlangen wir die Entdeckung der dafür aufzurufenden Preise. Aktuell sind die Auflagen und Anerkennungsverfahren für Angebote zur Unterstützung im Alltag viel zu hoch und komplex. Wer möchte, dass sich hier flächendeckend Angebote gründen, muss das Verfahren radikal vereinfachen. Viele Menschen würden gerne Ihren gesetzlichen Leistungsanspruch nutzen und die ihnen zugesagten 125 Euro Entlastungsbetrag in Anspruch nehmen. Da die Preise hierfür gedeckelt sind, gibt es allerdings nur wenige Anbieter – aus unserer Sicht wird hier wichtiges Unterstützungspotenzial verschenkt. Eine Freigabe des Preises für haushaltsnahe Dienstleistungen, der Alltagsbegleitung und der stundenweisen Betreuung durch Ehrenamtliche wäre ein notwendiger und liberaler Schritt, der steigenden Nachfrage ein angemessenes Angebot entgegenzusetzen.

Fachkräftemangel in der Pflege und der Eingliederungshilfe therapieren

Wir fordern eine Fünf-Punkte-Strategie, um die Probleme in der Pflege und der Eingliederungshilfe effektiv anzugehen: Fachkräfte sichern, Ressourcen aktivieren, Fachkräfte zurückholen, Fachkräfte ausbilden und (ausländische) Fachkräfte anwerben. Aus unserer Sicht reicht es im Kampf gegen den Fachkräftemangel in der Pflege und in der Eingliederungshilfe nicht mehr aus, nur auf eine Maßnahme zu setzen. Vielmehr muss die Politik an vielen verschiedenen Stellen ansetzen, um den Bedarf an professioneller Pflege zu decken. Aktuell fehlen laut Aussage der Bundesregierung rund 5000 Pflegekräfte in Bayern. Fachleute sprechen bis 2030 von über 60.000 unbesetzten Stellen – mit steigender Tendenz. Mit unserer Fünf-Punkte-Strategie wollen wir dem Fachkräftemangel in der Pflege und der Eingliederungshilfe den Kampf

ansagen. Unter anderem wollen wir durch eine Verbesserung des Pflegeschlüssels dafür sorgen, dass nicht noch mehr Fachkräfte der Pflege den Rücken kehren. Darüber hinaus wollen wir bereits ausgeschiedene Pflegekräfte durch eine Rückholkampagne zur Rückkehr in den Beruf motivieren. Die Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachkräfte wollen wir vereinfachen und beschleunigen. Hierfür unterstützen wir die Zentralisierung der Verfahren beim Landesamt für Pflege. Auch fordern wir die verstärkte Ausbildung von ausländischen Pflegekräften in Bayern mithilfe von unbürokratischen Anerkennungsverfahren und fachbezogenen Sprachkursen. Die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen hierfür müssen verbessert werden.

Fachkraftquote in Pflegeheimen und Eingliederungshilfe reformieren

Wir fordern die Abkehr von der starren Fachkraftquote in stationären Pflegeeinrichtungen. Die Quotenregelung muss auf Grundlage der Erkenntnisse aus der Rothgang-Studie schnellstmöglich in ein neues Personalbemessungsinstrument für die Langzeitpflege überführt werden. Die aktuelle Fachkraftquote von 50 Prozent in stationären Pflegeeinrichtungen bringt mehr Probleme, als sie löst. Im Leistungsrecht wird bereits an einer wissenschaftsbasierten Vergütungslogik gearbeitet. Es wird nun höchste Zeit, dass das Ordnungsrecht in Bayern entsprechend nachzieht. Deshalb fordern wir die Staatsregierung dazu auf, die Fachkraftquote nach § 15 (1) 2 AVPfeWoqG schnellstmöglich entsprechend den Ergebnissen dieser Studie zu reformieren und ein neues Personalbemessungsinstrument für die Langzeitpflege zu erarbeiten.

Förderprogramme für Landpsychotherapeuten schaffen

In Regionen mit besonders hohen Wartezeiten möchten wir Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten mit gezielten Förderprogrammen zur Niederlassung anregen. Wenn Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Ausbildungen zusagen, dass sie sich in eine unterversorgten Region Bayerns niederlassen wollen, sollen sie schon in der Ausbildung finanziell unterstützt werden. Im Freistaat sind die ländlichen Regionen im Vergleich zu den Städten unterversorgt. Durch zusätzliche Anreize wollen wir Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dazu bringen, sich auch in solchen Regionen niederzulassen.

Heimaufsicht reformieren

Wir fordern eine Reform der Heimaufsicht in Bayern. Dazu zählen eine Zusammenlegung der Heimaufsichten mit dem Medizinischen Dienst, die Einführung eines Bayerischen Pflegemonitorings, mehr und besser qualifiziertes Personal sowie eine Bündelung der ordnungsrechtlichen Aufgabe der Heimaufsicht bei den Regierungsbezirken. Augsburg, Schliersee, Gleusdorf: Die bayerischen Pflegeskandale der letzten Jahre haben immer noch keine befriedigenden Konsequenzen nach sich gezogen. Zwar reagierte das Gesundheitsministerium mit einem 5-Punkte-Plan, dieser brachte aber kaum Veränderungen. Wir wollen die Heimaufsicht schlanker und gleichzeitig schlagkräftiger machen. Hierzu schlagen wir eine Strukturreform vor. Den Besonderheiten der Eingliederungshilfe inklusive der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen muss dabei ordnungsrechtlich Rechnung getragen werden.

Investitionskosten für stationäre Einrichtungen fördern

Wir fordern, dass die Investitionskosten in stationären Einrichtungen in vollem Umfang vom Freistaat Bayern übernommen werden. Das Land fördert zusätzliche Pflegeplätze zwar bereits über das Förderprogramm PflegeSoNah. Aus unserer Sicht ist das aber kein Ersatz für die Investitionskostenförderung nach § 9 SGB XI. Eine echte Investitionskostenförderung würde den einrichtungseinheitlichen Eigenanteil für die Bewohnerinnen und Bewohner senken und soziale Härten abmildern. Derzeit beträgt der durchschnittliche Investitionskostenbeitrag in Pflegeheimen circa 450 Euro pro Monat.

Kampf gegen multiresistente Keime: „One Health“-Beirat für Bayern

Wir fordern einen bayerischen „One Health“-Beirat mit Vertreterinnen und Vertretern aus Medizin, Landwirtschaft und Forschung. Ziel ist es, die Verbreitung von multiresistenten Erregern sowie Zoonosen in Forschung und Alltag zu erkennen und dieser vorzubeugen. Darüber hinaus wollen wir die Forschungsförderung auf diesem Gebiet ausbauen. Das „One Health“-Konzept hat die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt im Blick. Ein bayerischer Beirat kann helfen, Multiresistenzen frühzeitig zur erkennen und diese abzuwehren. Wir wollen in diesem Bereich auch Förderprogramme und Initiativen auf dem Weg bringen, um den Forschungsstandort Bayern zu stärken.

Krankenhaus- und Bedarfsplanung reformieren

Wir wollen die medizinische und pflegerische Bedarfsplanung in Bayern auf neue Füße stellen. Hierfür fordern wir eine Reform hin zu einer überregionalen und intersektoralen Bedarfsplanung, die den ambulanten und stationären Bereich im Blick hat. Die Krankenhausplanung im Freistaat muss diesbezüglich und in Hinblick auf die kommende Krankenhausstrukturreform des Bundes aktualisiert werden. Die bayerische Krankenhauslandschaft braucht dringend ein Update. Der Fachkräftemangel und steigende Kosten machen eine andere Krankenhausplanung nötig. Dabei müssen die Qualität und die Versorgungssicherheit der Menschen im Mittelpunkt stehen. Um die Notfallversorgung gerade in ländlichen Räumen sicherstellen zu können, sollten manche Standorte auch zu integrierten Versorgungszentren weiterentwickelt werden. Diese wollen wir besonders fördern, ebenso wie Kooperationen von Klinikverbänden. Die Krankenhaus- sowie die ambulante Bedarfsplanung im Freistaat muss in Hinblick auf eine intersektorale Bedarfsplanung weiterentwickelt werden. Den Strukturwandel im Gesundheitswesen werden wir mit zusätzlichen Investitionsmitteln des Freistaats begleiten. Auch der Patiententransport muss sich mit dem Gesundheitssystem weiterentwickeln.

Landespflegegeld umwidmen

Wir wollen das Landespflegegeld abschaffen. Die freigewordenen Mittel werden wir dafür nutzen, die pflegerische Versorgung im Freistaat strukturell zu verbessern – zum Beispiel durch die Finanzierung von innovativen Versorgungsformen wie Demenzdörfern. Aktuell gibt der Freistaat Bayern jedes Jahr rund 430 Millionen Euro für das Landespflegegeld aus: 1000 Euro für jede Pflegebedürftige Person ab Pflegegrad Zwei pro Jahr – und das bedarfsunabhängig. Anstatt die Pflegebedürftigen mit der Gießkanne zu entlasten, bräuchte es dringend Investition in eine bessere pflegerische Infrastruktur für Betroffene sowie Pflegeheime, Kurzzeitpflegeplätze, Beratungsstellen oder alternative Wohnformen wie Demenzdörfer. Hier wären die Mittel im Sinne der Pflegebedürftigen deutlich besser angelegt.

Liberales Pflegebudget einführen

Wir fordern die Einführung eines liberalen Pflegebudgets. Um das zu erreichen, wollen wir alle Leistungsansprüche aus dem Pflegegesetz in ein flexibles Budget überführen. Dessen Umfang wird nicht abhängig von der Versorgungsform, sondern vom Pflegegrad sein. Jede Person soll selbst entscheiden können, welche Hilfen und Leistungen bei der Gestaltung des Alltags am besten sind. Dazu wollen wir alle Leistungsansprüche der jeweiligen Pflegegrade in ein monatliches Pflegebudget überführen, über das unbürokratisch und transparent verfügt werden kann. Ein Case-Management stellt die Qualität der Versorgung sicher.

Nachbarschaftspflege „Buurtzorg“ in Bayern ermöglichen

Wir wollen in Bayern die Rahmenbedingungen für Nachbarschaftspflegekonzepte wie „Buurtzorg“ schaffen. Vor allem den eigenverantwortlichen Ansatz des Konzepts wollen wir in der Pflegeausbildung verankern. Die niederländische Bewegung „Buurtzorg“ (deutsch: „Nachbarschaftspflege“) fußt auf den Prinzipien der Subsidiarität und selbstverantworteter Teams. Leider scheitert eine Finanzierung durch die Kostenträger häufig, da nach Zeit und nicht nach Leistungskomplexen abgerechnet wird. Wir möchten, dass sich der Freistaat Bayern dafür einsetzt, diese Finanzierungslogik zu durchbrechen – zur Not auch mit eigenen Finanzierungsmodellen.

Medikamentenversorgung sichern

Wir wollen die Versorgung mit Arzneimitteln im Freistaat sichern. Bayern ist bereits über seine Grenzen hinaus als guter Forschungsstandort bekannt. Neben Startup-Unternehmen sollte auch die forschende und produzierende biotechnologische und pharmazeutische Industrie in Bayern angesiedelt werden, um die Medikamentenversorgung jetzt und in Zukunft zu decken. Hierfür müssen Rahmenbedingungen entwickelt werden, damit die Ansiedlung dieser nachhaltigen Industrie möglich wird. Mit einem „Innovation Health Hub Bavaria“ werden wir ein neues Konzept entwickeln, um zusätzlich Anreize zu setzen und Synergien zu schaffen. So sollen Forschung, Entwicklung und Produktion in verschiedenen Regionen Bayerns besser möglich sein. Zusätzlich benötigt Bayern Notfallkonzepte für die Medikamentenversorgung außerhalb der Geschäftszeiten. Derzeit gibt es Lieferengpässe und Vorhalteprobleme, die die Gesundheit der Patientinnen und Patienten gefährden können. Die zeit- und ortsnahe Versorgung mit Medikamenten muss in professioneller Form gewährleistet sein. Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die Patientenschutz und einen fairen Wettbewerb zwischen Vor-Ort-Apotheken und dem Versandhandel ermöglichen.

Medizinstudienplätze in Bayern weiter ausbauen

Wir fordern eine deutliche Aufstockung der Medizinstudienplätze in Bayern. Darüber hinaus setzen wir uns für liberalere Zugangsvoraussetzungen für die Human- und Zahnmedizin ein. Wir befürworten Modelle wie den Medizincampus Niederbayern und Oberfranken. Diese wollen wir ausbauen, sodass in Bayreuth und Passau ein vollständiges Medizinstudium absolviert werden kann. Die Bayerische Landarztquote lehnen wir ab. Bayern ist – auf die Bevölkerung heruntergebrochen – im Ländervergleich lediglich Mittelmaß bei der Bereitstellung von Medizinstudienplätzen. In Anbetracht des zunehmenden Ärztemangels muss daher die Anzahl der Studienplätze für Humanmedizin noch stärker ausgebaut werden. Darüber hinaus wollen wir auch die Zugangsvoraussetzungen für das Medizinstudium weiter liberalisieren. Wir sprechen uns für einen Wechsel vom System des Numerus clausus hin zu individuellen Bewerbungsverfahren an den Universitäten aus. Dementsprechend machen wir uns für eine Änderung des Staatsvertrags zur Zulassung zum Medizinstudium stark. Die derzeit vorherrschende Landarztquote in Bayern wird den enormen Bedarf an hausärztlichen Fachkräften auf dem Land nicht befriedigen können, stellt aber gerade junge Menschen vor eine gravierende Entscheidung. Dies lehnen wir ab.

Geschlechtermedizin in Forschung und Lehre ausbauen

Wir setzen uns dafür ein, dass geschlechtermedizinische Aspekte in medizinischen Studiengängen und Ausbildungen stärker thematisiert werden. Auch in der Forschung muss dieses Gebiet eine (vermehrte) Berücksichtigung finden – das gilt besonders auch für die Zusammenstellung der Teilnehmenden an klinischen Studien. Daher wollen wir einen geschlechtermedizinischen Lehrstuhl an einer Bayerischen Universität einsetzen. Auch bei öffentlichen Aufklärungskampagnen sollen geschlechterspezifische Symptomunterschiede stärker einbezogen werden. Symptomatik, Diagnostik und Behandlung unterscheiden sich zwischen den Geschlechtern teilweise deutlich. In der Praxis wird dieser Umstand aber weder im Gesundheitswesen, noch in Forschung und Lehre ausreichend berücksichtigt. Das hat schwerwiegenden Folgen für die Versorgungsqualität. Eine geschlechtersensible Lehre, erhöhte Repräsentation in klinischen Studien und öffentlichkeitswirksame Aufklärungskampagnen sind zur Verbesserung der Versorgungsqualität aus unserer Sicht unabdingbar.

Mehr Zeit für Menschlichkeit: Medizin und Pflege entbürokratisieren

Wir wollen Medizin und Pflege entbürokratisieren. Wir fordern daher die Einsetzung einer Expertenkommission zur Entbürokratisierung des Gesundheitssystems im Freistaat sowie der bayerischen Pflegegesetze (zum Beispiel AVPfeWoqG). Nicht nur die Bürokratie, sondern auch unsinnige Gesetze lähmen die Innovationskraft von Anbietern und gehören auf den Prüfstand. Viele Leistungserbringer in Medizin und Pflege haben große Probleme damit, die geltenden Anforderungen einzuhalten. Bauliche, konzeptionelle und personalbezogene Vorschriften sowie umständliche und unsinnige

Dokumentationspflichten schnüren die unternehmerische Freiheit ein und behindern teilweise die Versorgung von Menschen. Wir müssen den Leistungserbringern wieder mehr Vertrauen schenken und die Bürokratie auf ein Minimum reduzieren. Hierfür soll eine Kommission aus Fachleuten einberufen werden.

Zielgruppenspezifische Aufklärung und Prävention stärken

Wir wollen die zielgruppenspezifische Prävention und Aufklärung für Kinder, Jugendliche, Schwangere und junge Erwachsene stärken. Immer noch herrscht in vielen Bereichen Unwissenheit über die Wirkung und die Folgen legaler und illegaler Drogen. Dabei müssen auch nichtstoffliche Süchte wie etwa Arbeitssucht, Kaufsucht oder Spielsucht mehr in den Fokus gerückt werden. Mündige Konsumentinnen und Konsumenten, die gute Entscheidungen treffen, gibt es nur mit ausreichend Aufklärung und Prävention.

Neue Wohnformen und innovative Arbeitsplätze begünstigen

Wir wollen innovative Wohnformen in Bayern unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, die bestehenden Vorschriften zu vereinfachen, um solche Modelle zu ermöglichen. Auch die entsprechenden Förderprogramme auf Landesebene müssen weiterentwickelt werden. Neue Wohnmodelle wie Senioren-WGs, Seniorengenossenschaften oder ambulant betreute Wohngemeinschaften können die Antwort auf einige Herausforderungen des demographischen Wandels sein. Gleichzeitig können sie Probleme wie ineffiziente Wohnraumnutzung oder die Vereinsamung älterer Menschen lösen. Dafür müssen die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen wie die AVPfeWoqG (Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes und Weiterbildung in der Pflege und Hebammenkunde) liberalisiert werden.

Studienplätze für Psychotherapie schaffen

Zur Sicherstellung der psychotherapeutischen Versorgung wollen wir die Zahl der Studienplätze für Psychotherapie deutlich erhöhen. Seit der Reform der Psychotherapeutenausbildung erfolgt der Zugang zum Beruf des Psychotherapeuten durch ein direktes Studium der Psychotherapie (nicht mehr durch ein Studium der Psychologie). Im Wintersemester 2022/2023 gab es in ganz Bayern nur noch 75 Studienplätze für den neuen Psychotherapie-Master. Rechnerisch wären 350 Masterstudienplätze notwendig gewesen.

Tages- und Kurzzeitpflege ausbauen

Wir wollen die Zahl an Entlastungsangeboten wie Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege im Freistaat deutlich ausbauen. Pflegende Angehörige in Bayern brauchen dringend mehr Entlastung – sei es im Alltag durch eine Tagespflege oder in Krisensituationen durch eine Kurzzeitpflege. Doch im Freistaat herrscht aktuell ein eklatanter Mangel an solchen Angeboten. Wir wollen uns dieses wichtigen Themas annehmen. Hierzu wollen wir bestehende Förderprogramme weiterentwickeln und ausbauen sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Beispiel für die Einstreuung von Kurzzeitpflegeplätzen in akutstationären Einrichtungen anpassen und vereinfachen. Auch eine ausreichende Finanzierung solcher Angebote wollen wir sicherstellen.

Unterstützungsangebote an Schulen verbessern

Wir fordern ein funktionierendes Beratungs- und Unterstützungsangebot aus Schulpsychologie, Schulsozialarbeit und Beratungslehrertätigkeit an den bayerischen Schulen. So sollen psychische Belastungen, Entwicklungsstörungen und Lernstörungen früher erkannt und betroffenen Kindern und Jugendlichen schneller entsprechende Unterstützung vermittelt werden. Wo es notwendig ist, sollen hierfür die Anzahl der Stellen für Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Schulpsychologinnen und -psychologen erhöht werden. Jedes Kind verdient eine adäquate Förderung und Unterstützung gemäß den eigenen Stärken und Bedürfnissen. Diesem Anspruch können wir nur durch ausreichendes Personal gerecht werden.

Update für den Öffentlichen Gesundheitsdienst realisieren

Wir brauchen ein nachhaltiges Update für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD). Die Maßnahmen aus dem Pakt für den ÖGD wollen wir umsetzen, evaluieren und verbessern. Daneben wollen wir vor allem die Digitalisierung in den Behörden stärken und den Bereich ÖGD für junge Ärztinnen und Ärzte attraktiv machen. Nicht erst seit der Pandemie wissen wir, dass unser Öffentlicher Gesundheitsdienst an der Belastungsgrenze arbeitet. Um diesen Trend umzukehren, wollen wir den ÖGD moderner und attraktiver für jungen Nachwuchs machen. Besonders wollen wir die Digitalisierungsinfrastruktur und -kompetenz der Behörden stärken. Wir unterstützen die Forderung nach einem eigenständigen Tarifvertrag für den ÖGD und appellieren an die Sozialpartner, diesen einzuführen. Wir wollen mehr Weiterbildungsstellen und die Möglichkeit zur Famulatur (Praktikum) im Gesundheitsamt schaffen. Wir werden die Gesundheitsämter durch die Übertragung von Verbeamtungsuntersuchungen auf ausgewählte Vertragsärztinnen und Vertragsärzte entlasten.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Pflege fördern

Als FDP Bayern ist uns die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in der Pflege ein besonderes Anliegen. Deshalb werden wir in Kooperation mit den Kommunen modellhaft Förderangebote zur Entlastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Pflegeberufen etablieren. Der Freistaat soll sich hierzu finanziell an arbeitsplatznahen Maßnahmen wie etwa 24-Stunden-Kitas oder der Nachtpflege beteiligen. Auch Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements müssen verstärkt eingesetzt werden, um Pflegepersonal vor gesundheitlicher und psychischer Überlastung zu schützen. Außerdem sollte sich der Freistaat aus unserer Sicht auch an Projekten beteiligen, die dafür sorgen, dass Pflegekräften besonders in Ballungsgebieten günstiger Wohnraum zur Verfügung steht. Pflege ist kein „Nine to five“-Job. Viele Pflegebedürftige benötigen den ganzen Tag Unterstützung und Betreuung. Dass die damit einhergehenden Arbeitszeiten zu Problemen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf führen, versteht sich von selbst. Aktuell gehen in Bayern zwei Drittel der stationären und sogar drei Viertel der ambulanten Pflegekräfte in Bayern einer Teilzeitbeschäftigung nach, zumeist aus familiären Gründen. Daneben müssen auch die Arbeitsbedingungen in der Pflege generell verbessert werden.

Ausbildung zur Pflegefachhelferin / zum Pflegefachhelfer finanzieren

Wir wollen bei Neugründungen von Pflegeschulen die einjährige Ausbildung zur Pflegefachhelferin/ zum Pflegefachhelfer bereits ab dem ersten Jahr in vollem Umfang finanzieren. Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz werden wir dahingehend ändern. Der Personalmangel in der Pflege ist eine der größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft. In der Zukunft fehlen nicht nur examinierte Pflegefachkräfte: Auch das angelernte Hilfspersonal wird dringend benötigt und händeringend gesucht. Allerdings wird die einjährige Ausbildung von Helferinnen und Helfern vom Freistaat Bayern in den ersten Jahren nach Schulgründung bis zur staatlichen Anerkennung nicht voll, sondern lediglich teilfinanziert. Dieser Umstand hindert viele Bildungsträger daran, neue Schulen zu gründen und ein entsprechendes Angebot an Kursen zur Verfügung zu stellen.

Wartezeiten auf einen Therapieplatz reduzieren

Wir fordern mehr Kassensitze für Psychotherapeutinnen und -therapeuten, um überlange Wartezeiten zu vermeiden. Dies gilt insbesondere auch für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten. Die bayrische Staatsregierung soll sich auch auf Bundesebene für dieses Ziel einsetzen. Wir unterstützen ausdrücklich die Reform der Bedarfsplanung. Abhängig vom Schweregrad der Belastung sollen Betroffene innerhalb von zwei Wochen ein Therapieplatzangebot erhalten. Die Wartezeit bis zum tatsächlichen Behandlungsbeginn einer ambulanten Psychotherapie für Erwachsene liegt in Bayern aktuell bei etwa 19 Wochen. Bei Kindern und Jugendlichen wird je nach Region von 25 Wochen bis zu einem Jahr gesprochen - das ist deutlich zu lang.

Keine Stigmatisierung von psychisch Kranken

Wir kämpfen gegen die Stigmatisierung von psychisch Kranken. Aus diesem Grund werden wir den Artikel 27 Absatz 4 BayPsychKHG umgehend streichen. Dieser schreibt bei Entlassung aus einer psychiatrischen Unterbringung eine „personenbezogene Meldung“ an die Polizei vor. Ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, das seinen Namen wirklich verdient, darf solchen pauschalen Unterstellungen jedoch keinen Raum geben. Auch ganz allgemein muss der Stigmatisierung und Kriminalisierung psychischer Erkrankungen der Kampf angesagt werden. Zur angemessenen Unterstützung von Betroffenen braucht Bayern flächendeckend ausreichend und wohnortnahe psychiatrische Angebote. Insbesondere gilt das für Angebote für Kinder und Jugendliche, aber auch für Kriegsflüchtlinge. Hier müssen fremdsprachige Angebote ausweitert werden. Eine angeordnete Unterbringung ohne strafrechtlich relevanten Hintergrund muss in erster Linie der Genesung dienen. Die Wahrung von Bürgerrechten sollte dabei künftig noch engmaschiger überwacht werden.

„Vereinigung der Pflegenden in Bayern“ weiterentwickeln

Wir fordern die Schaffung eines Pflegerings, der ohne Zwangsmitgliedschaft und finanzielle Abhängigkeit vom Staat die Interessen der Pflegenden vertreten kann. Dieser soll bei allen pflegerelevanten Themen in der Politik Gehör finden. Der Mitgliedsbeitrag für Pflegende muss staatlich besonders gefördert werden. Eine Pflegekammer lehnen wir ab. Eine starke Interessenvertretung für die Pflege ist eine wichtige Grundlage zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Allerdings sehen wir, dass das Konzept der verpflichtenden Pflegekammer weder von den Angehörigen des Berufs angenommen wird, noch mit unseren Prinzipien der Selbstbestimmung und Freiwilligkeit konform geht. In Bayern wurde 2018 die „Vereinigung der Pflegenden in Bayern“ gegründet. Wir begrüßen dieses System, möchten aber eine stärkere Unabhängigkeit vom Freistaat erreichen.

Freiheit und Menschenrechte weltweit

Wir wollen die internationalen und insbesondere europäischen Beziehungen Bayerns vorantreiben. Bayern profitiert wie kein anderes Bundesland von freiem Handel. Ein Großteil unseres Wohlstandes geht darauf zurück. Europa ist nicht nur Bayerns stärkster Absatzmarkt, sondern auch unser Herzensanliegen. Dank der EU können Bayerinnen und Bayern europaweit frei reisen, studieren und arbeiten. Wir setzen uns besonders für freundschaftliche, enge und kooperative Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn Österreich und Tschechien ein. Eines der größten Risiken für die wirtschaftliche Zukunft Bayerns ist der wachsende Fachkräftemangel. Nicht zuletzt deshalb setzen wir uns für eine verstärkte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus dem europäischen und internationalen Ausland ein und werden entsprechend gezielte Anwerbungsprogramme, etwa über die bayerischen Auslandsrepräsentanzen, initiieren. Zugezogenen Menschen – auch jene, die auf ihrer Flucht zu uns gekommen sind – werden wir die Integration in unsere Gesellschaft und den Arbeitsmarkt so einfach und unbürokratisch wie möglich machen. Spätestens der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich gemacht, dass unser Land resilienter und auf feindliche Angriffe besser vorbereitet sein muss. Deshalb wollen wir die dafür nötigen Kapazitäten und Fachkompetenzen ausbauen.

Bayern für die Welt öffnen

Wir setzen uns für eine verstärkte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus dem europäischen und internationalen Ausland ein. Dafür werden wir gezielte Anwerbungsprogramme, etwa über die bayerischen Auslandsrepräsentanzen, initiieren. Die Basis hierfür hat die Bundesregierung mit dem ersten Migrationspaket bereits gelegt. Dieser schafft erstmals einen längst überfälligen klaren Rahmen für geordnete Einwanderung. Zugezogenen Menschen, auch solchen, die auf ihrer Flucht zu uns gekommen sind, werden wir die Integration in unsere Gesellschaft und den Arbeitsmarkt so einfach und unbürokratisch wie möglich machen. Dazu sollten etwa ausländische Abschlüsse unkomplizierter anerkannt und ausreichend Deutschkurse angeboten werden. Wir fordern zudem eine digitalisierte Beantragung und Bearbeitung sowie eine deutlich zügigere Terminvergabe und Bearbeitung der Visum-Verfahren. Ziel muss es sein, ein Visum binnen vier Wochen auszustellen. Bayern ist ein weltoffenes Land: Eines der größten Risiken für die wirtschaftliche Zukunft Bayerns ist der wachsende Fachkräftemangel. Deutschland ist ein Einwanderungsland. In einem Land, in dem viele Menschen selbst oder aber ihre Vorfahren nach Deutschland eingewandert sind, ist diese Feststellung banal – trotzdem ist sie jahrelang von politischen Entscheidungsträgern verkannt worden. Einwanderung darf nicht kurzfristig und ideologisch, sondern muss vorausschauend und realistisch gestaltet werden. Als Einwanderungsland befinden wir uns in einem globalen Wettbewerb um Arbeitskräfte, für den wir aktuell nicht gut aufgestellt sind. Der Arbeits- und Fachkräftemangel im deutschen Arbeitsmarkt ist immens. Er ist für jeden von uns spürbar und sichtbar: in Betrieben, im Gesundheitswesen, im Handwerk, im Mittelstand oder in der Gastronomie.

Bayerns Vertretungen in der Welt stärken

Wir stehen zu Bayerns Vertretungen in der ganzen Welt. Zum einen helfen sie dem Freistaat dabei, selbst Partnerschaften für Projekte – wie etwa Klimapartnerschaften – zu finden. Zum anderen können sich Unternehmen auf diesem Weg besser und einfacher über Investitionen in Bayern informieren. Der Freistaat unterhält aktuell eine Reihe von Auslandsrepräsentanzen in der ganzen Welt. Die Repräsentanzen in Prag (Tschechien), Québec (Kanada), Tel Aviv (Israel) und Kiew (Ukraine) sowie London (Großbritannien) sind als ressortübergreifende Vertretungen unmittelbar der Staatskanzlei zugeordnet. Darüber hinaus unterhält Bayern ein Afrikabüro in Addis Abeba (Äthiopien). Zudem unterhält das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft rund 30 Auslandsrepräsentanzen in der ganzen Welt, um für den Standort Bayern zu werben.

Englisch als zweite Verwaltungssprache einführen

Wir fordern die flächendeckende Einführung von Englisch als zweite Verwaltungssprache in Bayern. Beamtinnen und Beamte mit Bürgerkontakt sollen entsprechend geschult werden. Zudem sollten staatliche Websites, Wegweiser, Durchsagen und Informationsmaterialien zunehmend mehrsprachig zur Verfügung stehen. Im grenznahen Raum zu Tschechien sollte dies insbesondere Tschechisch umfassen. Dort sollten auch tschechische Sprachkurse an Schulen und Volkshochschulen angeboten werden. Ebenso wollen wir eine Website und eine Hotline auf Tschechisch einrichten, die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen auf ihrem Weg nach Bayern unterstützt. Bayern ist Deutschlands Tor zur Welt. Jedes Jahr besuchen Millionen von Touristinnen und Touristen unseren schönen Freistaat. Um nicht nur für diese, sondern insbesondere auch für qualifizierte Fachkräfte noch attraktiver zu werden, sollte es auch hier zum Standard werden, dass relevante öffentliche Informationen auch auf Englisch beziehungsweise Tschechisch verfügbar sind. Andernorts ist das längst üblich.

Bayern als guten Nachbarn stärken

Wir setzen uns für freundschaftliche, enge und kooperative Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn ein, insbesondere zu Österreich und Tschechien. Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verstärken – unter anderem in der Kriminalitätsbekämpfung, der Umweltpolitik und Infrastrukturplanung, im grenzüberschreitenden Verkehr sowie im Katastrophenschutz. Dazu soll je eine beauftragte Person der Staatsregierung für Österreich und Tschechien eingesetzt und ein regelmäßiger, strukturierter und enger Austausch der entsprechenden Behörden und Verbände auf Landes-, Bezirks- und Landkreisebene etabliert werden. Zum besseren Austausch mit unseren Nachbarn möchten wir außerdem parlamentarische Freundschaftsgruppen zwischen Bayern und Österreich/Tschechien gründen und regelmäßige gemeinsame Kabinettsitzungen nach dem Vorbild des deutsch-französischen Ministerrates abhalten. Um unsere Völkerfreundschaft auch im zivilgesellschaftlichen Bereich zu verankern, wollen wir gemeinsame Sport- und Kulturveranstaltungen sowie Austauschprogramme von Schulen, Hochschulen, Ausbildungseinrichtungen und Behörden etablieren und fördern. Dies kann auch weitere Länder wie die Schweiz, Italien und Liechtenstein umfassen. Österreich und Tschechien sind wichtige Handelspartner Bayerns. Nicht zuletzt die medizinische Unterstützung während der Corona-Pandemie und die gemeinsame Bekämpfung der Waldbrände im deutsch-tschechischen Grenzgebiet haben gezeigt, dass auch gegenseitige Solidarität und Hilfe im Katastrophenfall wichtig sind. Unterschiedliche Regelungen auf beiden Seiten der Grenze, zuletzt etwa bei Einreise und Quarantäne, können hingegen zu Reibungen führen. Daher ist eine enge Abstimmung mit unseren österreichischen und tschechischen Freunden unabdingbar. Statt Streitpunkten wie der LKW-Blockabfertigung in Tirol vor allem konfrontativ zu begehen, setzen wir in solchen Fällen auf Kooperation und Dialog.

Grenzschutz ist Bundessache

Wir fordern die Abschaffung der „Bayerischen Grenzpolizei“. Diese verfügt ohnehin über keine grenzpolizeilichen Befugnisse, wie der Bayerische Verfassungsgerichtshof klargestellt hat: Sie darf beispielsweise niemanden an der Grenze zurückweisen. Für den Grenzschutz ist in Deutschland allein die Bundespolizei zuständig. Die Dienststellen der sogenannten „Bayerischen Grenzpolizei“ sollen wie zuvor als Fahndungsdienststellen (Polizeiinspektion Fahndung) geführt werden. Unser Ziel bleibt es, die EU-Außengrenzen so effektiv zu schützen, dass dauerhafte Grenzkontrollen innerhalb der EU wieder überflüssig werden.

Bayern als Exportland stärken

Wir werden bayerische Unternehmen im Ausland über die bayerische Außenwirtschaftsförderung unterstützen und den Handel mit Bayern fördern. Hierzu soll sich Bayern für die Aufhebung von Handelsbarrieren, für neue Freihandelsabkommen und gegen Protektionismus oder übermäßige Subventionen einsetzen. Auch innerhalb Bayerns werden wir bestehendes Landesrecht auf ungerechtfertigte Handelshürden überprüfen und diese abschaffen. Bayern profitiert wie kein anderes Bundesland vom internationalen und insbesondere europäischen Handel. Ein Großteil unseres

Wohlstandes geht darauf zurück. Nicht zuletzt deshalb wollen wir weiterhin gute Beziehungen zum Ausland pflegen.

Dahoam in Bayern, Europa im Herzen

Wir werden uns gleichermaßen in und als Bayern für eine weitere Stärkung und die weitere Integration in die Europäische Union einsetzen – etwa über die bayerische Landesvertretung in Brüssel oder den Ausschuss der Regionen. Wo wir nach Landesrecht zuständig sind, werden wir EU-Recht eins zu eins umsetzen und rechtlich nicht weiter „draufsatteln“. Hinsichtlich der EU-Agrarsubventionen setzen wir uns für eine schrittweise Abschmelzung der sogenannten „Ersten Säule“ (Flächensubventionen) ein. Bayerns Zukunft liegt in einem geeinten Europa. Europa ist nicht nur Bayerns stärkster Absatzmarkt, sondern auch unser Herzensanliegen. Dank der EU können Bayerinnen und Bayern europaweit frei reisen, studieren und arbeiten. Zudem profitieren insbesondere unsere Landwirtinnen und Landwirte, aber auch Kultur- und Bildungseinrichtungen und andere Bereiche von europäischen Fördertöpfen.

Die FDP als Garant für Subsidiarität

Wir machen uns dafür stark, dass der Landtag seine Rolle in EU-Gesetzgebungsverfahren ernst nimmt. Dazu gehört das Frühwarnsystem der Subsidiaritätsrüge. Als FDP werden wir unsere Rolle im Landtag als Garant für die Subsidiarität wahrnehmen. Die Subsidiaritätsrüge erlaubt es dem Bayerischen Landtag, über die Staatsregierung und den Bundesrat Entwürfe von EU-Rechtsakten bereits frühzeitig auf Einhaltung der EU-Zuständigkeit und des Subsidiaritätsprinzips zu überprüfen. Der Grundsatz der Subsidiarität besagt, dass die EU – außer in den Bereichen, in denen sie ausschließliche Befugnisse hat – nur dann tätig werden darf, wenn ein Handeln auf EU-Ebene wirkungsvoller ist als auf nationaler Ebene. Die Anwendung dieses Grundsatzes wiederum wird von den nationalen und den Landesparlamenten überwacht.

Starke Stimme im Ausschuss der Regionen

Wir setzen uns dafür ein, dass Bayern eine starke Stimme im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) hat. Nur so kann Bayern seine berechtigten Anliegen frühzeitig in EU-Gesetzgebungsvorhaben einbringen. Der AdR vertritt die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in der Europäischen Union. Seine Hauptfunktion besteht darin, zu allen für die Regionen und Kommunen relevanten EU-Vorhaben Stellungnahmen abzugeben. Neben diesen Berichten (Stellungnahmen) zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission müssen Kommission, Rat und Parlament der Europäischen Union vor Beschlussfassung die lokalen und regionalen Regierungen in Bereichen anhören, die diese betreffen (zum Beispiel in den Bereichen Bildung und öffentliche Gesundheit).

Bayern resilienter gegen Cyberangriffe machen

Wir wollen Bayern auf geopolitische Krisen oder feindliche Angriffe, etwa im virtuellen Raum, besser vorbereiten. Hierzu wollen wir die entsprechenden Kapazitäten und Fachkompetenzen bei der bayerischen Polizei und dem Verfassungsschutz ausbauen. Regelmäßig müssen alle behördlichen Einrichtungen sowie die kritischen Infrastrukturen auf ihre IT-Sicherheit hin überprüft und technisch ertüchtigt werden. Damit die Polizei auch in Zukunft hervorragende Arbeit leisten kann, muss sie auf Veränderungen der Rahmenbedingungen in ihrer Arbeit vorbereitet sein. In den letzten Jahren hat sich ein deutlicher Anstieg der Cyberkriminalität gezeigt. Dem müssen wir Rechnung tragen, indem wir den Polizeibeamtinnen und -beamten die entsprechende Ausstattung an die Hand geben, um gegen solche Straftaten vorgehen zu können. Dabei gilt: Bestehende Gesetze müssen besser zur Anwendung kommen, statt weiter verschärft zu werden – neue Befugnisse für die Polizei lehnen wir daher ab. Auch das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Aus unserer Sicht muss die Rechtsdurchsetzung dort verstärkt werden: Eigene „Online-Streifen“ sollen die Strafverfolgung im öffentlich zugänglichen digitalen Raum verbessern. Das digitale Briefgeheimnis und das Recht auf Verschlüsselung gelten dabei ausnahmslos. Um Betroffenen und Opfern eine niedrigschwellige Anlaufstelle zu ermöglichen, bauen wir die bayerische Online-Wache aus.

Agile Cybersicherheitsstrategie implementieren

Wir brauchen eine tatsächlich umsetzbare und agile Cybersicherheitsstrategie. Bestandteile davon müssen das konsequente Schließen von Schwachstellen und das Recht auf Verschlüsselung sein. Wir setzen uns auf allen Ebenen für „security-by-design“ und „privacy-by-design“ ein: Schwachstellen in Sachen Sicherheit und Privatsphäre müssen bereits bei der Entwicklung von Hard- und Software berücksichtigt werden. Die vorhandenen Kompetenzen auf Ebene des Freistaates müssen gestärkt und ausgebaut werden. Vor allem die Kommunen werden von der Landesregierung aktuell alleine gelassen. Wir wollen, dass Know-how in Sachen IT-Sicherheit für alle Gemeinden verfügbar wird. Dabei muss geprüft werden, welche Aspekte der IT-Sicherheit in welcher Form sinnvollerweise zentral angesiedelt werden können – mit klaren Kompetenzabgrenzungen und ohne Doppelstrukturen.

Bundeswehr und NATO in Bayern attraktiver machen

Wir wollen die Bundeswehrstandorte in Bayern erhalten und attraktiver machen. Dazu müssen insbesondere ausreichend feste und bezahlbare Unterkünfte für Soldatinnen und Soldaten an allen Standorten zur Verfügung stehen – nach dem Grundsatz „ein Mensch, ein Bett, ein Spind“. Hierfür könnten etwa Kontingente bei privaten Wohnungsbaugesellschaften angemietet und bezahlbar zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus wollen wir bestehende Mängel an den Standorten beheben und alle mit WLAN ausstatten. Wir unterstützen den Bund und die Bundeswehr bei der Sanierung von Bundeswehrstandorten, indem wir: (1) Personalabstellungen der Reserve bei der Bayerischen Staatsbauverwaltung durch beschleunigte Einarbeitung und unbürokratische Arbeitsprozesse integrieren (2) Bearbeitungszeiten durch die Nutzung von innovativen Wiederholungs- und Standardplanungen in der Bayerischen Staatsbauverwaltung verkürzen und (3) in begründeten Notfällen eine Priorisierung von Bauvorhaben der Bundeswehr bei der Bayerischen Staatsbauverwaltung ermöglichen. Auch die Kapazitäten der Kinderbetreuung müssen durch die Schaffung neuer Einrichtungen oder Kooperationen mit lokalen Anbietern deutlich ausgeweitet werden. Nicht zuletzt wollen wir auch den gesellschaftlichen Austausch mit Soldaten, Soldatinnen und Veteranen der Bundeswehr stärken. Wir akzeptieren es nicht, wenn Soldatinnen und Soldaten der Zutritt zu staatlichen Institutionen wie Schulen oder Universitäten verweigert wird. Nur durch einen Austausch kann die Bundeswehr als natürlicher Teil der Bundesrepublik in der Mitte der Gesellschaft wahrgenommen und akzeptiert werden. Zusätzlich fordern wir mehr Präsenz der Bundeswehr im Alltag – beispielsweise durch die Durchführung von mehr öffentlichen Gelöbnissen. Nach wie vor gibt es an zahlreichen Standorten immense Probleme bei der Unterbringung von Soldatinnen und Soldaten, insbesondere in Einzelstuben. Viele Unterkünfte weisen nicht hinnehmbare Mängel auf. Verschärfend kommt hinzu – auch durch die Refokussierung auf die Landes- und Bündnisverteidigung – dass die Kinderbetreuung und damit die Vereinbarkeit von Familie und Dienst teils nicht mehr gewährleistet werden kann.

Sichtbarkeit der Bundeswehr in Bayern erhöhen

Analog zu den öffentlichen Gelöbnissen wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern, die in der Nähe von Bundeswehrstandorten leben, die Möglichkeit des Zugangs zur Bundeswehr geben. Deshalb werden wir gemeinsam mit dem Bund eine Initiative starten, die auf Kooperationen zwischen Städten, Gemeinden und den lokalen Kasernen abzielt, um einen jährlichen Tag der offenen Tür zu ermöglichen. So können Bürgerinnen und Bürger mit den Soldatinnen und Soldaten, die am Standort arbeiten und leben, in Austausch treten. Diese Tage können auch in Form von Abend- und Diskussionsveranstaltungen stattfinden. Der Freistaat Bayern kann ebenfalls einen Beitrag zum Verständnis von Sicherheit und der Aufmerksamkeit für die Bundeswehr leisten: Wir wollen im Freistaat einen „Tag des öffentlichen Dienstes“ einführen. Dieser Tag soll Schülerinnen und Schüler vor dem Abschluss der mittleren Reife über den freiwilligen, zivilen und militärischen Staatsdienst, dessen Hintergründe sowie über Vor- und Nachteile informieren. Dabei muss eine ausgewogene neutrale Darstellung stattfinden, im Sinne der im Beutelsbacher Konsens formulierten Grundsätze politischer Bildung. Künftig soll zudem Sicherheitsbildung als Teil der politischen Bildung in die Schullaufbahn integriert werden. Dieser Themenbereich zielt nicht konkret auf Informationen über die Bundeswehr, sondern auf eine verbesserte

Wahrnehmung des Konzepts „Sicherheit“ bei Schülerinnen und Schülern ab. Zentrale Themen sollen zum Beispiel Sicherheitskonzepte, darin involvierte Institutionen sowie Unterschiede zwischen innerer und äußerer Sicherheit sein.

Freiheit und Menschenrechte weltweit schützen

Wir fordern, dass der Freistaat Bayern sich im Rahmen seiner Möglichkeiten weltweit für Demokratie und Freiheit einsetzt und diese etwa in Form zivilgesellschaftlicher Kooperationen und Bildungsmaßnahmen unterstützt. Bayern darf keine Kooperationen mit autoritären Regimen eingehen. Menschen, die wegen politischer Verfolgung nach Bayern fliehen müssen, müssen hier auf unseren Schutz und die Wahrung ihrer Sicherheit zählen können. Das bedeutet auch, dass Einschüchterungsversuche oder gar Überfälle durch ausländische Agenten effektiv verhindert werden müssen.

Solidarität mit der Ukraine

Die Freiheit Europas von Aggression und Autoritarismus wird gerade in der Ukraine verteidigt. Russland hat das Land attackiert, weil es Richtung Europa, Richtung Demokratie und Richtung Selbstbestimmung strebte. Wir werden eine solche gewaltsame, imperiale Landnahme niemals akzeptieren und stehen daher entschlossen solidarisch an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer. Das bedeutet konkret, dass wir das Land und die Menschen weiterhin mit finanziellen Mitteln, humanitärer Hilfe und allen Waffen unterstützen werden, die sie für ihren Verteidigungskampf benötigen. Es bedeutet auch, dass wir jene Menschen, die vor dem Krieg zu uns flüchten, selbstverständlich und unkompliziert bei uns aufnehmen und ihnen Wohnung, Arbeit, Betreuung und Ausbildung anbieten. Deshalb müssen Menschen aus der Ukraine weiter unbürokratisch Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen erhalten, Abschlüsse anerkannt und (ukrainischsprachige) Betreuungs- und Beschulungsangebote ermöglicht werden. Wohnsitzauflagen sollen komplett entfallen. Die Vermittlung und Finanzierung von Privatwohnungen soll erleichtert werden. Nach dem Krieg soll Bayern die Ukraine auch beim Wiederaufbau des Landes unterstützen. Damit es möglichst schnell zum Frieden kommt, muss Russland dazu gezwungen werden, sich aus dem ukrainischen Staatsgebiet zurückzuziehen – dies sollte auch durch eine weitere Verschärfung der Wirtschaftssanktionen forciert werden. Wir unterstützen zudem den ukrainischen Wunsch nach einem Beitritt zu EU und NATO, um weitere Angriffe in Zukunft zu verhindern. Kommunale Partnerschaften, wie etwa zwischen München und Kiew, wollen wir verstärken, um die Ukraine auch zivilgesellschaftlich zu unterstützen.

Chinesische Spionage auf bayerischen Diensthandys verhindern

Wir fordern ein striktes Verbot der Installation der TikTok-App auf Diensthandys bayerischer Staatsdiener. Dort wo die App bereits installiert ist, soll sie unverzüglich gelöscht werden. Die beliebte Plattform TikTok ist kein soziales Medium wie jedes andere, sie ist auch ein Propaganda- und Spionageinstrument des chinesischen Regimes.

Chinesischen Einfluss an Universitäten begrenzen

Wir wollen die politische Einflussnahme der chinesischen Regierung auf bayerische Hochschulen, insbesondere über die sogenannten „Konfuzius-Institute“, begrenzen. Deren staatliche Finanzierung wollen wir – wo sie noch existiert – beenden. Wir fordern alle Hochschulen auf, mögliche Kooperationen zu überprüfen und wenn möglich einzustellen. Jede Hochschule sollte sich zudem eine Awareness-Strategie für ausländische Einflussnahme geben. An den Konfuzius-Instituten können kritische Themen wie die Tibet-Frage, die Menschenrechtsverletzungen gegenüber Uiguren oder das gewaltsame Vorgehen gegen Demonstranten in Hongkong nicht thematisiert werden. Hinter scheinbar harmlosen Teezeremonien und Sprachkursen versteckt sich die eiskalte Propaganda eines autoritären Regimes. So etwas hat an unseren Hochschulen nichts verloren.

Politik, die rechnen kann

Als FPD Bayern machen wir uns für solide Staatsfinanzen stark, damit der Staat auch in Zukunft Handlungsspielräume hat. Was für Bürgerinnen und Bürger selbstverständlich ist, muss auch für den Staat und die Politik gelten: Man sollte nicht mehr Geld ausgeben, als man hat. Letztlich bedeutet eine nachhaltige Haushaltspolitik auch Generationengerechtigkeit. Deshalb fordern wir die Einhaltung der Schuldenbremse – denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Wir wollen, dass der Staat mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger vernünftig umgeht und es sinnvoll investiert. Wir setzen uns dafür ein, Förderprogramme zu hinterfragen und deren Kontrolle nachvollziehbarer zu gestalten. Fehlgeleitete und nicht nachhaltige Subventionen müssen auf den Prüfstand. Den Länderfinanzausgleich wollen wir überarbeiten und so gestalten, dass solide Haushaltspolitik nicht bestraft wird.

Abschlussprüfer öfter wechseln

Wir fordern bei Firmen im kommunalen Mehrheitsbesitz auf Staats- und Kommunalebene einen Wechsel der Abschlussprüfer in engerem Turnus. Bei Firmen mit einer Bilanzsumme über 500 Millionen Euro soll der Wechsel alle fünf Jahre erfolgen. Kleinere Firmen sollten alle acht Jahre einen anderen Abschlussprüfer einsetzen müssen.

Zeitenwende im Haushaltsrecht einleiten

Wir fordern die Ablösung des Kameralistik-Systems und die Einführung der doppelten Buchführung (Doppik) für den Freistaat. Pensionskosten, die Ertüchtigung der Infrastruktur und die Folgekosten von Förderprogrammen sind verpflichtende Ausgaben, die kommende Generationen bewältigen müssen. Das Erfassen aller Staatsausgaben und deren transparente Darstellung sind für künftige Haushalte und Programme unabdingbar.

Investitionen auf ihre CO₂-Effizienz überprüfen

Wir fordern auf Staats- und Kommunalebene eine CO₂-Bilanz für Baumaßnahmen. Analog zur finanziellen Effizienz einer Investition muss auch eine Bilanz der CO₂-Effizienz vorhanden sein. Daher muss bereits in der Planungsphase einer staatlichen Investition errechnet werden, wie viel CO₂ beim Bau verursacht wird. Mindestens innerhalb von zehn Jahren nach Fertigstellung muss diese Menge an CO₂ wieder eingespart werden. Kurz gefasst fordern wir also eine zehnjährige CO₂-Abschreibung. Wir müssen auch grundsätzlich davon wegkommen, bestimmte Investitionen von vornherein als CO₂-emissionsarm anzusehen: Ein Fahrradweg an einer stark frequentierten Landstraße kann die Sicherheit für Fahrradfahrer erhöhen und die Menschen dazu motivieren, öfter auf das Auto zu verzichten – insbesondere, wenn sie aufgrund von Staus mit dem Rad schneller ans Ziel kommen. Aus ideologischen Gründen an jeder Landstraße in einem Landkreis Fahrradwege zu bauen, obwohl die Strecken kaum befahren sind oder es bereits einen – zum Beispiel durch einen Wald verlaufenden – parallelen Fahrradweg gibt, wird nicht den gewünschten Erfolg bringen. Solche Maßnahmen verschwenden finanzielle Ressourcen und erhöhen den CO₂-Ausstoß, statt ihn zu senken. Wir fordern daher nicht nur, dass eine Investition ihren CO₂-Ausstoß aus der Bauphase mindestens innerhalb von 10 Jahren amortisieren soll. Aus unserer Sicht muss darüber hinaus geprüft werden, ob bei gleichem finanziellem Aufwand eine andere Investition mehr CO₂ einsparen könnte oder das beim Bau verursachte CO₂ schneller wieder hereinholen kann – dass also entweder der ökologische Nutzen schneller eintritt oder in den Folgejahren ein höherer ökologischer Nutzen bei gleichen Kosten entsteht. Nur durch die Verknüpfung der knappen finanziellen Mittel mit einer hohen Effizienz bei der CO₂-Einsparung können wir die gesteckten CO₂-Ziele erreichen.

Vereinfachung, Verschlankeung und Entbürokratisierung des Steuerrechts

Wir als FDP Bayern fordern die Vereinfachung und Verschlankeung des Steuerrechts. Dieser Schritt führt zu einem schlankeren Staat und mehr Transparenz. Der Abbau von Bürokratie und Komplexität macht die Steuererhebung effizienter. Ausnahmslos alle Änderungen der Steuergesetze in der Vergangenheit

fürten zu einem komplexeren Steuerrecht. Ziel sollte es hingegen sein, das Steuerrecht zu vereinfachen und zu verschlanken und so einen geringeren Erhebungsaufwand zu erreichen. Sowohl auf der Seite der Finanzverwaltung als auch seitens der Steuerpflichtigen würde dies zu einer echten Entlastung führen. Auch der Fachkräftemangel, der sich jetzt schon in diesem Bereich bemerkbar macht, unterstreicht die Dringlichkeit derartiger Vereinfachungen.

Generationengerechte Haushaltspolitik einführen

Wir fordern die Einhaltung der Schuldenbremse im Freistaat. Mögliche Mindereinnahmen müssen durch Ausgabensenkungen an anderer Stelle kompensiert werden. Genügend Spielräume für Einsparungen bieten sich aus unserer Sicht auch in konjunkturell schwachen Zeiten. Die Staatsregierung muss einen Tilgungsplan vorlegen, der eine vollständige Schuldenfreiheit bis 2040 vorsieht. Mit dem Abbau der Schulden von derzeit 37 Milliarden Euro soll bereits 2024 begonnen werden. Ein Schuldenverbot in wirtschaftlichen Normalsituationen halten wir für zwingend, um die Belastungen für künftige Generationen zu begrenzen.

Gewerbesteuerreform – für verlässliche Steuereinnahmen der Kommunen

Wir wollen Kommunen im Freistaat mehr finanzielle Sicherheit geben. Aus unserer Sicht sind die kommunalen Finanzen aktuell zu sehr von der Konjunktur und den Leistungen des Freistaats im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs abhängig. Wir wollen diese Unsicherheit beseitigen, indem wir eine konjunkturunabhängige Gewerbesteuer einführen. Langfristig muss die Gewerbesteuer durch einen kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Körperschaftsteuer und auf die zuvor abgesenkte Einkommensteuer ersetzt werden. Die Kommunen müssen zudem einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer zu Lasten des Länderanteils erhalten.

Prinzip „Zielorientierte Ausgaben mit Wirkung“ im Haushalt einführen

Wir fordern die Einführung einer ziel- und wirkungsorientierten Haushaltsführung. Staatsausgaben müssen sich an dem Prinzip „Zielorientierte Ausgaben mit Wirkung“ orientieren. Das bedeutet, sie müssen ziel- und wirkungsgenau geplant und umgesetzt werden. Über Wirkungsindikatoren muss in regelmäßigen Abständen der Grad dieser Zielerreichung gemessen werden.

Staatsausgaben einer Kosten-Nutzen-Analyse unterziehen

Wir fordern ab einer bestimmten Höhe eine regelmäßige Kosten-Nutzen-Analyse bei Ausgaben des Freistaates. Liegt der Nutzen dauerhaft unterhalb der Kosten, soll dieser Ausgabenposten gestrichen werden.

Jährlichen Bericht zu Förderprogrammen einführen

Um die Effizienz der Förderprogramme in Bayern sicherzustellen, fordern wir die Erstellung eines jährlichen Förderberichts. Dieser soll für jedes Förderprogramm Bewertungsmaßstäbe wie die Abrufquote, eine Kosten-Nutzen-Analyse und den Grad der Zielerreichung enthalten.

Mittel für wenig genutzte Förderprogramme kürzen

Wir wollen Förderprogramme, die über mehrere Jahre geringe Abrufquoten haben, kürzen oder abschaffen. Der Haushalt muss auf realistischen Berechnungen beruhen und darf nicht – ausschließlich der Außenwirkung wegen – aus überdimensionierten Ausgabenposten bestehen.

Implizite Schulden transparent machen

Wir fordern, dass bestehende und zukünftige staatliche Verpflichtungen wie Pensionszahlungen, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen vollständig quantifiziert und im Haushalt offengelegt werden. Nur so lässt sich verlässlich eine zukunftsorientierte Fiskalpolitik durchführen.

Pensionsfonds zukunftsfähig machen

Angesichts der demografischen Entwicklung werden die seit Jahren konstanten Zuführungen zum Sondervermögen Pensionsfonds in Höhe von jährlich 110 Millionen Euro nicht ausreichen. Wir schlagen daher eine dauerhafte Erhöhung um 10 Millionen Euro ab 2024 vor. Generationengerechtigkeit darf keine Worthülse bleiben. Um die künftigen Generationen schon heute zu entlasten, muss im Staatshaushalt eine größere Vorsorge eingerichtet werden. Das kann auch ein Beitrag zur Vermeidung von späteren Steuer- und Abgabenerhöhungen sein. In diesem Zusammenhang muss eine Gesamtübersicht erstellt werden, die nicht nur neue Verpflichtungen berücksichtigt, sondern auch schon bestehende Verpflichtungen identifiziert.

Effizienz verbessern, Verwaltung verschlanken

Der Stellenzuwachs innerhalb der Staatsregierung hat sich in den letzten Jahren unverhältnismäßig erhöht. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sollen verstärkt Synergieeffekte mit Hilfe digitaler Verfahren genutzt werden. Der Bayerische Normenkontrollrat veröffentlicht seine Ergebnisse dazu.

Gesamtkonzept zum Bürokratieabbau vorlegen

Bayern braucht endlich ein Gesamtkonzept zum Bürokratieabbau. Eine gute Gesetzgebung mit einer effizienten und aufwandsarmen Umsetzung der politisch gewünschten Regulierungsinhalte erfordert ein systematisches Herangehen. Vorbild hierfür kann das Konzept des Nationalen Normenkontrollrates sein. Das Konzept muss schrittweise umgesetzt und weiterentwickelt werden können. Entscheidend sind klare und messbare Ziele. Insgesamt muss das Gesamtkonzept die effektive Kostenbegrenzung und bessere Rechtsetzung im Blick haben. Zentraler Pfeiler ist ein funktionierender und starker Bayerischer Normenkontrollrat, der im Voraus Regelungen auf Nachvollziehbarkeit, Plausibilität und die zu erwartenden jährlichen und einmaligen Kosten prüft. Der Normenkontrollrat muss überparteilich zusammengesetzt und demokratisch legitimiert sein. Er muss seine Entscheidungen transparent machen und insbesondere zur Auskunft gegenüber der Legislative verpflichtet werden.

Staatliche Beteiligungen reduzieren

Wir fordern, öffentliche Ausgaben verstärkt für Investitionen zu verwenden und stattdessen konsumtive Ausgaben zu verringern. Schwerpunkte sollen Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Forschung und Entwicklung sein. Alle staatlichen Beteiligungen des Freistaats gehören auf den Prüfstand. Wenn es kein Argument gibt, das eine Staatsbeteiligung erforderlich macht, soll der Anteil des Freistaats veräußert werden.

Grunderwerbsteuer für erste selbst genutzte Immobilie abschaffen

Wir wollen die Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie abschaffen. So leisten wir einen positiven Beitrag zur Wohneigentumsbildung und senken gleichzeitig die Baukosten. Der Freistaat wird die steuerberechtigten Kommunen dafür durch pauschale Erhöhungen der Zuweisungen aus dem allgemeinen Steuerverbund kompensieren.

Regierungsbeauftragte abschaffen

Wir wollen die Stellen der Regierungsbeauftragten abschaffen. Erhalten bleiben sollen lediglich der Posten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus sowie diejenigen für Integration, für Datenschutz und für die Belange von Menschen mit Behinderung – jedoch nicht als Regierungsbeauftragte, sondern als Bayerische Landesbeauftragte.

Länderfinanzausgleich reformieren

Wir fordern eine Reform des Länderfinanzausgleichs. Das derzeitige, federführend von der CSU ausgehandelte Verfahren belastet Bayern über Gebühr: Der Freistaat hat im vergangenen Jahr 9,8 Milliarden Euro in den Finanzkraftausgleich der Länder eingezahlt – mehr als alle anderen Bundesländer

zusammen. Wir wollen ein dynamisches Finanzausgleichssystem mit einer stärkeren Anreizorientierung, damit solide Haushaltspolitik und Anstrengungen zur Steigerung der eigenen Wirtschaftskraft honoriert werden. Zudem wollen wir eine größere Steuerautonomie der Länder. Wir bejahen Elemente des Finanzkraftausgleichs im Grundsatz. Wir fordern dabei eine dringend notwendige Neuregelung nach Orientierungsgrundsätzen: der strengen Einhaltung des Konnexitätsprinzips, der mittelfristigen Verringerung und langfristigen Abschaffung von Mischfinanzierungen, der Ausrichtung von Verwaltung und öffentlichem Dienst am „Klassenbesten“ sowie die Förderung des Abbaus von Strukturdivergenzen. Die unterschiedliche Leistungskraft von Bundesländern und die strukturellen Unterschiede von Flächen- und Stadtstaaten erkennen wir an. Das Streben nach Verbesserungen muss aber honoriert werden: Es müssen Anreize zur Verbesserung der eigenen Wirtschafts- und Steuerkraft gesetzt werden. „Belohnen statt bestrafen“ muss die Devise sein. Die Mittel aus dem Länderfinanzausgleich sollten sich auf Investitionen konzentrieren, mit denen Strukturdivergenzen abgebaut werden. Soziale Wohltaten zum Erhalt einer Machtbasis können nicht Sinn des Finanzkraftausgleichs sein. Die Reihenfolge der Finanzstärke je Einwohner darf sich nicht umdrehen.

Leistungen der Finanzverwaltung bis Ende 2026 voll digitalisieren

Jede Leistung der Bayerischen Finanzverwaltung, die Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen analog angeboten wird, soll bis Ende 2026 auch digital und in leichter Sprache zur Verfügung zu stellen. Dabei sollen offene Standards und die Nutzung freier Software möglich sein.

Bayerische Grundsteuer zukunftsfähig gestalten

Wir wollen die Möglichkeiten nutzen, die sich aus den Vereinfachungen des bayerischen Grundsteuermodells gegenüber dem Bundesmodell ergeben. Die Grundsteuererklärung muss den Bürgerinnen und Bürgern bereits vorausgefüllt zur Verfügung gestellt werden. Alle in den Verwaltungen (aller Ebenen) bereits vorhandenen Daten müssen schon eingepflegt sein. Sie schlummern in den Bau-, Kataster- und Finanzämtern Bayerns. Ein solcher Vorabservice wäre sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für alle Unternehmen im Freistaat eine erhebliche Zeitersparnis. Er würde zudem dazu führen, dass nur noch wenige Bürgerinnen und Bürger ihre Erklärung per Papier einreichen – was wiederum erhebliche Ersparnisse in der Verwaltung bringt. Die Umstellung der Grundsteuer muss zudem aufkommensneutral je Kommune erfolgen. Dies muss klar kommuniziert werden. Die Hebesätze sind durch die Kommunen auf Basis der neuen Bemessungsgrundlage entsprechend anzupassen.

Freiheitszonen für die Finanzverwaltung einführen

Wir fordern die Gründung von Freiheitszonen für die Finanzverwaltung. Dort können Innovationen getestet werden, ohne dass diese unverzüglich und verbindlich zum Standard werden. So können abseits administrativer Rechtsetzung praktische Probleme kreativ und nutzerorientiert gelöst werden.

Erbschaftssteuer grundlegend reformieren

Wir fordern eine grundlegende Reform der Erbschaftssteuer. Wie die Entscheidung des Verfassungsgerichts gezeigt hat, spiegelt das Verfahren der Erbschafts- und Schenkungssteuer die Wirklichkeit im Immobilienbereich nicht mehr wider. Deshalb ist eine Regionalisierung der zukunftsträchtige Weg, auf dem die Bundesländer landesweit oder auch regional eigenständig agieren und im weitestgehenden Fall die Erbschaftssteuer auch auf Null setzen können. Da die Zahlungen aus der Erbschaftssteuer ausschließlich den Ländern zufallen, müssen Änderungsinitiativen ebenfalls von den Ländern ausgehen. Deshalb fordern wir eine entsprechende Initiative Bayerns im Bundesrat. Bis zur Umsetzung einer solchen Lösung sollten die Freibeträge um 25 Prozent erhöht oder mittels eines geeigneten Index an die Wertentwicklung von Immobilien gekoppelt werden.

Elementarschäden-Pflichtversicherung einführen

Wir fordern die Einführung einer Versicherungspflicht für Elementarschäden durch Naturkatastrophen für Hauseigentümerinnen und -eigentümer. Wir erwarten zudem grundsätzlich eine sensible Anpassung von Baugenehmigungen in Hochwasser-Gefährdungszonen, verbunden mit stärkerer Prävention. Ein Großteil der Hauseigentümer und -eigentümerinnen steht einer Versicherungspflicht gegen Unwetterschäden positiv gegenüber. Versicherungen, die nicht nur für Überschwemmungsgebiete gelten sollten, sondern zum Beispiel auch Schneelast-Gefahren oder Schäden durch Unwetter allgemein umfassen, müssen von der Versicherungsbranche erwartet werden. Eine bloße Inanspruchnahme des Steuerzahlers ist für uns keine dauerhafte Zukunfts-Option. Die Vorschriften müssen jedoch so gewählt werden, dass die Vielfalt der im Wettbewerb stehenden Versicherungsunternehmen erhalten und gefördert wird, um Versicherungsnehmern und Versicherungsnehmerinnen ein faires Tarifangebot zu ermöglichen.

Nachhaltigkeit durch Innovation

Aus unserer Sicht dürfen Klimaschutz und Wachstum kein Widerspruch sein. Deshalb setzen wir in der Umwelt- und Klimapolitik auf Forschung und Innovation. Wir sind davon überzeugt, dass wir Nachhaltigkeitsziele nicht mit unwirksamen Verboten, sondern nur mit einem Wettbewerb der besten Ideen erreichen können. Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist eine der wichtigsten Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft. Deshalb brauchen wir Nachhaltigkeit – die aus unserer Sicht aber nicht automatisch Verzicht bedeuten muss. Wir setzen uns dafür ein, dass der Staat Menschen die Möglichkeit bietet, ihre jeweiligen Lebens-, Wohn- und Arbeitsformen individuell zu wählen. Wir stehen für eine gesunde und sichere Ernährung der Bevölkerung mit heimischen tierischen und pflanzlichen Lebensmitteln – auf der Basis nachhaltigen und klimafreundlichen Wirtschaftens und tiergerechter Nutztierhaltung. Jede und jeder soll mobil sein können – gemäß den individuellen Bedürfnissen und der persönlichen Lebenssituation. Dafür wollen wir die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur deutlich erhöhen und so die Weichen für eine klimaneutrale Mobilität der Zukunft stellen. Auch hier bringt uns die Digitalisierung voran und sichert die Freiheit der Menschen. Digitalisierung darf aber kein Selbstzweck sein, sondern muss immer den Menschen dienen – und ihnen eine freie Lebensgestaltung ermöglichen.

Mobilität voranbringen

Wir als FDP Bayern wollen die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur deutlich erhöhen. Wir wollen den Investitionsstau im bayerischen Straßen- und Schienennetz lösen und so die Weichen für eine klimaneutrale Mobilität der Zukunft stellen. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen gemäß ihren individuellen Bedürfnissen und der persönlichen Lebenssituation mobil sein können. Im Zusammenspiel der Verkehrsträger treten wir für ein gleichberechtigtes Miteinander ein und wollen die Vernetzung von Park&Ride, Carsharing, Leihfahrrädern, E-Scootern sowie Bussen und Bahnen verbessern. Wir machen uns für einen zuverlässigen ÖPNV mit attraktiven Verbindungen stark. Für einen bequemen Weg von Haustür zu Haustür muss insbesondere in ländlichen Räumen das Angebot ausgebaut werden. Im Nahverkehr werden wir einheitliche und digitale Tarifsysteme zum Standard machen. Individualverkehr soll aus unserer Sicht mit klimaneutralen Antrieben Bestandteil des Mobilitätsmixes bleiben. Ein allgemeines Tempolimit sowie Fahrverbote lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir auf smarte und digitale Verkehrskonzepte, um die Luftqualität insbesondere in unseren Städten zu verbessern. Bayern soll unverzüglich mit der eigenfinanzierten Entwicklung eines eigenen Smart-City-Stufenplans beginnen, dessen Ergebnisse als Best-Practice-Katalog und Fahrplan dienen sollen.

Smart Cities in ganz Bayern ermöglichen

Wir fordern ein Umsetzungsprogramm des Freistaats, um die Potenziale der „Smart City“ flächendeckend in allen bayerischen Kommunen zu realisieren. Dieses Konzept ermöglicht durch die intelligente Vernetzung der kommunalen Infrastruktur ein neues Leistungsniveau lokaler Dienstleistungen – zum Beispiel Straßenlaternen als Service- und Ladestationen, die Kopplung dezentraler Energieerzeugung, simulierte Stadtplanung, bedarfsgerechte Verkehrssteuerung, Smart Buildings und Smart Homes. Dieser Umbau ist eine große Herausforderung für die bayerischen Kommunen, die schon heute mit der Digitalisierung der Verwaltung zu kämpfen haben.

Infrastrukturgroßprojekte in Zeit- und Kostenrahmen realisieren

Wir möchten auch zukünftig notwendige Infrastruktur-Großprojekte anstoßen. Damit das auch mit dem Rückhalt der Bevölkerung gelingt, sind umfangreiche Änderungen nötig. Es gilt, Genehmigungs- und Planungsverfahren zu beschleunigen, ein dynamisches Kostencontrolling einzuführen und mittels einer digitalen Bürgerbeteiligungsplattform eine transparente und frühzeitige Einbindung der Bevölkerung vor Ort zu ermöglichen. Nicht selten scheitern Infrastrukturprojekte am Protest der betroffenen Bevölkerung – oftmals mangelt es dabei an einer offenen und transparenten Kommunikation ebenso wie an der aktiven

und frühzeitigen Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. Skandale und Misstrauen wie bei der zweiten Stammstrecke in München oder dem ICE-Instandhaltungswerk in Nürnberg legen offen, dass sich etwas ändern muss!

Verkehrsträger Straße zukunftsfest machen

Wir möchten den Investitions- und Sanierungsstau im bayerischen Straßennetz lösen. Wir setzen uns für eine stetige Modernisierung der Straßeninfrastruktur und den Ausbau intelligenter Verkehrsführung ein. Ein generelles Tempolimit sowie Fahrverbote lehnen wir ab. Die bereits in der Vergangenheit vorgekommene Verschleppung von Instandhaltungsmaßnahmen führt zu kostenintensiven Reparaturen und verhindert eine nachhaltige Bewirtschaftung.

Verkehrsfluss mit intelligenten Maßnahmen verbessern

Wir wollen Straßenbauarbeiten verkürzen und dabei die Anzahl der nutzbaren Fahrspuren weiter aufrechterhalten. Erreichen lässt sich das aus unserer Sicht vor allem durch eine konsequente Ausnutzung der Tageshelligkeit und regelmäßige Samstags-, Sonntags- und Nachtarbeiten. Zudem soll auch vom Dreischicht-Betrieb und von Wanderbaustellen Gebrauch gemacht werden. Auf Autobahnen, Bundesstraßen und staubelasteten Straßen sollen zentral steuerbare Verkehrsleitsysteme (VLS) mit Kameras und LED-Anzeigen für adaptive Geschwindigkeitsregelungen, Warnungen sowie Spuröffnungen und -schließungen zügig ausgebaut werden. Durch die Vermeidung von Staus können wir den Schadstoffausstoß minimieren und das Unfallrisiko reduzieren.

Verkehr in Kommunen neu denken

Wir wollen den bayerischen Kommunen eine dynamische Preisgestaltung und die Einführung einer City-Maut ermöglichen. Park&Ride-Anlagen im Randbereich der bayerischen Großstädte wollen wir ausbauen. Automatisierte Parkdienste in Kombination mit intelligenten Parkleitsystemen können einen weiteren Beitrag leisten, um den Parksuchverkehr – der in Städten oftmals bis zu 30 Prozent ausmacht – zu reduzieren.

Countdown-Anzeigen für Ampeln einführen

Wir wollen mehr Countdown-Anzeigen an Ampeln einführen. Diese Technik soll vor allem in den bayerischen Großstädten zu Hauptverkehrszeiten und bei Ampeln mit einer Rotphase ab einer Dauer von 30 Sekunden eingesetzt werden.

Zukunft des Autos sichern

Für uns als FDP Bayern ist das Auto auch künftig ein notwendiger Bestandteil des Mobilitätsmixes. Die Elektromobilität ist aus unserer Sicht für den Individualverkehr essenziell, aber nicht die alleinige Lösung. Stattdessen streben wir innovative und technologieoffene Lösungen bei den Antriebsformen an. Eine Verzerrung des Wettbewerbs durch ungleiche Förderausstattungen wollen wir ausschließen. Den Ausbau von Infrastruktur – wie etwa Ladesäulen und Wasserstofftankstellen – möchten wir forcieren. Bayern ist ein Flächenland. Insbesondere in ländlichen Gebieten ist das Auto für tägliche Wege unverzichtbar. Aber auch in den Städten bietet das Auto Vorteile. Mit der Nutzung emissionsarmer, klimaneutraler Antriebstechnologien erreichen wir insbesondere in unseren Städten eine Steigerung der Luftqualität und eine Feinstaubminimierung.

Infrastruktur für Elektromobilität ausbauen

Wir fordern den flächendeckenden Ausbau leistungsstarker Ladestationen. An Staatsstraßen, wichtigen Verkehrsknoten sowie in Dorf- und Stadtzentren müssen Schnellladesäulen mit interoperablen Bezahlstrukturen gebaut werden. Für einen attraktiven Umstieg auf batteriebetriebene Fahrzeuge ist die Schaffung einer unkomplizierten und überall verfügbaren – bevorzugt privat betriebenen – Ladeinfrastruktur wichtig. Hürden beim Bezahlen müssen minimiert werden. Für uns gilt auch hier das

Prinzip „Privat vor Staat“. Daher wollen wir den Ausbau der Ladeinfrastruktur vor allem durch die Senkung bürokratischer Hürden, die gezielte stadtplanerische Ausweisung von Standorten, koordinative Unterstützung und erst im letzten Schritt, wo nötig, durch finanzielle Förderung vorantreiben.

Innovative Mobilitätskonzepte fördern

Wir setzen uns für die Förderung von Pilotprojekten und Forschungsvorhaben im Bereich innovativer städtischer Mobilitätskonzepte ein. Dabei haben wir auch die Entwicklung von Leitsystemen für den urbanen Flugverkehr – beispielsweise für Flugtaxen – im Blick. Schon jetzt sollen entsprechende Landeplätze an Mobilitätsknotenpunkten vorausschauend mitgedacht und bei Bauvorhaben eingeplant werden.

Autonomes Fahren voranbringen

Wir wollen weitere Testfelder für das autonome Fahren und den autonomen Transport identifizieren und vorantreiben. So zeigen beispielsweise das Digitale Testfeld Autobahn (DTA) auf der A9 sowie Praxistests in Bad Birnbach – wo bereits ein autonomer Shuttle Passagiere zu Hause abholen und zum nächsten Bahnhof bringen kann – Erfolge. Das autonome Fahren wird künftig eine wichtige Rolle einnehmen. Einzelne Fahraufgaben können sukzessive auf die Maschine beziehungsweise das Auto übergehen. Das autonome Fahren und automatisierte Assistenzsysteme werden in den kommenden Jahrzehnten ein wichtiger Schlüssel zu einem Verkehr ohne schwere und tödliche Unfälle sein („Vision Zero“). Gleichzeitig muss das Fahr- und Entscheidungsverhalten der Software, insbesondere bei „Trolley-Problem“-Situationen, also dem moralischen Dilemma der richtigen Entscheidung etwa bei drohenden Unfällen, transparent sein.

Verkehrsmittel Fahrrad stärken

Wir fordern den Ausbau von Fahrradwegen und neuen Fahrradschnellwegen im gesamten Freistaat. Wo möglich und sinnvoll, muss im Straßenverkehr auf eine bauliche Trennung sowie farbliche Markierungen geachtet werden. Wir wollen uns für den zusätzlichen Bau von sicheren und überdachten Abstellplätzen und Fahrradparkhäusern einsetzen, insbesondere an Knotenpunkten wie zum Beispiel Bahnhöfen. Das Fahrrad gehört für uns als FDP Bayern – gleichberechtigt mit dem Auto – zu einem modernen Stadtbild und bietet die Möglichkeit, über kurze Distanzen Wege mit dem Auto emissionsfrei zu ersetzen. Durch Pedelecs und E-Bikes können sowohl kurze als auch mittlere Distanzen leicht und CO₂-neutral überwunden werden, das Fahrrad prägt mittlerweile nicht nur unser Stadtbild. Wir wollen keinen Verkehrsträger benachteiligen und die Infrastruktur für das gesamte Mobilitätswesen der Zukunft gleichmäßig ausbauen.

Bike-Sharing und E-Scooter nutzen

Wir setzen uns für die Verkehrsentlastung in bayerischen Innenstädten ein. Aus unserer Sicht muss die nötige Infrastruktur für Bike-Sharing-Systeme geschaffen und unterstützt werden – etwa durch mehr Bike-Sharing-Stationen. Einschränkungen des Free-Floating-Ansatzes, bei dem ausgeliehene Verkehrsmittel dort abgeholt werden, wo sie nach der letzten Benutzung abgestellt wurden, lehnen wir ab. Gleiches gilt für ein Verbot von E-Scootern. Vielmehr soll das Share-Angebot solcher Angebote auch in Randbezirken und den ländlichen Gegenden unterstützt werden. Sie können dazu beitragen, den starken Verkehr in unseren Städten möglichst effizient und unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte zu entlasten.

Transparente Fahrplandaten und intermodale Mobilitätsplattform

Wir fordern von allen privaten und öffentlichen Verkehrsanbietern die Freigabe ihrer Fahrplan- und Echtzeitdaten im Regional- und Nahverkehr, damit diese Dritten zur automatisierten Verwendung frei und unentgeltlich zur Verfügung stehen. So wollen wir die Effizienz und die Digitalisierung des ÖPNV vorantreiben.

ÖPNV für junge Menschen günstiger machen

Wir wollen den Weg in die Schule, die Ausbildungs- oder die Arbeitsstätte günstiger machen. Für alle Schülerinnen und Schüler bis einschließlich der 13. Jahrgangsstufe soll der Freistaat die Schulwegkosten übernehmen. Außerdem möchten wir ein bayernweites vergünstigtes Jahresticket für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Azubis und Freiwilligendienstleistende einführen. Besonders für junge Menschen, die aus finanziellen oder Altersgründen nicht auf ein eigenes Auto zurückgreifen können, muss es eine kostengünstige Möglichkeit für den täglichen Weg zur Schule, Ausbildungs- oder Arbeitsstätte geben. Im Rahmen des DeutschlandTickets halten wir die Option eines „Upgrade-Tickets“ vom Bayern-Jahresticket im monatlich kündbaren Abo-Modell für sinnvoll.

Mobilität in ländlichen Räumen stärken

Wir fordern eine bessere Anbindung der ländlichen Räume an Oberzentren. Moderne bedarfsgesteuerte Systeme wie Anrufsammeltaxis, Carsharing und Bürgerbusse wollen wir ausbauen. Ein ÖPNV-Programm für Expressbusse und Angebotserweiterungen soll für mehr Direktverbindungen und eine bessere Qualität des Nahverkehrs sorgen. Mobilität ist aus unserer Sicht ein Grundrecht. Auch in ländlichen Räumen muss mithilfe attraktiver ÖPNV-Angebote der Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel daher einfach möglich sein. Neben einer höheren Fahrplandichte trägt auch eine Angebotserweiterung hierzu bei.

Mobilität/Barrierefreiheit verbessern

Wir setzen uns für deutliche Verbesserungen bei der Mobilität und Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr ein. Aus unserer Sicht muss bei der Neugestaltung von Stadtgebieten, dem ÖPNV-System, Bahnhöfen und anderen Haltepunkten mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse der älteren Generation und von hilfsbedürftigen Menschen gelegt werden. Aus liberaler Sicht sollen alle neuen Handlungen und Maßnahmen in diesem Bereich vor der Realisierung einer Prüfung durch Senioreneinrichtungen oder Behindertenorganisationen unterzogen werden. Bei der Fahrpreisgestaltung muss die ältere Generation unter dem Aspekt „Altersarmut“ stärker berücksichtigt werden.

Barrierefreiheit im ÖPNV verwirklichen

Wir wollen endlich einen flächendeckenden, barrierefreien ÖPNV. Dazu müssen sämtliche Ausschreibungen der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) sowie alle Förderungen an die Beschaffung oder Bereitstellung von behinderten- und altersgerechten Fahrzeugen geknüpft werden. Bahnhöfe, Haltepunkte und deren Zugangswege müssen barrierefrei umgebaut werden. Mobilität muss gerade auch die besonderen Bedürfnisse einzelner Personengruppen in den Fokus nehmen.

Chancen des autonomen ÖPNV nutzen

Wir wollen die Chancen nutzen, die ein autonomer öffentlicher Nahverkehr bietet. Wir setzen uns daher für die Einrichtung von smarten Mobilitätskonzepten ein, die von per App bestellbaren, autonomen und klimaneutralen Fahrsystemen – wie automatisierten Shuttlebussen – bedient werden. Die Digitalisierung bietet viele neue Möglichkeiten für einen möglichst einfachen Weg von Haustür zu Haustür, die wir nutzen möchten: Die Vision des abrufbereiten, autonomen ÖPNV soll zur Realität in ländlichen Räumen und in Städten werden. Ziel ist es, eine enge Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger zu ermöglichen und kurze Umstiege zu erreichen. Insbesondere auch, um jene Haushalte an den Nahverkehr anzuschließen, die weitere Wege zu einer Haltestelle haben.

Taxi-Markt deregulieren und mehr Wettbewerb zulassen

Wir fordern, dass Personenbeförderungsleistungen auch außerhalb der Taxi-Konzessionsvergabe gestattet werden. Rückkehrpflichten, Farbvorschriften, Ortskenntnisnachweise und Preisvorgaben wollen wir abschaffen. Als FDP Bayern setzen wir auf einen Innovationswettbewerb im Personenbeförderungsmarkt und möchten so möglichst bequeme, smarte und flexible Lösungen für die Menschen in Bayern schaffen.

Förderrichtlinien für einen zukunftsfähigen Nahverkehr reformieren

Wir fordern die grundlegende Überarbeitung der Bewertungskriterien für den ÖPNV-Ausbau – und gleiche Maßstäbe in der Bewertung für ÖPNV und Straßenverkehr. Daher soll sich der Freistaat Bayern für eine Reform des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes und der standardisierten Bewertung einsetzen. Viele wichtige und notwendige Infrastrukturprojekte scheitern bisher an der standardisierten Bewertung. Mit den bisherigen Förderrichtlinien werden wir den massiven Infrastruktur-Zubau, den wir insbesondere in den Städten benötigen, nicht bewerkstelligen können.

Ausschreibungen der Bayerischen Eisenbahngesellschaft reformieren

Wir wollen Bahnreisen im gesamten Freistaat bequemer und angenehmer machen. Das Qualitätsranking der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) bewertet unter anderem die Sauberkeit der Fahrzeuge, die Funktionsfähigkeit, Fahrgastinformationen und die Service- und Kundenorientierung: Diese Bewertungen müssen bei Vergaben stärker berücksichtigt werden. Darüber müssen aus unserer Sicht Steckdosen, USB-C-Ladepunkte sowie Klapptische an mindestens der Hälfte der Sitzplätze und WLAN in allen Zügen in die Ausschreibungs-Bedingungen aufgenommen werden. Auch eine ausreichende Personaldecke muss sichergestellt sein. Schlechte Vergaben der Bayerischen Eisenbahngesellschaft haben in der Vergangenheit zu Ausfällen und Verspätungen geführt. Altes, unzuverlässiges Zugmaterial hat den Komfort der Reisenden beeinträchtigt. Mit einer Reform der Ausschreibungen soll die Störanfälligkeit gesenkt und die Attraktivität des Schienenpersonennahverkehrs gesteigert werden.

Ausbau des Schienennetzes voranbringen

Für uns hat der Ausbau des bayerischen Schienennetzes im Regional- und Fernverkehr höchste Priorität. Wir setzen uns für ein Vorantreiben des Bahnprojektes Ulm-Augsburg sowie für eine beschleunigte Genehmigung und den sofortigen Einstieg in die Raumordnungs- und Planungsverfahren für den Brennernordzulauf ein. Im Sinne des Klimaschutzes ist es unser Ziel bis 2030, 30 Prozent des Güterverkehrs auf die Schiene zu verlagern. Um das zu erreichen, müssen die Kapazitäten durch einen Ausbau der Bahnstrecken in Bayern erhöht werden. Im Rahmen der Verträge mit unseren europäischen Partnern wollen wir den Ausbau der Haupt- und Zulaufverbindungen zu transeuropäischen Trassen zügig vorantreiben.

Bau und Erweiterung der Umschlagsterminals umsetzen

Wir wollen den Bau des Umschlagterminals in Augsburg vorantreiben und das bestehende Terminal der Deutschen Umschlaggesellschaft Schiene-Straße (DUSS) in München erweitern. Um – insbesondere für den Transalpinverkehr – mehr Güter von der Straße auf die Schiene verlagern zu können und das Ziel von 30 Prozent Güterverkehr auf der Schiene bis 2030 zu erreichen, werden höhere Kapazitäten an den Güterterminals benötigt.

Bahnstrecken reaktivieren

Wir fordern die Reaktivierung der Fuchstalbahn, Ilztalbahn, Steigerwaldbahn, Werntalbahn sowie weiterer Strecken nach entsprechender Prüfung. Im Zuge dieser Beurteilung sollen auch innovative und smarte Lösungen wie autonome Elektro-Shuttles berücksichtigt werden. Mit der Reaktivierung ehemaliger Bahnstrecken stärken wir insbesondere ländliche Regionen mit einem neuen Angebot an schnellen Verbindungen zu Oberzentren. Wir erhöhen so die Anreize für Pendlerinnen und Pendler, in bisher nicht an die Bahn angebundenen Gemeinden vom eigenen Auto auf eine umweltfreundlichere Alternative umzusteigen.

Sicherheit und Kapazitäten der Bahn stärken

Wir treiben die bayernweite Einführung des europäischen Zugsicherungssystems „European Train Control System“ (ETCS) voran. Wir möchten dabei die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen: Mit Hilfe

moderner Technik wollen wir die Konsequenzen durch menschliche Fehler in der Betriebsführung unterbinden und die Kapazitäten auf den Strecken steigern.

Zweite S-Bahn-Stammstrecke München

Wir fordern ein besseres, dynamisches Kostencontrolling für Infrastrukturprojekte, damit Kostenexplosionen wie bei der zweiten Stammstrecke München der Vergangenheit angehören. Die Genehmigung ausstehender Bauabschnitte sowie die Realisierung der zweiten Stammstrecke müssen zügig vorangetrieben werden. Weitere Kostensteigerungen durch unausgereifte Planungen müssen in jedem Falle vermieden werden. Maßnahmen im Gesamtnetz müssen so priorisiert werden, dass so schnell wie möglich eine Verbesserung der Verkehrsqualität erreicht wird. Die CSU und der bayerische Ministerpräsident haben die Kostenexplosionen und Verzögerungen beim Bau vertuscht und dem Projekt massiv geschadet. In Zukunft muss bei Großprojekten hinsichtlich der Kosten und des Baufortschritts transparent verfahren und alle Stakeholder müssen frühzeitig beteiligt werden. Eine möglichst zeitnahe Inbetriebnahme ist für die gesamte Metropolregion von enormer Bedeutung.

Elektrifizierung von Bahnstrecken anpacken

Wir wollen die Elektrifizierung wichtiger Bahnstrecken in Bayern voranbringen – und das über den aktuellen Bundesverkehrswegeplan hinaus. Nicht elektrifizierte Strecken sind ein Hindernis für einen flächendeckenden und flexiblen Schienenverkehr. Nur mit dem Ausbau der Elektrifizierung lassen sich ein klimaneutraler Eisenbahnverkehr in Bayern und die Einhaltung der nötigen Kapazitätsziele erreichen. Wo eine Elektrifizierung nicht sinnvoll oder möglich ist, setzen wir auf den Einsatz von alternativ angetriebenen Zügen, beispielsweise mit Wasserstoff.

Zweigleisigen Ausbau im Schienenverkehr vorantreiben

Eingleisige Trassen wollen wir – wo notwendig – mehrgleisig ausbauen. Insbesondere betrifft das die Strecken Landshut-Plattling, Ulm-Memmingen-Kempten, Buchloe-Kempten, München-Garmisch sowie die Strecken der Südostbayernbahn und die S-Bahnen in München und Nürnberg. Ebenso fordern wir die Deutsche Bahn auf, den Erdinger Ringschluss mit der Walpertskirchener Spange vollständig zweigleisig zu bauen. Neben dem Neubau von Strecken ist auch ein Ausbau bisheriger Strecken nötig, um die nötigen Kapazitäten im Schienennetz zu erreichen. Wir setzen uns auch für mehr Pünktlichkeit und Flexibilität im Betriebsablauf und bei den Fahrplänen ein. Der zweigleisige Ausbau in Erding ist aus unserer Sicht unverzichtbar, um die vollen Potenziale des Flughafens München als Drehscheibe für den Schienenpersonenverkehr auszuschöpfen.

Cleveres Kolonnenparken: LKW-Parkplätze telematisch steuern

Wir fordern den Einsatz einer telematischen Steuerung (Kolonnenparken) bei der Belegung von LKW-Parkplätzen. Durch den Einsatz einer solchen Technik lässt sich die Anzahl der Stellplätze auf den vorhandenen Flächen deutlich erhöhen: Auf der Anlage Inntal West (A 93) konnten die Stellplätze so von 62 auf 93 aufgestockt werden. Bei der Rastanlage Taunusblick (A 5) wurden aus 81 sogar 152 Parkplätze. Die telematische Steuerung hilft auch dabei, die Anzahl der durch falsch parkende LKW verursachten Unfälle zu verringern. Gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeiten können so leichter eingehalten werden, insgesamt entspannt sich die Situation für die LKW-Fahrerinnen und -Fahrer. Diese Maßnahme kann aus unserer Sicht zügig umgesetzt werden, da für den Ausbau in der Regel kein Planfeststellungsverfahren nötig ist.

Münchner Flughafen effizient an die Schiene anbinden

Wir wollen den Flughafen München deutlich effizienter an die Schiene anbinden. Daher fordern wir einen Fernbahnhof für ICE und IC am Flughafen München – mit einer Fernverkehrsanbindung nach Augsburg und weiter Richtung Ulm und Stuttgart. Eine ähnlich gute Anbindung wollen wir vom Airport nach Ingolstadt und Nürnberg einrichten. Ebenso soll kurzfristig eine Expressverbindung (City-Airport Train)

vom Flughafen in die Landeshauptstadt München entstehen. Dazu soll eine neue Expressstrecke vom Autobahndreieck Feldmoching entlang der A92 bis kurz vor der Ausfahrt Freising Süd gebaut werden, hier soll auch ein Fernverkehrskreuz am Flughafen mit den Schnellfahrstrecken Prag-München und Nürnberg-Salzburg geschaffen werden. In diesem Zusammenhang soll auch die Neubaustrecke zwischen Ingolstadt und München geprüft werden.

Luftverkehrsstandort Bayern nachhaltig sichern

Wir als FDP Bayern wollen den Freistaat als Luftverkehrsstandort stärken und wettbewerbsfähiger machen. Daher fordern wir die bedarfsgerechte Modernisierung und den Ausbau der vorhandenen Infrastruktur. Dazu gehört nicht nur die Anbindung an die Landeshauptstadt, sondern auch an die „Landseite“. Mittelfristig muss es das Ziel sein, den Flughafen München an das ICE-Netz anzubinden – sowohl mittels Expressbahn an die Landeshauptstadt als auch über einen direkten Fernbahnanschluss an das ICE-Netz. Weitere Einschränkungen und Eingriffe in den Luftverkehrsmarkt wollen wir ausschließen. Die drei bayerischen Verkehrsflughäfen sind nicht nur Bayerns Tor zur Welt, sondern auch ein essenzieller Standortfaktor für den Wirtschaftsstandort Bayern. Wir gehen davon aus, dass sich der Luftverkehr in den nächsten Jahren zügig von den Corona-Auswirkungen erholen wird. Der Flughafen München bietet als einer der beiden größten Umsteigehubs in Deutschland eine hohe Attraktivität für Passagiere aus aller Welt, jedoch fehlt ihm bisher die nötige Einbindung in das Eisenbahnfernverkehrsnetz. Mit direktem Terminalzugang vom Fernbahnhof aus ermöglichen wir kurze Wege zum Umstieg und bieten eine attraktive Alternative zu Kurzstreckenflügen.

Mobilitätsplattformen verbinden

Wir möchten unterschiedliche Mobilitätsformen besser miteinander verknüpfen. Daher wollen wir alle Daten von Verkehrsträgern für eine bestimmte Wegstrecke über offene und frei verfügbare Schnittstellen (API) zur Verfügung stellen und nach bestimmten Kriterien verknüpfen. Private App-Entwickler können dadurch – ähnlich wie in der Londoner App „Citymapper“ – eine bayernweite Mobilitätsplattform für intermodale Reiseketten anbieten und den Nutzerinnen und Nutzern die optimale Reise berechnen. Zusätzlich können die Daten in gängige Navigations-Apps eingebunden werden. Dabei sollen alle Tickets und zusammengesetzten Kosten in eine Abrechnung münden und direkt auf der Plattform bezahlt werden können. Zur Umsetzung unserer Vision – mit einer Anmeldung und einem Ticket intermodal reisen zu können – müssen auch die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen getroffen werden. Nötig ist einerseits die Bereitstellung von Echtzeit- und Bewegungsdaten im Allgemeinen sowie die Weitergabe an Dritte.

Urbane Seilbahnen in Bayerns Städten ermöglichen

Wir bekennen uns zu urbanen Seilbahnen als Teil der städtischen Mobilität und fordern weitere Machbarkeitsstudien zum Bau. Wir sehen städtische Seilbahnen als CO₂-neutrale, öffentliche Verkehrsmittel, die bei neuen Stadt- und U-Bahnprojekten in Zukunft als Alternative berücksichtigt werden sollten. Gerade bei der Überquerung von Flüssen und Höhenunterschieden sind Seilbahnen ein schnelles und kosteneffizientes Verkehrsmittel. Machbarkeitsstudien sollen insbesondere die im Sommer 2022 überarbeitete Neuregelung der standardisierten Bewertung von Verkehrsweginvestitionen im öffentlichen Personennahverkehr im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes berücksichtigen. Im Mittelpunkt aller Anforderungen an Wohnen, Bauen und Planen steht für uns als FDP Bayern der Mensch. Von diesem ausgehend werden alle Anforderungen an umfassende Nachhaltigkeit definiert – vor allem in den Aspekten Soziales, Ökologie und Ökonomie. So entstehen Synergien, die das oberste Ziel einer lebenswerten und gesunden Welt für alle Bewohnerinnen und Bewohner fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass der Staat allen Menschen die Chancen bietet, ihre Lebens-, Wohn- und Arbeitsform individuell zu wählen. Das bedeutet, sowohl den Weg in die eigenen vier Wände zu erleichtern als auch das abgesicherte Altwerden in einer Mietwohnung – egal bei welchem Vermieter – zu schützen. Wir wollen das Mietrecht und den Mieterschutz an die aktuellen Anforderungen anpassen und flexibilisieren. Den Grunderwerb für Privatpersonen, Genossenschaften und andere Bauwillige möchten wir vereinfachen.

Das Baurecht und die Baunormung müssen entschlackt werden. Bauen muss schneller, einfacher, günstiger, flexibler und individueller möglich sein.

Lebenswerte öffentliche Räume schaffen

Wir wollen öffentliche Räume vermehrt zu „grünen Lungen“ umfunktionieren. Insbesondere in den Großstädten lassen sich so zusätzliche Erholungs- und Erlebnisräume von hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität schaffen. Bestehende Parks und Grünflächen müssen aufgewertet und besser gepflegt werden. Auch Fassaden- und Dachbegrünung kann einen wichtigen Beitrag für mehr Grün in der Stadt leisten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Dach- und Fassadenbegrünung in einem gewissen Rahmen als Ausgleichs- und Abstandsflächen angerechnet werden können.

Dekarbonisierung im Gebäudesektor unterstützen

Wir setzen uns für einen klimafreundlicheren Gebäudesektor ein. Aktuell entfallen rund 30 Prozent des deutschen CO₂-Ausstoßes und etwa 40 Prozent des Energieverbrauchs auf diesen Bereich. Wenn der Gebäudesektor bei der Reduktion der Treibhausgasemissionen nicht liefert, werden Deutschland und Bayern die Klimaziele nie erreichen. Die Dekarbonisierung darf aus unserer Sicht jedoch niemanden überfordern: Sie lässt sich nur zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern erreichen. Daher wollen wir in den bayerischen Förderkulissen und Regelungsrahmen alles unterstützen, was den CO₂-Ausstoß reduziert. Technologieoffenheit ist dabei das oberste Gebot. Zudem wollen wir möglichst das Quartier in den Fokus nehmen – nicht immer nur das einzelne Gebäude. Auf dem Weg in die CO₂-Freiheit werden wir in Bayern Städte und Gemeinden bei einer verlässlichen Wärmeplanung unterstützen und von Gasnetzbetreibern belastbare Dekarbonisierungspläne einfordern. Bayern wird sich mit uns dafür einsetzen, dass die starren und unnötig teuren Effizienzstandards ersetzt werden, indem der Blick auf niedrige Vorlauftemperaturen im Heizsystem und der Fokus auf Emissionseffizienz gelegt wird. Da der Gebäudesektor 2025 in den europäischen Zertifikatehandel aufgenommen wird, sind weitere Verbote und Regelverschärfungen nicht notwendig. Die starre Sektorenkopplung (die Vernetzung der Sektoren der Energiewirtschaft und der Industrie) kann daher aus unserer Sicht aufgehoben werden.

Baukosten senken, überbordende Standards reduzieren

Wir fordern eine Senkung der Baukosten. Hierfür müssen in erster Linie die überbordenden gesetzlichen Anforderungen reduziert und entrümpelt werden. Konkret möchten wir die Anzahl an DIN-Normen drastisch abbauen. Vorgaben sollen künftig nur noch Mindestkriterien umfassen. Zudem wollen wir einen „Baukosten-TÜV“ etablieren, der alle neuen Normen, Gesetze oder Vorhaben auf ihre Wirtschaftlichkeit hin prüft. Serielles Bauen kann ebenso einen wichtigen Beitrag zum kostengünstigen Bauen leisten. Deshalb sollten Typengenehmigungen forciert werden. Gesetzliche Vorschriften, überbordende Regelwerke und ständig wachsende Baustandards schrauben die Baukosten unnötig in die Höhe. Die öffentliche Hand ist damit einer der größten Kostentreiber beim Bauen und Wohnen. Das muss sich aus unserer Sicht dringend ändern. Daher wollen wir alle Vorschriften auf das Prinzip der Wirtschaftlichkeit hin überprüfen.

Landesbauordnungen harmonisieren

Wir als FDP Bayern wollen die Unterschiede in Landesbauordnungen abbauen. Ziel muss es aus unserer Sicht sein, eine einheitliche Musterbauordnung einzuführen und die einzelnen Landesbauordnungen auf diese Weise zu harmonisieren. Eine Musterbauordnung würde es ermöglichen, Gebäude nur einmal planen zu müssen und dann in verschiedenen Bundesländern bauen zu können. Landesspezifische Sonderregelungen wie sie sich beispielsweise im Abstandsflächenrecht befinden, müssen abgeschafft werden. Wir wollen dafür sorgen, dass ein Gebäude, das in den letzten fünf Jahren bereits in einem Bundesland genehmigt und gebaut wurde, nach demselben Muster und ohne großen weiteren Aufwand auch in Bayern schnell genehmigt und errichtet werden kann.

Staatliche Bauverwaltung und Baumanagement effizienter machen

Wir als FDP Bayern wollen das staatliche Missmanagement beenden. Die staatliche Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim GmbH muss aus unserer Sicht sofort liquidiert werden. Die staatliche Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) muss von Grund auf neu aufgestellt werden. Bayern braucht zudem ein digitales Liegenschaftsmanagementsystem, das in der Lage ist, die Leerstände und freien Flächen in Bayern zu erfassen. Darüber hinaus benötigen wir ein dynamisches Kostencontrolling, um staatliche Hoch- und Tiefbauprojekte im geplanten Kosten- und Zeitrahmen zu realisieren. Der Staat sollte sich hier auf seine Kernaufgaben konzentrieren: Anstatt als Wohnungsbauunternehmen selbst in Erscheinung zu treten, soll er sich auf seine originären staatlichen Aufgaben im Hoch- und Tiefbau beschränken.

Arbeitszimmer besser fördern

Aus unserer Sicht muss es im geförderten Mietwohnungsbau möglich sein, einen Raum ab sechs Quadratmetern als Arbeitszimmer zu nutzen. Beim Neubau von geförderten Wohnungen soll die Errichtung von Arbeitszimmern (ebenfalls ab sechs Quadratmetern) zusätzlich zu den üblichen Räumen gefördert werden. Bei der Neubelegung bestehender Wohnungen soll es auch die Möglichkeit geben, dass zum aktuellen Raumanspruch ein Arbeitszimmer zusätzlich anerkannt wird, wenn der Bedarf zum Beispiel durch freiberufliche Tätigkeit oder entsprechende Vereinbarungen im Arbeitsvertrag nachgewiesen wird. Das erhöht die Flexibilität der Nutzung von Wohnraum und die Chancen eines angemessenen Wohnens und begünstigt die individuelle berufliche Entwicklung.

Nachverdichtung durch Aufstockung und Nutzung von Baulücken

Wir wollen durch Aufstockungen und die Nutzung von Baulücken eine kleinteilige Nachverdichtung ermöglichen und fördern. Durch die systematische Nachverdichtung in Baulücken und die Aufstockung bestehender Gebäude kann – bei relativ geringen Kosten und geringerer Bodenversiegelung – das Wohnungsangebot erhöht und die Umwelt geschont werden. Wir wollen Kommunen unterstützen, ein digitales Baupotenzialregister zu erstellen, das die Potenziale der Dachaufstockung, der Umnutzung, der Brachflächenaktivierung, Um- und Überbauung, der Nachverdichtung und der Ausweisung neuen Baulands umfasst.

Digitalisierung des Bauantrags voranbringen

Wir fordern die vollständige Digitalisierung des Bauantrags. Die Prozesse der Baugenehmigung wollen wir nach dem Vorbild der Niederlande massiv beschleunigen. Die Baugenehmigungsbehörden wollen wir durch technische Ausstattung und durch Fortbildungen aufrüsten, damit die Planungsbüros mit den bereits vorliegenden Daten (Pläne, Dokumente, „Digitaler Zwilling“) umgehen können. Durch eine stärkere Digitalisierung und Maschinenlesbarkeit des Bauantragsprozesses wird die öffentliche Verwaltung entlastet. Gleichzeitig wird dadurch die Bearbeitungszeit von Baugenehmigungen verkürzt. Die Baubehörde soll den einzureichenden Unterlagenkatalog im Internet digital und maschinenlesbar festlegen. So wird es möglich, einen vollständigen Antrag rein digital zu stellen.

Digitales Planen und Bauen weiterentwickeln

Die Zukunft des Bauens ist digital. Daher möchten wir als FDP Bayern die Arbeitsmethode „Building Information Modeling“ (BIM), die die Planung, den Bau und die Bewirtschaftung von Gebäuden digital vernetzt, als verpflichtendes Kriterium einsetzen. Es soll in Ausschreibungen und Förderanträgen bei Bau- und Sanierungsvorhaben des Freistaats mit einem Gesamtvolumen von über fünf Millionen Euro angewandt werden. Sowohl die Staatsbauverwaltungen als auch die unteren Bauaufsichtsbehörden sollen hierfür mit ausreichenden finanziellen Mitteln für Soft- und Hardware unterstützt werden. Zudem gilt es, digitale und maschinenlesbare Bauanträge zur Regel werden zu lassen. In Deutschland und insbesondere in Bayern hinkt die Digitalisierung im Bauwesen hinterher. Kaum eine andere Branche ist weniger digitalisiert – und das, obwohl enormes Potenzial entlang der kompletten Wertschöpfungskette vorhanden ist, um effizienter zu planen und zu bauen und Informationen zwischen allen Projektbeteiligten

in Echtzeit zu teilen. Um einen echten Paradigmenwechsel herbeizuführen, muss die öffentliche Hand als einer der größten Auftraggeber und Bauherren als Vorbild vorangehen. Die Digitalisierung des Bauantragsprozesses kann die öffentliche Verwaltung entlasten und gleichzeitig die Bearbeitungszeit von Baugenehmigungen verkürzen.

Zeitlimits für Bauantragsüberprüfungen einführen

Wir fordern Zeitlimits für Bauantragsüberprüfungen: Die Baubehörde soll innerhalb eines festgelegten Zeitrahmens Widerspruch einlegen und Korrekturen fordern können, danach ist der Antrag automatisch angenommen. Bei der Einreichung eines Bauantrags soll grundsätzlich gebaut werden dürfen, sofern vonseiten der Baubehörde innerhalb von acht Wochen (bei normalen) und vier Wochen (bei vereinfachten Verfahren) keine Einwände bestehen. Bei akuter Überlastung der Baubehörde soll die Frist um maximal acht weitere Wochen verlängert werden können – eine ausführliche Begründung ist dann vonseiten der Baubehörde erforderlich. Grundsätzlich sollen die Baubehörden personell besser ausgestattet werden.

Smarte Bauplanung ist digitale Bauplanung

Wir wollen digitale Systeme fördern, die Planungs- und Bauprozesse optimieren, damit die Kosten reduzieren und die Bauqualität verbessern. Dies soll in Zusammenarbeit mit Architektinnen und Architekten, Ingenieurinnen und Ingenieuren und Stadtplanerinnen und Stadtplanern in den Behörden geschehen, damit öffentliche Bauvorhaben hiervon profitieren können.

Weg mit unnötigen Vorschriften!

Wir fordern – nach vorheriger Prüfung – die grundsätzliche Abschwächung beziehungsweise Streichung von Vorschriften, die massiv Kosten für Bauvorhaben produzieren (insbesondere, wenn sehr langwierige und aufwändige Prüfungen nötig sind). Zudem wollen wir einen Beitrag zur bundesweiten Vereinheitlichung der Landesbauordnungen leisten. Bayernspezifische Besonderheiten müssen deshalb kritisch hinterfragt werden.

Genehmigungsfiktion einfacher anwenden

Wir fordern die Anwendung der Genehmigungsfiktion (Art. 68 Abs. 2 BayBO) auf alle Verfahren im sogenannten „vereinfachten Baugenehmigungsverfahren“ (Art. 59 BayBO). Die Genehmigungsfiktion besagt, dass ein Bauantrag als genehmigt gilt, wenn alle Unterlagen vorliegen und die Behörde nicht fristgerecht darüber entschieden hat.

Fachexpertisepool für Prüfungen und Vorgaben schaffen

Wir möchten einen landesweiten Expertisepool für Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP), bautechnische Fragen und sonstige öffentlich-rechtliche Vorgaben schaffen. Dadurch wollen wir das vorhandene Wissen bündeln, um zukünftigen Fragestellern – besonders bei UVP oder komplizierten Fragen zu rechtlichen Vorgaben – bei Bauprojekten hohe Kosten (zum Beispiel durch Experteneinschätzungen) ersparen zu können.

Transparenz bei öffentlichen Bauvorhaben stärken

Wir fordern mehr Transparenz bei öffentlichen Bauaufträgen, damit Kostendebakel wie rund um die Münchner Stammstrecke zukünftig der Vergangenheit angehören. Absehbare Zusatzkosten sollen frühzeitig in die Planung mit aufgenommen sowie in den jeweiligen politischen Entscheidungsgremien transparent diskutiert werden. Wir begrüßen darüber hinaus die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur Zweiten Stammstrecke, der etwaige Verfehlungen umfassend und transparent parlamentarisch aufarbeitet.

Staatlichen Hochbau in Bayern reformieren

Wir wollen den staatlichen Hochbau aus den staatlichen Bauämtern herauslösen und in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts überführen. Damit sollen die Effizienz staatlicher Hochbauvorhaben gesteigert und massiv Kosten eingespart werden. Die früheren Hochbau- und Universitätsbauämter erbringen ausschließlich Dienstleistungen für andere staatliche Stellen. Aktuell sind sie zusammen mit den ehemaligen Straßenbauämtern in den staatlichen Bauämtern organisiert. Um die Effizienz der Staatlichen Bauämter zu steigern, sollten sie aus dem Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr herausgelöst und anlog zur LGA als Körperschaft des öffentlichen Rechts und somit als Dienstleistungsunternehmen geführt werden.

Modulares Bauen fördern

Wir setzen uns für die Förderung und Intensivierung des modularen Bauens bei öffentlichen Bauvorhaben ein. Durch Harmonisierungen im Baurecht wollen wir modulares und serielles Bauen vereinfachen. Durch mehr modulares Bauen mit Totalunternehmern (mitplanende Generalunternehmer) wird die öffentliche Verwaltung entlastet, gleichzeitig werden Planungs- und Bauzeiten reduziert. Mit geeigneten Bauvorhaben, die durch eine funktionale Leistungsbeschreibung (FLB) an einen Totalunternehmer vergeben werden, lässt sich die öffentliche Bauverwaltung auf allen Ebenen massiv entlasten. Ohne die lokale Wirtschaft auszuschließen, werden Verwaltungsakte (Ausschreibungen, Vergaben, Rechnungsprüfungen, Abnahmen usw.) auf ein Mindestmaß reduziert. Durch die damit frei werdenden Personalkapazitäten lassen sich mehr dringend notwendige Bauaufgaben der öffentlichen Hand erledigen.

Einfacher und experimenteller bauen: Gebäudetyp „E“

Wir wollen einen neuen innovativen Gebäudetyp „E“ (einfach/ experimentell) einführen. Durch die Einführung dieses Gebäudetyps können informierte Bauherren einfacher, schneller und günstiger bauen. Im Rahmen des Gebäudetyps „E“ kann zwischen Planern und Bauherren vereinbart werden, dass bei der Planung lediglich die Schutzziele der Bayerischen Bauordnung (Standesicherheit, Brandschutz, Wärmeschutz und Schallschutz) zu Grunde liegen. Ob und inwiefern weitere Normen (z. B. DIN-Normen) eingehalten werden sollen, kann individuell vereinbart werden. Das ist besonders wichtig für die Wiederverwendung alter Baustoffe, bei denen diverse Nachweisführungen und Zulassungen aktuell nicht möglich sind.

Quartier vor Einzelbauwerk betrachten

Wir wollen bei der Planung Quartiere stärker in den Fokus rücken als Einzelbauwerke. Aus unserer Sicht muss bereits bei der Bauleitplanung die für Planung und Genehmigung von Bauvorhaben erforderliche Leistungsfähigkeit berücksichtigt und anerkannt werden. Gleiches gilt für die Erfordernisse des Umgriffs im Quartier. Ein neu zu errichtendes oder umzubauendes Einzelobjekt kann nicht immer alle gestellten Anforderungen ohne unverhältnismäßig große Aufwendungen erfüllen. Um hier Erleichterungen zu schaffen, muss es möglich sein, gerade hinsichtlich regenerativer Energiegewinnung, innovativer Mobilitätskonzepte und privat organisierter Nachbarschaftshilfen die Ressourcen und Potenziale des gesamten Quartiers mit zu bewerten.

Zusätzlichen Wohnraum schaffen

Wir wollen Städte und Gemeinden dabei unterstützen, tatsächlich neuen Wohnraum zu schaffen – anstatt einfach bereits bestehende Wohnungen zu kaufen. Wir werden daher die Rahmenbedingungen verbessern, damit seitens der Gemeinden künftig nicht mehr öffentlichkeitswirksam in Bestandswohnungen investiert wird, sondern in zusätzlichen Wohnraum. Entsprechende Rahmenbedingungen sollen Gemeinden in die Lage versetzen, Wohnungen zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse (kein Luxuswohnungsbau) in Eigenbestand zu nehmen. So wird mehr und beschleunigt Wohnraum geschaffen. In der derzeitigen Markt- und Zinslandschaft steht zu befürchten, dass auch in Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt Wohnungen nicht oder verzögert errichtet werden, obwohl ein entsprechendes Baurecht besteht.

Ausreichend bezahlbaren Wohnraum schaffen

Wir als FDP Bayern setzen uns dafür ein, ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Daher möchten wir die kommunalen, genossenschaftlichen und kirchlichen Wohnungsbaugesellschaften stärken. Spekulationen durch Verkürzung der Geltungsdauer von Baugenehmigungen in der Bayerischen Bauordnung wollen wir eindämmen und eine Fokussierung auf Subjektförderung erreichen. Maßnahmen, die lediglich an den Symptomen ansetzen – wie beispielsweise eine Mietpreisbremse – wollen wir abschaffen. Aus diesem Grund lehnen wir auch einen Mietendeckel ab. Stattdessen wollen wir dafür sorgen, dass mehr, schneller und günstiger gebaut werden kann: Mit Hilfe von Baupotenzialregistern, der Digitalisierung des Bauens, mit seriellem und modularem Bauen, dem neuen Gebäudetyp „E“ und der Entbürokratisierung des Bauens. Die Frage nach verfügbarem Wohnraum ist eine der drängendsten Herausforderungen unserer Zeit. Im letzten Jahrzehnt sind in Bayern die Kauf- und Grundstückspreise sowie Mieten für Wohnimmobilien deutlich gestiegen. Wohnen darf jedoch kein Luxus werden: Es gehört zu den elementaren Grundbedürfnissen unserer Gesellschaft.

Richtig städtebaulich nachverdichten

Wir werden darauf hinwirken, dass Gemeinden gute städtebauliche Verdichtungen zulassen. Vorhaben, die eine hohe Anziehungskraft und Wohnqualität aufweisen – wie zum Beispiel bei der Überbauung von Brach-, Parkflächen oder Supermärkten – dürfen nicht an formalen Anforderungen scheitern. Nachverdichtungen müssen so gestaltet werden, dass nicht nur mehr Wohnraum entsteht, sondern die Attraktivität und Qualität des Quartiers insgesamt verbessert wird.

Innovative Baustoffe schnell auf den Markt bringen

Wir als FDP Bayern stehen für die Nutzung von Synergien aus nachhaltigem und günstigem Bauen, damit Bayern Vorreiter beim klima- und umweltfreundlichen Bauen werden kann. Die Implementierung von nachhaltigen, innovativen Baustoffen beim Neubau soll in der Bayerischen Bauordnung überarbeitet und vereinfacht werden.

Kommunen mehr Eigenverantwortung beim Parkangebot ermöglichen

Wir wollen Parken wieder günstiger machen. Grundsätzlich begrüßen wir die bestehende Flexibilisierung bei der Stellplatzsatzung. Nun wollen wir im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die Kommunen bestärken – auch abweichend von der BayBO und abhängig von lokalen Gegebenheiten –, eigene Regelungen für Stellplätze und Parkräume zu erlassen. Dabei sollen insbesondere neue Park- und Mobilitätskonzepte wie Quartiersgaragen oder Shared Mobility („geteilte Mobilität“) berücksichtigt werden. Gleichzeitig fordern wir die Abschaffung von festen Gebührengrenzen für Anwohnerparken. Artikel 47 der BayBO, die sogenannte Stellplatzquote, soll in der Theorie sicherstellen, dass beim Neubau zum Beispiel von Mietwohnungen ausreichend PKW-Stellplätze für jede Wohneinheit vorhanden sind. In der Praxis führt dies jedoch dazu, dass die Kosten für den Neubau von Wohnhäusern gerade im urbanen Raum in Bayern explodieren, weil eine Tiefgarage oft die einzig realisierbare Möglichkeit für die Einrichtung von PKW-Stellplätzen ist. Dies trägt mit dazu bei, dass in vielen Städten das Angebot an bezahlbarem Wohnraum stark zu wünschen übriglässt.

Mittelgroße Städte stärken

Wir wollen mittelgroße Städte stärken, um die Ballungszentren zu entlasten und den ländlichen Räumen Dienstleistungen in kurzer Entfernung zur Verfügung zu stellen. Daher wollen wir die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze unterstützen, das Bildungsangebot durch Fachhochschulen verbessern und eine gute medizinische Versorgung durch Fachkliniken fördern. Hohe Mieten und starker Verkehr belasten die Ballungsräume. Trotzdem sind diese Zentren für viele Menschen attraktiv, weil es dort Arbeit und viele Dienstleistungsangebote gibt. Gleichzeitig kämpfen die ländlichen Räume mit Abwanderung und dem Abbau der Infrastruktur. Mit unserer gezielten Unterstützung der mittelgroßen Städte wollen wir beiden

Seiten helfen: Hochwertige Arbeitsplätze bringen Geld. Bildung und medizinische Versorgung halten die Bevölkerung am Ort. Die ländlichen Räume profitieren zudem durch kürzere Entfernungen zu hochwertiger Versorgung.

Nachhaltige urbane Flächennutzung ermöglichen

Wir stehen für eine nachhaltige Flächennutzung – trotz umfassender Bauvorhaben. Wir wollen vermeidbare Zersiedelung und Flächenverbrauch verhindern, indem wir Wohn- und Mischgebiete in den neuen Baugebietstyp „Urbane Gebiete“ umwandeln, der eine Nachverdichtung erleichtert. Zudem wollen wir unverhältnismäßiger Bodenversiegelung entgegenwirken. Grundsätzlich wollen wir eher in die Höhe statt in die Breite bauen.

Auch beim Denkmalschutz an die Zukunft denken

Wir fordern eine staatliche Übernahme der Kosten für Gutachten und Sondierungen bei potenziell denkmalgeschützten Gebäuden. Insbesondere klima- und energiesparfreundliche Umbauten sowie Anpassungen zur Barrierefreiheit von denkmalgeschützten Gebäuden müssen erleichtert werden.

Denkmalschutz-Kompetenzen auf regionale Ebene verlagern

Wir fordern eine Verlagerung von Kompetenzen des Landesamtes für Denkmalpflege an die Unteren Denkmalschutzbehörden. So wollen wir erreichen, dass eine bessere Differenzierung zwischen unterschiedlichen Denkmalkategorien erfolgt und entsprechend der (über-)regionalen Bedeutung über Instandhaltung und Baumaßnahmen entschieden werden kann.

Denkmalschutzauflagen entschlacken

Wir fordern die Überprüfung aller Denkmalschutzauflagen, solange diese nicht den Sichtbereich der Gebäude betreffen.

„Räume mit besonderem Handlungsbedarf“ reformieren

Wir wollen die bedeutsame Kategorie der „Räume mit besonderem Handlungsbedarf“ (RmbH) im Landesentwicklungsplan neu aufsetzen. Zu den RmbH sollen künftig nur noch Gemeinden mit herausstechenden Problemlagen zählen. So können staatliche Fördermittel gezielt verteilt werden – und nicht nach dem Gießkannenprinzip.

Förderprogramme fokussieren

Wir wollen alle Förderprogramme des Freistaats einer kritischen Prüfung unterziehen. Wo es sinnvoll und möglich ist, wollen wir Förderprogramme zusammenfassen, vereinfachen, flexibilisieren und harmonisieren. Die Mittel sollen vorrangig dorthin fließen, wo der Nachholbedarf am größten ist.

Sinnvolle Behördenverlagerungen fortführen

Wir begrüßen das Instrument der Behördenverlagerungen in strukturschwache Räume, wenn es sinnvoll genutzt wird. Wir fordern eine Fokussierung auf Projekte, mit denen sich tatsächlich positive Struktureffekte erzielen lassen. Die Digitalisierung der Verwaltung kann hierbei neue Möglichkeiten für sinnvolle Verlagerungen mit sich bringen – diese gilt es zu nutzen.

Kommunale Initiativen für das Projekt „Wohnen für Hilfe“ stärken

Wir fordern die Kommunen auf, das Projekt „Wohnen für Hilfe“ durch die Einrichtung einer Kontaktstelle administrativ zu unterstützen. Die Grundidee dieses Projekts ist es, dass Senioren, Alleinstehende, Familien und Menschen mit Behinderungen jungen Menschen kostengünstig ungenutzten Wohnraum zur Verfügung stellen. Diese erbringen für die Wohnraumanbieter im Gegenzug Hilfeleistungen im Alltag. Als Faustregel gilt: Pro Quadratmeter Wohnraum leistet der „Mieter“ eine Stunde Hilfe pro Monat. Die Details werden per Vertrag geregelt. Mit diesem Projekt werden generationenübergreifend soziale Ziele verfolgt,

die weit über die Wohnraumgewinnung hinausgehen. Zudem wird dadurch der Inklusionsgedanke gefördert.

Wohnungsbau mit Blick auf die Bedürfnisse der älteren Generation

Wir fordern mehr Wohnplätze im betreuten Wohnen und in Mehrgenerationenhäusern. Auch einen Wohnungstausch auf privater Basis wollen wir erleichtern. In Bayern fehlt es an Wohnraum – insbesondere an bezahlbarem. Das gilt vor allem für die Ballungsräume, deren Randbereiche, die zentralen Orte und solche Gemeinden, die über den ÖPNV gut angebunden sind. Die Wohnraumknappheit betrifft zudem besonders die ältere Generation, die teilweise von der Altersarmut betroffen ist und die inflationsbedingten Mehrkosten derzeit kaum noch tragen kann.

Zentrales-Orte-System reformieren

Wir fordern einen Neustart des Zentrale-Orte-Systems in Bayern. Die Zahl der Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung muss reduziert werden. Gleichzeitig wollen wir den Versorgungsauftrag dieser Gemeinden wieder greifbarer definieren. Ziel ist ein einfach verständliches System, von dem alle profitieren: zentrale Orte und die sie umgebenden Räume.

Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die FDP steht für eine gesunde, ausreichende und sichere Ernährung der Bevölkerung mit heimischen tierischen und pflanzlichen Lebensmitteln – auf der Basis nachhaltigen und klimafreundlichen Wirtschaftens sowie tiergerechter Nutztierhaltung. Dies gewährleisten wir einerseits durch wirtschaftlich gesunde landwirtschaftliche Betriebe und Planungssicherheit für Investitionen, aber auch durch Wettbewerbsfähigkeit und Technologieoffenheit in der Anwendung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in Tierhaltung und Pflanzenbau. Wir forcieren den Umbau unserer Wälder hin zu klimaresistenten, struktur- und artenreichen Ökosystemen auf der Basis von und im Einklang mit forstwirtschaftlichen und wildbiologischen Erkenntnissen.

Bekanntnis zur heimischen Tierhaltung

Wir fordern ein klares Bekenntnis der Politik zur landwirtschaftlichen Nutztierhaltung in Bayern in ihrer heutigen Vielfalt. Nutztiere sind das Rückgrat der bayerischen Landwirtschaft und daher unverzichtbar. Wir wollen die Landwirtinnen und Landwirte vor überzogenen Auflagen schützen, um das Höfesterben nicht weiter zu beschleunigen und die Konkurrenzfähigkeit der bayerischen Tierhaltung aufrecht zu erhalten. Im Engagement um das Tierwohl ist Bayern Spitzenreiter: Etwa ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Bayern ist Grünland. Wiederkäuer und Equiden (Vertreter der Familie der Pferde) integrieren diese Flächen in die menschliche Nahrungskette und dienen gleichzeitig der Landschaftspflege. Schweine und Geflügel veredeln die Nebenprodukte der Lebensmittelerzeugung. Tierhaltung ermöglicht Wertschöpfung auch in kleinen Strukturen.

Emissionen in der Tierhaltung besser steuern

Wir fordern einen an der fachlichen Praxis orientierten Umgang mit Emissionen in der Tierhaltung. Konkret fordern wir schnellere und leichtere Genehmigungen für Umbauten in Stallungen und Biogasanlagen. Aktuell steht die Landwirtschaft für sieben Prozent der Treibhausgasemissionen. Mehr Freiluftställe sind im Interesse des Tierwohls, erhöhen aber die lokalen Emissionen. Durch Vergasung der Gülle in Biogasanlagen, durch Kreislaufmodelle und das Speichern der Treibhausgase in der Agrarlandschaft lässt sich dieser Eintrag deutlich reduzieren. Viele Landwirtinnen und Landwirte sind prinzipiell offen für Umbaumaßnahmen und Änderungen – solange sie nachvollziehbar, wirtschaftlich und umsetzbar sind. Schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren, „Super-Abschreibungen“ und die Forschung an den landwirtschaftlichen Lehranstalten helfen beim Erreichen der Klimaziele.

Einheitliche Lebensmittelstandards für mehr Verlässlichkeit

Wir fordern einheitliche Qualitäts- und Erzeugungsstandards auch für importierte Lebensmittel. Es muss eine faire Vergleichbarkeit und einheitliche Kontrollen geben. Die Qualitäts- und Erzeugungsstandards unserer bayerischen Lebensmittel unterliegen hohen sozialen und ökologischen Anforderungen. Durch intransparente und unübersichtliche Standards werden lokale Produkte allzu oft durch Erzeugnisse ausgehebelt, die unsere Standards nicht erfüllen. Denn besonders im Rahmen der Biozertifikate gibt es auch innereuropäisch große Unterschiede. Wir dürfen uns grundsätzlich nicht noch weiter von Importen abhängig machen, die lokale Versorgung muss sichergestellt sein. Wir befürworten daher regionale Strategien, beispielsweise die klare Identifizierung von regionalen, bayerischen Produkten in Supermärkten. Dazu unterstützen wir die Ausweitung von „front-of-pack-labeling“ mit dem Siegel „Geprüfte Qualität Bayern“.

Qualitativer Umweltschutz als Leitbild bei Agrarumweltmaßnahmen

Aus unserer Sicht muss der qualitative Umweltschutz als Leitbild für die Subventionierung von Agrarumweltmaßnahmen anerkannt werden. Bestandteile dieses Konzepts sind ein liberales Kulturlandschaftsprogramm, die Einführung eines Öko-Kontos und die effektive Nutzung (auch Mehrfachnutzung) von Flächen. Für die Bekämpfung des Artensterbens und des Klimawandels ist nicht die Größe der eingesetzten Fläche entscheidend, auch nicht die Zertifizierung des Landwirts oder die staatliche Vorgabe einzelner Maßnahmen: Entscheidend sind der tatsächliche ökologische Wert für die Artenvielfalt, die CO₂-Speicherfähigkeit und die sinnvolle Integration in einen Biotop-Verbund.

Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft

Wir befürworten das Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft gemäß den Wünschen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Nachfrage nach Bio-Produkten ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Das Ziel der Bayerischen Staatsregierung, den ökologischen Landbau bis 2030 auf mindestens 30 Prozent zu erhöhen, lehnen wir jedoch ab. Diese Quote würde den Bedarf an ökologisch produzierten Lebensmitteln übersteigen. Die Förderprogramme des Freistaats dürfen nicht nach konventioneller und ökologischer Landwirtschaft diskriminieren. Staatlich verordnete Vorgaben zur Wirtschaftsweise und zur Ausrichtung eines Betriebs lehnen wir ab: Die Konsumentinnen und Konsumenten sollen frei entscheiden können, welche Lebensmittel sie kaufen.

Lebensmittelsicherheit mit vernünftiger Biodiversität verbinden

Wir fordern, dass die im Zuge der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) festgelegte Flächenstilllegung zurückgenommen wird. Anstatt Flächen vereinzelt zu betrachten, wollen wir eine vernetzte Biodiversität über die Grenzen eines Ackers hinaus – und zwar ohne Zwang. Ziel sollte es sein, die Produktivität in der Landwirtschaft langfristig deutlich zu erhöhen. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat uns vor Augen geführt, dass Ernährungssicherheit keine Selbstverständlichkeit ist. Die guten bayerischen Anbauflächen stillzulegen ist nicht nur wirtschaftlich, sondern mit Blick auf die weltweite Ernährungslage auch moralisch nicht vertretbar. In unbearbeiteten Brachflächen geht die Biodiversität nachweislich verloren. Eine sinnvolle Fruchtfolge ist hier die bessere Wahl. Wir bekennen uns zum Boden als Eigentum der Landwirtinnen und Landwirte. Es ist ihr gutes Recht, den Boden nach guter fachlicher Praxis zu nutzen.

DüngeVO und EU-Nitratrichtlinie: Fairer Wettbewerb in Europa

Aus unserer Sicht muss bei der Ausweisung der roten Gebiete der Düngeverordnung (DüngeVO) das Verursacherprinzip anerkannt werden. Konkret fordern wir, das vorhandene Messstellennetz auszuweiten, qualitativ zu bewerten und so weitere potenzielle Emittenten zu ermitteln. Die Düngemittelverordnung soll außerdem regelmäßig evaluiert und nach wissenschaftlichen Kriterien abgewogen aktualisiert werden. Das Verursacherprinzip ist durch Vorgaben der EU aktuell ausgesetzt. So werden auch Landwirte und Landwirtinnen in der Bewirtschaftung eingeschränkt, die überhaupt keine Nitrateinträge zu verantworten haben. Das gilt für Ökolandbau ebenso wie für konventionellen. Andere

große Nitratemittenten wie Siedlungen werden überhaupt nicht einbezogen. Daher muss es das Ziel sein, eine aussagekräftige Datengrundlage zu erstellen und anzuwenden.

Ökologie durch moderne Technologien und Züchtungsmethoden verbessern

Wir fordern eine technologieoffene Herangehensweise an landwirtschaftliche und gartenbauliche Forschungsprojekte. Neue Anbau- und Züchtungsmethoden sollen zum Beispiel an den bayerischen Hochschulen getestet werden. Sowohl für die heimische als auch für die internationale Landwirtschaft ist Forschungsfortschritt unverzichtbar. Neue Technologien wie etwa CRISPR/Cas (Genschere) werden in Zukunft einen wichtigen Beitrag in der internationalen Versorgung und bei der Schaffung einer klimapositiven Landwirtschaft leisten – beispielsweise durch dürreresistente Pflanzensorten. Durch unsere grünen Hochschulen kann Bayern in dieser Forschung Vorreiter sein. Wir fordern ein modernes Gentechnikrecht und effizienten Pflanzenschutz.

Pionierbäume für den Wald von morgen pflanzen

Wir fordern einen Paradigmenwechsel der Forstpolitik beim Waldumbau. Anstelle der Konzentration auf Wirtschaftsbaumarten müssen auch schnellwüchsige, klimaresistentere Pionierbaumarten in die Planung einbezogen werden. Grundsätzlich ist bei Aufforstung auf den Mischwald als natürliche Waldform zu achten: Monokulturen im landwirtschaftlich genutzten Wald bergen ökologische Risiken und müssen im Rahmen einer nachhaltigen Forstwirtschaftsstrategie kritisch gesehen werden. Pionierbaumarten können aufgrund ihrer geringen Ansprüche eine wichtige Rolle als schützender „Vorwald“ beim Aufbau klimastabiler Mischwälder spielen. Sie besiedeln Freiflächen im Samenanflug sehr schnell, haben geringe Bodenansprüche, eine hohe Trockenheitstoleranz und bieten schnellen Schutz, Lebensraum und Nahrung für die Tierwelt. Darüber hinaus mindern diese Arten den Verbissdruck auf standortfremde Wirtschaftsbaumarten, für die andernfalls ein Verbisschutz geschaffen werden muss.

Das Wild gehört zum Wald

Wir fordern die Erarbeitung einer bayerischen Wald-/Wildstrategie 2050, die sowohl den Zielen eines Waldumbaus als auch ausreichender Lebensräume für heimisches Schalenwild gerecht wird. Wildbiologische Erkenntnisse, die ein besseres Miteinander von Wald und Wild ermöglichen, finden derzeit in der bayerischen Forstpolitik kaum Berücksichtigung. Die Erarbeitung einer gemeinsamen Wald-/Wildstrategie durch Forstwissenschaftlerinnen und Forstwissenschaftler sowie Wildbiologinnen und Wildbiologen soll die Grundlagen für eine Ent-Ideologisierung des Wald-/Wild-Konflikts schaffen: Sie soll einen Waldumbau ermöglichen und gleichzeitig ausreichende und artgerechte Lebensräume für heimische Wildtiere gewährleisten.

Direkte Markteingriffe in den Holzhandel vermeiden

Wir fordern einen Verzicht auf direkte staatliche Markteingriffe in den bayerischen Holzhandel. Das gilt besonders für Exportbeschränkungen. Davon ausgenommen sind Beschränkungen aufgrund von Sanktionen. Trotzdem sollen Preiskartelle auch in der Holzproduktion verhindert werden.

Erfahrungswerte im Bayerischen Jagdgesetz berücksichtigen

Wir fordern bei der Novellierung des Bayerischen Jagdgesetzes mehr Rücksicht auf die erfolgreichen Strategien der Vergangenheit. In der Neufassung sollen die bisherigen Festlegungen und positiven Erfahrungen mit Hegegemeinschaften, Reviergrößen, Verbissgutachten, Abschussplanungen und Jagdzeiten beibehalten werden. Mindestabschusszahlen, Verkleinerungen der Reviergrößen und eine Verlängerung der Jagdzeiten auf Schalen- und insbesondere Rehwild lehnen wir ab. In Verbindung mit dem stetig steigenden Freizeitdruck- also der Störung von Wildtieren etwa durch Wanderer, Spaziergänger oder Radfahrer- führen diese Maßnahmen letztlich nur zur Unsichtbarkeit der Populationen und damit zu erhöhtem Verbiss. Dies steht dem Waldumbau entgegen. Außerdem werden dadurch ein artgerechtes Altersgruppen- und Geschlechterverhältnis und die Waldgerechtigkeit stark negativ beeinflusst.

Umgang mit Biber und Co.: Ökologie und Ökonomie verbinden

Wir fordern ein zukunftsweisendes, ökologisch und ökonomisch ausgewogenes Konzept für den Umgang mit Biber, Fischotter, Gänsesäger und Kormoran. Wir wollen gezielte Entnahmen ermöglichen. Die genannten Arten sind in Bayern nicht mehr gefährdet. Die Populationsgrößen rechtfertigen daher den bürokratischen und teuren Einzeltierschutz nicht mehr. Entscheidungen müssen künftig auf rein fachlicher Grundlage getroffen werden. Neben den Aspekten des Artenschutzes sind auch negative Auswirkungen auf andere Arten wie Wild- und Weidetiere oder Fische zu berücksichtigen – ebenso die Notwendigkeit des Biotopschutzes und ökonomische und gesellschaftliche Aspekte. Wir fordern ein besseres und gezielteres Prädatoren-Management. Die Pilotprojekte zur Entnahme des Fischotters in bestimmten Gebieten müssen endlich durchgeführt werden.

Aktive Regulierung der Wolfspopulation ermöglichen

Wir fordern eine Aufnahme des Wolfs in das bayerische Jagdrecht. Darüber hinaus unterstützen wir die bundesweite Initiative zur Definition des von der EU geforderten „günstigen Erhaltungszustandes“ des Wolfs durch den Bund. Wir fordern eine Statusänderung der Art *Canis lupus* in der FFH-Richtlinie von „streng geschützt“ zu „bedingt geschützt“. Die Neubewertung der Wolfspopulation in Bezug auf den Erhaltungszustand, die Herkunft und Wanderbewegungen – und in Konsequenz daraus eine Anpassung des Schutzstatus – sind Grundlage für ein zielorientiertes Populationsmanagement. Der strenge Schutz des Wolfes durch Maßnahmen wie die FFH-Richtlinie hat zu einer nachhaltigen Stabilisierung der Wolfspopulationen in vielen Gebieten Europas geführt. In Deutschland ist der Wolf mit aktuell über 150 Rudeln wieder eine heimische Tierart. Neben dem Artenschutz muss aber auch dem Schutzbedürfnis anderer Wild- und Weidetiere Rechnung getragen werden.

Kenntnisse über Ernährung und Landwirtschaft vermitteln

Wir wollen, dass in Kitas und Schulen bereits früh Wissen über Ernährung und Landwirtschaft vermittelt wird. Das befähigt Kinder und Jugendliche zu einer gesunden Ernährung und steigert die Wertschätzung für Lebensmittel, ihre Erzeugung und Verarbeitung. Kinder sollen von klein auf zu mündigen Verbraucherinnen und Verbrauchern erzogen werden.

Cannabis für den Gartenbau und Eigenanbau freigeben

Wir fordern, dass Gärtnereien und Sämereien im Zuge der Cannabislegalisierung eine Lizenz für die Aufzucht von Cannabispflanzen erhalten können. So wollen wir Menschen aus Bayern den Eigenanbau ermöglichen. Voraussetzung dafür ist eine einfache, bürokratiearme und nachvollziehbare Regulierung, die gleichzeitig mit den Vorgaben zu Jugend-, Gesundheits- und Verbraucherschutz in Einklang steht. Bei der Aufzucht von Cannabispflanzen müssen unter anderem die Anbaufläche und die Abgabe an Käuferinnen und Käufer streng reguliert werden. Dabei darf kein Verkauf von erntereifen weiblichen Pflanzen möglich sein. Die Abgabe von Samen oder Pflanzen an Minderjährige durch lizenzierte Gärtnereien und Sämereien bleibt untersagt. Desweiteren darf Cannabis aus diesen Züchtungen nicht zum gewerblichen Handel dienen.

Liberales Kulturlandschaftsprogramm umsetzen

Wir fordern, dass das Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) des Freistaates künftig nicht mehr konkrete Agrarumweltmaßnahmen, sondern die dadurch erreichten Ziele fördert. Die Antragstellung und die Nachweise sollen dabei weitgehend digital erfolgen. Bereits jetzt müssen Landwirtinnen und Landwirte zum Erhalt ihrer Förderung detailliert über ihre Flächen berichten. Statt aber bestimmte Maßnahmen wie spezielle Saatgutmischungen vorzuschreiben, möchten wir den ökologischen Wert von Flächen bonitieren, zum Beispiel nach Artenvielfalt, Humusanteil etc. So gewinnen wir einen riesigen Datenschatz über den tatsächlichen Stand der Artenvielfalt und des Umweltschutzes. Für das Erreichte erhalten die

Antragstellenden geldwerte Ökopunkte, über die sie frei verfügen können. Gleichzeitig bekommen sie die Freiheit, im Sinne der guten fachlichen Praxis zu handeln.

Planungssicherheit für aufwändige landwirtschaftliche Investitionen

Wir fordern, dass staatliche Vorgaben zur landwirtschaftlichen Umstrukturierung langfristig angelegt sein und 20 Jahre Bestand haben müssen. Mit der Entwertung von landwirtschaftlichen Investitionen durch kurzfristige Kursänderungen muss Schluss sein. Der Neubau von Stallungen muss oft über mehrere Generationen finanziert werden. Entsprechende Investitionen sind wichtig zur Erfüllung neuester Anforderungen und tragen zu mehr Tierwohl und Klimaschutz bei. Insbesondere beim Emissionsschutz und den Anforderungen an die Biolandwirtschaft muss jedoch mehr Klarheit herrschen: Die Finanzierungsbasis getätigter Investitionen darf nicht durch kurzfristig beschlossene, neue Auflagen entwertet und gefährdet werden. Der Staat muss dafür sorgen, dass der Bestandsschutz für die Abschreibungsdauer gewahrt bleibt.

Stilllegungsflächen nach neuesten Erkenntnissen behandeln

Wir wollen Landwirten und Landwirtinnen eine ökologisch sinnvolle Bewirtschaftung von Stilllegungsflächen und Brachen ermöglichen. Allein der Unkraut-Samenflug in angrenzende Nutzflächen erhöht den Aufwand an Unkraut- und Schädlingsbekämpfung immens. Nach neuesten Erkenntnissen ist zielgerichtet bearbeitetes Brachland für die Artenvielfalt weit nützlicher als sich selbst überlassene Flächen: Stillgelegte Flächen haben eine einseitigere und deutlich geringere Besiedelung an Insekten und Kleintieren, und auch die pflanzliche Vielfalt nimmt ab. Mit entsprechenden Empfehlungen erleichtert man den Bewirtschaftenden den Artenschutz und motiviert zur sinnvollen Zusammenarbeit.

Büsche und Hecken für Artenvielfalt und Windschutz nutzen

Wir fordern einen stärkeren Fokus auf die Anlage und Pflege von Busch- und Heckenstreifen – sowohl an den Waldrändern als auch in der Agrarlandschaft. Die Neuanlage solcher Gehölze findet derzeit trotz Förderung in Wald und Feld kaum statt. Busch- und Heckenstreifen haben jedoch eine essenzielle Bedeutung als Windschutz: Sie schützen vor Bodenerosion und zunehmender Trockenheit. Sie sind das zentrale Element im Biotopverbund für Pflanzen und Tiere. Sie bieten Lebensraum, Schutz und Nahrung für Insekten, Vögel und Niederwild und dienen damit letztlich nicht nur dem Pflanzenschutz, sondern auch der Artenvielfalt.

Zentrales Öko-Konto – digital und effektiv

Wir fordern die Einführung eines zentralen Öko-Kontos für die Bewertung und Monetarisierung erfolgreicher (Agrar-)Umwelt- und Ausgleichsmaßnahmen, zum Beispiel aus dem Kulturlandschaftsprogramm KULAP. Punkte auf dem Öko-Konto könnten sowohl bei verschiedenen staatlichen Stellen als auch privatwirtschaftlich (zum Beispiel bei Baugebieten oder anderen Agrarbetrieben) monetarisiert werden. Aktuell gibt es eine Vielzahl von Förderprogrammen für Umweltmaßnahmen und einen großen Bedarf an Ausgleichsflächen, etwa für Baugebiete. Ein universelles Öko-Konto kann diese beiden Ebenen zusammenbringen. Durch eine Erfolgskontrolle lässt sich gleichzeitig die Qualität der Maßnahmen verbessern. Anstatt Landschaftspflege zu verordnen, öffnen wir den Arten- und Klimaschutz für die Berufsgruppen, die durch ihre tägliche Arbeit tatsächlich etwas verändern können.

Umwelt und Klima schützen

Neben großräumigen Schutzgebieten aus Mischwaldbeständen und ausgewiesenen Naturschutzzonen zum Schutz der Natur- und Artenvielfalt fordern wir die Einrichtung eines dritten bayerischen Nationalparks im Steigerwald. Damit schaffen wir verbundene Lebensräume unter anderem für Insekten und erhöhen die Artenvielfalt. Wir wollen durch den Bau von Stauseen, die Renaturierung von Gewässern und das Anlegen von Wasserspeichern die Wasserversorgung in Dürreperioden sicherstellen. Dieser Schritt stärkt auch den Wald und erleichtert die Brandbekämpfung. Über die Lebenszyklusbetrachtung

von Produkten wollen wir eine 100-prozentige Recyclingquote erreichen. Wir setzen uns für die Begrünung von Städten ein. Dies senkt gerade in Hitzeperioden die Temperatur und erhöht den Wohnwert.

Flächenverbrauch durch qualitativen Umweltschutz senken

Wir fordern die Senkung des Flächenverbrauchs durch qualitativen Umweltschutz. „Qualitativ“ bedeutet in der Praxis, dass Umweltschutzmaßnahmen nach Ermessen der Flächenbesitzerinnen und Flächenbesitzer gleichermaßen auf bereits stillgelegte Brachen, ökologische Vorrang- und Ausgleichsflächen sowie alle anderen Flächen angewandt werden dürfen. Zudem ersetzen bei diesem Konzept erzielte Öko-Punkte die Flächenanforderungen bei Ausgleichsmaßnahmen. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Bayern ist bereits knapp und der Selbstversorgungsgrad unseres Landes sinkt in vielen Bereichen drastisch. Gleichzeitig müssen wir Klimawandel und Artensterben effektiv bekämpfen. Durch den qualitativen Ansatz schaffen wir Anreize, um unsere ökologischen Ziele tatsächlich zu erreichen. Hierfür ist nicht zwangsläufig immer mehr Fläche nötig, sondern vor allen Dingen eine effektive Nutzung und eine praxisbezogene Flächenplanung.

Bayerisches Klimaschutzgesetz verbessern

Wir fordern ein seriöses und ehrliches Monitoring des Bayerischen Klimaschutzgesetzes und der Klimaschutzmaßnahmen. Die bayerische Klimaneutralität muss zudem auf das Jahr 2045 festgelegt werden, damit die Klimaziele zwischen Bund und Land einheitlich sind. Das Bayerische Klimaschutzgesetz sieht aktuell eine Klimaneutralität Bayerns bis 2040 vor. Vor allem für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) lässt sich dieses Ziel nur mit großen Kosten und Mühen verwirklichen. Daher sollte eine Kohärenz mit den Zielen des Bundes hergestellt werden. Auf diesem Weg lässt sich eine Wettbewerbsverzerrung zwischen Unternehmen in Bayern und Unternehmen in anderen Bundesländern verhindern. Aktuell ist zudem ist völlig unklar, welches Reduktionspotenzial die Klimaschutzmaßnahmen der Staatsregierung entfalten können. Daher müssen die Maßnahmen und die Zielvorgaben ein angemessenes Monitoring durchlaufen, um Ineffizienz und Steuerverschwendung zu vermeiden.

Klimapartnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern eingehen

Wir fordern den Aufbau von Klimapartnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Da der Aufbau Erneuerbarer-Energie-Anlagen in diesen Regionen zu einem Bruchteil der deutschen Kosten gelingt, erweisen sich dortige Klimaschutzmaßnahmen als besonders kosteneffizient. Wir sehen in Klimapartnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern einen wertvollen Gewinn für Bayern und unsere jeweiligen Partnerregionen. Hier kann etwa das Afrikabüro des Freistaats in Addis Adeba eine wichtige Rolle spielen. Gewinne gibt es für beide Seiten: Zum einen können die eingesetzten finanziellen Mittel in diesen Ländern einen stärkeren Klimaschutzeffekt entfalten, als es in Bayern der Fall wäre. Zum anderen unterstützen wir in diesen Partnerländern vor Ort den Aufbau von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien. Zur Anreizsetzung müssen teilnehmenden bayerischen Unternehmen die vermiedenen CO₂-Emissionen angerechnet werden.

Technologien zur CO₂-Speicherung (CCUS) in Bayern etablieren

Wir fordern den Aufbau einer Infrastruktur zur Speicherung und Nutzung von CO₂ in Bayern. Eine klimaneutrale Gesellschaft ist nur mit CCUS-Technogien (Carbon Capture, Use and Storage) erreichbar. CCUS bedeutet die Speicherung von Kohlendioxid im Untergrund. Unter anderem der Weltklimarat (IPCC) sowie die Internationale Energieagentur IAE betonen mittlerweile, dass die Pariser Klimaziele ohne CCUS-Technologien nicht einhaltbar sind. Um nicht vermeidbare Prozessemissionen zu transportieren und zu speichern, muss Bayern bereits jetzt anfangen, eine geeignete Infrastruktur aufzubauen. Nur so kann es uns gelingen, unsere Industrie in Zukunft in Bayern zu halten. Der Freistaat muss seine technologische und wissenschaftliche Exzellenz dafür nutzen, die Klimaerwärmung mit solchen Innovationen zu begrenzen.

Kommunen bei der Erstellung von Hitzeaktionsplänen unterstützen

Wir fordern, dass der Freistaat die kommunalen Gebietskörperschaften bei der Erstellung von Hitzeaktionsplänen mit Förderprogrammen unterstützt. Soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser, Pflegeheime oder Kindergärten müssen an die neuen klimatischen Zustände angepasst werden. Neben baulichen Maßnahmen beinhaltet dies vor allem die Sensibilisierung und Schulung der Belegschaft, um die zu betreuenden Personen bei hohen Temperaturen über 30 Grad zu schützen. Für die konkrete Umsetzung des Schutzes vor künftigen Hitzewellen muss der Freistaat Mittel und Förderprogramme im Haushalt bereitstellen.

Gewässerschutz zur Priorität im Umweltministerium machen

Bayern muss sein Umsetzungsdefizit beim Gewässerschutz schnellstmöglich aufholen – sei es bei der Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie, beim Aufbau von Fernwasserversorgungsnetzen oder beim Schutz vor Stoffeinträgen durch den Einsatz einer vierten Reinigungsstufe bei Kläranlagen. Trotz vieler Ankündigungen seitens des Umweltministeriums hinkt der Freistaat hier immer noch hinterher. Gerade die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie werden nach wie vor nicht flächendeckend erfüllt. Zudem muss Bayern zügig die Ziele der Nationalen Wasserstrategie umsetzen. So ist zum Beispiel der Aufbau eines Fernwasserversorgungsnetzes mit anderen Bundesländern nötig, damit trockene Regionen Bayerns gegen Hitze und Trockenheit gewappnet sind. Als Finanzierungsquelle müssen die Einnahmen des geplanten Wasserentnahmeentgeltes zweckgebunden in den Gewässerschutz fließen.

Renaturierung von Auen und natürlicher Hochwasserschutz stärken

Wir fordern eine verstärkte Renaturierung von Auen und den Ausbau des natürlichen Hochwasserschutzes. Frei fließende Flüsse und renaturierte Auenlandschaften dienen uns Menschen zum Hochwasserschutz. Für Tiere und Pflanzen sind sie Rückzugsort und einzigartiges Habitat. Querbauwerke an Gewässern, die nicht der Stromproduktion dienen, sollen nach Möglichkeit zurückgebaut und durch umweltverträgliche Lösungen wie Sohlgleiten unter dem Wasserspiegel ersetzt werden. Projekte wie die Initiative „boden:ständig“ und die Praxisplattform für Boden- und Gewässerschutz müssen konsolidiert werden. Zahlreiche Ehrenamtliche leisten jeden Tag einen wertvollen und unschätzbaren Dienst an unserer Gesellschaft. Hier ist Flexibilität unabdingbar, damit wir auf die aktuellen Veränderungen reagieren können. Dazu zählt, dass die Ausstattung der am Katastrophenschutz beteiligten Einrichtungen an die neuen Gegebenheiten angepasst wird. Ausstattungen wie etwa geländegängige Fahrzeugflotten und die Entwicklung digitaler Echtzeit-Lagebilder sind ebenso nötig wie Fortbildungsmöglichkeiten, um auf die diversen Katastrophenfälle optimal vorbereitet zu sein.

Ökovielfalt der bayerischen Gewässer bewahren

Wir möchten die ökologische Vielfalt unserer Gewässer vor weiteren Eingriffen und Regulierungen schützen. Auch wenn wir der Wasserkraft als klimaneutraler Stromproduktionsmethode aufgeschlossen gegenüberstehen, dürfen wir die negativen Auswirkungen auf das Ökosystem Fluss nicht außer Acht lassen. Beim Neubau von Wasserkraftwerken muss die Passierbarkeit für Fische (beispielsweise durch Fischtreppen oder Umgehungsgerinne) gewährleistet werden. Zudem soll jeder Neubau auf negative ökologische Auswirkungen für den Lebensraum Fluss geprüft werden. Bereits bestehende Querbauwerke sollen zügig und bürokratiearm mit Wasserkraftwerken wie etwa Schachtkraftwerken nachgerüstet werden können.

Konkreten Schutz der Gewässer umsetzen

Weite Teile Bayerns haben mit großer Trockenheit zu kämpfen. Die Bewältigung dieser Herausforderung ist längst ein überregionales Thema geworden. Die FDP Bayern möchte diese Aufgabe angehen, indem sie Nachhaltigkeit mit Innovation verbindet. Wir fordern daher Bewässerungskonzepte für die wasserintensive Landwirtschaft als Voraussetzung für die Zuteilung einer Betriebserlaubnis. Hochzisternen können einen wichtigen Beitrag leisten, Landwirtschaft zu ermöglichen, ohne Wasser aus dem Boden entnehmen zu müssen. Entsprechende Anlagen, die sich in die Landschaft einpassen, sollen

vom Freistaat eine Förderung erhalten. Es soll eine Prüfung erfolgen, ob mit dem Anlegen einer gebietsübergreifenden Seenplatte als Regenrückhaltebecken in von Dürre betroffenen Gebieten das Bewässerungsproblem gelöst werden könnte. Ein öffentlicher Runder Tisch muss geschaffen werden, um das Thema transparent zu machen, auf die Dringlichkeit hinzuweisen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Vor allem das Thema Wasserqualität soll hier besprochen werden. Es muss geprüft werden, ob die Einrichtung von Zweckverbänden für Bewässerungswirtschaft mit genossenschaftlichem Charakter die Situation entschärfen könnte. Es müssen zudem Anreize geschaffen werden, Wasser in der Flur und in besiedelten Gebieten zu halten. Möglichst wenig Oberflächenwasser soll in die bayerischen Gewässer geleitet werden. Die Ressource Wasser muss auch besser verteilt und gesteuert werden. Um das Problem der Trockenheit anzugehen, bedarf es deshalb eines umfassenden Konzepts: Verfahren zum Wassersparen und der Vernetzung mit anderen Regionen müssen ebenso geprüft werden wie eine Reduzierung von Leitungsverlusten, eine gezielte, wasserhaltende Bepflanzung und ein Waldumbau. Die Nutzung von Flusswasser kann nur bedingt eine Alternative sein. Wichtig bleibt vor allem die Anpassung an die neuen hydrologischen und klimatischen Gegebenheiten. Grundwasserentnahmen sollten ab der dritten Grundwasserschicht untersagt, in dringenden Fällen nur unter strengen Auflagen möglich sein. Insbesondere muss eine positive Grundwasserbilanz sichergestellt sein – das heißt, dass Fördergelder im Bereich der Bodenbewirtschaftung vor allem für Projekte mit geschlossenen Wasserkreisläufen bereitgestellt werden sollten. Im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung muss stärker auf die Renaturierung und Wiederverlegung von Fließgewässern an die Oberfläche geachtet werden. Heckenreihen und Grünstreifen verhindern Austrocknung. Maßnahmen dieser Art sollten daher künftig als Ausgleichsflächen anerkannt werden. Neben vielen Ansätzen zur Kompensation von Klimawandel und Trockenheit brauchen wir auch einen Wandel im Anbau: Die Fachberatungen und Forschungseinrichtungen des Freistaates sollten dem Rechnung tragen und dabei mitwirken, bei der Bepflanzung und Bewässerung angepasst an neue klimatische Verhältnisse ein Umdenken zu erreichen. Insbesondere in der Nachbepflanzung von Wäldern ist dies von Bedeutung. Der Freistaat muss hier seine Förderrichtlinien konsequent überarbeiten.

Update für den Wasserschutzplan entwickeln

Wir möchten den bayerischen Wasserschutzplan einer intensiven Qualitätsprüfung unterziehen, um etwaige Mängel aufzudecken und auszubessern. Besonders gilt das für Arzneimittel- und Drogenbelastung im Wasser. Dieser Prozess soll im Austausch mit Nachbarländern und auf Grundlage der Alpenkonvention geschehen. Wir möchten den Landesentwicklungsplan dahingehend ändern, dass Grundwasser weiter vor allem der Trinkwasserversorgung dient und dies nicht nur insbesondere der Fall ist. Vor einer Änderung der Rechtslage sollen zudem alle betroffenen Interessenverbände gehört werden.

Hochwasserschutz verbessern

Trotz neuer Maßnahmen im Gewässerschutz werden wir den Hochwasserschutz nicht vernachlässigen: Wir fordern die Ausweisung neuer Überschwemmungsgebiete (inklusive Eigenrisiko beim Bau) sowie die Einrichtung von Poldergebieten zum Hochwasserschutz. Wir sind der Überzeugung, dass bei der Bewältigung von Katastrophen ein Vorgehen Hand in Hand mit benachbarten Bundesländern und Nachbarstaaten wichtig und sinnvoll ist. Das umfasst gemeinsame Übungen ebenso wie den Ernstfall – wenn es gilt, schnell zu handeln und alle erforderlichen Kräfte zu mobilisieren. Die Zuständigkeiten für den Gewässerschutz zweiter Ordnung wollen wir wieder auf die Bezirksebene verlagern. Wir sind aber auch der Auffassung, dass die lokalen Behörden die jeweilige Situation am besten kennen und einschätzen können. Daher halten wir eine Verschiebung von Kompetenzen nur dann für sinnvoll, wenn sich daraus ein klarer Mehrwert ergibt.

Revitalisierung und Renaturierung von Brachflächen und Altstandorten

Zur Flächengewinnung in den Städten müssen brachliegende Altlasten in den Blick genommen werden. Die Staatsregierung muss dafür die Kommunen bei ihren Anstrengungen zur Sanierung solcher Flächen unterstützen. Außerdem sollen nicht mehr genutzte versiegelte Brachflächen wieder entsiegelt werden.

Viele Grundstücke in Ortszentren werden nicht genutzt oder bebaut, weil sie als Altlastenstandorte gelten. Die Sanierung der Flächen würde in den meisten Fällen zu erheblichen Kosten führen, die die Kommunen alleine nicht tragen können.

Alpinen Tourismus neu ausrichten

Wir setzen uns dafür ein, dass die im Alpenplan ausgewiesenen Schutzzonen unverändert bestehen bleiben. Die Modernisierung bestehender touristischer Einrichtungen muss aus unserer Sicht Vorrang vor dem Neubau haben. Wir ziehen eine qualitative Weiterentwicklung einem rein quantitativen Wachstum vor. Durch den weiteren Ausbau geraten die Ruheräume der bayerischen Alpen immer mehr unter Druck. Die Alpenregion wirtschaftlich und ökologisch zukunftssicher zu machen bedeutet auch, die dortige Natur zu schützen.

Tourismus in Bayern entfesseln

Wir fordern die besten Rahmenbedingungen und ein positives Investitionsklima für die bayerische Tourismuswirtschaft. Dazu müssen die Kompetenzen für den Tourismus innerhalb der Staatsregierung gebündelt und aufgewertet werden. Wir wollen den Tourismus mit dem Aussetzen von Belastungen und gezieltem Abbau der Bürokratie unterstützen. Um den Tourismus bayernweit gleichmäßig zu entwickeln und Tourismusströme zu entzerren, wollen wir gezielt die Regionen bewerben und Lenkungssysteme ausbauen. Unser Ziel ist es, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter zu verbessern und in Bayern auch künftig internationale Großveranstaltungen durchzuführen. Gerade für die vielen kleinen und mittleren, oft familiengeführten Betriebe im Gastgewerbe ist der hohe bürokratische Aufwand eine erhebliche Belastung. In der Tourismuswirtschaft arbeiten je nach Definition bis zu 600.000 Menschen, deren Einkommen dadurch gesichert wird. Damit beträgt der Anteil Bayerns an der touristischen Wertschöpfung in Deutschland immerhin 21 Prozent.

Alternative Anreisekonzepte stärken

Wir fordern, dass ÖPNV-Verbindungen vor Ort in Kombination mit der Bereitstellung von Parkplätzen (Park&Ride-Parkplätze) im Umland ausgebaut werden. Außerdem sollen interregionale Zugverbindungen in touristische Regionen gefördert werden.

Begrünung von Dach- und Fassadenflächen für ein besseres Stadtklima

Wir fordern die Begrünung von Dächern staatlicher und kommunaler Gebäude, wo dies bautechnisch möglich ist. Außerdem setzen wir uns für die Förderung der Begrünung von Dächern privater Haushalte ein. Förderprogramme für private Haushalte sollen kommunal aufgelegt werden. Die Luftverschmutzung kann Studien zufolge durch begrünte Dächer und Fassaden um 30 Prozent reduziert werden. Die Gebäudehülle wird durch Bepflanzung unter anderem vor extremen Temperaturdifferenzen, UV-Strahlung und Hagelschlag geschützt. Im Sommer kann Begrünung als Hitzeschutz und im Winter als Wärmedämmung dienen. Dach- und Fassadengrün fungiert ebenfalls als Regenwasserrückhalt und im Umkehrschluss als natürliche Klimaanlage zur Abkühlung der Umgebung. Verschiedenste Tierarten finden auf bepflanzten Dächern und Fassaden temporäre oder dauerhafte Lebensräume, was auch zur Sicherung der Artenvielfalt beiträgt.

Frischluftschneisen und Grünflächen im städtischen Raum ausbauen

In Städten fordern wir neben der Nachverdichtung auch die stärkere Berücksichtigung der Entsiegelung von befestigten Flächen in der Stadtplanung. Diese Flächen sollen im Planungsprozess als Frischluftschneisen und Grünflächen zur Verfügung stehen. Durch Entsiegelungen können Kommunen befestigte und ungenutzte Flächen einer sinnvollen Nutzung zuführen. Damit werden sowohl Naturschutzaspekte wie die Verbesserung der Bodenqualität und Biodiversität berücksichtigt als auch Klimaanpassungsmaßnahmen unterstützt – da neu geschaffene Grünflächen zum Beispiel bei Starkregen

zusätzlich Wasser aufnehmen können. Durch die zusätzlichen Grünflächen wird auch mehr CO₂ am Entstehungsort gebunden.

Neuen bayerischen Nationalpark im Steigerwald ausweisen

Zum Schutz der Artenvielfalt sprechen wir uns dafür aus, die welterbewürdigten Buchenwälder im Ebracher Staatsforst kurzfristig durch ein großflächiges Naturschutzgebiet im Nordsteigerwald und langfristig durch einen Nationalpark zu schützen. Die Umsetzung soll im Einvernehmen mit der lokalen Bevölkerung erfolgen. Die Erhebung soll dabei getrennt nach den beiden großen Teilgebieten in Unter- und Oberfranken erfolgen. So wollen wir einen Naturschatz von landes- und bundesweiter Bedeutung bewahren und gleichzeitig die Regionalentwicklung fördern.

Maßnahmen zum Artenschutz besser verfolgen

Wir fordern ein besseres Monitoring der unterschiedlichen Maßnahmen zum Artenschutz. Oftmals gehen effektive Schritte zum Artenschutz mit Einschränkungen für die landwirtschaftliche Praxis einher. Daher wollen wir besonders neu eingeführte Methoden besser verfolgen und jeweils nach Erfolg und Mitteleinsatz bewerten. Ineffektive Maßnahmen müssen zurückgenommen werden. Die in den letzten Jahren eingeführten Ansätze zum Artenschutz haben bereits erste Verbesserungen für Vögel, Insekten und andere Tierarten gebracht. Bei der Verbesserung der Biodiversität gilt für uns jedoch auch die Prämisse, dass wir mit der Landwirtschaft arbeiten, und nicht gegen sie. Wo Ordnungsrecht angewandt wird, muss das mit Augenmaß und Transparenz geschehen. Das bedeutet, dass Maßnahmen, die mit hohem Mittelaufwand verbunden sind, zusätzliche Komplikationen für Landwirte mit sich bringen und dabei einen geringen Beitrag zum Artenschutz leisten, auch wieder eingestellt werden müssen.

Lücken im Grünen Band endlich schließen

Wir fordern die Schließung der letzten Lücken im bayerischen Abschnitt des Grünen Bands. Bestehende ausgedehnte Naturschutzräume möchten wir im Einklang mit bestehender Infrastruktur vernetzen. Das Grüne Band bildet auf einer Strecke von über 12.500 Kilometern eine der wichtigsten paneuropäischen Biotopverbundachsen. Es leistet somit einen wertvollen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt von Fauna und Flora. Damit das Grüne Band seinen Beitrag zum Artenschutz besser erfüllen kann, müssen die noch bestehenden Lücken geschlossen und der Natur zurückgegeben werden. Bei zukünftigen Ausweisungen von Schutzgebieten sind die betroffenen Landwirtinnen und Landwirte, Wald- und Grundeigentümerinnen und -eigentümer sowie die Gemeinden von Beginn an einzubeziehen. Dabei sollte auch die Quervernetzung zum Grünen Band mit in die Planung einfließen.

Mehr Recycling-Beton bei öffentlichen Bauvorhaben einsetzen

Wir wollen den Freistaat dazu verpflichten, bei öffentlichen Bauvorhaben in größerem Umfang Recycling-Beton einzusetzen. Die Landesregierung muss sich zudem für die Abschaffung von rechtlichen Hürden bei dessen Verwendung bei privaten Bauvorhaben einsetzen. Die öffentliche Hand als Auftraggeber muss aus unserer Sicht auch beim Gebäudebau ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Als Vorbild kann die Schweiz dienen: In Zürich werden Aufträge nur vergeben, wenn Recycling-Beton verwendet wird. Pilotprojekte in diesem Bereich müssen künftig unterstützt und gefördert werden. Aktuell werden etwa 30 Prozent der Primärrohstoffe für die Baubranche verwendet. Sie ist zugleich für 25 Prozent der globalen Abfallströme verantwortlich. Gleichzeitig werden Baustoffe immer teurer, sodass sich das Baustoffrecycling wirtschaftlich lohnt.

Digitales und Netzpolitik

Wir als FDP Bayern bringen den Freistaat in die digitale Zukunft und sichern in dieser die Freiheit der Menschen. Die Digitalisierung ist aus unserer Sicht kein Selbstzweck: Sie muss immer den Menschen dienen und ihnen eine freie Lebensgestaltung ermöglichen. Dafür muss das bayerische Digitalisierungsgesetz überarbeitet werden. Der Personalbedarf und die Kompetenzen der Verwaltung

sowie die kommunale Finanzierung müssen an die neuen Anforderungen durch die Digitalisierung angepasst werden. Unnötige bürokratische Hürden für die bayerische Wirtschaft schaffen wir ab. Jeder Bürger und jede Bürgerin muss einen barrierefreien, schnellen Zugang zum Netz erhalten. Hierfür müssen die Glasfaser- und Funknetze auch in der Fläche ausgebaut werden. Bei der Umsetzung der Digitalisierung werden wir CO₂-Ausstoß und Flächenverbrauch minimieren. Staatstrojanern und anlassloser Überwachung erteilen wir eine klare Absage: Eine potenziell lückenlose digitale Überwachung der Menschen durch den Einsatz von „Staatstrojanern“ – insbesondere zur nachrichtendienstlichen Aufklärung – lehnen wir strikt ab. Solange nicht sichergestellt ist, dass der Kernbereich der privaten Lebensgestaltung der Menschen geschützt ist, muss deren Einsatz unterbleiben. Für die Quellentelekkommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) und Online-Durchsuchungen muss derselbe Maßstab gelten.

Zuständigkeiten für die digitale Transformation bündeln

Wir wollen die Kompetenzen für die digitale Transformation in einem Staatsministerium bündeln und einen Digitalausschuss im Landtag etablieren. Dieses Staatsministerium soll die Federführung in sämtlichen Bereichen der Digitalisierung in Bayern erhalten. Somit werden künftig auch Bereiche wie beispielsweise die digitale Infrastruktur, die Digitalisierung des Gesundheitswesens und die Digitalisierung des Bildungswesens zentral geleitet. Die entsprechenden Fachabteilungen werden dafür in dieses Ministerium übertragen. Für die Umsetzung in den Einzelbereichen arbeitet das neue Staatsministerium mit den jeweiligen Fachressorts zusammen. Um Silodenken zu verhindern, werden wir ressort- und behördenübergreifende Projektteams einführen.

Behördendigitalisierung – vom Bürger aus denken

Wir fordern eine vollständig digitale Kommunikation mit der bayerischen Staatsverwaltung bis 2027. Hierfür brauchen wir ein neues und besseres bayerisches Digitalisierungsgesetz, das den Menschen im Umgang mit den Behörden wirklich hilft: Es muss die Kommunikation erleichtern. Wir wollen einen einklagbaren Rechtsanspruch auf den digitalen Zugang zu allen Behördenvorgängen. Die bayerische Verwaltung und die Kommunen wollen wir künftig mit einem Digitalisierungs-Reifegrad messen, um bayernweite Vergleichbarkeit zu erreichen. Das im Jahr 2022 beschlossene bayerische Digitalisierungsgesetz enthält nur Kann-Bestimmungen: Wenn eine Behörde einen Vorgang nicht digitalisiert, dann passiert nichts. Das muss geändert werden, sonst werden wir ein weiteres Jahrzehnt wegen jeder Kleinigkeit zum Amt laufen müssen.

Bayerischen Antragsturbo zünden

Wir fordern einen eigenen bayerischen Antragsturbo. Anträge sollen komplett digital eingereicht werden können. Dadurch können diese schnell bearbeitet und beschieden werden. Anträge, die nach einer angemessenen Frist nicht beschieden sind, müssen als genehmigt gelten, alternativ müssen Betroffene ein Recht auf Entschädigung erhalten. Bei der Digitalisierung der Behörden müssen die internen Prozesse vereinfacht und beschleunigt werden. Das mehrfache Erfassen von Daten und das Verschieben von Papierdokumenten muss so bald wie möglich der Vergangenheit angehören.

Behörden für die Digitalisierung ertüchtigen

Wir wollen die Vorreiterrolle beim neuen Onlinezugangsgesetz 2.0 einnehmen. Wir fordern, dass der Freistaat Bayern alle notwendigen Fachanwendungen inklusive Zugang für die Behördendigitalisierung bis Ende 2027 zur Verfügung stellt. Doch wir gehen noch einen Schritt weiter: Unser Ziel ist nichts Geringeres als ein „Virtual Government“ – also eine virtuelle Regierung: Die Digitalisierung und Automatisierung durch neue Technologien wie die Künstliche Intelligenz (KI) erspart nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern enorm viel Zeitaufwand, sie spart auch dem Staat sehr viel Geld. Laut Onlinezugangsgesetz müssten schon jetzt alle Behördenvorgänge bis Ende 2022 digitalisiert worden sein. Dies hat nicht funktioniert. Bis heute existieren in Bayern für viele Vorgänge noch gar keine digitalen Lösungen.

Opferentschädigung in Bayern verbessern

Wir fordern eine deutliche Verbesserung und Beschleunigung bei der Umsetzung des Opferentschädigungsgesetzes in Bayern. Dazu wollen wir auch ein Monitoring der Opferentschädigung etablieren und eine Beschwerdestelle einrichten. Wer in Deutschland Opfer vorsätzlicher Gewalt wird und dadurch Gesundheitsschäden erleidet, kann einen Anspruch auf Opferentschädigung geltend machen.

Digitalisierungsbooster in den Kommunen mit dem Baukastenprinzip

Um eine breite digitale Abbildung aller Prozesse in den Kommunen und auf Landesebene zu erreichen, wollen wir verstärkt auf moderne Ansätze nach dem Baukastenprinzip (modellbasierte Entwicklung, Low-Code) setzen. Um Low-Code-Systeme für die öffentliche Verwaltung nutzbar zu machen und den Wettbewerb zu organisieren, wollen wir als Rahmenbedingungen für entsprechende Ausschreibungen die Nutzung gemeinsamer Standards und Softwaremodule definieren.

Potenzial der Privatwirtschaft nutzen

Wir unterstützen die Empfehlung des Nationalen Normenkontrollrats für ein „IT-Kaufhaus“ für Behörden. In diesem erweiterten App-Store sollen mit den Standards des föderalen IT-Verbundes kompatible und vorgeprüfte IT-Lösungen unkompliziert durch Behörden und Kommunen beschafft werden können. Spezifikation und Programmcode von Eigenentwicklungen der Behörden sollen öffentlich einsehbar sein und von anderen Behörden genutzt werden können (Open-Source-Prinzip). Wir setzen auf einheitliche Standards für Datenstrukturen (Förderales Informationsmanagement, FIM), die bundesweit Anwendung finden. Die verbleibenden Kosten der Digitalisierung der bayerischen Behörden trägt der Freistaat Bayern. Das Einer-für-Alle-Prinzip (EfA) als Instrument der Softwareproduktion ist gescheitert. Diese planwirtschaftliche Vorgehensweise ist durch die Kette der Flaschenhälse von den Ministerien bis zu den Kommunen strukturell überfordert. Notwendig ist eine Öffnung hin zur Nutzung privatwirtschaftlicher Ressourcen.

Potenziale von Start-ups nutzen

Um bei der Digitalisierung der Verwaltung schnell voranzukommen, fordern wir die Schaffung eines gemeinsamen Level-Playing-Fields („Gleiches Spielfeld“), das gleiche und faire Wettbewerbsbedingungen für alle schafft. Das bedeutet, dass wir auf Basis bundeseinheitlicher Dateninfrastruktur allen Marktteilnehmern die Möglichkeit geben wollen, innovative Ideen für die bayerische Verwaltung einzubringen. Hier wollen wir insbesondere die Potenziale von GovTech-Start-ups nutzen und diese auch bei öffentlichen Ausschreibungen besser berücksichtigen.

Digitalbonus erweitern

Wir wollen die Mittel für das Förderprogramm Digitalbonus erhöhen und den Digitalbonus für freie Berufe zur Verfügung stellen. Die Digitalisierung der kleinen und mittelständischen Unternehmen muss weiter zügig voranschreiten. Diese Mittel sind aktuell oft rasch ausgeschöpft. Außerdem soll das Förderprogramm nicht nur der gewerblichen Wirtschaft, sondern auch freien Berufen zur Verfügung stehen.

Kein eigener bayerischer digitaler Personalausweis

Wir fordern, dass der Zugang zu bayerischen Behördendienstleistungen zukünftig ausschließlich mit der Bund-ID möglich ist. Im bayerischen Digitalisierungsgesetz von 2022 wird der Einsatz der BayernID zwingend vorgeschrieben. Dies widerspricht jedoch Bundes- und EU-Recht. Bürgerinnen und Bürger anderer Bundesländer müssen sich für bayerische Vorgänge eine eigene ID besorgen. Gleiches gilt für bayerische Bürgerinnen und Bürger, die in anderen Bundesländern oder bei Bundesbehörden etwas erledigen wollen. Jeder muss die Möglichkeit haben, am digitalisierten Leben teilzuhaben – sicher, unkompliziert und barrierefrei. Der digitale Personalausweis muss für einen benutzerfreundlichen und sicheren Onlinezugang weiterentwickelt werden. Ob gegenüber Behörden, im Gesundheitswesen, im

Austausch mit Banken, Unternehmen oder der Nutzerinnen und Nutzer untereinander: Überall soll eine sichere digitale Authentifizierung zum Einsatz kommen können.

Onlinezahlung auch bei Behörden ermöglichen

Wir fordern eine direkte Online-Bezahlungsfunktion auf Behördenseiten im Internet. Diese muss Banküberweisungen, Kartenzahlungen und andere etablierte Zahlungsverfahren unterstützen und direkt verarbeiten. Die Wirtschaft macht es vor: Fast auf jeder Geschäftsseite im Internet wird eine Zahlung mit verschiedenen Verfahren angeboten. Nutzerinnen und Nutzer bekommen unmittelbar eine Bestätigung des Zahlungseingangs und der Vorgang kann direkt weitergehen.

Datencockpit für Bürgerinnen und Bürger einführen

Wir fordern für jede Bürgerin und jeden Bürger einen einfachen und direkten Einblick in und über alle Daten, die über die eigene Person bei Behörden gespeichert sind. Dafür wollen wir ein „Datencockpit“ schaffen, das von jeder Behördenseite aus aufrufbar ist. So soll auch einsehbar werden, welche Daten über einheitliche Register bedient werden, um Transparenz zu schaffen. Zu den Daten gehören auch Bescheide und Korrespondenzen. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen eine einfache Möglichkeit, um zu erfahren, was über sie gespeichert wurde. Außerdem muss ein einfacher Zugriff auf alte Bescheinigungen und offene Vorgänge möglich sein. Bei der Umsetzung muss darauf geachtet werden, dass jede Behörde nur das sieht, was sie für ihren Vorgang benötigt.

Offenen Quellcode für Behördensoftware nutzen

Wir fordern, dass Behördensoftware möglichst mit offenem Quellcode (also „Open Source“) umgesetzt wird. Das verhindert geheime Hintertüren und garantiert auch eine weitere Betreuung der Software, wenn ein Anbieter nicht mehr zur Verfügung steht. Bei geschlossenem Programmcode wissen Anwenderinnen und Anwender nicht, ob eine Software den jeweiligen Datenschutz- und Datensicherheitsvorschriften entspricht – sie müssen sich auf die Aussagen der Anbieter verlassen. Sofern die Nutzung einer Open-Source-Lösung nicht möglich ist, sollen vertragliche Regelungen einen adäquaten Ersatz bieten. Die Ausschreibungen und Spezifikationen für Behördensoftware sollen auf allgemeinen Standards wie dem Föderalen Informationsmanagement (FIM) beruhen und öffentlich zugänglich sein.

Bayerische Open-Data-Initiative starten

Wir fordern eine bayerische Open-Data-Initiative, nach der die bayerischen Behörden dem Open-Data-Prinzip folgen. Das heißt, dass alle von den Behörden erhobenen Daten, solange sie nicht privaten Urheberrechten oder Datenschutzrechten unterliegen, der Öffentlichkeit kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Dafür wollen wir ein eigenes bayerisches Transparenzgesetz auf den Weg bringen. In diesem Zuge sollen auch die Behörden selbst diese Daten intensiver nutzen.

Behördendigitalisierung solide finanzieren

Wir fordern, dass der Freistaat die Mehrkosten bei der Digitalisierung der kommunalen Behörden abfängt. Hierfür muss er Kostenreduzierungen durch Skalierung nutzen. Das heißt: Anpassbare Standardapplikationen und günstige Möglichkeiten zum Betrieb müssen angeboten werden. Wenn jede Gemeinde ihre Digitalisierung selbst realisiert, muss vieles immer wieder neu erfunden werden. Dazu ist Fachpersonal notwendig, das nicht in jeder Kommune zur Verfügung steht. Vor allem der langfristige Betrieb muss mit zukunftsfähigen neuen Anforderungen gewährleistet werden.

Breitbandausbau vorantreiben

Wir als FDP Bayern fordern, dass der Breitbandausbau im Freistaat noch schneller vorangetrieben wird. Das 5G-Netz und der Glasfaserausbau bis in die Wohnung liegen aktuell noch weit hinter den Erwartungen zurück. Wir setzen hierbei auf den eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau: Es wird zukünftig nur dort gefördert, wo ein eigenwirtschaftlicher Ausbau nicht zu erwarten ist. Bayern setzt sich demnach für eine

Priorisierung der Fördermittel gemäß der Potenzialanalyse des Bundes ein. Auch die 5G-Abdeckung muss beschleunigt werden. Wesentlich ist hier im Flächenland Bayern insbesondere das Schließen von „weißen Flecken“. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Aktualisierung der Mobilfunkförderung und für Negativauktionen ein, um ein flächendeckend schnelles Mobilfunknetz zu erhalten.

Gigabit-Gutscheine einführen

Wir fordern ein Gesamtkonzept zum flächendeckenden Mobilfunk- und Breitbandausbau. Hierzu sollen Gigabit-Gutscheine in Bayern eingeführt, die in der Staatsregierung verstreuten Kompetenzen im Digitalministerium gebündelt und die Möglichkeiten von Satelliteninternet berücksichtigt werden. Die zurückliegende Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein ausgebautes Breitbandnetz für die Gesellschaft ist: Tausende hatten wegen schlechter Anbindungen Probleme mit mobilem Arbeiten und Online-Schulunterricht. Gigabit-Gutscheine sind eine finanzielle Unterstützung für private Haushalte und kleine und mittlere Unternehmen bei der Errichtung eines Glasfaserhausanschlusses.

Schmalbandvernetzung ausbauen

Wir setzen uns für eine Förderung der Schmalbandvernetzung ein. Denn nicht für alle Anwendungsfälle ist eine Hochgeschwindigkeitsverbindung erforderlich: So werden etwa für das Internet der Dinge (vernetzte und intelligente Geräte, Sensoren und Maschinen) viele kleine Sensoren eingesetzt, die nur wenige Daten austauschen müssen. Auch in der Land- und Forstwirtschaft kommen häufig Geräte zum Einsatz, die nur kleine Datenmengen übertragen müssen. Hierfür wäre es unverhältnismäßig, eine gleiche Dichte von Funkmasten wie in der Stadt aufzubauen.

Regulatorische „Sandbox“ für digitale Innovationen einführen

Wir fordern eine regulatorische „Sandbox“ für digitale Initiativen. In einer Sandbox (Sandkasten) werden die regulatorischen Anforderungen an digitale Anwendungen auf ein Mindestmaß reduziert. Damit können Applikationen wesentlich schneller und einfacher entwickelt und bei vor-ausgewählten Bürgern erprobt werden. Start-ups müssen viel Geld darin investieren, neben allen funktionalen auch die vielen hohen regulatorischen Anforderungen umzusetzen, bevor überhaupt der Markt erprobt werden kann. Innerhalb einer Sandbox können die Ideen deutlich schneller und mit weniger privaten Investitionen getestet werden. Wenn die Idee funktioniert, wird es leichter, weitere private Gelder zu mobilisieren, um alle weiteren regulatorischen Anforderungen zu realisieren. Mit dem Sandkastenmodell werden private Investitionen einfacher und sicherer. Die Gründungskultur lässt sich mit diesem Modell ebenso stärken.

Öffentliche Netzzugänge in Gemeinden schaffen

Wir fordern, dass für Menschen ohne Technologiezugang in jeder Gemeinde oder Stadt ein öffentliches kostenfreies Internetterminal zur Verfügung gestellt wird. Das Internet ist heute ein Teil der Daseinsvorsorge. Deshalb muss auch für Menschen in Not ein kostenfreier Zugang möglich sein.

Landtagswahlprogramm 2023 der FDP Bayern

10.05.2023

V.i.S.d.P.:
FDP-Landesverband Bayern e.V.
Goethestraße 17
80336 München

Fon 089 – 126 009 – 0
Fax 089 – 126 009 – 30

mail@fdp-bayern.de
www.fdp-bayern.de